

National- kapitalismus

Ist die
Globalisierung
am Ende?

Sudan

Ein Staat wird tranchiert

**Vaterland
verpflichtet**

Die Wehrdienst-Debatte

AfD

Kann das weg?

**Biss auf die
Knochen**

»Der weiße Hai« wird 50

Legendenbildung

Die Marke Harry Rowohlt



4 191202 707005



06

7,- €
A: 8,10 €
CH: 12,- CHF
C 12611 E

Schriften

in 18 Bänden



Im Oktober letzten Jahres sind die ersten beiden Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas erschienen. Im Frühjahr und im Herbst dieses Jahres folgen jeweils zwei weitere. Die Ausgabe ist auf 18 Bände angelegt und wird von Friederike Gremliza und Wolfgang Schneider herausgegeben. Sie enthält alle Texte, die Gremliza unter seinem Namen oder unter einem seiner Pseudonyme hat drucken lassen, sei es in **konkret** oder an anderen Orten. Aufgenommen wurden ebenfalls die anonymen **konkret**-Editorials, sofern sie ersichtlich von Gremliza stammen. Hinzu kommen Interviews und sonstige mündliche Auskünfte sowie alle noch unveröffentlichten Texte aus seinem Nachlass, darunter Briefe und ein über drei Jahre sich erstreckender Mailwechsel mit Wolfgang Pohrt. Band 1 enthält zudem in Gremlizas Werk einführende Vorworte von Dietmar Dath und Stefan Ripplinger.

Die Texte, beginnend mit Gremlizas ersten journalistischen Arbeiten für die Tübinger Studentenzeit-schrift »Notizen« 1963, werden in chronologischer Reihenfolge geboten und folgen den Erstdrucken

(Varianten späterer Wiederveröffentlichungen werden angegeben). Geplant ist die Veröffentlichung von vier Bänden pro Jahr; die Ausgabe wird voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein. Abgesehen von Band 1 und Band 16 umfassen die Bände jeweils die Texte dreier Jahre; die Edition hat dementsprechend einen Umfang von 16 Bänden; hinzu kommen ein Register- und ein Supplement-Band, welcher die *Drei-Damen-Trilogie* (1979–1990) und die *Haupt- und Nebensätze* (2016) enthält.

Die Bände – fadengeheftet, kartoniert und jeweils mit ausführlichem Personenregister – haben einen Umfang von circa 500 Seiten und kosten bei einer Bestellung innerhalb der Subskriptionsfrist 24 Euro pro Band. Die Subskriptionsfrist endet nach dem Erscheinen des 4. Bandes am 31. Mai 2025. Für Bestellungen nach diesem Datum erhöht sich der Preis pro Band auf 30 Euro. Die Edition kann nur insgesamt bezogen werden; der Kauf einzelner Bände ist nicht möglich.

Bestellungen per Coupon oder über konkret-magazin.de oder per E-Mail an verlag@konkret-magazin.de

Hiermit bestelle ich die 18-bändige Gesamtausgabe *Hermann L. Gremliza: Gesammelte Schriften* zum Subskriptionspreis von 432 Euro (Einzelband 24 Euro). Dieser Sonderpreis gilt bis zum 31.5.2025. Danach kostet die Subskription 540 Euro (Einzelband 30 Euro). Die Bücher sind nicht einzeln erhältlich. Ich verpflichte mich mit der Subskriptionsbestellung zur Abnahme aller Bände. Die Bücher werden mir jeweils nach Erscheinen mit Rechnung zugeschickt. Ich kann meine Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen.

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Vorkasse

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

»Das Schweigen ist entlarvend«

In den letzten Monaten gab es im Gazastreifen Proteste gegen die Hamas. Über die Bewegung und warum sie von propalästinensischen Gruppen ignoriert wird, sprach konkret mit der ägyptischen Wissenschaftlerin Dalia Ziada, Senior Fellow am Jerusalem Center for Security and Foreign Affairs (JCSA)



Konkret: *Es gibt nur wenige Informationen über Proteste gegen die Hamas im Gazastreifen. Welche Stellung nehmen die aktuellen ein?*

Dalia Ziada: Seit 2006 gab es zwei große Proteste gegen die Hamas. Der erste fand zur Zeit des Arabischen Frühlings statt. Die Bewegung starb rasch, als in Ägypten die Muslimbruderschaft die Macht übernahm, was die Position der Hamas stärkte. Später, zwischen 2020 und 2022, entstand die Bewegung Badna Na'ish: Wir wollen leben. Sie wird von jungen Männern angeführt, die sich weigern, von der Hamas rekrutiert zu werden. Die Hamas fürchtete diese Bewegung und unterdrückte sie. Viele wurden verhaftet oder mussten fliehen. Seit dem 7. Oktober ist die Hamas zum ersten Mal geschwächt. Ein Zeichen dafür waren die Paraden, die sie bei der Freilassung der israelischen Geiseln veranstaltete. Die Hamas versuchte, den Eindruck ungebrochener Stärke zu erwecken, doch viele der Uniformierten waren in Wirklichkeit keine Hamas-Mitglieder, sondern bezahlte Zivilisten. Das zeigte den Menschen in Gaza, dass die Zahl der Hamas-Krieger abgenommen hat. Deshalb riskieren sie es, gegen sie zu protestieren.

Die Proteste richten sich deutlich gegen die Hamas. Israel scheint kaum relevant. Was ist ihr Ziel?

Sie nennen die Hamas eine terroristische Organisation. Sie lehnen die Korruption der Hamas und der palästinensischen Behörde ab. Einige fordern gar die Freilassung der israelischen Geiseln. Aber das tun sie nur, weil sie ein Ende des Krieges wollen, nicht weil sie Frieden mit Israel wollen. Sie sehen Israel immer noch als Besatzer an. Sie sind nicht bereit, mit Israel zu koexistieren oder unter einem israelischen Staat zu leben. Sie werden sich auch weiterhin gegen Israel aussprechen, aber im Moment ist ihre Priorität, ihr Leben zu retten. Die Proteste sind tatsächlich der erste Akt des gewaltlosen Wider-

stands unter den Palästinensern. Das ist eine bedeutende Entwicklung. Gewalt gehört zur Identität der Palästinenser, seit wir überhaupt von Palästinensern reden. Dass nun gewaltfreie Mittel eingesetzt werden, kann eine neue Realität in Gaza schaffen. Wenn es gelingt, wird es eine Botschaft an die nächsten Generationen sein, dass ein gewaltfreier Ansatz funktioniert. Und es ist in hohem Maße eine Frage der Generationen. Die Mehrheit im Gazastreifen unterstützt die Hamas, aber viele unter den Jüngeren nicht.

Die Familienclans im Gazastreifen unterstützen die Proteste. Einige haben die Hamas angegriffen, woraufhin diese aufhörte, Demonstranten anzugreifen, zu foltern und zu töten. Die Clans sehen eine Chance, sich selbst als neue Anführer zu profilieren. Das ist ein Problem. Die jungen Leute entstammen einer eher idealistischen Mittelschicht. Sie sind gebildet und weltoffen. Aber falls sie durch ihre Proteste Erfolg haben sollten, werden die Clans ihn mit Sicherheit ausnutzen.

Was halten Sie von den Gerüchten, dass die Proteste vom Mossad unterstützt oder sogar initiiert wurden?

Ich bezweifle stark, dass dies der Fall ist. Viele der jungen Demonstranten gehören weder der Hamas noch einer anderen palästinensischen Gruppierung an, und der Mossad finanziert sie nicht. Israel profitiert tatsächlich von dem internen Druck, der durch solche Proteste auf die Hamas ausgeübt wird. Israel hat sie jedoch weder initiiert noch in irgendeiner Weise dazu gedrängt, dass sie stattfinden.

Neben den weißen Fahnen zeigten die Demonstranten auch die ägyptische Flagge. Wird eine Form von Unterstützung oder Bündnis angestrebt?

Viele Menschen in Gaza sehen sich als Teil Ägyptens. Und umgekehrt: Viele Ägypter denken, dass der Gazastreifen zu Ägypten gehört. Nachdem die Internationale Union Muslimischer Gelehrter – unter Islamisten eine sehr angesehene Institution –

kürzlich erklärt hatte, der Jihad gegen Israel sei eine Pflicht für alle Muslime, sind einige Ägypter in den Gazastreifen eingedrungen. Ein Teil davon wird unter den Demonstranten sein. Aber auch andere könnten die Botschaft senden wollen, dass Ägypten die Führung übernehmen und sich gegen die Hamas stellen soll. Nur sympathisiert die ägyptische Regierung mit der Hamas. Diese Hoffnung geht also fehl.

Weltweit ignorieren die sogenannten propalästinensischen Bewegungen die Proteste. Warum?

Das Schweigen ist tatsächlich entlarvend. Vielleicht rührt es von der Unfähigkeit her, mit einem heterogenen Gaza umzugehen. Jede propalästinensische Gruppe versucht, die Palästinenser als ein homogenes Volk darzustellen. Aber so etwas wie eine palästinensische Identität gibt es unter den Palästinensern nicht. Und meiner Meinung nach sind die sogenannten propalästinensischen Gruppen eigentlich pro-Hamas. Sie haben die Augen davor verschlossen, was in Gaza passiert. In den letzten 15 Monaten haben sie die Rhetorik, die Erklärungen und die Slogans der Hamas, die Kufiyah – alles, was die Hamas repräsentiert – übernommen. Der Krieg in Gaza hat den antisemitischen Stimmen im Westen eine Rechtfertigung gegeben, sich zu äußern. Zugleich wurden Menschen im Gazastreifen jedes Mal, wenn sie etwas gegen die Hamas unternahmen, ignoriert. Das hat sehr viel damit zu tun, wie die Bevölkerung im Laufe der Zeit benutzt wurde. Die Führung der Hamas hat immer wieder sehr deutlich gesagt: Je mehr Frauen und Kinder in Gaza sterben, desto besser. Sie nannten das Sterben den »Treibstoff der Revolution«. Das ist es, was die angeblich solidarischen Gruppen unterstützen, und ich würde es sogar als einen der Erfolge der aktuellen Proteste bezeichnen, dass sie den Anhängern des Jihadismus an amerikanischen und europäischen Universitäten die Maske abgenommen haben.



Aktuelle kritische Analyse der zweitgrößten extrem rechten Bewegung in Deutschland

Ismail Küpeli
Graue Wölfe
Türkischer
Rechtsextremismus
in Deutschland
136 Seiten | 14 €



Stimmt es eigentlich, dass Feminismus noch nie jemandem weh getan hat?

IRENE
Feministisch morden
Kleine Abhandlung über
anti-patriarchale Gewalt
104 Seiten | 12.80 €



Überblick über den Internationalismus als Kernbestandteil emanzipatorischer Theorie und Praxis

Jens Kastner
Internationalismus
Kleine Geschichte
einer großen Idee
112 Seiten | 9.80 €



Gefährlich rechte Esoterik

Hanna Poddig
Die Anastasia-Bewegung
Völkisch, esoterisch,
antisemitisch
112 Seiten | 9.80 €



Vollständig aktualisierte und erweiterte Neuauflage

Peet Thesing
Feministische Psychiatriekritik
Über Diagnosen, Zwang
und Patriarchat
104 Seiten | 9.80 €



Vollständig aktualisierte und erweiterte Neuauflage

Peter Bierl
Einmaleins der Kapitalismuskritik
Wie das Betriebssystem
dieser Gesellschaft
funktioniert
104 Seiten | 9.80 €

von konkret

Der Titel des Mai-Heftes: »Von wegen 8. Mai: Revanche nach achtzig Jahren«, dessen Drucklegung dem Tag der deutschen Kapitulation um mehrere Wochen vorausging, wurde durch die politische und mediale Begleitung des Gedenktages voll und ganz bestätigt: Die offiziellen Veranstaltungen fanden ohne einen Vertreter Russlands statt, jenes Staates, der damals die Hauptlast der »Befreiung« getragen hatte. Politik und Leitmedien nahmen statt dessen den 8. Mai zum Anlass, die »schlimme Vergangenheit« zur Voraussetzung einer »unglaublichen Erfolgsgeschichte« zu erklären, an deren Ende Deutschland zum Bollwerk der Demokratie gegen die alten/neuen Faschisten wurde. Denn diese, also die Russen, hatten, schreibt etwa die »FAZ«, schon damals das »unfassbare (deutsche) Terrorregime, das auch die eigenen Staatsbürger systematisch in den Tod schickte, ... im Osten ... durch eine andere Gewaltherrschaft« ersetzt. Es sei daher falsch, »dem ganzen Land nachträglich zum Jahrestag des Kriegsendes ein Gedenken unter einem Begriff zu verordnen, der nicht das ganze Bild erfasst.« Denn, wäre zu ergänzen, welche/r Deutsche hätte auf diese Befreiung nicht gerne verzichtet?

Auch der Bund der Vertriebenen (BdV) wies darauf hin, dass der 8. Mai »für viele aber noch kein Tag der Freiheit« war, weshalb die »Erinnerung an Opfer von Flucht, Vertreibung und kommunistischer Repression ebenfalls nötig« sei. Denn »nur so entsteht eine vollständige, gerechte Erinnerungskultur« (BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius). Die aber ist spätestens ab diesem Jahr gesetzt: In seiner Bundestagsrede zeichnete Frank-Walter Steinmeier am 8. Mai minutenlang das Bild jenes »verwüsteten Landes« (»FAZ«), in dem sich die Deutschen, gezeichnet vom »Joch des NS-Regimes«, wiederfanden:

Wir alle haben unzählige Bilder dieses Tages gesehen. Die von alliierten Streitkräften entwaffneten deutschen Soldaten, hockend, die Arme hinter dem Kopf verschränkt, die Gesichter jetzt ängstlich, stumpf; ratlos. Überlebende, die wie Untote durch die Ruinen der zerbombten Städte wandten. Die Leichen derer, für die die Befreiung nur um Tage zu spät kam. Bilder von zerschossenen Leiterwagen der deutschen Flüchtlingstrecks aus dem Osten, ringsum verstreut die Kleidung und das, was einmal zu einem Zuhause gehörte. ... Dieser Tag hat unser Land zutiefst geprägt. Wir alle sind Kinder des 8. Mai!

Was nicht nur heißen soll, dass »wir« für nichts was können, sondern auch, dass »wir« über einen »Erfahrungsschatz« verfügen (»Warum sollten wir erst neu schmerzlich erfahren oder erlernen müssen, was wir in unserer deutschen Geschichte doch schon einmal so bitter haben erfahren und erlernen müssen?«), der »uns« zu Experten macht, wenn es gilt, irgendwo auf der Welt den Faschismus zu bekämpfen:

All das vergessen wir nicht. Aber gerade deshalb treten wir den heutigen Geschichtslügen des Kreml entschieden entgegen. ... Die Befreier von Auschwitz sind zu neuen Aggressoren geworden. Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat Putin unsere europäische Sicherheitsordnung in Trümmer gelegt – von der wir doch gehofft hatten, sie sei als Lehre aus den Schrecken des Krieges ein für alle Mal gelernt.

Die praktische Nutzenanwendung lieferte im Anschluss die neue Präsidentin des Deutschen Bundestags, Julia Klöckner: »Wer zeitlich nach hinten erinnert, muss auch nach vorne übersetzen – auf heutiges Handeln!« Also:

Um Frieden und Freiheit zu bewahren, müssen wir in der Lage sein, uns auch militärisch zu verteidigen. Am 80. Jahrestag des Kriegsendes geht es ums Erinnern – und gleichzeitig um unseren Auftrag: Wer befreit wurde, ist verpflichtet, zu verteidigen. Die Freiheit. Das ist der Auftrag des 8. Mai.

Vertreter Russlands wollte man bei den Gedenkveranstaltungen nicht dabei haben, weil man fürchtete, sie könnten den 8. Mai »politisch instrumentalisieren« beziehungsweise dabei stören, dass und wie man sich hierzulande »zeitlich nach hinten erinnert«. Schließlich speist diese Erinnerung den feuchten deutschen Traum einer Revanche für Stalingrad.

In der »FAZ« vom 11. April hat Edo Reents die ersten beiden Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas ausführlich besprochen:

Mit seinem pointiert-entlarvenden Witz, ... überhaupt mit seinem fledermausohrfeinen sprachlichen Organ stünde er heute, wo die Publizistik einerseits weniger konfrontativ, oft harmlos, andererseits in ihrem Alarmismus aber auch tückischer geworden ist, vollends als der Solitär da, der er von Anfang an war. ... Dass es ihm mit der linken Sache ... ernst war, daran braucht man nicht zu zweifeln; er fand nur nicht das richtige oder genug Gehör. ... Schriftstellerisch ... hat er getan, was laut Horaz seines Amtes war: Er hat genutzt und auch noch viel Vergnügen bereitet. Das müsste reichen.

Die nächsten beiden Bände (zusammen circa 1.200 Seiten) erscheinen im Laufe des Juni. Die Bücher können über den Verlag bestellt werden. Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Anzeige auf Seite 2.

Titel

8 Was zu beweisen war

Felix Klopotek über linke Affirmation und Kritik der Nation

12 Kapitulationserklärung

Trumps Zollpolitik ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit, mit der die USA auf die globale Krise des Kapitalismus reagieren. Von Ingar Soltz

Politik

3 »Das Schweigen ist entlarvend«

Über die Proteste im Gazastreifen gegen die Hamas sprach **konkret** mit der ägyptischen Wissenschaftlerin Dalia Ziada

15 IWF liebt Motorsäge

Frederic Schnatterer über einen 20-Milliarden-Kredit für die Regierung Milei

16 Ein Staat wird tranchiert

Sowohl im Sudan als auch im Südsudan eskaliert die Gewalt. Von Jörg Kronauer

20 Fortschritt rückwärts

Die Regierung Meloni hat Femizid als eigenen Straftatbestand eingeführt. Von Judith Goetz

22 Friedenspfeifen

Reinhard Lauterbach über den erneuerten russischen Verhandlungsvorschlag im Ukraine-Krieg

24 Jetzt aber richtig: Wiederbewaffnung

Georg Seeßlen über die Militarisierung der Herzen

28 Vaterland verpflichtet

Die Wehrpflicht muss wieder kommen, wird wiederkommen. Von Johannes Schillo

30 Gegen Verstand und Recht

Für die zukünftige Regierung heißt »Verantwortung für Deutschland« zu übernehmen vor allem, Migrantinnen und Migranten zu schikanieren. Von Marita Fischer

32 Analphabeten für Deutschland

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die »beliebteste Partei Deutschlands« als »gesichert rechtsextrem« eingestuft. Von Bernhard Torsch

34 Kann das weg?

Stefan Gärtner über die AfD-Verbotsdebatte

34 The Big Sick

Anja Laabs über eine neue Variante des Vogelgrippevirus in den USA

36 Ohne Altlast – Marsch!

Der Historiker Peter Longenrich macht den Weg frei für die neuerliche Kriegsertüchtigung der Deutschen. Von Rolf Surmann

39 Welchen Zionismus, welchen Antizionismus meint ihr?

Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie zur Nationalisierung der Bewohner einer umstrittenen Region. Von Richard Schubert

Kultur

42 Früher war alles besser (3)

Wenzel Storch kommentiert das neue deutsche Namensrecht

43 Das KI-Kabinett

Peter Kusenberg über die digitale Offensive der Regierung Merz

46 Die Marke Harry

Thomas Schaefer über die erste Biografie des Übersetzers, Autors und Vortragskünstlers Harry Rowohlt

48 »Herzpumpe des Vaterlandes«

Wie die jüdische Kommunistin Anna Seghers im Westen anschlussfähig wurde: Eine Rezeptionsgeschichte zum 125. Geburtstag der Schriftstellerin von Carsten Jakobi

51 Leerstelle

Gerhard Henschel über das Münchner Institut für Zeitgeschichte und seine Unterwanderung durch Nazi-Generäle

52 Ein Mann fürs Feine

Die Essays des Stararchitekten Tom Emerson bestechen wie seine Bauten durch Klarheit und Unmittelbarkeit. Von Leo Herrmann

54 Der Rabe und die Ruine

Alte Spruchweisheiten über den Krieg, seine Treiber und Opfer, gesammelt von Ulrich Holbein

56 Kosmos aus Kraut

Aufbrüche, Umbrüche und Abbrüche in der deutschen Popmusik zwischen 1968 und 1982. Von Barbara Eder

58 Biss auf die Knochen

Vor 50 Jahren tauchte »Der weiße Hai« in den Kinos auf. Eine Würdigung und überfällige Korrektur zum Jubiläum von Wieland Schwanebeck

62 Das sehende Bild

Der französische Comicauteur Luz schildert die sehr deutsche Geschichte des Gemäldes »Zwei weibliche Halbakte«. Von Peter Kusenberg

64 Schafsschädel an Tastensalat

Katrin Hildebrand über die Installationskünstlerin Shu Lea Cheang

RUBRIKEN

4 von konkret

6 AN konkret

10 HERRSCHAFTSZEITEN

11 TOTSCHLAGZEILEN

31 TERMINE

44 KUNST & GEWERBE

53 BETRIEBSGERÄUSCHE

Joachim Rohloff über den Gottsucher und neuen Kulturstaatsminister Wolfgang Weimer

55 GSELLAS GERECHTE GEDICHTE

Schlechtes Versteck. Von Thomas Gsella

57 PLATTE DES MONATS

Peter Kusenberg über »Map of a Blue City« von Marc Ribot

61 FILM DES MONATS

Tim Lindemann über die Netflix-Miniserie »Adolescence«

63 BUCH DES MONATS

Kay Sokolowsky über den Comic *Ginsengwurzeln* von Craig Thompson

66 DER LETZTE DRECK

Die »Zeit« sucht nach dem Glück in Zeiten der Krise

Hol dir das
analyse & kritik
Vorteilsabo!



- nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
- kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
- kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!

KURIOSE STADTFÜHRUNGEN IN HAMBURG

Für Dich oder Deine Gruppe

**SPECIAL
HAMBURG
KATASTROPHAL**



CITINAUT

WWW.CITINAUT.DE

TOP BEWERTUNGEN

AN konkret

Saitenhiebe

konkret 5/25: »Nie wieder« war gestern«; Rolf Surmann über die aktuelle Revision der politischen Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs

Surmanns unaufgeregter Rückblick auf das letzte Jahrhundert ist informativ und angenehm zu lesen. Allerdings denke ich nicht, dass die Linke ihre verlorene Stärke allein dadurch wiedererlangt, dass sie Friedenspolitik fordert: Das kann nur erfolgreich sein, wenn es mit fundamentaler Kapitalismuskritik verknüpft wird. Nur so wird es auch gelingen, die »Karl-Liebknecht-Situation« zu überwinden, denn immer mehr Menschen sehen die verheerenden Folgen der Trump-Politik, die auf unkontrollierte Kapitalmacht zielt. Ach ja, sein Vize Vance zieht dabei neue Saiten auf – nicht Seiten. **Werner Haertel**

Der Amtsvorgänger von Harry S. Truman war nicht Theodore Roosevelt, sondern Franklin D. Roosevelt. Aber das entwertet nicht die inhaltlichen Aussagen des Artikels.

Eran Gündüz

Wahlalternativlos

konkret 5/25: »Very Bad Germans«; Ingar Soltys über den Weg von der deutschen Exportkrise zur AfD-Regierung

Ingar Soltys Ursachen- und Zustandsbeschreibung ist nichts hinzuzusetzen. Kapitalkrise mündet in immer noch mörderischer Zerstörung. Nun leben wir dennoch, kein Widerspruch zu Herrn Soltys, in einer historisch spezifischen Zeit, mit historisch spezifischen Kräften. Und mit der Frage nach Abmilderung des Zerstörungsverlaufs. Von humanitärer Grundierung will ich gar nicht reden, aber dass aktuelle Kriegstreiberei direkt in die Katastrophe führt, politisch, wirtschaftlich, tödlich, ist doch mittlerweile dermaßen offensichtlich, dass hier vielleicht sogar bereits Bevölkerungsmehrheiten zusammenkommen könnten, wenigstens wenn es um die Befriedung mit Russland geht. Zu-

mal die Irrationalität des Aktuellen in dieser Hinsicht mehr als schlagend ist. (Dass da leider auch derzeitige AfD-Wählerschaft mitzuzählen ist und die sich bezieht auf Russland und nicht Krieg allgemein, ist mir schon klar.) Herr Trump hat diese Irrationalität seinerseits sichtlich und glücklicherweise hörbar kapiert. Hier wäre, wenigstens als Gedankenexperiment, von Interesse, was ein radikaler Kurswechsel an vorübergehendem Entzerrungspotential mit sich bringen würde. Zum Beispiel könnten Parteien – wenigstens in gewissen Maßen – wieder etwas wählbarer werden. Andererseits jedoch: Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten. Klar. Persönlich habe ich von Herrn Soltys mitgenommen, dass die Schocktherapie einer sofortigen CDU/AFD-Regierung wohl keine Hoffnung auf breitere Ernüchterungseffekte bietet. Dennoch grusele ich mich vor CDU/SPD. **Uwe Hostmann**

Grundunordnung

konkret 5/25: VON konkret; die Redaktion über den aktuell ausgehandelten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD)

Im Editorial wird darauf hingewiesen, dass im TVÖD das »Bekenntnis zur freiheitlichen Grundordnung« für Arbeitsgebiete, die hoheitliche Tätigkeiten beinhalten, zur Einstellungsvoraussetzung gemacht wird. Die Empörung darüber, dass eine Gewerkschaft sich offensichtlich genötigt sieht, solchen Dreck zu unterschreiben, ist gerechtfertigt. Neu ist das allerdings nicht. Diese Formulierung steht leider schon seit zwei Jahrzehnten wortgleich im Tarifvertrag unter §41, Satz 2 TVÖD. Bemerkenswert ist aber allemal, dass von Seiten der »Arbeitgeber« diesmal vehement versucht wurde, das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf alle Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst auszuweiten. Das zumindest konnte in der jetzigen Tarifrunde (noch?) verhindert werden.

Michael Csapkóczy

Stets zu Diensten

konkret 4/25: »Die lauten und die leisen Töne«; Stefan Gärtner über Pankaj Mishras bigotte Solidarität mit den Palästinensern

Ich schätze die Artikel des Autors und bin mir bewusst, dass das Thema Israel-Palästinenser ein kontroverses ist, auf das in politischen Kommentaren oft gereizt reagiert wird, wenn man sich durch Statements der »anderen Seite« herausgefordert fühlt. Aber als Antwort auf Pankaj Mishras streitbaren Text im »Spiegel«, in dem er mit der westlichen Politik der Unterstützung Israels abrechnet, auszuführen, der moderne Staat

Israel sei doch seit jeher eine fürsorgliche Friedensmacht gewesen, der das Wohl der arabischen Nachbarn am Herzen liege, während die undankbaren Palästinenser ihre Opferrolle seit Jahrzehnten nur geschickt spielen – das muss man im Jahr 2025 erst mal bringen.

Johannes Mundhenk

Todgetrieben

**konkret 5/25: »Gewaltwirtschaft«;
Jörg Kronauer über den Krieg
im Osten des Kongos**

Kronauer schreibt: »Dieser Konflikt ist in seinen Ursprüngen von der deutschen Kolonialherrschaft geprägt worden. ... Sie vergiftete die Beziehungen zwischen Hutu und Tutsi nachhaltig.« Ruanda wurde Deutschland in der Berliner Konferenz der Kolonialmächte 1884 zugesprochen. 1894, also erst zehn Jahre später, erreichten die ersten deutschen Reisenden Ruanda, eine Kolonialverwaltung entstand erst 1899. 1916 fiel Ruanda an Belgien, welches das Land bis zu seiner Unabhängigkeit 1962 beherrschte, also über 45 Jahre! Es waren die Belgier, die Ausweise mit ethnischer Zugehörigkeit einführten. Ruanda war vor der Kolonisierung ein Königreich. Zu den Herrschaftsformen der Tutsi gehörte auch, dass man zum Tode verurteilte Menschen von den Rinderherden tottrampeln ließ. Bereits vor dem Hutu-Genozid gab es immer wieder Massaker. Auch großzügige Entwicklungshilfe (Deutschland war der zweitgrößte Geldgeber) für Musterfarmen, Sanitätsprojekte et cetera änderte nichts an der Konfliktlage.

Eine Tutsi-Armee greift von Uganda aus Ruanda an, übernimmt die Macht, bleibt trotz beispiellosem Genozid bis heute an der Macht und verübt nun ihrerseits unfassbare Massaker im benachbarten Kongo. Diese seit Jahrzehnten bestehende Tötungslust und -wut lässt sich kaum noch rational erklären. Gerade Ruanda wirft die Frage auf, was der Sinn von Entwicklungshilfe ist, wenn die Menschen in einem Land seit über 50 Jahren damit beschäftigt sind, sich gegenseitig umzubringen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Deutschland und deutsche Menschen waren um 1905 mit dem Genozid an den Herero in Deutsch-Südwestafrika beschäftigt.

Werner Gehrke

Reich der Presse

**konkret 5/25: Zur Rubrik
TOTSCHLAGZEILEN**

Danke für die neue Rubrik. Ein Totschlagbeispiel aus der »Stuttgarter Zeitung« vom 28. März (»Gute Gründe, ein Gewehr in die Hand zu nehmen« – Chef des Landeskommmandos der Bundeswehr: Das Thema Krieg muss verstärkt ins Bewusstsein«) hat mich besonders geärgert, weil es einen »Kapitän zur See« zitiert, der genauso wie ein Reichsbürger argumentiert. Natürlich abgesehen von dem allgemeinen Militarisierungswahn. Als Angehörige von KZ-Überlebenden ist es mir völlig klar, was bei uns so los ist, und auch warum. Und wenn ich »Wahn« schreibe, so ist das eine Abkürzung, um schmerzempfindliche Stellen zu schonen.

Helga Schmidt

IMPRESSUM

konkret erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / Geschäftsführung: Friederike Gremliza / Büroanschrift: Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 22704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / E-Mail-Adressen: redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / Internet: www.konkret-magazin.de, https://x.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

Herausgeberin: Friederike Gremliza (verantwortlich) / **Redaktion:** Jan Miotti, Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky / **Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:** Barbara Eder, Marita Fischer, Stefan Gärtner, Judith Goetz, Thomas Gsell, Gerhard Henschel, Leo Herrmann, Katrin Hildebrand, Ulrich Holbein, Carsten Jakobi, Felix Klopotek, Jörg Kronauer, Peter Kusenberg, Anja Laabs, Reinhard Lauterbach, Tim Lindemann, Joachim Rohloff, Thomas Schaefer, Johannes Schillo, Frederic Schnatterer, Richard Schuberth, Wieland Schwanebeck, Georg Seeßen, Ingar Solty, Wenzel Storch, Rolf Surmann, Bernhard Torsch, Marco Tschirpke / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

Gestaltung, Satz & Titel: NIKI-BONG / **Titelfotos:** Picture Alliance/Design Pics/Joel Sartore Photography, Shutterstock/Janos Levente/Oleskalashnik / **Kolumnenillustration:** Leo Leowald / **Anzeigen:** Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 11.11.2022 / Telefon: 040-87 20 99 20, Telefax: 040-87 20 99 21, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / **Bankverbindung:** Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / **Druck:** westermann DRUCK | pva, Braunschweig / **Vertrieb:** Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

Einzelpreis: € 7,- inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 68,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 56,-) / EU-Ausland mit Normalpost: € 86,- / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf unbestimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. / **Abonnementverwaltung:** ZENIT Pressevertrieb GmbH / Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart, Telefon: 0711-82 651-07, Telefax: 0711-82 651-333, E-Mail-Adresse: konkret@zenit-presse.de

Der Abonnentenaufgabe liegt ein Prospekt des RSD Reise Service bei.



Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w

Im neuen Gewand – Islamismus

Außerdem:
Roma in der Ukraine |
Protestform Hungerstreik |
Venezuela im Film

52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

Bodo Gaßmann

Moral als geistige Waffe gegen das kapitalistische System Eine Streitschrift in fünf Akten

Wenn der Kapitalismus zu einem System zusammengeschossen ist, dann bedarf es eines universalen Prinzips, um ihn als Ganzes zu kritisieren. Das ist und bleibt das Moralesetz von Kant. Klima retten mit einzelnen Aktionen z. B. ist bloßer Reformismus und zum Scheitern verurteilt, wenn nicht die Produktionsweise insgesamt, in der wir bloße Mittel sind, abgeschafft wird. Das fordert als Ziel die Einsetzung des Menschen als Selbstzweck.



ISBN 978-3-929245-23-3 (300 S.; 21,- €)
buecher@erinnyen.de
Buchladen: www.erinnyen.com

Was zu beweisen war

Kommunismus und Nationalismus – ein schwieriges Verhältnis, ein neurotisches Verhältnis. Das soll hier nicht noch mal nacherzählt werden. Aber man kann festhalten: Der Klarheit, die sozialistische, kommunistische oder marxistische Denker in ökonomischen Fragen beanspruchen konnten, steht ein riesiges Kuddelmuddel gegenüber, sobald es um die »nationale Frage«, die nationale Selbstbestimmung ging. Der Obergedanke schien noch eindeutig: Alle nationalen Emanzipationsbewegungen münden – direkt oder indirekt – in Klassenkonflikte; hinter jedem nationalen Konflikt steht letztlich ein Klassenkampf. Aber was das genau für die sozialistischen Parteien respektive die Arbeiterbewegungen hieß, welche Rolle Kommunisten in diesem Prozess spielen sollten – nie wurde darüber auch nur im Ansatz Einigkeit erreicht. Die Wette aber, die alle eingingen: dass nationale Konflikte dem Klassenkonflikt letztlich inferior sind, ging verloren. Und das nicht nur wegen Nazi-Deutschland.

Im 21. Jahrhundert – nach einem Jahrhundert, das sich als Zeitalter der Konterrevolutionen entpuppte – wollten viele Linke den Sozialismus neu denken, eben den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, wieder unbefangen, unbelastet von den Hypothesen des 20. Einige beschlossen, mit dem endlosen Krampf, wie das denn bei Lenin zu verstehen sei – proletarischer Internationalismus und Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen –, Schluss zu machen, und drehten das Verhältnis um. Der Sozialismus, oder vorsichtiger: der moderne Sozialstaat, sei nur auf nationaler Grundlage zu verwirklichen, nur in den engen Grenzen eines relativ homogenen Sprach- und ökonomischen Entwicklungsgebiets. Zu groß seien die materiellen und kulturellen Unterschiede im internationalen Proletariat, um wirklich von einer solidarischen Klasse sprechen zu können. Diese entspringe bloß einem schönen Fiebertraum, wie er nur im wilden, dynamischen Kapitalismus um 1900 durch die Köpfe der Linken spuken konnte; aber ihre Erfolge erzielten die Arbeiterbewegungen eben nur im nationalen Rahmen.

Wolfgang Streeck, der bekannte Soziologe, lieferte diese Theorie, und Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine versprachen, daraus Politik zu machen. Sie waren – sogar im Weltmaßstab – nicht allein, wie die (Wahl-)Erfolge von Jean-Luc Mélenchon in Frankreich, des Movimento 5 Stelle in Italien und übrigens auch Bernie Sanders in den USA bewiesen.

Warum dieser lange Vorspann, wenn es doch um Trump und seine Zollpolitik gehen soll? Weil Trump mit seinem »liberation day« (jenem 2. April, an dem er die irrsinnig hohen »reziproken Zölle« verkündete und den Handelskrieg gegen China vom Zaun brach) diese Politik erstmals in aller Radikalität umzusetzen verspricht. Abschottung der Nation durch hohe Zölle, um der nationalen Industrie den Rücken frei zu halten: Die United Auto Workers (UAW), die – warum auch immer – den Ruf hat, die »linkste«, aufmüpfigste Gewerkschaft in den USA zu sein und die sich zuletzt hinter die Wahlkampagnen von Bernie Sanders gestellt hatte, begrüßt diese Zollpolitik. Schon klar, eine restriktive Zollpolitik, so steht es in den Standard-VWL-Lehrbüchern, bevorzugt das Produzenten- gegenüber dem Konsumenteninteresse. Mit den Produzenten ist im VWL-Mainstream

allerdings nicht die Arbeiterschaft, sondern das Industriekapital gemeint; während sich hinter dem »Konsumenteninteresse« in Wirklichkeit der Anspruch der Proleten auf einen halbwegs erschwinglichen Lebensstandard verbirgt.

Nicht nur die UAW, sondern die amerikanische Automobilindustrie, allen voran Ford, freuen sich auf die angekündigten Zölle. Nur werden auch diese »Produzenten« bald ihr blaues Wunder erleben, wenn nämlich, wie von Trump und seinem Council of Economic Advisors um Chairman Stephen Miran gewünscht, europäische Autobauer ihr Kapital in den USA investieren, um dort Fabriken zu bauen. Sie importieren freilich auch ihre überlegenen Produktionsmethoden, und die alteingesessene Autoindustrie wird im Konkurrenzkampf einmal mehr ins Hintertreffen geraten.

Kurzum: Die Zollpolitik folgt letztlich einer rein betrieblichen oder betriebswirtschaftlichen Logik. Einzelne Branchen werden durch die Abschottung zunächst ihrer Konkurrenz ledig. Wer aber

Kapital importiert – das ist der vordergründige Zweck der Zollpolitik –, importiert damit auch die Konkurrenz. Freihandel dagegen sollte doch gerade die Konkurrenz aufheben! Das war die Idee, die hinter David Ricardos Theorie des komparativen Kostenvorteils steckte. Alle (Nationen) stellen das her, was sie am besten können – worin sie den höchsten Kostenvorteil erzielen – und tauschen diese Güter auf dem Weltmarkt zum Wohle aller. Was sich vertieft, ist die internationale Arbeitsteilung, aber nicht die Konkurrenz. Dass Ricardo Ausbeutung zumindest nicht vom Produktionsprozess her denken konnte und dass er deshalb den (Welt-)Handel als quasi-idyllischen Austausch wertmäßig gleicher Güter verstand, nicht aber als erbitterte Konkurrenz um die marktförmige Realisierung des in den Waren enthaltenen Mehrwerts – das ist die Kritik

Marxens an seinem wichtigsten Vordenker. Aber ebenso klar ist, dass Ricardo himmelweit über den Ideen des Council of Economic Advisors steht.

Trump hat ein gigantisches Verarmungsprogramm der US-amerikanischen Bevölkerung aufgelegt und damit die Ideen des sozialen oder gar sozialistischen Nationalstaates anschaulich demoliert. Das ist für die Linken, die bislang Sahra Wagenknecht eher hilflos gegenüberstanden und sie bloß abstrakt-defätistisch runterputzten – Stichwort: Wagenknecht, die nationale Sozialistin; dabei ist ihr Traum nie ein völkisches Großdeutschland, sondern immer bloß die kleine eingemauerte Spießler-DDR –, eine gute Nachricht, die einzige in diesem ganzen Schlamassel. Trump führt gerade vor, dass die Renaissance des Nationalstaats nur das heißen kann: Verarmung, ein christlich-konservativer Rollback zwecks Disziplinierung der Bevölkerung und die Deportation von als »Volksfeinden« gebrandmarkten Migranten, um Hass und Wut zu kanalisieren. Das alles will Wagenknecht nicht, auch Mélenchon nicht – kein Linker will das. Aber was könnten sie, wenn sie ihre Politik weiter auf das Nationale eingrenzen – und damit auf die heimische Industrie als dessen Herzstück (>Deindustrialisierung« ist das Schreckgespenst aller Nationalstaatsjunkies) –, anders machen?

Die Geschichte geht freilich noch weiter. Äußerungen von Stephen Miran legen nahe, dass es bei den restriktiven Zöllen nicht so



sehr um den Schutz oder gar den Wiederaufbau der heimischen Industrie geht – da müsste man eh in Jahrzehnten rechnen –, sondern darum, eine schon bald drohende Insolvenz abzuwenden. Das ist die These von Hans-Werner Sinn, und sie scheint plausibel. Die Schuldenquote der USA im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt liegt aktuell bei 122 Prozent (in Deutschland bei 63); der Anteil der Zinslast am Staatsbudget liegt bei elf Prozent (in Deutschland bei 2,3). Die USA können sich das bislang leisten, weil der Dollar die globale Reservewährung ist und sie somit das unglaubliche Privileg haben, sich in ihrer eigenen Währung verschulden zu können. Aber warum sollte China, das bereits in 37 von 44 Schlüsselindustrien Weltmarktführer und der größte Handelspartner von 120 Nationen ist, nicht mittelfristig auf die Idee kommen, sein eigenes Währungssystem durchzusetzen? Und schon kurzfristig scheint die Aufblähung der Staatsschulden so gewaltig zu sein, dass auch ohne chinesische Konkurrenz die Insolvenz drohen könnte. Wenn Miran eine »Fundierung der Staatsschulden« vorschlägt, die hochverzinsten Treasury Bills mit kurzer Laufzeit gegen niedrig verzinsten Staatspapiere mit 100jähriger Laufzeit austauschen will, ahnen die Ökonomen: Das plant man nur, wenn man mit einer baldigen Zahlungsunfähigkeit rechnet. Die Zölle sind dann ebenfalls Teil dieser Maßnahmen, um die Insolvenz zu verhindern. Denn sie lassen sich – kurzfristig – als Mittel der Erpressung einsetzen, um andere Länder zu zwingen, fossile Brennstoffe aus den USA zu erwerben oder Schuldenschnitten zugunsten der USA zuzustimmen.

Die alte Prämisse stimmt weiterhin: Hinter dem Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung, die das Spektakel um den »liberation day« feiern sollte, steht ein Klassenkonflikt. Nicht – oder noch nicht – in dem heißen Sinn, dass es einen akuten Klassenkampf abzuwehren gilt. Aber würde die Insolvenz nicht abgewendet, wären so-

ziale Konflikte zu befürchten, die im Maßstab der bankrotten USA gigantisch wären.

Das Verhältnis umzukehren und zu postulieren, Klassenkonflikte ließen sich im Rahmen nationaler Selbstbestimmung zugunsten der Proleten befrieden, ist Wahnsinn. Weder wäre es ökonomisch möglich, noch entspricht es der Strategie von Trumps nationalistischen Ökonomen. Trotzdem ist die Reaktion vieler Linker, oder wie man heute vornehmer sagt: vieler Linksliberaler, auf Trumps Politik nationalistisch: Die Europäische Union müsse enger zusammenstehen (das impliziert, ob gewollt oder nicht, die Führungsrolle Deutschlands) und unabhängig von den USA, aber auch von China werden; Deutschlands Wirtschaft müsse resilienter werden; man brauche eine eigene Verteidigungsstrategie und eine Stärkung des Euro ...

So gesehen wird sich Sahra Wagenknecht darin bestätigt fühlen, dass die einzige mächtige Antwort auf Trump der eigene Nationalismus ist. Sie teilt ihn mit Lars Klingbeil. Nur will dieser den deutschen Nationalismus in und mit der EU verwirklichen, während Wagenknecht das Bündnis mit Russland und China sucht. Beide Varianten haben, in dieser Zeit der extremen Hochrüstung, militaristische, imperialistische Implikationen. Die mögen unterschiedlich sein. Für die Opfer der zukünftigen Kriege sind sie egal.

Die Linke, die sich als revolutionär versteht, weiß jetzt immerhin, dass sich für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts der Nationalismus erledigt hat. Als Ziel, als Telos der Geschichte sowieso; aber auch als Strategie, als »Durchgangsstadium« auf dem Weg zu einer gerechteren Welt. Das ist nicht viel, aber immerhin können sie sich – und anderen – beteuern, dass die Arbeiter wenigstens die negative Freiheit für den ungeheuerlichen Zweck, der ihr eigener wäre, erlangt haben: internationale Solidarität. ●

Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein **Schüler-/Schülerinnen- bzw. Studierenden-Abo** für 47 Euro.

konkret-magazin.de

»Wir müssen kriegstauglich werden – um friedenstüchtig zu bleiben«

Franz-Josef Overbeck, römisch-katholischer Bischof von Essen und Militärbischof der Bundeswehr

Vater unser

Was aber, Brüder und Schwestern, verkündigte der Heiland in seiner Bergpredigt? »Liebet eure Generäle und bittet für die, die euch Bomben bauen«? So mag es wohl in Bischof Overbecks Tornisterbibel stehen. Wie generell darauf Verlass ist, dass die Hirten der Christenherde die Worte des Herrn stets so deuten, wie es die reale Herrschaft wünscht.

Kurz nachdem der Bischof von Essen seine Blasphemie geäußert hatte, verließ der Bischof von Rom dies irdische Jammertal, ein Zusammenhang besteht vermutlich nicht. Denn obschon Jorge Mario Bergoglio, Künstlername Franziskus, immer wieder den Krieg verdammt, fehlte ihm der Schneid, zum Beispiel Rüstungsfabrikanten, -aktionäre und -arbeiter zu exkommunizieren und sein Mitleid für die Opfer von Waffengängen in einen dogmatischen Bann militärischer, ziviler und geistlicher Kriegstreiber zu überführen. Es fehlte ihm auch die Souveränität dafür: Schließlich ist jeder Papst nur Repräsentant der Firma und nicht annähernd so mächtig, wie die Pracht seiner Hochämter vorgaukelt.

Der Apparat hat in den zweitausend Jahren seines Bestehens eine ungeheure Beharrungskraft entwickelt, hat einen Graben, sozusagen, um die feste Burg gezogen, den der größte Pontifex nicht zu überbrücken vermöchte. Es hat daher etwas gleichermaßen Dummes wie Albernes, dem Verschiedenen vorzuhalten, praktisch nichts beziehungsweise zuviel in seinem Laden geändert zu haben. Eine echte Reform des Katholizismus

bedeutete sein Ende, und das hat der Jesuit auf dem Papstthron schon gewusst, bevor er gekrönt wurde.

Unser täglich Brot

Noch dümmere und albernere aber als die posthume Vorwürfe gegen Papa Francesco sind Journalisten, die den Tod eines chronisch kranken 88jährigen wie eine unvorhersehbare Katastrophe behandelten und ihre Qual-Medien am Tag nach Bergoglios letztem Seufzer zuflasterten mit Eilmeldungen und Sonderberichten, als wäre sonst nichts Wichtiges zwischen Himmel und Erde passiert. Zum Beispiel die Webseite des »Spiegel«: »Papst Franziskus – seine letzten 24 Stunden«; »Historiker zum Tod des Papstes: »Trump dürfte froh sein, dass Franziskus weg ist«; »Die Argentinier und »ihr« Papst – sieben Tage Trauer, sogar der Fußball ruht«; »Von Trump bis Selenskyj – diese Staats- und Regierungschefs haben sich zur Papst-Beisetzung angekündigt«. Warum aber Trump sich auf den Weg machte, obwohl er froh sein soll, dass Franziskus endlich weg ist? Die Antwort, mein Kind, suche im Wind, den die Bürgerpresse immer macht, wenn sie zur Weltgeschichte aufbläst, was bestenfalls eine Fußnote ist.

So wie die »FAZ«: »Trauerfeier auf Petersplatz – Papst Franziskus wird am Samstag beigesetzt«; »Abschied nehmen im Getümmel des Petersplatzes«; »Zum Wirken von Franziskus – die Antwort, die der Papst schuldig blieb«; »Was ein Kandidat braucht – wer wird Nachfolger von Papst Franziskus?« Das kann freilich nicht einmal

ganz normalen Papst?« (ebd.); »Zum Tod von Papst Franziskus: Eine Stimme, die fehlen wird« (»Frankfurter Rundschau«); »Die Favoriten zur Papst-Nachfolge in der Übersicht – auch drei Deutsche vertreten« (ebd.) sowie, gleich daneben: »Franziskus-Nachfolger? Neuer Papst-Name kursiert schon – Vatikan-Insider erklärt, was die Wahl entscheidet.« Dass es am Ende abermals einer werden wird, den niemand auf dem Zettel hatte, und dass der einst nach seinem Ende lauter Enttäuschte hinterlassen und einen Katarakt von peinsamen *Breaking news* auslösen wird – wahrlich, ich kann es euch sagen, ohne beizeiten eine Berichtigung schreiben zu müssen. Anders als all die »Vatikan-Insider«, die wie das Kaschperl aus der Kiste sprangen, als Bergoglio in der seinen verschwand, die allerdings nie einer fragen wird, weshalb sie mit ihren Orakeln daneben lagen.

Gleichwie die Autoren folgender Headlines sich niemals die Frage stellen werden, ob sie nun von Gott verlassen oder einfach Trottel sind: »Warum die Bescheidenheit des Papstes nicht nur gut war« (»Zeit«); »Im Team Trump fehlt noch ein Papst« (ebd.); »Was sich mit dem Tod des Papstes ändern wird« (»Tagesschau«); »Termin für Beisetzung steht: Wie geht es weiter im Vatikan?« (»ZDF Heute«). Oh, tja – wie immer?

Dein Reich

Die Überflutung der Medien mit echten und falschen Tränen aus der Hl. Stadt ließe sich banal damit erklären, dass es in Deutschland sehr viele Katholiken gibt, die solches Zeug ungeachtet des Informationswerts lesen wollen.

Doch besonders viele sind es nicht mehr: Im vergangenen Jahr traten 321.611 zahlende Mitglieder aus dem Verein aus, aber keine 7.000 wollten hinein. Laut Deutscher Bischofskonferenz entrichteten 19.769.237 Bundesbürger den Zehnten an die katholische Kirche, das sind 23,7 Prozent der Bevölkerung und rund acht Millionen geistlich Abhängige weniger als vor 30 Jahren.

Bei der evangelischen Konkurrenz laufen die Geschäfte noch miserabler. 345.000 Austritte stehen 15.000 Neu- und Wiederaufnahmen gegenüber; knapp 18 Millionen Lutheraner leben

noch unter uns, 1994 waren es zehn Millionen mehr. Der Trend zu Agnostizismus und Säkularität bleibt also ungebrochen, und man darf hoffen, dass er weiter Fahrt aufnimmt. Jedenfalls sollte, wer zwar die Kirchensteuer abdrückt, aber der Institution wenig abgewinnen kann, sich durch folgende Mitteilung des Bayerischen Rundfunks final angespornt fühlen, dorthin zu gehen, wo die Gottlosen wohnen und über alles Heilige her-



Hoch – die – internationale – Judenhassersolidarität: Graffito am Ausgang des Bahnhofs Saint-Lambert in Lüttich, Belgien, Ostern 2025

die »Frankfurter Allgemeine« beantworten, sie kann nur so tun, als wüsste sie, was kein einziger Kurienerkardinal am Tag danach hätte sagen können und wollen.

Dass es, siehe oben, wurscht ist, wer Bergoglio beerbt, möchte selbstverständlich niemand schreiben, man brauchte schließlich Platz für unerhört nichtige Schlagzeilen wie diese: »Kondolenzbuch für Papst liegt aus« (»Welt«); »Wie wäre es mal mit einem

ziehen: »Die evangelische Militärseelsorge entwickelt einen ›Geistlichen Operationsplan Deutschland‹ – für Verwundete, Trauernde und Geflüchtete. Wie dieser aussehen kann, darüber beraten Militärpfarrer in Nürnberg.« Es bleibt mithin bei den Pfaffen alles, wie es von Anbeginn war: Erst werden die Waffen gesegnet und anschließend jene operiert, die die Waffen überlebt haben.

Und vergib uns

Die deutschen Parteien, die das Christentum zum Bestandteil ihres Markennamens gemacht haben, haben zur neuen Bundesbildungsministerin die Jüdin Karin Prien befördert. Das könnte man für einen Fortschritt halten, erzählte Prien den Parteikameraden nicht Stuss wie diesen: »Meine, unsere DNA ist antifaschistisch.« Darüber kann ein Kenner der Geschichte von CDU und CSU nicht mal lachen: Der christdemokratische Bundeskanzler Kiesinger zum Beispiel war bis 1945 NSDAP-Pg und vergnügte sich nebenbei im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps. Dort trieb sich auch der nachmalige CSU-Boss und bayerische Ministerpräsident Strauß herum. Der CDU-Bundespräsident Carstens wiederum war als Student bei der SA und seit 1937 zertifizierter Nazi (Mitgliedsnummer 5.736.988). Dass ein Großteil der AfD-Mitglieder und -Wähler vormals treu zur Union stand, sollte gerade im Konrad-Adenauer-Haus bekannt sein. Aber vielleicht liest Prien keine Wahlenanalysen, weil sie mit ihrem Hobby, der Parteiengenetik, so beschäftigt ist.

Rette uns vor dem Bösen

Es mag auch sein, dass die eigenwillig gebildete Bildungsministerin »Antifaschismus« mit »Antirussismus« verwechselt, was heutzutage sogar Leuten passiert, die gestern noch glaubten, Antideutsche zu sein. Nach dieser Auslegung des Begriffs könnte Johann Wadephul, den die CDU als Außenminister ins Kabinett entsandt hat, zum größten Antifaschisten aller Zeiten werden. Ende des vergangenen Jahres riefen ihn die russischen Comedians Vovan und Lexus an, gaben sich als Andrij Jermak, Chef des ukrainischen Präsidialbüros, plus Assistent aus und mussten nicht lange warten, bis Wadephul seine DNA offenlegte: »Russland wird immer ein Feind für uns bleiben«, gelobte er, »wie immer auch der Krieg in der Ukraine enden möge.«

»Immer« ist ein großes Wort und seine Verwendung deshalb bei Päpsten, Demagogen und Menschen von geringem Verstand sehr beliebt. Die Vorstellung, es könnte auf das militaristische Zwangssystem Putins eine konziliantere, zivilere Regierung in der Russischen Föderation folgen, scheint Wa-

dephul nachgerade zu erschrecken. Freilich – wie sollte einer, der bereits mit 19 Jahren CDU-Parteisoldat wurde, sich zurechtfinden ohne das geliebte Feindbild und mit dem wenigen, was sonst in seinem Kopf ist? Würden ihn nicht alle mitleidig betrachten, viele auch verlachen, wenn er weiterhin im Pluralis majestatis dröhnte? Denn der hat es ihm angetan wie jedem Typen, dessen Ego ein Blankoscheck ohne Deckung ist: »Die akuteste Bedrohung für uns«, hechelte Wadephul Anfang April auf X, »für unser Leben, für das Rechtssystem, aber auch für das physische Leben aller Menschen in Europa ist jetzt Russland.« Bei solcherart Obsession wurde früher der Exorzist bestellt.

Immerhin ist die Kontinuität deutscher Diplomatie unter Wadephul gewahrt: Sie bleibt eine Fortsetzung des Ukraine-Kriegs mit anderen Mitteln.

In Ewigkeit, amen

Um die Paranoia, die seit der Wende der Zeit bei deutschen Ministern und den meisten Untertanen grassiert, zu füttern, spielen die Geheimdienste den Qual.-Medien regelmäßig Dossiers von eminenter Phantasie zu. Am 23. April war es wieder soweit: Die inoffizielle Pressestelle des BND, der »Rechercheverbund NDR, WDR und ›Süddeutsche Zeitung‹«, erschütterte die Republik mit neuen, na ja, Erkenntnissen über Putins Terror gegen die freie Welt. Im Sommer 2024 waren in Leipzig, Warschau und Birmingham Luftfrachtpakete in Flammen aufgegangen, glücklicherweise ohne größeren Schaden anzurichten. Der Rechercheverbund behauptet nun, die Verantwortlichen für die gefährliche Post gefunden zu haben: Bei den Feuerteufeln handele es sich um, Achtung: »Wegwerf-Agenten« des russischen Geheimdienstes GRU. Der sensationsgeile Neologismus lässt ahnen, dass hier eine Räuberpistole raucht.

Der Artikel, den der NDR am 23. April zum Fall veröffentlichte, verstärkt den Verdacht. Hier die zentralen Stellen: »Europa könnte knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt sein ... Europäische Sicherheitsbehörden nehmen demnach an ... Diese vier Pakete sollen jeweils auf Magnesium basierende Brandsätze enthalten haben ... Offiziell halten sich die Behörden weiterhin bedeckt ... Er soll mit dem Mann Kontakt gehabt haben ... Russland soll laut Sicherheitskreisen ... Doch die Ermittler glauben ... Unter einem falschen Namen soll ... Von DPD gab es keine Auskunft ... soll ... soll ... womöglich ... soll ... im Verdacht steht ... soll ... sollen ... sollen ... könnten ... scheinen tatsächlich ...« Wo aber etwas Schein und Tatsache zugleich ist, regiert der nackte Aberglaube. Der in der Tat immer aufersteht, wenn die Bourgeoisie zum Höllenritt sattelt und die Vorbereitung eines Kriegs als friedenssichernde Maßnahme propagiert.

Kay Sokolowsky

TOTSCHLAGZEILEN

Endlich bewaffnete Drohnen.

Die Bundeswehr bekommt nun die Waffe, die den Krieg revolutioniert hat.

»FAZ«, 9. April 2025

Karrierechance Rüstung.

Die Rüstungsindustrie ist im Aufwind: Unternehmen wie Rheinmetall, Diehl und Kraus-Maffei Wegmann schaffen reihenweise neue Stellen.

»FAZ«, 12. April 2025

Verteidigung: »Wir müssen alles machen, am besten jetzt.«

»Süddeutsche Zeitung«, 13. April 2025

Geheimplan: Der Osten Deutschlands bereitet sich auf den Krieg vor

»Berliner Kurier«, 14. April 2025

Konflikt schon 2027?

Experte rät: Das sind die Waffen für einen Krieg mit Russland

»Berliner Kurier«, 20. April 2025

Fit für die Front.

Die Bundeswehr versucht auf einer Sportmesse, junge Menschen für sich zu begeistern.

»Spiegel«, 20. April 2025

Ja, ich würde für Deutschland sterben.

»Die Zeit«, 20. April 2025

Ed Arnold: Militärexperte rät Deutschland, sich auf Krieg mit Russland im Jahr 2027 vorzubereiten.

»Die Welt«, 20. April 2025

»Wir sind vom Jäger zur Beute geworden.« Der Autor Steffen Kopetzky fordert mehr Respekt und Anerkennung für das Militär.

»Taz«, 23. April 2025

Experten schlagen Alarm: Bahn-Chaos wird zur Gefahr für Bundeswehr.

»Bildzeitung«, 23. April 2025

NATO-Beitritt vor 70 Jahren.

Die Festung Europa braucht deutsche Verteidiger.

»FAZ«, 28. April 2025

Verteidigungsindustrie: 2029 könnte Russland einen Schlag gegen die Nato wagen.

»Spiegel«, 28. April 2025

Deutschlands neue Waffenschmieden.

Deutsche Start-ups mischen die Verteidigungsindustrie auf. Sie erproben ihre Waffen in der Ukraine, passen sich schnell an. Und sind die neuen Lieblinge großer Geldgeber.

»Spiegel«, 29. April 2025

Putin-Gefahr für Europa.

»Der letzte Sommer, den wir noch in Frieden leben.«

»Der Westen«, 5. Mai 2025

Geschichte ist nie das Ergebnis des Willens großer Persönlichkeiten – nicht einmal, wenn es sich dabei um ein »very stable genius« (Donald Trump über Donald Trump), handelt. Es war Marx, der Ende der 1840er und Anfang der 1850er Jahre gegen Pierre-Joseph Proudhon, Victor Hugo und viele andere Anhänger der

was so lange nach ihren Spielregeln funktionierte und sich in Form von Tributen aus der ganzen Welt – nicht zuletzt durch Gewinne, die sich aus dem Umtausch in US-Dollar ergeben – für sie bezahlt machte?

Die westliche Kurskorrektur wirft Fragen auf: Ist die Kritik des Freihandels nun rechts? Ist es heute links, ihn zu verteidigen? Die Kritik am Freihandel war und ist eigent-

Das Ergebnis war die vertiefte Abhängigkeit des Globalen Südens und die hundert-millionenfache Proletarisierung von Klein- und Subsistenzbauern. Seit 1980 hat sich die globale Arbeiterklasse zahlenmäßig verdoppelt – und zwar weit überproportional zum allgemeinen Bevölkerungswachstum. Das Drama der Weltgeschichte lautet: Kapitalistische Durchdringung führt zu »Über-

Kapitulations- erklärung

Trumps Zollpolitik ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit, mit der die USA auf die globale Krise des Kapitalismus reagieren. Von Ingar Solty

great men theory die von ihm und Friedrich Engels entwickelte historisch-materialistische Methode auf die Zeitgeschichte anwandte, um zu zeigen, dass historische Strukturprozesse und Klassenkämpfe verantwortlich für Entscheidungen im politischen Überbau und die gesellschaftliche Ideologie sind.

In diesem Sinne ist auch Trumps Zollpolitik weniger ein Trump-, als ein US-amerikanisches Phänomen. Mehr noch: Es war Joe Biden, der die Schutzzölle gegen chinesische E-Autos und Solaranlagen aus Trumps erster Amtsperiode (2017–2021) von 25 auf 100 Prozent vervierfachte. Zudem findet diese Schutz Zollpolitik gegen China eine europäische Entsprechung. Die EU beschloss Ähnliches im Herbst vergangenen Jahres.

Die kanadischen Politökonominnen Leo Panitch und Sam Gindin haben in ihrem Hauptwerk *The Making of Global Capitalism* beschrieben, wie der US-Staat den Kapitalismus zunächst im Westen rekonstruierte und in seiner Globalisierung das Mittel erkannte, die rekordverdächtig streikende US-Arbeiterklasse durch eine neue Mobilität des Kapitals erfolgreich zu disziplinieren und zugleich mit Hilfe der Schuldenkrise in den Entwicklungsländern den mehr oder weniger sozialistisch-antiimperialistisch orientierten, nationalen Befreiungsbewegungen das Wasser abzugraben und sie in den westlichen Freihandelskapitalismus zu zwingen. Seitdem sorgte die bloße Androhung von Kapitalverlagerungen in der Regel für Steuersenkungen und Subventionen von Staatsseite und für Zurückhaltung von Seiten der Gewerkschaften. Warum also wird von den USA aufgekündigt,

lich links. Als am 1. Januar 1994, dem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta in Kraft trat, der Aufstand der indigenen Guerilla EZLN (Zapatistische Armee für die Nationale Befreiung) im mexikanischen Chiapas begann, läutete dieses Ereignis nur fünf Jahre nach der Verkündung des »Endes der Geschichte« durch den Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das Ende dieses Endes ein. Die Frage des Subkommandante Marcos – »Wer muss um Verzeihung bitten und wer kann sie gewähren?« – war der Weckruf für eine aus dem Globalen Süden kommende Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung.

Die Globalisierung, die heute per Zollpolitik einseitig beendet zu werden scheint, galt damals als Sachzwang, dem die Nationalstaaten machtlos gegenüberstünden, und dem man sich darum, so das Mantra von neoliberalen Sozialdemokraten wie Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder, von Arbeitgeberverbänden und marktradikalen Stiftungen, nur unterwerfen müsse. Die damalige Kritik wandte sich gegen die Außenwirtschaftspolitik der kapitalistischen Zentren im Westen: Die Globalisierung laufe auf einen informellen Imperialismus hinaus. Tatsächlich hat der Westen die durch die erste (1973) und zweite Ölkrise (1979/80) sowie die radikale Leitzinserhöhung der US-Notenbank (1979) verursachte Schuldenkrise der Entwicklungsländer ausgenutzt: Er knüpfte seine Notkredite an Handelsöffnungen, De-regulierungen und Privatisierungen zugunsten westlicher Konzerne. Eine Politik von Imperien, aber ohne formelle Kolonien.

schussbevölkerungen«, weil sie traditionelle Lebensweisen zerstört, ohne ersatzweise einen Platz in der neuen profitgetriebenen Wirtschaft zu bieten. Gegen jene, die auf Suche nach Arbeit und Perspektive den Globalen Süden verlassen, schottet sich der Westen ab: Das Mittelmeer ist ein Massengrab, die US-mexikanische Grenze ein Kriegsgebiet.

Gegen die Freihandelsideologie und für die unabhängige Entwicklung des Globalen Südens entwickelten sozialistische Ökonomen verschiedene Konzepte. Etwa den Panafrikanismus und andere Projekte der regionalen Integration. Oder das von Samir Amin erdachte Konzept des »Delinking«: Länder des Globalen Südens sollen sich bewusst aus der Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft lösen.

Im Westen konnte man dies lange ignorieren. Dann häuften sich jedoch die periodischen, vertieften Finanzkrisen im globalen Finanzmarktkapitalismus und rückten immer näher ins Zentrum, bis zur Enron- und Dot.com-Krise (2000/01) in den USA. Damals schlug auch im Westen die Stunde der Globalisierungskritik.

Ist Trump also nun Vorkämpfer dieser Globalisierungs- und Freihandelskritik? Oder ist die Linke heute Verteidigerin einer offenen Globalisierung? In der Arbeiterbewegung lehnte man Schutz zölle traditionell ab: Zum einen, weil sich auch mit Wirtschaftskrieg führen lässt und Handelskriege oftmals Vorboten militärischer Kriege waren. Ein Beispiel ist die Fragmentierung des Welt Handels nach 1878, die ins Wettüben sowie in die Großmächterivalität um Einflussphä-

ren und koloniale Absatz- und Rohstoffmärkte mündete – begleitet von Nationalismus, Chauvinismus und Kriegsideologie. Zum anderen lehnten marxistische Führungsge­stalten wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg den Schutzzoll ab, weil er die Lebenshaltungskosten für die Arbeiterklasse in die Höhe trieb. Die Handelsschranken zum Schutz etwa der Landwirtschaft sah man Ende des 19. Jahrhunderts als den Versuch, die Profite des Großgrundbesitzes trotz nun globalisierter Agrarmärkte aufrechtzuerhalten – auf Kosten der Arbeiter, für die sich dadurch die Lebensmittelpreise verteuerten.

Ist man also aus einer arbeit­er­bewe­gungs- und imperialismuskritischen Perspektive gegen Schutzzölle, wenn sie die eigenen starken Staaten im Westen errichten, aber für Schutzzölle, wenn sie den schwachen Staaten erlauben, sich vom Druck des Imperialismus zu befreien? Das ist richtig und zugleich zu einfach gedacht. Denn es war ein zentraler Kern der linken Globalisierungskritik, dass der Nationalstaat keineswegs machtlos und auf dem Rückzug oder gar am Ende sei. Der Kern der bahnbrechenden Analysen der kritischen internationalen politischen Ökonomie im allgemeinen und der von Panitch und Gindin im besonderen war, dass der Staat bei der Globalisierung des Kapitalismus Pate stand, ja schon immer ihr zentraler Akteur war und ist. Der einzige Staat, der in den Prozessen geschwächt wurde, war der Sozialstaat.

Vor diesem Hintergrund birgt die Freihandelskritik von rechts einen wahren Kern und ist deshalb für Arbeiter und Arbeiterinnen in wettbewerbsschwachen Industrien

anschlussfähig. Die rechte Freihandelskritik formuliert im Kern, dass geografische Räume, in denen sich Kapital sammelt, von dieser Tätigkeit profitieren. Das ist auch eine linke Überzeugung. Das Ziel, wieder demokratische Kontrolle über die Ökonomie zu erlangen, ist für alle Weltregionen fortschrittlich.

Allerdings bezieht sich die linke Freihandelskritik weniger auf Waren- als auf Kapitalströme, zielt also auf die freie Bewegung des Kapitals, seine »strukturelle Macht«. Dies auch, weil der Staat im Kapitalismus unabhängig davon, wer ihn gerade regiert, ein kapitalistischer Staat ist, insofern seine Funktionen über die internationalen Finanzmärkte schuldenfinanziert sind und auf Gedeih und Verderb davon abhängen, dem Kapital ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen – sonst droht Investitionsstreik. Die linke Antwort heißt folglich nicht Schutzzölle, sondern Kapitalverkehrs­kontrollen. Diese sind zum Beispiel in China verschärft worden, während die Volksrepublik günstige Handelswaren in die Welt exportierte.

Außerdem erkennt die rechte Freihandelskritik aus Arbeiterperspektive, dass der Wirtschaftsnationalismus à la Biden und Trump zwar ausländische Direktinvestitionen anlocken kann, von denen man sich Jobs und Wachstum verspricht. Allerdings nur unter der Bedingung von Subventionen und schlechten Arbeitsbedingungen: Denn das Kapital geht dorthin, wo es möglichst keine Gewerkschaften, niedrige Löhne und wenig Auflagen gibt.

Hinzu kommt, dass die rechte Freihandelskritik nicht sieht, in welchem Maß die

westliche Arbeiterklasse und ihr Lebensstandard von den immer noch recht günstigen Konsumgüterimporten aus China und dem Globalen Süden abhängig sind. Trump wurde von den Arbeitern gewählt, die wütend über die Inflation sind – aber der Handelskrieg wird die Teuerung drastisch verschärfen, ja tut es längst. Auch hier ist linke Kritik da, wo sie schon bei Zetkin, Luxemburg und Co. stand.

Am Ende des Tages erkennt die rechte Freihandelskritik die Qualität des internationalen Handels. Die Leistungsbilanzdefizite der USA sind tatsächlich die Stärke und nicht die Schwäche des US-Imperialismus gewesen.

In einem vom Dollar dominierten Weltsystem vermochten die USA Tribute aus der ganzen Welt abzuziehen, die sie letztlich nicht oder unter Wert bezahlen mussten. Aber genau dies erscheint dem ökonomischen Nationalismus tatsächlich als Verlustgeschäft – mit fatalen Folgen für Weltwirtschaft und Proletariat.

Warum also gehen die USA, warum geht der Westen heute diesen Weg? Wie gut ist China darauf vorbereitet, und welche Folgen haben die Reaktionen der Volksrepublik? Die Schutzzollpolitik ist eine ökonomische Kapitulationserklärung. Nachdem die Wettbewerbsfähigkeit Chinas in wesentlichen Zukunftstechnologien und bei der Herstellung von Industriegütern die Überlegenheit des chinesischen Staatsinterventionismus über die Austeritätspolitik der USA und der EU offenbart hatte, versuchte die Regierung Biden mit dem »Inflation Reduction Act« und dem »CHIPS and Science Act«, die EU mit



Ach, du dickes Ei: Donald und Melania Trump mit Osterhasen beim Easter Egg Roll im Weißen Haus, Washington, DC, April 2025

ihrem »Green Deal«, »NextGenerationEU« und dem »EU Chips Act« sowie Deutschland mit der Umwidmung des Corona-Fonds in den »Klima- und Transformationsfonds«, China mit seinen eigenen industriepolitischen Waffen zu schlagen.

Es gibt viele Gründe, warum diese Strategien scheiterten. Letztlich hat sich wieder einmal gezeigt, dass es keine Lösungen gibt, die sich aus historisch gewachsenen Kontexten einfach adaptieren lassen, und dass auch die erhebliche Rehabilitierung des Staates als Krisenakteur und die Zentralisierung von Entscheidungsfunktionen in den USA und in der EU die staatlichen Planungsressourcen Chinas und seiner Kommunistischen Partei (KPCh) nicht imitieren können. Hinzu kommt: Der Neoliberalismus hat sich so tief in die Institutionen, Rechtssysteme, Verfassungen und gesellschaftlichen Mentalitäten und Ideologien hineingefressen, dass der Versuch der grünpolitischen Transformation und Elektrorevolution im Westen daran scheitern musste.

Die Zollpolitik zielt nun nach US-Finanzminister Scott Bessent darauf ab, sich einerseits, wie schon unter Ronald Reagan und Trump 1.0, verbesserte Marktzugänge und Tributgarantien für geistiges Eigentum nicht zuletzt der Silicon-Valley-Techkonzerne zu sichern, andererseits Kapital aus der ganzen Welt mit dem US-Binnenmarkt und lokalen Steuersenkungen und Subventionen anzulocken. Zudem will man den US-Dollar als Weltgeld billiger machen, um auch auf diesem Weg die USA zu reindustrialisieren und das Leistungsbilanzdefizit zu reduzieren.

Dies gilt allerdings alles nicht im Verhältnis zu China. Was gegen andere Staaten als Mittel der Erpressung eingesetzt werden kann – Bessent spricht von einer »Verhandlungstaktik« – ist gegenüber China, dessen Aufstieg die USA regierungsübergreifend verhindern will, Selbstzweck. Das Vorbild ist wiederum Reagan mit seiner Politik gegenüber dem Hochtechnologierivalen Japan. Ihm gegenüber sorgte die US-Politik für mehrere Jahrzehnte stagnatives Wachstum, ja Deflation. Im Verhältnis zu China aber verkennen die USA die Kräfteverhältnisse und Chinas Vergeltungsmacht.

China hat auf die US-Zollpolitik mit Vergeltungszöllen von 125 Prozent, Ausfuhrbeschränkungen für Seltene Erden, von denen die US-Auto- und Rüstungsbranche abhängig ist, Importbegrenzung für Hollywoodfilme, Importstopp für Boeing-Maschinen und speziellen Sanktionen gegen US-Unternehmen reagiert. Die Volksrepublik demonstriert Stärke. Denn die KPCh hat sich mit ihren immensen staatlichen Planungsressourcen systematisch auf diesen Moment vorbereitet. Sicher, die Zollpolitik trifft auch die Volksrepublik hart in einer Situation vergleichsweise niedrigen Wachstums, gestiegener (Jugend-)Arbeitslosigkeit und einer

schwelenden Immobilienkrise. Aber es gibt Anzeichen, dass China das bessere Blatt in den Händen hält.

In der Volksrepublik wusste man, was von einer zweiten Präsidentschaft Trumps zu erwarten ist. Die Anti-China-Rhetorik war bereits im Wahlkampf 2016 dominant. Es war der rechtsextreme Medienmacher Steve Bannon, der Trump zur wirtschaftsnationalistischen Politik riet, die China für den industriellen Niedergang der USA verantwortlich macht. Damit entschied Trump die Wahl im sogenannten *rust belt* für sich. Einmal an der Macht, überzog schon Trump 1.0 China mit einem Handelskrieg, der China vom Zugang zu jenen Mikrochips abkoppeln sollte, die es noch nicht selbst produzieren kann oder konnte.

Ist Trump ein Vorkämpfer der Globalisierungskritik?

Der chinesische Staat hat auf die Strategien der USA, ihre Vormachtstellung zu verteidigen und den chinesischen Aufstieg einzudämmen, ziemlich erfolgreich reagiert: Die Entscheidung, systematisch in erneuerbare Energien zu investieren und sich von fossilen aus dem Mittleren Osten unabhängig zu machen, stand im Zusammenhang mit dem US-Krieg im Irak, der die globalen fossilen Energieressourcen gegen jegliche Konkurrenten, inklusive der sich osterweiternden EU, sichern sollte. Mit dem elften Fünfjahresplan (2006–2011) begann dann das exponentielle Wachstum in der Gigawattproduktion aus Wind- und Solarenergie. Schon zu Beginn des zwölften Fünfjahresplans (2012–2017) überholte China die USA, zum Ende hin auch Europa. Die Grundlagen der E-Revolution Chinas waren gelegt und damit auch das Fundament für eine Außenwirtschaftspolitik, die sich zunehmend auf die Brics-Staaten und den Globalen Süden konzentriert und von der einseitigen Abhängigkeit vom US- und EU-Binnenmarkt löst.

Dem militärischen *forward positioning*, von Obama nahm China mit drei Maßnahmen den Wind aus den Segeln: 2012 wird auf dem 18. Parteitag der KPCh die stärkere Entwicklung des Binnenmarkts beschlossen, zu der die Anti-Armutskampagne, die mit insgesamt 770 Millionen Menschen die weltweit größte Einkommensmittelklasse hervorbringt, wesentlich beiträgt. Auch heute sieht die KPCh in der »neuen Urbanisierung«, die einen höheren Individualkonsum nicht zuletzt von öffentlichen Dienstleistungen mit sich bringen soll, ein zentrales Antidot zum US-Handelskrieg. Mit der 2013 beschlosse-

nen *Belt and Road Initiative* verlagert China seine Handelswege nicht nur zunehmend nach Eurasien, sondern etabliert sein ökonomisches Modell in diesem Wirtschaftsraum. Ebenfalls 2013 eingeleitet wurde der Pakistan-China-Wirtschaftskorridor, mit dem sich die Volksrepublik einen direkten Zugang zum Indischen Ozean jenseits der Meerenge von Malakka verschaffte.

Kurz, in China weiß man seit langem, dass die USA alles tun, den chinesischen Aufstieg zu behindern. Und China ist nicht unverwundbar, insbesondere im Hinblick auf die Mikrochipproduktion. Die nachholende Entwicklung in diesem Bereich reduziert nicht die Abhängigkeit von Importen. Der Anteil an Halbleitern, die China selbst produziert, liegt bei unter zwanzig Prozent. Die »Made in China«-Strategie war diesbezüglich nur bedingt erfolgreich.

Trotzdem hat der jüngste US-Handelskrieg seine Ziele nicht erreichen können: Das chinesische Unternehmen BYD hat Tesla mittlerweile als größter E-Auto-Produzent abgelöst, Anfang des Jahres schockte Deepseek die US-KI-Industrie als effizientere und viel günstigere Alternative zu ChatGPT, und auch der »Chip War« der USA stößt an seine Grenzen: Die Erfolge von Chinas Mikrochipproduktion waren unerwartet. Huawei legte im August 2023 sein neues Sieben-Nanometer-Modell vor, hinzu kommen die allerdings noch nicht profitablen, aber immerhin erfolgreichen Drei-Nanometer-Tests. Auch zeigt die Auseinandersetzung um Tiktok die Grenzen des US-Staats und seiner Macht auf.

China ist im Unterschied zu Japan in den Achtzigern der weltgrößte Industrieproduzent und die zweitgrößte Wirtschaft mit der größten Mittelklasse der Welt. Das Land hat zudem sein eigenes De-Risking betrieben und sich um integrierte Produktions- mit lokalen und sichereren Lieferketten bemüht. In der Solarproduktion etwa ist man bei annähernd hundert Prozent.

In den letzten Jahren hat China außerdem seine Abhängigkeit vom US-Binnenmarkt als »consumer of last resort« reduziert: Nicht einmal mehr 15 Prozent der Exporte gehen noch in die USA, ein Großteil geht heute in den Globalen Süden. Gegenwärtig laufen weitere Maßnahmen zur Stärkung des Binnenkonsums.

Das chinesische Selbstbewusstsein resultiert letzten Endes aus dem Wissen, dass die USA bluffen. Dem Rest der Welt präsentiert sich China wiederum als verlässlicher kooperativer Handelspartner auf Augenhöhe, der auch kleineren und schwächeren Staaten mit Respekt begegnet, niemals Kolonialreich war trotz seines Aufstiegs keine Kriege führt. ●

Ingar Soltz schrieb in konkret 5/25 über den Zusammenhang zwischen der deutschen Exportkrise und dem Erfolg der AfD

IWF liebt Motorsäge

Mit einem neuen 20-Milliarden-Kredit soll die Regierung Milei in Argentinien zum Wahlsieg getragen werden.

Von Frederic Schnatterer

Es ist gewiss nichts Neues, dass sich Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) in die innenpolitischen Angelegenheiten der Staaten einmischen, denen sie einen Kredit gewähren. Dass man dabei allerdings so offen und dreist zu Werke geht wie zuletzt in Argentinien, offenbart eine besondere Qualität der Einflussnahme.

Gerade erst war die neoliberale Schocktherapie, die der »anarchokapitalistische« Präsident Javier Milei seinem Land verordnet hatte, mit einem IWF-Kredit über 20 Milliarden US-Dollar honoriert worden, da plauderte die Chefin der Washingtoner Finanzinstitution ihre Beweggründe für den Geldsegen aus. Auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank erklärte Kristalina Georgieva der Presse, die Regierung Milei habe »den Willen gezeigt, die Wirtschaft Argentiniens wieder in Ordnung zu bringen«. Im Angesicht der Ende Oktober anstehenden Parlamentswahlen sei es daher wichtig, dass Argentinien nicht »aus der Spur gerät«: »Momentan sehen wir diese Gefahr nicht wirklich, aber wir fordern Argentinien auf, den Kurs zu halten.«

Worin die Maßnahmen bestehen, die der Chefin des IWF ein Lächeln ins Gesicht zaubern, erklärte diese ebenfalls: Die Regierung habe den Staatshaushalt saniert – »von einem hohen Defizit hin zu einem Überschuss«. Auch die Inflation sei abgesenkt worden. »Der Staat zieht sich aus den Bereichen zurück, in denen er nichts verloren hat, um der Privatwirtschaft so zu mehr Dynamik zu verhelfen«. Das sei wichtig, da die Welt »hungrig« nach Dingen sei, die Argentinien produziere: »vor allem landwirtschaftliche Güter, Minerale, Gas, Lithium«. Dass Georgieva, wenn sie von »der Welt« spricht, die großen Industrienationen meint, versteht sich von selbst. Wie zum Dank für das Lob überreichte der argentinische Minister für Deregulierung, Federico Sturzenegger, ihr im Anschluss einen Anstecker in Form einer Motorsäge – gemeinsames Foto inklusive.

Tatsächlich sind die Parlamentswahlen Ende Oktober für die Regierung von großer Bedeutung. Wie in Argentinien üblich, wird alle zwei Jahre je die Hälfte der Sitze in Senat und Abgeordnetenhaus neu bestimmt. Milei, der die Präsidentschaft 2023 gewinnen konnte, verfügt in keiner der beiden Kammern auch nur annähernd über eine Mehrheit. Das soll sich in diesem Jahr ändern. In den vergangenen Monaten haben er und insbesondere seine Schwester Karina dafür die Strukturen ihrer Partei La Libertad Avanza ausgebaut. Sollten sie im Oktober eine Mehrheit gewinnen, könnten Milei und Co. den

Die Welt sei »hungrig« nach Dingen, die Argentinien produziere

neoliberalen Umbau der argentinischen Gesellschaft noch einmal beschleunigen.

Doch auch ohne eigene Mehrheit ist er bereits heute der Hoffnungsträger für eine sich in vielen Ländern durchsetzende nationalkonservative und neoliberale Spielart des Kapitalismus, nicht zuletzt in den USA unter Donald Trump und dem Chef der sogenannten Abteilung für Regierungseffizienz (Doge), Elon Musk. Von Tag eins an sagte der argentinische Präsident der Linken und ihren Organisationen, den Gewerkschaften und Umweltbewegungen den Kampf an. Sein Projekt besteht in einer dauerhaften Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiterschaft und Kapital zu Gunsten von Letzterem. Dafür setzt er teils auf die Unterstützung der traditionellen Rechten rund um Expräsident Mauricio Macri. Wo immer es geht, regiert er autoritär per Dekret.

Neben der Beschneidung gewerkschaftlicher und bürgerlicher Rechte setzt Milei

auf drastische Kürzungsmaßnahmen. So reduzierte er die Staatsausgaben um rund ein Drittel, beispielsweise durch die Schließung einer ganzen Reihe von Ministerien, die Entlassung von Zehntausenden Angestellten und die Streichung von Sozialhilfeleistungen. Im April 2024 verzeichnete der Staatshaushalt das erste Mal seit 16 Jahren einen Haushaltsüberschuss. Polizei und Armee blieben von den Kürzungen indes unberührt.

Entsprechend dem Dogma, der freie Markt werde es schon regeln, dereguliert die argentinische Regierung, was das Zeug hält, und schafft Preis-, Import- und Exportkontrollen sowie Umweltauflagen ab. Internationale Konzerne versucht sie, mit Steuervorteilen ins Land zu locken, insbesondere solche aus dem Rohstoffsektor. Unternehmen, die sich bislang im Staatsbesitz befinden, möchte Milei privatisieren.

Angeblickt, so heißt es aus ihm freundlich gestimmten Kreisen, ist das Projekt erfolgreich. Neben dem erreichten Haushaltsüberschuss verweisen sie vor allem auf die Inflationsrate, die der »Anarchokapitalist« gesenkt hat. In seinem ersten Amtsjahr halbierte er sie, im Februar betrug sie nur noch 2,5 statt der von der Vorgängerregierung übernommenen monatlichen 25,5 Prozent. Im März stieg die Teuerung allerdings wieder auf 3,7 Prozent an – der höchste Wert seit August 2024. Außerdem, heißt es weiter, sei auch der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung gesunken; laut Zahlen des Statistikamtes Indec bis Ende des vergangenen Jahres von 53 auf 38 Prozent. Das Amt berechnet die Armut jedoch anhand eines Warenkorb aus dem Jahr 2004. Dessen Preise sind mit den heutigen nicht vergleichbar.

Tatsächlich hat sich Argentinien unter Milei zum teuersten Land Lateinamerikas entwickelt, der Konsum ist stark zurückgegangen. So werden in den Haushalten heute durchschnittlich elf Prozent weniger Milch und 16 Prozent weniger Rindfleisch konsumiert als noch vor einem Jahr. Die Realeinkommen von staatlich Angestellten und Rentnern sind eingebrochen, auch Mindestlohnempfänger haben mit heftigen Kaufkraftverlusten zu kämpfen.

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Im Gegenzug für den IWF-Kredit lockerte die Regierung in Buenos Aires die zuvor geltenden Devisenkontrollen. Anstatt eines festgelegten Dollar-Kurses wird dieser nun relativ frei bestimmt. Die Maßnahme birgt das Risiko eines erneuten Anstiegs der Inflation. Das könnte für Milei bei den Parlamentswahlen noch zu einem Problem werden. ●

Frederic Schnatterer schrieb in konkret 9/24 über Argentinien unter Präsident Javier Milei

Anfang Mai eroberte die Bürgerkriegsmiliz Rapid Support Forces (RSF) die sudanesische Stadt Al Nahud, durch die die wichtigsten Routen aus dem zentralen Niltal in die westsudanesische Region Darfur verlaufen. Die Operation erschwerte den regulären Streitkräften den Zugang nach Darfur, wo Beobachter vor Massakern der arabischen RSF an der schwarzafrikanischen Bevölkerung warnen. Zur gleichen Zeit griffen die RSF Stellungen der Streitkräfte in Khartum und in der Hafenstadt Port Sudan an. Im Südsudan bombardierten Kampfhubschrauber die Stadt Fangak in der nordöstlichen Region Greater Upper Nile; dabei wurden mindestens sieben Einwohner getötet, und ein Krankenhaus der Hilfsorganisation Médecins sans frontières wurde zerstört. In dem Land hatten sich die Spannungen insbesondere zwischen den Sprachgruppen der Dinka und der Nuer zugespitzt; Beobachter warnten, dort stehe womöglich ein weiterer Bürgerkrieg bevor.

Der Krieg im Sudan ist am 15. April in sein drittes Jahr gegangen. Nach wie vor bekämpfen sich die regulären Streitkräfte des Landes, die Sudanese Armed Forces (SAF), und die mächtige RSF-Miliz. Daneben gibt es allerlei lokale Milizen, die sich mal auf die

genannt, und sein Clan. Die Streitkräfte und die RSF hatten im April 2019, gemeinsam mit zivilen Kräften, den langjährigen Machthaber Omar al Bashir gestürzt. Im Oktober 2021 hatten sie die bis dahin mitregierenden Zivilisten entmachtet. Seitdem haben die Streitkräfte vergeblich versucht, die RSF zu integrieren, um die militärische Gewalt im Land ganz bei sich zu bündeln. Im April 2023 schlugen die RSF schließlich los und brachten weite Teile der Hauptstadt Khartum und fast ganz Darfur unter ihre Kontrolle, bestrebt, die Macht ganz zu übernehmen (siehe **konkret** 6/24).

Der Krieg, der damit ausbrach, dauert bis heute an. Hilfsorganisationen stufen ihn schon seit langem als die größte humanitäre Katastrophe der Gegenwart ein, und das tun sie keineswegs leichtfertig. Von den ursprünglich rund 50 Millionen Einwohnern des Sudans sind zur Zeit laut Angaben der Vereinten Nationen 12,7 Millionen auf der Flucht; rund 3,8 Millionen von ihnen sind ins Ausland geflohen, mehrheitlich in die Nachbarländer Ägypten, Tschad und in den Südsudan. Niemand weiß, wieviele Menschen in dem Krieg umgekommen sind. Seit der damalige US-Sondergesandte für den Sudan, Tom Perriello, im Mai 2024 die Zahl 150.000 nannte, wird sie regelmäßig wiederholt – nicht, weil im Sudan seitdem nicht

gert; laut den Médecins sans frontières (MSF) leben zur Zeit 8,5 Millionen unter akutem Nahrungsmangel oder leiden sogar an einer Hungersnot.

Ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht – auch wenn sich in den vergangenen Wochen und Monaten die Kräfteverhältnisse zugunsten der regulären Streitkräfte verschoben haben. Im März gelang es ihnen, Khartum zurückzuerobern und damit einen nicht nur strategisch, sondern auch symbolisch wichtigen Erfolg zu erzielen: Sie kontrollieren jetzt wieder das traditionelle Zentrum der Macht im Sudan, inklusive des Präsidentenpalasts, aus dem General Abdel Fattah al Burhan, der Machthaber des sudanesischen Militärs, 2023 hat fliehen müssen. Er kommandiert seitdem die Streitkräfte von der Hafenmetropole Port Sudan aus. Für die RSF war der Verlust von Khartum ein herber Rückschlag, auch wenn unklar ist, ob es dabei bleibt. Ende April griffen die RSF Einrichtungen der Streitkräfte in und bei Khartum mit Drohnen an, darunter die Militärakademie in Omdurman, Khartums Zwillingsstadt auf dem westlichen Ufer des Nils, Berichten zufolge auch die Luftwaffenbasis Wadi Seidna 20 Kilometer nördlich der Hauptstadt.

Die Bewohner feierten die Rückeroberung der Hauptstadt als Befreiung. Nicht

Ein Staat wird tranchiert

Sowohl im Sudan als auch im 2011 unabhängig gewordenen Südsudan eskaliert die Gewalt. Wer sind die Protagonisten und Nutznießer dieser Eskalation? Von Jörg Kronauer

eine, mal auf die andere Seite schlagen. Repräsentieren die Streitkräfte vor allem Sudans traditionelle arabische Eliten aus dem Niltal, so sind die RSF insbesondere in der verarmten Region Darfur im Westen des Landes an der Grenze zum Tschad verankert; dort haben sie ihre Ursprünge in den berüchtigten Janjaweed-Milizen, und von dort kommen auch ihr Anführer Mohamed Hamdan Daglo, »Hemedti« (»kleiner Mohammed«)

mehr gemordet und gestorben würde, sondern weil kaum jemand die Toten zählt. Im November 2024 kamen Forscher der London School of Hygiene and Tropical Medicine zu dem Resultat, dass allein im Bundesstaat Khartum seit April 2023 etwa 26.000 Menschen durch Waffengewalt und mindestens 35.000 weitere durch Kriegsfolgen – Seuchen oder Mangel an Nahrung – umgekommen sind. Die Hälfte der Bevölkerung hun-

dass die Streitkräfte in den Schlachten, die schon im Frühjahr 2023 um Khartum geführt wurden, auf Zivilisten Rücksicht genommen hätten: Ihren Angriffen auf Gebäude etwa, in denen sie RSF-Kämpfer vermuteten, fielen zahllose Unbeteiligte zum Opfer. Die RSF aber wüteten in den fast zwei Jahren, in denen sie weite Teile Khartums unter ihrer Kontrolle hielten, hemmungslos. Sie plünderten Wohnungen, vertrieben oder er-

mordeten die Bewohner, vergewaltigten Frauen, brachten um, wer sich ihnen widersetzte, töteten gelegentlich ohne jeden Anlass. RSF-Milizionäre raubten, was nicht nagelfest war; das Schloss auch Kulturgüter aller Art ein, etwa die Bestände des sudanesischen Nationalmuseums, in dem wertvolle Artefakte etwa nubischen oder pharaonischen Ursprungs aufbewahrt waren. Da habe »die größte Plünderung einer afrikanischen Großstadt in der modernen Geschichte« stattgefunden, notierte Ende März die aus dem Sudan stammende Londoner Journalistin Nesrine Malik entsetzt.

Für Darfur musste man das Schlimmste erwarten. Die RSF hatten die Region im Westen des Sudans, rund eineinhalb mal so groß wie die Bundesrepublik und von rund zwölf Millionen Menschen bewohnt, schon im Frühjahr 2023 zum größten Teil unter ihre Kontrolle gebracht. Dabei hatten sie getan, was ihre Vorläufermilizen, die Janjaweed, zwei Jahrzehnte zuvor schon einmal getan hatten: Sie hatten rassistisch motivierte Massaker an Angehörigen der schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppen verübt. In Al Junaina etwa, einer Stadt mit einer halben Million Einwohnern im äußersten Westen des Sudans an der Grenze zum Tschad gelegen, brachten sie laut Schätzungen von Menschenrechtlern bis Ende 2023 zwischen 10.000 und 15.000 Masalit um; die genaue Zahl kennt niemand. Im April 2024 schlossen sie die letzte Großstadt in Darfur ein, die noch unter der Kontrolle der Streitkräfte, genauer, mit diesen verbündeter schwarzafrikanischer Milizen stand: Al Fashir in Nord-Darfur. Dort lebten geschätzt eine bis eineinhalb Millionen Menschen, und es kamen Hunderttausende in mehreren angrenzenden Flüchtlingslagern hinzu.

Vom Sturm auf Al Fashir sahen die RSF allerdings ab – bis zum März dieses Jahres, als sie sich aus Khartum zurückziehen mussten. Nun machten sie sich daran, gleichsam als Ersatz für die verlorene Kontrolle über die Hauptstadt ihre Herrschaft über ganz Darfur zu zementieren. Mitte April stürmten sie das im Süden von Al Fashir gelegene Flüchtlingslager Zamzam, von dessen rund 700.000 Bewohnern etwa 400.000 in Panik weiterflohen – nach Al Fashir oder in andere Orte und Lager. Allein in Zamzam brachten die RSF bei ihrem Vorstoß 300, nach manchen Schätzungen 400 oder mehr Flüchtlinge um. 30 weitere töteten sie, als sie Abu Shoak eroberten, ein kleineres Flüchtlingslager nördlich von Al Fashir. In der von Flüchtlingen überlaufenen Großstadt breitete sich Panik aus. Die RSF begannen, sie zu beschießen, wobei Ende April Dutzende zu Tode kamen. Noch hielten die mit den regulären Streitkräften verbündeten schwarzafrikanischen Milizen, die Al Fashir verteidigten, stand. Wie lange aber würden sie die

kaum noch versorgte Stadt schützen können? Vor allem aber: Was würden die RSF, sollten sie Al Fashir erobern, dort tun? Allen war in Erinnerung, dass die Vorläufer der RSF, die Janjaweed, in den Jahren nach 2003 Hunderttausende schwarzafrikanische Darfuris ermordet hatten.

Während die Aussichten der Menschen in Al Fashir, ja in ganz Darfur immer düste-

Emirate zu profitieren – daher komme, erklärte er, Rutos in Kenia wenig populäre Nähe zu den RSF.

Bewiesen sind Gachagwas Anschuldigungen nicht; er war im Herbst 2024 von Ruto aus dem Amt gedrängt worden, hatte im Amt allerdings auch eine ganze Menge mitbekommen. Was die Emirate anbelangt, zu denen Kenia unbestritten gute Beziehungen



Weg mit Schaden! – Außenministerin Annalena Baerbock mit an der UN-Mission im Südsudan beteiligten Bundeswehrsoldaten, Juba, Januar 2024

rer wurden, zeichnete sich ab, dass der Krieg zwischen den Streitkräften und den RSF für den Fortbestand des Sudans gravierende Folgen haben könnte: Beobachter spekulierten über eine weitere Spaltung des Landes (nach der formalen Abspaltung des Südsudans im Jahr 2011). Die regulären Streitkräfte waren dabei, die Kontrolle über das Kerngebiet des Landes, über Khartum, aber auch über die strategisch wichtige Hafenstadt Port Sudan zu festigen; die RSF sicherten ihre Herrschaft vor allem über Darfur – und sie riefen am 15. April eine Gegenregierung aus. Vorbereitet hatten sie dies schon im Februar, auf einem Treffen in Kenias Hauptstadt Nairobi. Warum dort? Nun, die RSF finanzieren sich seit Jahren zum guten Teil über Goldminen in Darfur, deren Ausbeute sie in die Vereinigten Arabischen Emirate verkaufen. Kenia ist dafür bekannt, als Transitland für Goldlieferungen aus diversen Ländern Ostafrikas in die Emirate zu fungieren. Kenias Ex-Vizepräsident Rigathi Gachagua warf im Februar Präsident William Ruto vor, persönlich vom Schmuggel von RSF-Gold in die

unterhält und an die es genauso unbestritten große Mengen Gold verschiedensten Ursprungs verkauft: Sie sind nach allgemeiner Überzeugung der mit Abstand wichtigste Waffenlieferant der RSF. Natürlich streiten sie das ab; doch UN-Experten, die die Vorgänge untersuchen, haben mittlerweile belastbare Belege, etwa Aufnahmen von Mörsergranaten, die ein RSF-Konvoi mit sich führte. Ihre Seriennummern waren identisch mit denjenigen von Mörsergranaten aus bulgarischer Produktion. Bulgariens Behörden freilich erklärten auf Nachfrage von Reuters, sie hätten die Munition nicht klammheimlich nach Darfur geschafft, sondern hochoffiziell in die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Wie sie von dort in die westsudanesischen Wüste gelangt sein könnten, ließ ein kurz zuvor publizierter UN-Bericht erahnen, in dem es hieß, man registriere inzwischen so viele Flüge aus den Emiraten in den Tschad, dass man geradezu von einer Luftbrücke reden müsse. Vom Tschad aus habe man darüber hinaus mindestens drei Transportrouten in das öst-

lich angrenzende Darfur identifiziert. Das aber ist, wie erwähnt, Heimat und Hochburg der RSF.

Was treibt die Emirate dazu, die RSF zu unterstützen? Das Gold aus Darfur ist es nicht allein, auch wenn es durchaus beträchtliche Bindekraft entfaltet. Man weiß, dass Milizionäre der RSF im Jemen-Krieg an der Seite emiratischer Truppen kämpften; auch das mag manche Verpflichtungen mit sich gebracht haben, aber ist doch schon ein Weilchen her. Dass emiratische Unternehmen eine Menge Geld im Sudan investiert haben, insbesondere in zwei landwirtschaftliche Projekte, deren Größe bei Kriegsbeginn mit 50.000 Hektar beziffert wurde – eine Erweiterung ist längst geplant –, zwingt ebenfalls nicht dazu, sich gegen die regulären Streitkräfte zu stellen und eine Miliz zu unterstützen, wenngleich gerade die landwirtschaftlichen Vorhaben für die Emirate, ein Wüstenland, von großer Bedeutung für die eigene Versorgung mit Nahrungsmitteln sind. Aus welchem Grund die Emirate sich letztlich für die RSF entschieden haben – ihre Interessen im Sudan reichen weiter; sie umfassen nicht zuletzt das Ziel, sich eine Marinebasis am Roten Meer zu sichern. Die Zeiten, in denen derlei Militärstützpunkte in strategisch wichtigen Gebieten bloß von westlichen Staaten, allenfalls noch von Russland angestrebt wurden, sind vorbei.

Der Krieg im Sudan gilt unter Außenpolitik-Experten längst als Beispiel für die Konflikte der herausziehenden multipolaren Welt, in denen nicht mehr unbedingt die alten westlichen Mächte maßgeblichen Einfluss nehmen. Werden die RSF vor allem von den Emiraten unterstützt – unter Einbindung Kenias für den Gold- sowie des Tschads für den Waffenschmuggel –, so erhalten die regulären sudanesischen Streitkräfte Rücken- deckung etwa aus Ägypten und inzwischen auch wieder aus Russland, das anfänglich Söldner an der Seite der RSF positioniert hatte. Am 12. Februar gab Sudans Außenminister Ali Youssef nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow bekannt, beide Seiten hätten sich darauf geeinigt, dass Moskau an der sudanesischen Küste einen Marinestützpunkt errichten dürfe – ein Schritt, der Russland nicht nur eine strategisch attraktive Militärpräsenz am Roten Meer verschafft, sondern ihm auch eine Alternative eröffnet, sollte es seine Marinebasis im syrischen Tartus verlieren. Letzteres war Anfang Mai immer noch nicht endgültig geklärt.

Und der Westen? Er schaltete sich am 15. April 2024 mit einer Sudan-Konferenz in Paris ein, zu der, wie das Auswärtige Amt mitteilte, auf Einladung von Außenministerin Anna Lena Baerbock und ihres französischen Amtskollegen Stéphane Séjourné »erstmalig«, na klar, »alle relevanten Akteure« zu-

sammentrafen, und zwar »hochrangig«, um sich »auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen«. Die Ergebnisse: eine als »Erklärung« getarnte Moralpredigt, die keinerlei Folgen hatte, sowie eine Zusage von Hilfen im Wert von über zwei Milliarden US-Dollar, von denen, glaubt man humanitären Aktivisten in Khartum, vor Ort wenig ankam. Eine zweite Sudan-Konferenz, die genau ein Jahr später in London abgehalten wurde – diesmal auf Einladung Großbritanniens, aber unter Beteiligung Deutschlands, Frankreichs sowie der EU –, führte zu einem ähnlichen Resultat, mit dem einzigen, eher belanglosen Unterschied, dass die Zusage von Geldern, die ohnehin nicht gezahlt werden – jedenfalls nicht an die Betroffenen im Sudan –, geringer ausfiel.

Dabei gab es zusätzlich Ärger, weil die Organisatoren der Sudan-Konferenz Repräsentanten aller möglichen Länder eingeladen hatten, aber niemanden aus dem Sudan – nicht den Außenminister, keinen Vertreter der Militärs, auch keine zivilgesellschaftliche Delegation. Dafür waren die Vereinigten Arabischen Emirate präsent; London legt auf gute Beziehungen zu ihnen einigen Wert. Gegen die Emirate hatten die

Im Südsudan liegen drei Viertel der sudanesischen Erdölvorkommen

sudanesischen Militärs am 6. März einen Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag angestrengt. Sie werfen dem Land vor, es unterstütze mit seinen Waffenlieferungen an die RSF deren Massaker an den schwarzafrikanischen Darfuris; sie stufen diese Massaker als Genozid ein. Die sudanesischen Generäle meinen es damit ernst, und sie gehen auch sonst in die Offensive. Im März etwa teilten sie mit, sollte das Nachbarland Tschad seine Flugplätze auch weiterhin für emiratische Waffenlieferungen an die RSF zur Verfügung stellen, behielten sie sich vor, sie zu bombardieren. Leere Drohungen? Nein, warnte Cameron Hudson vom Washingtoner Center for Strategic and International Studies (CSIS) im Gespräch mit dem Webportal »Al Monitor«: Es sei durchaus denkbar, dass sich der Krieg im Sudan über die Grenzen des Landes ausdehne und zum regionalen Flächenbrand werde.

Als Hudson dies sagte, drohte auch im Südsudan ein neuer Bürgerkrieg. Die Kämpfe im nördlich angrenzenden Sudan, auch die Flüchtlinge, die von dort eingetroffen waren, hatten zusätzlich zu den ohnehin bestehenden Spannungen weitere Unruhe ins

Land gebracht. Anfang März überfiel eine Miliz namens White Army die Stadt Nasir im Nordosten des Landes sowie eine dort angesiedelte Kaserne der regulären südsudanesischen Streitkräfte. Ob es dabei wirklich zu 400 Toten kam, wie die Regierung in Juba später behauptete, spielt politisch keine entscheidende Rolle. Tatsache ist, dass die White Army sich vor allem aus Angehörigen der Sprachgruppe der Nuer zusammensetzt, der auch Vizepräsident Riek Machar entstammt. Präsident Salva Kiir ließ Machar Ende März in Hausarrest stecken und Ermittlungen gegen ihn wegen Anstachelung der White Army zum Aufstand einleiten. Beobachter warnten, dies verschlimmere die Lage; es drohe der nächste Bürgerkrieg – der zweite seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2011.

Der heutige Staat Südsudan umfasst ein Territorium, das nahezu doppelt so groß ist wie Deutschland. Gewöhnlich wird er mit dem schlichten Hinweis vom Sudan abgegrenzt, seine Bevölkerung – heute geschätzt zwischen 12,5 und 13 Millionen Menschen – sei durchweg schwarzafrikanisch geprägt und hänge zu fast zwei Dritteln einer christlichen Denomination, zu einem Drittel einer traditionellen afrikanischen Religion an, während der Sudan arabisch dominiert und islamisch geprägt sei. Das trifft zu, greift allerdings, will man die Konflikte innerhalb des Südsudans verstehen, zu kurz. Sein heutiges Territorium war im 19. Jahrhundert lange Zeit Jagdgebiet meist arabischer Sklavenhändler. Nach dem Beginn der britischen Kolonialherrschaft über den Sudan im Jahr 1899 stießen dann christliche Missionare in das Gebiet vor. Eine ökonomisch-politische Durchdringung der entlegenen Region gab es jedoch allenfalls in Ansätzen, und das änderte sich auch kaum, als der Sudan im Jahr 1956 unabhängig wurde; eine Ausnahme bildete nur die Ölförderung, die in den achtziger Jahren eingeleitet wurde, aber auf Teile des südsudanesischen Territoriums beschränkt blieb. Der Südsudan gilt bis heute als ökonomisch nur düftig entwickelt; er verfügt kaum über eine halbwegs moderne Infrastruktur.

Die rudimentäre wirtschaftliche Entwicklung und krasser Mangel – zwei Drittel der Bevölkerung leben in extremer Armut, also von weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag – haben zur Folge, dass im Südsudan traditionelle Sozialstrukturen bis heute überdurchschnittlich große Bedeutung haben. Dort existieren mehr als 60 verschiedene Sprachgruppen, die sich – wenn auch unterschiedlich stark – voneinander abgrenzen. Rund 40 Prozent stellen die Dinka, die vor allem in der nordwestlichen Großregion Bahr el Ghazal leben; etwa 20 Prozent stellen die Nuer, die insbesondere in der nordöstlichen Großregion Greater Upper Nile siedeln. In der dritten historischen Großregion, dem im

südlichen Landesteil gelegenen Equatoria, ist die Vielfalt der Sprachgruppen am größten. Das muss nicht zwingend zu einer gespaltenen Bevölkerungsstruktur führen; in Kenia etwa, wo eine ähnliche Vielfalt an Sprachgruppen existiert, hat die ökonomische Durchdringung – man denke etwa an die von 1896 bis 1901 gebaute Uganda Railway aus der Hafenstadt Mombasa über die Hauptstadt Nairobi nach Kisumu am Lake Victoria – eine stärkere soziale Einheit mit sich gebracht. Eine vergleichbare ökonomische Entwicklung aber wurde im Südsudan auch dadurch gebremst, dass die britische Kolonialmacht das Gebiet lange Zeit gegenüber dem Norden abschottete: Sie war der Auffassung, die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur spreche für eine Anbindung des Südsudans an ihre Kolonien in Ostafrika.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entschied die britische Regierung, den Süden des Sudans nach der 1956 erfolgten Entkolonialisierung unter der Herrschaft Khartums zu belassen. Das nahmen die südsudanesischen Eliten, die sich um ihren eigenen Staat betrogen sahen, übel. Das Bestreben, den eigenen Staat dann eben selbst zu erkämpfen, führte sie in den ersten Bürgerkrieg gegen Khartum, der 1972 mit der Verleihung größerer Autonomie innerhalb des Sudans für den südlichen Landesteil endete. Schon bald aber spitzten sich im Süden die Spannungen zwischen diversen Sprachgruppen und Clans zu. Immer wieder kam es zu blutigen Kämpfen, die parallel zum zweiten großen Bürgerkrieg zwischen Süd und Nord um die Unabhängigkeit des Südens (1983 bis 2005) andauerten. Manche meinen, von den ca. zwei Millionen Todesopfern der sudanesischen Bürgerkriege gehe die Mehrzahl auf das Konto nicht etwa des Krieges zwischen Nord und Süd, sondern der Gemetzel innerhalb des Südens. Genau weiß das freilich niemand.

Warum ist das wichtig? Weil die innere Zersplitterung dem Südsudan bis heute erhalten geblieben ist. Seit den neunziger Jahren wurde die maßgebliche Kraft im Südsudan, das Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A), im Kampf gegen Khartum vom Westen aus geostrategischen Gründen unterstützt, vor allem von den USA und Deutschland. Denn den transatlantischen Mächten ging es in jenen Jahren vorrangig darum, die arabische Welt auf pro-westlichen Kurs zu trimmen. Einige Regierungen wurden militärisch gestützt wie 2003 im Irak; andere konnte man durch die Abspaltung von Landesteilen schwächen, so im Sudan, wo der Westen 2005 einen Waffenstillstand zwischen Nord und Süd und 2011 die per Referendum mit übergroßer Mehrheit gebilligte Abspaltung des Südsudans erzwang. (Im Süden lagen, nebenbei, drei Viertel der sudanesischen Erdölvorkommen.) Dass man damit einen Staat schuf, dessen in-

nerer sprachlich-tribale Bruchlinien einen friedlichen Fortbestand unwahrscheinlich machten – manche Experten, etwa die durchaus prowestlichen International Crisis Group (ICG), warnten in den Jahren ab 2005 davor –, interessierte im sich aufgeklärt-humanitär wahnenden Westen niemanden. Schließlich war das geostrategische Ziel, die Schwächung des arabisch geprägten Khartums, mit der Abspaltung des Südsudans erreicht.

Wie zu befürchten war, hielt die Machtteilung in der neuen Hauptstadt Juba, in der bei Ausrufung der Unabhängigkeit am 9. Juli 2011 mit Salva Kiir ein Dinka Präsident, mit Riek Machar ein Nuer Vizepräsident wurden, nicht lange. Alte Rivalitäten zwischen Sprachgruppen oder Clans, neue Machtkämpfe um Entwicklungsgelder und Einnahmen aus der Erdölförderung schaukelten sich hoch und mündeten Ende 2013 in einen ersten südsudanesischen Bürgerkrieg. Es gab fürchterliche Gemetzel – Dinka ermordeten Nuer, Nuer ermordeten Dinka –, bis 2018 endlich ein Waffenstillstand geschlossen werden konnte. Die Todesopfer werden allgemein auf rund 400.000 beziffert; noch höher ist die Zahl der Verletzten, der Verstümmelten. Das Resultat des Waffenstillstands und weiterer Verhandlungen: 2020 wurde eine neue Regierung in Juba eingesetzt; es war im wesentlichen die alte, mit Salva Kiir als Präsidenten und Riek Machar als Vizepräsidenten.

Es folgte, wie sich jetzt herausstellt, womöglich nur die Ruhe vor dem nächsten Bürgerkrieg. Nach Machars Arrestierung nahmen die Spannungen weiter zu, und als am ersten Mai-Wochenende Kampfhubschrauber die Nuer-Stadt Fangak bombardierten, hieß es, die Angreifer seien Dinka-Soldaten gewesen. Und der Westen? Er zuckte die Schultern und machte sich vom Acker. In Berlin etwa hatte das Auswärtige Amt bereits am 22. März mitgeteilt, man werde die deutsche Botschaft in Juba schließen. »Nach Jahren des fragilen Friedens steht Südsudan erneut am Rand des Bürgerkriegs«, ließ Außenministerin Baerbock wissen: »Präsident Kiir & Vize-Präsident Machar stürzen das Land in eine Gewaltspirale.« Sie stünden jetzt »in der Verantwortung, die sinnlose Gewalt einzustellen«. Dass die Bundesrepublik einst die Abspaltung des Südsudans nach Kräften vorangetrieben, dass sie damit – wenn man das allzu oft missbrauchte Wort denn einmal verwenden darf – auch Verantwortung übernommen hatte, daran störte sich in Berlin niemand. Wieso auch: Die Südsudanesischen haben mit der Abspaltung ihres Landes vom Sudan und mit der damit verbundenen Schwächung Khartums ihre Schuldigkeit getan. Nun können sie gehen (oder sehen, wo sie bleiben).

Jörg Kronauer schrieb in konkret 5/25 über den Krieg im Osten des Kongs

Klaus Müller Steile Pfade, lichte Höhen

*Marxistische
Wirtschaftstheorie
im 21. Jahrhundert*
462 Seiten, 36 €,
ISBN 9783946946403



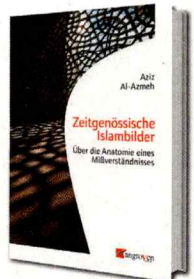
Paul Cockshott Was die Welt am Laufen hält

*Die Geschichte
menschlicher Arbeit
vom Beginn bis heute*
480 Seiten, 36 €,
ISBN 9783946946298



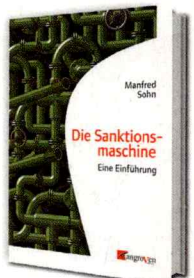
Aziz Al-Azmeh Zeitgenössische Islambilder

*Über die Anatomie
eines Mißverständnisses*
ca. 300 Seiten, 27 €,
ISBN 9783946946472



Manfred Sohn Die Sanktions- maschine

Eine Einführung
132 Seiten, 25 €,
ISBN 9783946946434



Glenn Diesen Der Ukraine- Krieg und die eurasische Weltordnung

ca. 300 Seiten, 27 €,
ISBN 9783946946526



mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de

www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Ein im März 2025 von der italienischen Regierung unter der rechtsextremen Premierministerin Giorgia Meloni verabschiedetes Gesetz erkennt Femizid als »Akt der Diskriminierung oder des Hasses gegen eine Frau auf Grund ihres Geschlechts« an, sieht lebenslange Haftstrafen vor und verschärft die Strafen für verwandte Delikte wie Stalking, sexuelle Gewalt und Rapepornos. Angesichts der antifeministischen Rhetorik Melonis in Hinblick auf heteronormative Familienvorstellungen, LGBTIQA+-Rechte, Gender- und Sexualerziehung sowie reproduktive Rechte und Gleichstellungspolitik mag die politische Maßnahme auf den ersten Blick widersprüchlich wirken und irritieren.

Zunächst muss festgehalten werden: Gesetze sind Symbolpolitik, wenn sie in erster Linie auf Repression setzen und an den Ursachen gesellschaftlicher Herausforderungen nichts ändern. Insofern ist nicht zu erwarten, dass das Gesetz dazu beitragen wird, geschlechtsbasierte Gewalt effektiv zu ver-

beginnen, Femizide und in manchen Fällen sogar auch Transfemizide in ihre jeweiligen Strafgesetzbücher aufzunehmen. So erkannte zuerst Malta 2022 Femizid als eigenständigen Straftatbestand an, im Juli desselben Jahres folgte Zypern, 2024 Kroatien. Malta und Kroatien sehen in ihren Gesetzgebungen hohe Haftstrafen vor, während diejenigen in Zypern eine Strafandrohung bis zu lebenslänglich und nun in Italien ausschließlich lebenslänglich beinhalten. Auffallend dabei: Einzig in Malta war es eine sozialdemokratische Regierung, unter der Partit Laburista (PL), die das Gesetz einführte. In Zypern zeichnete sich die erste weibliche Präsidentin des zyprischen Parlaments und Mitglied der konservativen Partei Demokratische Gesamtzypriotische Sammlung (DISY), Annita Demetriou, verantwortlich und in Kroatien eine (rechts-)konservative Regierung. Italien sticht im europäischen Vergleich durch die Höhe der vorgesehenen Strafen hervor sowie dadurch, dass das Gesetz von einer rechtsextremen Regierung eingeführt wurde.

zide zu verurteilen und entschieden zu bekämpfen sind. Nur werden das Patriarchat und patriarchale Gewalt von der extremen Rechten – wenig verwunderlich – vor allem dort verurteilt, wo sie sich in rassistischer Manier als »importiert« und »zugewandert« und folglich als Problem »der anderen« darstellen lassen. Geschlechtsbasierte Gewalt in den eigenen dominanzgesellschaftlichen Reihen wird hingegen gelegnet und verharmlost.

Feminismus steht Rechtsextremen ohnehin weltenfern. Schließlich stehe er für Männerhass, Sprachkontrolle und einen künstlich aufgezwungenen Geschlechterkampf, wie es eine ehemalige Aktivistin der Identitären im »Compact Magazin« 2017 paradigmatisch für den europäischen Antifeminismus beschrieb. Dem würde sie heute vermutlich Verwirrung der naturgegebenen Geschlechtsidentität hinzufügen. Gruppen wie die Identitären hingegen würden sich, führt die reaktionäre Frauenversteherin fort, für die wirklich wichtigen Frauenthemen Mutterschaft und Familie und darin für wahre Gleichberechtigung einsetzen. Im Kontext der rechtsextremen Bestrebung, die binärhierarchische Geschlechterordnung aufrechtzuerhalten, bedeutet das, Männer und Frauen in ihrer vermeintlich naturgegebenen Unterschiedlichkeit anzuerkennen und gemäß ihrer Geschlechterrolle zu behandeln. Die »Linken« und »Multikultis« wiederum hätten Frauen verraten, so die rassistische Erzählung, da sie jene Männer ins Land ließen, die nun Frauenrechte beschneiden und für sexualisierte Gewalt verantwortlich seien. Gerade die Selbstinszenierung als die eigentliche Beschützerin von Frauen eröffnet der extremen Rechten die Möglichkeit, Feminismus abzulehnen und sich dennoch positiv auf Frauenrechte zu beziehen.

Auch Meloni vertritt ein Frauenbild, das weibliche Stärke und Führungsanspruch mit traditionellen Rollen verbindet. Sie präsentiert sich als »Frau, Mutter und Christin« und nutzt ihre Position als Frau strategisch, um rechts-konservative Geschlechterpolitik zu legitimieren. Für kurzzeitiges Aufsehen sorgte beispielsweise eine Aussage, die sie letztes Jahr anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zum besten gab: »Man wird mich jetzt als Rassistin bezeichnen, aber es gibt leider eine höhere Zahl von Fällen sexueller Gewalt durch Einwanderer, insbesondere illegale. Denn es ist klar, wenn man nichts hat, gibt es eine Degeneration, die überall hinführen kann.«

Initialzündung für die Gesetzesinitiative in Italien war die Ermordung der 22-jährigen Giulia Cecchettin durch ihren Exfreund Filippo Turetta im November 2023. Sie hatte landesweite Empörung ausgelöst und zu einer politischen Debatte über geschlechtsbasierte Gewalt geführt. Obwohl der An-

Fortschritt rückwärts

Die Regierung Meloni hat Femizid als eigenständigen Straftatbestand eingeführt. Was sich feministisch gibt, dient autoritären und rassistischen Politiken. Von Judith Goetz

ringern. Anstatt sich aber darauf zu beschränken, Rechtsextremen ihre Widersprüche vorzuhalten und entsprechende Politiken als Instrumentalisierungen zu entlarven, ist es produktiver, den Blick darauf zu richten, wie sie ihre Widersprüche strategisch integrieren und dadurch diskursive Anschlussfähigkeit über ideologische Grenzen hinweg erzeugen.

Italien ist nicht, wie zumeist kolportiert, das erste europäische Land, das dem Vorbild zahlreicher lateinamerikanischer Staaten gefolgt ist, die bereits Mitte der nuller Jahre

Der Verweis auf Frauenrechte – insbesondere im Kontext sexualisierter Gewalt – eröffnet der extremen Rechten vielfältige strategische Möglichkeiten: Er eignet sich nicht nur zur Konstruktion von Bedrohungs- und Angstszenerien in Verbindung mit rassistischen Agenden, sondern erlaubt es ihr auch, sich modern zu inszenieren, gezielt Frauen anzusprechen sowie anschlussfähig an andere politische Milieus zu werden, insbesondere an die sogenannte gesellschaftliche Mitte. Schließlich scheint ein Konsens darüber zu bestehen, dass Femi-



Ausgesetzt: Das Mahnmal »Wall of Dolls« erinnert an die alltägliche Gewalt gegen Frauen, Mailand, Juni 2024

lassfall einen von einem weißen italienischen Mehrheitsangehörigen verübten Femizid betraf und die offizielle Begründung der Verordnung vordergründig keine rassistischen Narrative bediente, lässt sich das politische Framing kaum übersehen: Die wiederholten Ankündigungen Melonis und ihrer Regierung, mit verstärktem Polizeiaufgebot und verschärften Strafgesetzen auf eine vermeintlich migrationsbedingte Zunahme von Unsicherheit zu reagieren, machen deutlich, in welchem ideologischen Kontext das Gesetz zu verorten ist. Die Premierministerin selbst hingegen bewertet das Gesetz als einen »weiteren Schritt vorwärts« in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, für die sich die Regierung »seit ihrer Amtseinführung« stark mache.

In Italien wird ungefähr alle drei Tage eine Flinta ermordet, 2024 waren es 113 Femizide. Die zentrale Gemeinsamkeit zwischen Italien und anderen europäischen Ländern: Die Täter waren keine unbekannten »Fremden«. In der überwiegenden Mehrheit kannten sich Täter und Betroffene. 99 wurden durch Partner oder Familienangehörige getötet, 61 von Expartnern. Femizide finden folglich besonders häufig an dem Ort statt, der von Giorgia Meloni ideologisch verklärt und als Schutzraum inszeniert wird – zu Hause in der heteronormativen Ehe und der heiligen Familie. Die Tatsachen verdeutlichen, dass das Gesetz primär der Legitimation autoritärer, sicherheitspolitischer und migrationsfeindlicher Maßnahmen dient: Es setzt auf Repression statt auf Prävention. Vielmehr braucht es, wie insbesondere feministische Gruppen wie Non Una di Meno, dem italienischen Ableger der transnationalen Ni-Una/e-Menos-Bewegung betonten,

tiefgreifende Veränderungen in Bildung, Arbeitswelt und gesellschaftlichen Machtverhältnissen, besseren Opferschutz und Investitionen in Frauenhäuser.

Dass auch die italienische Opposition dem Gesetz zustimmte, macht das Dilemma im Umgang mit staatlicher Repression deutlich: Einerseits besteht dringender Handlungsbedarf gegen Femizide, der es erschwert, dem Gesetz nicht zuzustimmen, nur weil es von einer rechten Regierung kommt. Andererseits zeigt sich einmal mehr, dass entsprechende Initiativen und Debatten nicht den Rechten überlassen werden dürfen, da der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt mehr erfordert als Strafverschärfungen – nämlich eine Entlarvung der patriarchalen Strukturen, die die Voraussetzung von Femiziden sind.

Femizide sind keine isolierten Verbrechen, sondern Ausdruck struktureller Gewalt, und gegen diese, nochmal zum mit-schreiben, erweisen sich Gesetze zahllos. Entsprechend liegt es weiterhin an der Linken zu verhindern, dass der Begriff seiner feministischen Bedeutung entleert und zu einem Werkzeug autoritärer Politik wird. Gegen patriarchale Besitzansprüche, Kontrollwünsche und Männer, die mit Kränkung und Zurückweisung nicht anders umgehen können als mit Gewalt, helfen schließlich auch keine Strafandrohungen.

Dennoch lassen sich auf Gesetzesebene sinnvolle Maßnahmen finden, wie sich beispielsweise in Rojava zeigt. Die 2013 in Qamischli (Nordostsyrien) gegründete Organisation Sara widmet sich geschlechtsspezifischer Gewalt und dokumentiert dabei nicht nur Fälle von häuslicher Gewalt, Kinderehen, Entführungen und sogenannten Ehrenmor-

den, sondern spielt auch eine zentrale Rolle im Kampf gegen Femizide.

Sie ist als Institution rechtlich befugt, Frauen in der Region in Fällen von (versuchtem) Femizid oder schwerer Gewalt vor Gericht zu vertreten und als Nebenklägerin aufzutreten, selbst wenn die Familien der Betroffenen das nicht möchten oder nicht als wichtiger erachten. In der Vergangenheit haben sich die Familien von Täter und Opfer häufig außergerichtlich auf Entschädigungen geeinigt, so dass die Tat straffrei ausging. Sara sorgt nun dafür, dass auch die Ermordeten eine parteiliche Interessensvertretung vor Gericht bekommen und Gerechtigkeit – sofern dies im Rahmen eines Gerichtsprozesses überhaupt möglich ist – hergestellt wird.

Zwar existieren in einigen Ländern wie Argentinien oder Frankreich bereits Ansätze, die es NGOs ermöglichen, als Nebenklägerinnen in Femizid-Prozessen aufzutreten. In den meisten europäischen Staaten bleiben die rechtlichen Hürden für eine solche Prozessvertretung durch Dritte nach wie vor hoch. Vor diesem Hintergrund erscheint die rechtliche Befugnis der feministischen Organisation Sara in Rojava ein wichtiges Instrument: Nicht nur vertritt sie die Opfer von Femiziden vor Gericht, sie verbindet diese rechtliche Arbeit mit umfassender Bildungs- und Präventionsarbeit – und zeigt damit, wie der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt jenseits von Repression und Symbolpolitik aussehen kann. ●

Judith Goetz hat die Bücher *Frauenrechte und Frauenhass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt* (2019) sowie *Femi(ni)zide. Kollektiv patriarchale Gewalt bekämpfen* (2023) mitverfasst

Friedens- pfeifen

Mit dem erneuerten russischen Verhandlungsvorschlag tritt der Ukraine-Krieg in eine neue Phase. Ob er damit auch dem Ende näher kommt?
Von Reinhard Lauterbach

Allem Anschein nach ist der Ukraine-Krieg mit dem russischen Vorschlag, wieder direkte Verhandlungen mit Kiew aufzunehmen, in eine neue Phase eingetreten. Dabei gibt es keine Anzeichen dafür, dass zwischen den grundsätzlichen Interessengegensätzen, die ihm zugrunde liegen, vermittelt worden wäre. Nach wie vor will Russland den Vorteil, den es auf dem

Schlachtfeld hat, als Druckmittel nutzen – und die Ukraine samt ihrer westlichen Sponsoren genau diesen Druck abmildern. Das ist der Hintergrund des Streits darüber, ob eine Feuerpause Voraussetzung oder Folge der Gespräche sein sollte.

Dabei ist soviel klar: Die Behauptung des Westens, Verhandlungen seien ohne eine Feuerpause sinnlos, ist falsch. Es ist ein für die Öffentlichkeit bestimmter Moralismus,

der überspielt, worum es eigentlich geht – und an den sich der Westen bei anderer Gelegenheit übrigens selbst nicht gehalten hat: Die Nato hat im Krieg gegen Jugoslawien parallel zu Verhandlungsaufforderungen weitergebombt, um Serbien zu politischen Konzessionen in der Kosovo-Frage zu veranlassen. Auch in der Endphase des Vietnamkriegs ließen sich die USA das Recht zum Bombardieren nicht nehmen, obwohl sie in Paris mit Nordvietnam über ein Kriegsende sprachen. Der spätere Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger soll je nach dem Gang der Gespräche bei der US-Airforce dosierte Luftangriffe bestellt haben, um Nordvietnam zu politischen Konzessionen zu zwingen oder es mit nachlassenden Attacken zu »belohnen«.

Deutlich ist geworden, dass die Ukraine eine Verhandlungslösung gerade dringender braucht als Russland. Ihre Truppen sind zermüht und werden nach übereinstimmenden Berichten beider Seiten fast nur noch eingesetzt, um akut entstehende Lücken in der Front zu schließen. Insofern hat der 30tägige Waffenstillstand, für den Wolodymyr Selenskyj seit Tagen wirbt, für die Ukraine die Funktion einer Atempause. Entsprechend lehnt Russland diese Forderung ab: Wer brauche eine Waffenruhe, in deren Schatten die eine Seite nur wieder aufgerüstet werden solle, fragte Wladimir Putin in seiner Ansprache am 11. Mai rhetorisch. Dass Russland eine Kampfpause natürlich genauso zur Auffrischung seiner Truppen nutzen könnte – und mit Sicherheit nutzen würde –, verschwieger. Aber sein Wunsch, man müsse erst über die politischen Kriegsursachen – aus russischer Sicht die Expansion der Nato und ihrer Strukturen an die russische Grenze – reden und dann über mögliche Waffenruhen, hat ihre strategische Logik. Krieg ist für keinen der Beteiligten ein Selbstzweck, sondern dient politischen Zielen. Im russischen Fall eben, sich die Nato vom Hals zu halten.

Selenskyj hat mit seiner nach Putins Vorschlag von Verhandlungen ab dem 15. Mai in Istanbul geäußerten Zusage, »auf Putin zu warten«, schnell reagiert, auch wenn er sich formal über die Rechtslage im eigenen Land hinweggesetzt hat. Denn seit dem 30. September 2022 sind Verhandlungen sowohl mit Russland im allgemeinen als auch mit Putin im besonderen in der Ukraine gesetzlich verboten. Selenskyj selbst war es, der dieses Verbot seinerzeit durchgesetzt hat – in der Absicht, möglichen Versuchen einer Nebenaußenpolitik innenpolitischer Konkurrenten einen Riegel vorzuschieben. Er wollte alle Hebel in der Hand behalten; jetzt tut er genau das, was er anderen verboten hat.

Wenn er es denn wirklich tut, was zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Textes nicht absehbar ist. Denn vor der Ankunft der ukrainischen Delegation am Bosphorus steht die Frage, was mit der vom Westen verlangten sofortigen Waffenruhe wird. Klar ist:



Picture Alliance/AP/Stefan Rousseau

Mach mal Pause: Keir Starmer, Wolodymyr Selenskyj, Emmanuel Macron, Friedrich Merz und Donald Tusk gehen spazieren, Kiew, 10. Mai 2025

Zwingen kann auch das Quartett Macron-Merz-Starmer-Tusk Russland nicht dazu; die angedrohten Sanktionen müssen formuliert und beschlossen werden, und bis sie – eventuell – Wirkung erzielen, dauert es dann auch noch. Denn Russland hat bisher 16 Sanktionspakete überlebt, das wird mit dem 17. nicht anders sein. Zumal viel mehr gar nicht möglich ist: Die offene Beschlagnahme des in Brüssel eingefrorenen Geldes der russischen Zentralbank – und nicht nur, wie bisher, seiner Zinserträge – birgt Risiken für den Finanzplatz Europa, denn wo das Eigentum der einen nicht mehr vor politischem Zugriff geschützt ist, ist potentiell niemandes Eigentum mehr sicher. Ebenso hat die EU-Kommission bereits beschlossen, den Abschluss neuer Lieferverträge über Öl und Gas aus Russland ab 2027 zu verbieten. Diese Kugel ist also verschossen. Was soll da noch kommen? Die angedrohten Strafzölle auf alle Drittstaaten, die noch mit Russland Handel treiben, zeigen, dass dem Westen inzwischen außer offener Willkür nichts mehr einfällt. Wenn das die Regeln sind, auf denen die westliche Weltordnung angeblich beruht, dann muss sich der kollektive Westen über wegbrechende Gefolgschaft im Globalen Süden nicht wundern.

Wer irgendwelche Waffenruhen einhält oder nicht einhält, wird im einzelnen kaum nachzuvollziehen sein. Am späten Abend des 11. Mai – also kurz bevor nach westlicher Forderung die bedingungslose Waffenruhe hätte in Kraft treten sollen – meldeten russische Telegram-Kanäle einen Beschuss der russischen Kleinstadt Rylsk im Bezirk Kursk. Getroffen worden seien demnach ein Hotel und eine Autowaschanlage, drei Menschen seien verletzt worden. Wer das Feuer auf Rylsk eröffnet hat, war zunächst unklar. In welche

Richtung die gegenseitigen Beschuldigungen gehen werden, kann man sich denken.

Für weitere Schwierigkeiten dürfte ein Punkt aus einem Katalog von Forderungen sorgen, den nach Angaben der Moskauer »Nezavisimaja gazeta« der US-Sonderbeauftragte Keith Kellogg nach Kiew mitgebracht haben soll, nämlich der Rückzug der russischen und der ukrainischen Truppen um jeweils 15 Kilometer vom aktuellen Frontverlauf. Darauf habe Selenskyj mit einer klaren Ablehnung reagiert: Ein solcher Rückzug würde bedeuten, dass die Ukraine die Stadt Cherson am Unterlauf des Dnipro räumen müssen, und das komme nicht in Frage. Dass auch Russland sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklären wird, steht auf einem anderen Blatt. Denn in die Stellungen in der von Kellogg skizzierten Pufferzone sollen Soldaten der »Koalition der Willigen« aus europäischen Nato-Staaten einziehen. Das hat Moskau bisher kategorisch abgelehnt, und das hat seine Logik. Schließlich würde es bedeuten, dass Russland nach drei Jahren Krieg genau das bekäme, wogegen es den Krieg begonnen hat: Nato-Truppen in der Ukraine. Zumal US-Beamte nach Darstellung der »New York Times« von Ende April im Kreise ihrer europäischen Alliierten streuen, die Verweigerung eines Nato-Beitritts der Ukraine durch Donald Trump sei für künftige US-Administrationen nicht bindend und könne nach Belieben revidiert werden.

Allerdings ist auch Russland nicht völlig Herr der eigenen Entschlüsse. Wladimir Putin hat das zwischen den Zeilen angedeutet, als er seinen Verhandlungsvorschlag in der Nacht zum 11. Mai mit den Gesprächen begründete, die er am Rande der Feierlichkeiten zum Siegestag mit seinen ausländi-

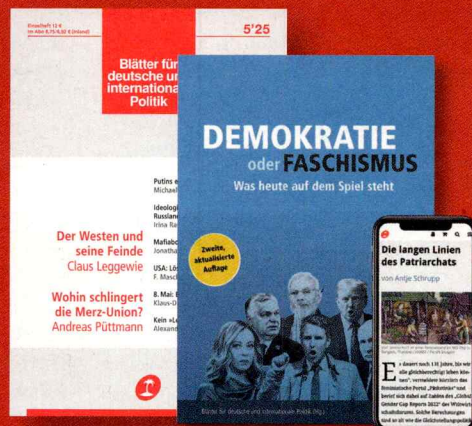
schen Gästen geführt habe. Man kann sich denken, wer solchen Einfluss auf Putin hatte. Das dürfte vor allem Chinas Staatschef Xi Jinping gewesen sein. Er hat ebenso wie Russlands Brics-Partner Brasilien und Südafrika in der Vergangenheit mehrfach signalisiert, dass er ein rasches Kriegsende anstrebt und ihm insbesondere die von Russland angestrebten Grenzveränderungen herzlich egal sind. Nicht zu vergessen ist natürlich auch der Mann, der in Moskau nicht dabei war: US-Präsident Donald Trump. Dessen »neuerdings« gezeigtes Engagement für eine »Regelung des Ukraine-Konflikts« würdigte Putin am Ende seines nächtlichen State-ments. Vorläufig sieht es so aus, als wäre Donald Trump der eigentliche Gewinner des Streits um die Verhandlungsoptionen. Ohne ihn geht nichts, wie der Anruf von Emmanuel Macron zu – in Washington – nachtschlafender Zeit bei Trump zeigte, um sich die Erklärung der Europäer und Selenskyjs absegnen zu lassen; auch Putin ist bemüht, ihn bei Laune zu halten und den Eindruck zu verhindern, Russland blockiere die Verhandlungen.

Es wird also in Istanbul Streit und Wortklauberei geben. Wer Russland letztlich bei den Verhandlungen vertreten wird, war zunächst nicht bekannt. Klar ist, dass Wladimir Putin, wenn er denn käme, in der Türkei keine Festnahme und Zuführung zum Internationalen Strafgerichtshof drohen würde. Erstens gilt für ihn als amtierenden Staatsschef eine Amtsimmunität, und zweitens hat die Türkei ebenso wie Russland die Zuständigkeit des Gerichtshofs nicht anerkannt. ●

Reinhard Lauterbach schrieb in konkret 4/25 über Trumps Versprechen, den Krieg in der Ukraine innerhalb kürzester Zeit zu beenden

Mehr Analyse. Weniger Schlagzeilen.

Jetzt die »Blätter« im Kombiabo
bestellen und den Durchblick behalten:
Print-Abo + Online-Zugang + Buchprämie



blaetter.de/kombiabo

Jetzt aber richtig: Wiederbewaffnung

Georg Seeßlen über die Militarisierung der Herzen

Ein Staat, der sich militarisiert, tut das nicht, ohne dass sich in seiner Gesellschaft Diskurse, Zeichen, Bilder, Erzählungen, Gewohnheiten, Riten und Geschmäcker ebenfalls militarisieren. Militarisierung kann gar nicht anders, denn sie richtet sich gegen den äußeren Feind genau so wie gegen inneren Widerspruch. In der »Zeitschrift für innere Führung« erklärt es uns ein Oberst Harald Lamatsch: »Kriegstüchtig werde ich nur innerhalb einer Gesellschaft, die mir das notwendige Rüstzeug und die Unterstützung gibt, um in der von Tod und Gewalt geprägten Auseinandersetzung zu gewinnen.« Anders als einst versprochen also soll nicht eine Armee eine mehr oder weniger demokratische Gesellschaft schützen, sondern diese Gesellschaft soll sich so militarisieren, dass sie das lyrische Ich der Obersten zum Sieg tragen kann. Bloß blöd, dass eine militarisierte Gesellschaft sich nicht mehr allzu viele Gedanken über den Zustand ihrer Demokratie machen kann.

Weltpolitisch haben wir, wie soll man sagen, gerade eine gewisse Situation. Jedenfalls ist die Situation gewiss oder eben ungewiss genug, um klassische Diskurse und Allianzen des Pazifismus ins Wanken zu bringen. Schon wieder neue Grenzverläufe, schon wieder neue Schismen, schon wieder kannste einen Genossen von früher als Freund vergessen, schon wieder ist die Grenze zwischen einer aufrechten Friedensfreundin und einer nützlichen Idiotin für einen Kriegstreiber fluid. Der materiellen Militarisierung eines Staates oder eines Staatenbundes wie der EU kann man noch mit gebotener politischer Vernunft entgegenreten. Bei der kognitiven, ästhetischen und moralischen Militarisierung von Gesellschaften ist das schon schwieriger. Militarisierung bedeutet in aller erster Linie das rigorose Ja oder Nein, Wir oder die anderen, Freund oder Feind, dafür oder dagegen, drinnen oder draußen. In einer militarisierten Gesellschaft gelten andere Regeln und Werte als in einer Zivilgesellschaft; die Erregung mag sich bis zu einem Punkt stei-

gern, da alles und jedes, was der »Kriegstüchtigkeit« widerspricht, als moralisch, rational und ästhetisch inakzeptabel erscheint.

Anstelle eines schützenden großen Bruders sitzt derzeit ein größenwahnsinniger Wirrkopf im Weißen Haus und lässt die armen Europäer ganz schutzlos seinem Brother in Crime, Wladimir Putin, gegenüber erscheinen. Die beiden sind, wie wir wissen, schurkische Imperialisten. Ursula von der Leyen erklärt dagegen die »Umrüstung Europas« zum Ziel. Europa muss sich also selber verteidigen, hilft ja nichts. Das kostet einerseits einen Haufen Geld und muss andererseits einer Bevölkerung vermittelt werden, die sich irgendwie an den Frieden gewöhnt hat, auch wenn man angesichts aggressiver Horden männlicher Jugendlicher immer mal wieder den Satz hört: Denen fehlt eben ein ordentlicher Krieg. Aber die Jungs haben halt andere Opfer gefunden, und fatalerweise finden sie gerade den eben supergeil, gegen den sie ihr Land eigentlich zu verteidigen hätten. So einen hätten sie eben auch gern, so macho-cool und mega-hart. Was für ein Dilemma! Ausgerechnet die Rechten, sonst Garanten für Militarisierung, Kriegsbegeisterung und nationalen Sieg bis zur letzten Patrone, haben keinen Bock auf Vaterlandsverteidigung, hören Feindsender wie Russia Today und hängen sich Putin-Poster ins Schlafzimmer; wehrhaft indes müssen sich Linksliberale, Sozialdemokraten und Grüne zeigen. Letztere, einst aus einer radikalpazifistischen Bewegung hervorgegangen, tun sich bei der Kriegsrhetorik besonders hervor. Allein, es fehlt ihnen die entsprechende Ästhetik. Anton Hofreiter kann so sehr nach Bomben und Granaten gieren, wie er mag, man traut ihm Blitzkrieg und Ehrenpolch dann doch nicht zu. Und Boris Pistorius, der kumpelige Dauergrinser, der gleich zum beliebtesten Politiker hierzulande wurde, weil er sich Sorgen um kuschelige Temperaturen in Infanteriekasernen zu machen schien, erinnert eher an Balou als an Blücher. Aus seinem Mund hört sich das Wort »kriegstüchtig« nach Ortsverein-Grillfest an.

Mit dem Sondervermögen könnte sich Deutschland nun technisch eine gehörige Remilitarisierung leisten. Allein es fehlt an, Verzeihung, Menschenmaterial. Stell dir vor, wir haben das Schlachtfeld schon gemietet, und es kommen nur ein paar Hofreiter und Opas gegen links, während die tüchtige deutsche Jugend lieber Jagd auf Migranten und Transsexuelle macht!

Wenn die Rechten gerade keinen Krieg will und auch weit und breit keine neue Leni Riefenstahl in Sicht ist, um der Sache einen ästhetischen Mehrwert zu geben, dann bleibt nur, ausgerechnet, die demokratische Zivilgesellschaft als Adressat von Wehrtüchtigung und Rekrutierung. Die freilich scheint erstaunlich aufnahmebereit, so hoffnungsfroh, dass selbst »linksliberale« Blätter davon schwärmen, dass Europa wieder aufstehen wird, wenn sich die Länder erst einmal im wirtschaftlichen genauso einig sind wie im militärischen Bereich. Was wir also erleben, ist eine Militarisierung in netter Form, die Militarisierung der Herzen. Es geht also darum, die zivile Gesellschaft, die gerade mit einer fiktiven »Brandmauer« gegen ihre eigene Faschisierung beschäftigt ist, in eine militarisierte Gesellschaft zu verwandeln. So etwas macht man am besten auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig.

Ein Argument, immer noch das beste: Die Sache rechnet sich. Kauft Aktien von Rüstungsfirmen, Re-Arming ist eine gute Investition, und eine nicht mehr marginale Bundeswehr ist ein schönes Karrierefeld. Eine halbe Wiedereinführung der Wehrpflicht könnte dem Arbeitsmarkt gut tun; hier lernen junge Männer und Frauen das frühe Aufstehen und die Bekämpfung des inneren Schweinehundes. Da schließt sich ganz nebenbei ein grüner Kreis, denn wo die einen mehr Kriegs-, da fordern die anderen ja mehr Arbeitsbereitschaft. Protestantische Arbeitsethik, bürgerliche Disziplinierung und Renditeversprechen werden über die Militarisierung noch einmal miteinander verbunden. Das deutsche Fernsehen versorgte uns reichlich mit den ökonomischen Katastrophenberichten über den Abzug amerikanischer Soldaten. Die Bäcker, die Gastwirte, die Piza-Lieferanten! Soldaten und Soldatinnen beleben das Geschäft vor Ort. Deshalb wird von jeder Heimatzeitung berichtet: Wir wollen keine Flüchtlingsunterkunft in unserem Dorf, wir wollen eine neue Kaserne! Mi-

litarisierung ist ein Wirtschaftsfaktor, ein Standortvorteil, ein Wachstumsmotor.

Die zweite Linie der Militarisierung ist die Öffnung zwischen den zivilen und den militärischen Subsystemen der Gesellschaft. Es ist doch nett und hilfreich, wenn Unteroffiziere Schulunterricht geben, wir haben ohnehin Lehrermangel, und warum soll mein Streaming-Krimi nicht von Werbung für die Bundeswehr unterbrochen werden? Und nein, die ist nicht heroisch-phallisch, sondern familienbunt und supermenschlich. Früher verbot der brave Bürger seinen Kindern das Kriegsspielzeug, jetzt verlangt er vom Kriegsgerät, dass es so aussehe wie Spielzeug, Lernspielzeug natürlich. In »Logo«, der Kindernachrichtensendung des ZDF, sehen wir einen Taurus-Marschflugkörper in Comic-Manier, der als Mensch-Maschine mit seinen Kollegen (SCALP-Rakete, Leopard 2, Storm Shadow) über seinen Einsatz in der Ukraine sinniert: »Dem Olaf Scholz müssten wir Marschflugkörper mal ordentlich den Marsch blasen. Weil der sich doch weigert, mich in die Ukraine zu liefern!« Schließlich habe er eine so »krasse Reichweite«. Der Kriktik begegnet der öffentlich-rechtliche Sen-

sollen Berufskleidung wie jede andere sein, weshalb man es durchaus gern sieht, wenn sich in die Schlange vor der Supermarktkasse eine ebenso kriegs- wie haushaltstüchtige Soldatin reiht. Kurzum: Es soll die Trennung des Militärs von der Zivilgesellschaft aufgehoben werden, die einst zumindest semantisch und kulturell als kontrollierte Schizophrenie funktionierte.

In einem Text der Bundeszentrale für politische Bildung aus dem Jahr 2016 erfahren wir noch, dass es »kategorial und vom Prinzip her sauberer und folgerichtig ist, die Trennung von Militär und Zivilgesellschaft zu markieren«. Damit nämlich »ist unsere Gesellschaft endgültig modern geworden – modern im Sinne einer Ausdifferenzierung von Teilsystemen und Institutionen, die parallel zueinander bestehen und sich nicht hierarchisch zueinander verhalten«. Indem also das Militärische medial, organisatorisch, ökonomisch und alltäglich in die Zivilgesellschaft zurückdrängt, erklärt man nebenbei auch dieser Moderne den Krieg.

Die dritte Linie ist die Sprache. Wir gewöhnen uns wieder an Worte, Begriffe und Bilder, die vor geraumer Zeit noch ziemlich

nun in der direktesten Form zurück; perfider noch freilich ist die Renaissance der Worte, die Margot Käßmann ausmacht: »Blut-zoll«, »Ehre«, »Heldentum«.

Die entsprechenden Begriffe, allen voran die »Kriegstüchtigkeit«, werden nach allen Regeln der Meme-Setzungskunst immer und immer wieder verwendet, hier in einem Gastbeitrag, dort in einer Talkshow. Verknüpft ist das Wort »kriegstüchtig« mit einem anderen dazu gesetzten Begriff: »Mentalitätswandel«. Was das dann im einzelnen heißt, zeigt sich bei einer »Bundeswehrtaugung«, wo daraus Pläne zur »Materialbeschaffung« und zu »Bauten« werden, die in regionale und lokale Administrationen einfließen sollen. Andere Begriffssetzungen bleiben dubios. So lese ich in der »Zeit«: »Zudem bestätigte Pistorius in der ARD-Sendung am Sonntagabend auch die Zeitpläne zur Verlegung einer Bundeswehr-Brigade nach Litauen. Er sei sehr optimistisch, 2025 mit dem Aufwuchs der Brigade beginnen zu können.« Aufwachsende Brigaden? Es ist zu befürchten, dass gegen die Wort- und Bildschwelle der Militarisierung eine analytisch-kluge Friedenspolitik wenig ausrichten kann.

Eine vierte Linie ist die Mode. Es ist noch nicht lange her, da erkannte man den Nachbarschaftsnazi an seinem Tarnfarben-Auto. Mittlerweile gehört eine Militarisierung der Kleidung zum guten Ton, und trotz Anton Hofreiter ist ein militärischer Kurzhaarschnitt beinahe so angesagt wie ein millimetergenau gestutzter Bart. So liest man es bei Zalando: »Camouflage-Kleidung, auch Tarnkleidung genannt, ist weit mehr als ein funktionales Mittel zur Unsichtbarkeit in der Natur. Sie hat sich längst in der Modewelt etabliert und ist ein fester Bestandteil vieler Stilrichtungen. ... Kombiniere Camouflage stilvoll im Alltag: ... So lässt sich eine Tarnjacke oder ein Sweater mit diesem Muster hervorragend über Jeans-, Stoff- oder Joggingho-

sen tragen ... Camouflage-Kleidung kannst du auch bestens an einen geliebten Mitmenschen verschenken. So kann eine Hose oder eine Mütze im Tarnmuster das perfekte Geschenk für Männer sein, mit dem du ein unvergessliches Lächeln in das Gesicht der beschenkten Person zauberst.«

Militarisierung als Liebesbeweis – darauf muss man erst einmal kommen! Aber entscheidend ist eben diese »Kombinierbarkeit«. Das Zivile und das Militarisiertere gehen zwanglos ineinander über. Sie sollen nicht



Familienbunt und supermenschlich: Die Website der Bundeswehr wirbt für ihre »modernen Arbeitsmodelle«

der: »Mithilfe der comic-haften Anmutung, die bei Tiktok weit verbreitet ist, wird hier ein hochaktuelles Thema für Jugendliche verhandelt.«

Und: »Bei der Bundeswehr kann man Karriere machen, ohne Soldatin oder Soldat zu werden. Mehr als 80.000 Zivilistinnen und Zivilisten arbeiten bei den Streitkräften und der Bundeswehrverwaltung. Sowohl Beamtinnen und Beamten als auch Tarifbeschäftigten bieten sich vielfältige berufliche Perspektiven.« Uniform und »Kampfanzug«

anrühlich schienen. Die Politik und die Medien verabreden neue Begriffssetzungen: »Wir müssen kriegstüchtig werden«, sagt Boris Pistorius und ersetzt damit das alte »verteidigungsbereit«. Annalena Baerbock, damals noch Außenministerin, verlangt von der anderen Seite, dass wir nicht »kriegsmüde« werden dürften. Schließlich hat man diesbezüglich eine »Zeitenwende« ausgerufen. Die Front und das Bollwerk, die Festung und der Grabenkrieg – was in Sport- und Wirtschaftsargon abgewandert schien, kehrt

Widerspruch, sondern neue Einheit darstellen. Natürlich muss das auch ins Kinderzimmer vordringen: Endlich gibt es die Teenage Mutant Ninja Turtles auch im kleidsamen Militär-Look.

Als fünftes funktioniert wohl die Sprache der Bilder. Das Zivile und das Militärische begegnen sich hier auf immer intensivere und intimere Art. Wir erleben eine serielle Unterhaltung durch Kasernen-Besuche, Manöver-Berichte und Rüstungsmessen. Was noch vor kurzer Zeit eher peinlich gewesen wäre oder zumindest nicht gerade mit tollem News-Wert versehen, ist schon ein eigenes journalistisches Genre geworden, gerne mit ein wenig heimatlichem Provinz-Touch, wie in diesem Beispiel aus Österreich:

»Generalleutnant Martin Dorfer stattete dem Panzergrenadierbataillon 13 in Ried im Innkreis einen Besuch ab – inklusive Begutachtung der Rieder Soldaten. Im Zuge einer mehrstündigen Dienstaufsicht überzeugte sich Dorfer vom hohen Ausbildungsstand der Soldaten. In einem Briefing mit Bataillonskommandant Oberst Alfred Steingreß und einem Besuch der Soldaten in Ausbildung konnte sich der Leiter der Direktion Landstreitkräfte und Spezialstreitkräfte selbst ein Bild von der aktuellen Situation in der Rieder Kaserne machen. »Dabei vernahm er eine hohe Motivation in einem der besten Verbände des Österreichischen Bundesheeres«, so das Panzergrenadierbataillon 13 in einer Aussendung. Rieds Bürgermeister Bernhard Zwieler war ebenfalls vor Ort und betonte die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinde und Kaserne.« Eine Heimatzeitung, auch in Deutschland, hat ein neues Wohlfühlsegment: Die Feier der reibungslosen Zusammenarbeit von Militär und Lokalpolitik. Fast immer gibt es

dazu Blasmusik, und, wie man so sagt: »Für das leibliche Wohl ist gesorgt.«

Natürlich muss auch der Gegner entsprechend benannt werden, und zwar auf eine Weise, die in der Szene der Adressaten gut ankommt. Deshalb nennt Robert Habeck ja Putin auch einen »Vergewaltiger«. Freilich gibt es neben solchen Hammerschlägen auch die Nadelstiche, etwa wenn ein Wildschwein in einem bayerischen Wildpark nicht mehr »Putin« heißen darf, nachdem es wegen seiner Gemütlichkeit zu viel Sympathien erweckt hat. Die Bösartigkeit des Gegners zeigt sich in seiner »hybriden Kriegsführung«. Das ist schon ein Wort zum Grausen: Denn der Hybridisierung des Krieges kann man gar

Das Zivile und das Militarisierte gehen zwanglos ineinander über

nicht anders als durch die »Abwehrbereitschaft« einer Gesellschaft begegnen. Bei den üblichen Verkümpelungen zwischen Militär und Politik herrscht nun nicht mehr Volksfeststimmung, es werden stramme Reden gehalten. So beim diesjährigen Neujahrsempfang der Marktgemeinde Mittenwald: »Die Zeitenwende muss auch und vor allem eine Mentalitätswende sein und Deutschland auf einen Verteidigungskrieg vorbereiten«, verkündete dort Oberstleutnant Gudat, »Chef der Gebirgs- und Winterkampfschule«, und schmetterte in die Stille: »Wachen Sie auf! Wir müssen vorbereitet sein und wenn nötig bereit sein, die Stärke, Robustheit und Resilienz einer Gesellschaft zu zeigen.«

Was aber, fragt in seinem Bericht von der Veranstaltung der »Münchner Merkur«, bedeutet die verstärkte Militarisierung für die Menschen im Oberen Isartal?

»Wir werden wieder vermehrt über im freien Gelände«, sagt Oberstleutnant Gudat. »Sie werden Hubschrauber sehen und hören. Also mehr Lärmbelästigung. Nicht zu vergessen Bahnverladungen, Marschkolonnen, Alarmierungsübungen. Also das volle Programm – wie schon im Kalten Krieg.«

Dies also ist der nächste Schritt der Militarisierung: Wer gerade noch erfolgreich eine Asylunterkunft oder einen Solarpark in seiner Gemeinde verhindert hat, soll nun Panzer im Gemüsebeet und Flugzeuge über dem Dach klaglos hinnehmen. Es ist ja für die Sicherheit. Woran man im übrigen sehen kann, wie sehr sich durch eine zähe Militarisierung auch das Verhältnis eines Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern ändert.

Super funktioniert natürlich der militarisierte Katastrophenschutz. Was man alles an Konserven und sonstigen Vorräten im Haus haben sollte, welche Signale es zu beachten gibt. Das von der CDU ins Spiel gebrachte Wort dazu heißt »Gesamtverteidigung«. Tja, Frau Waguscheit, hamma uns heut wieder einmal der Gesamtverteidigung im Operationsplan (OPLAN) verweigert? Und wo ist überhaupt Ihre Deutschland-Fahne? Militarisierung der Gesellschaft bedeutet einen dramatischen Machtzuwachs für den willigen Untertan. Es naht die ersehnte Wiederkehr des Blockwarts.

Ach, wir sind, der Satz wurde uns in die Nachkriegsgeschichte eingebrannt: nur bedingt abwehrbereit. Der Armee des vereinigten Deutschland fehlt es, wie wir erfahren haben, an warmen Unterhosen so sehr wie an Munition, aber eben auch an dieser ker-



nigen Männlichkeit, die gerade wieder in Mode kommt und die, mit gewissen Abstrichen, wohl auch eine Frau erfüllen kann, wenn sie ordentlich trainiert, das Kinn vorreckt und keinen Quatsch wie Feminismus oder Genderwahn treibt.

Was kann mit einer Gesellschaft geschehen, die sich in eine Richtung faschisiert, in die zweite militarisiert und in die dritte neoliberalisiert? Entweder sie bricht dabei auseinander, oder sie stabilisiert sich durch ein solches Dreieck. Nur so leidige Reminiszenzen wie Demokratie, Humanismus oder Pazifismus haben da natürlich keinen Platz mehr. Wichtig ist bloß, dass wir leider nicht anders können. So rechtfertigt Pistorius sein Wort von der »Kriegstüchtigkeit«: »Ich verstehe, wenn man den Begriff nicht mag. Das ist ein hässliches Wort für eine hässliche Sache. Krieg ist hässlich.«

Tatsächlich ist der Mentalitätswechsel durch die Militarisierung nur einerseits auf die »Kriegstüchtigkeit« konzentriert. Er muss auf der anderen Seite ertragen lernen, dass das, was das Militär an realem und semantischem Raum, genauer gesagt: am Bruttoinlandsprodukt, verlangt, woanders fehlen muss. Jede Veränderung macht die einen reicher und die anderen ärmer. Gespart wird hauptsächlich natürlich im sozialen Sektor – weshalb dieselben Leute, die den militärischen Mentalitätswechsel propagieren, schon wieder mehr Arbeit, weniger Freizeit verlangen und vorsorglich die Erhöhung des Mindestlohns aus dem Koalitionsvertrag verschwinden lassen und gern einen Feiertag streichen würden. Eine Gesellschaft, die sich, mindestens, in einem neuen Kalten Krieg wähnt, funktioniert anders als eine Gesellschaft im Frieden. Und eine Regierung für eine mentalitätswechselnde Gesellschaft arbeitet anders. Dass man das alte Parlament noch rasch den Blankoscheck für das Militär unterschreiben ließ, ist nur ein Vorgeschmack. Die Zivilgesellschaft lässt es sich gefallen, weil sonst die Nazis bizarrerweise die Kriegstüchtigkeit verhindern könnten und der Russe vor der Tür stünde. Die AfD ist ja keineswegs gegen die Militarisierung, sie will ihr nur diesen paradoxen zivilen Charakter austreiben; und sie will nicht durch Schulden, sondern durch einen fundamentalen Umbau des Staates das Militär stärken, jedenfalls wenn es sich ihren Zielen und ihrer Rhetorik anpasst. Außerdem hätte sie gern andere Feinde.

Es ist schließlich abzusehen: So schnell und leicht eine Militarisierung funktioniert, wenn man eine gewisse Situation dafür nutzt, so langwierig und schwierig gestaltet sich die Entmilitarisierung. Auch in Sprache, Kultur und Alltag.

Georg Seeblen schrieb in konkret 4/25 über Machtrausch und Regierungswahnsinn der Trump-Administration



Was tun?

1902, als Lenin so fragte, war die Antwort: als Avantgarde des Proletariats die Revolution vorbereiten. Ein Jahrhundert später triumphiert von Berlin bis Kairo die Reaktion. Eine Zeit, in der nichts zu tun wäre also? Jeder Tag bietet die Chance, da und dort ein Schäufelchen Sand ins Getriebe zu werfen, die Kritik der deutschen Weltmacht zu schärfen und den Gedanken an eine bessere Ordnung zu bewahren. All das tut, wer sich entschließt, einer der Verleger von **konkret** zu werden. Als Kommanditistin/Kommanditist. Wie das – und auf Kosten des Fiskus – geht, erklärt gerne die Geschäftsführerin des Verlags. Anruf (040/851 25 31) oder E-Mail (verlag@konkret-magazin.de) genügt.

Grunddaten zur Ausschreibung:

Beteiligungsform: Handelsgesetzbuch (HGB) §§ 161 ff.
 Registergericht: Hamburg
 HRA Nummer: HRA 87321
 Tag der Eintragung: 29.10.1993
 Komplementärin: Verwaltung KVV **konkret**
 Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien
 HRB Nummer: HRB 54079
 Tag der Eintragung: 26.10.1993
 Gründung: 26.8.1993

Gegenstand des Unternehmens: Vertrieb von Druckwerken, Bild- und Tonträgern jeder Art und sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte
 Stammkapital: 30.677,51 €
 Zeichnungssumme der KG: mindestens 1.600 €
 Laufzeit: zehn Jahre
 Gewinn- und Verlustbeteiligung: entsprechend der Kommanditeinlage
 Haftung: ergibt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, nach Eintragung beim Gericht, auf die Einlage beschränkt
 Anlagekonto: KVV **konkret**, Deutsche Bank, IBAN: DE 11 2007 0024 0841 2710 00, BIC: DEDBDEUTHAM

Ich habe € auf das Anlagekonto überwiesen und bitte Sie um ein Formular, damit ich Ihnen eine Vollmacht zur Eintragung meines KG-Anteils ausfertigen lassen kann. Erst danach kann Ihre Gesellschaft über das Geld verfügen.

☐ Mein zu versteuerndes Einkommen ist für Ihre Verluste zu niedrig, um sinnvoll eine Anlage zu zeichnen. Ich möchte **konkret** mit einer Spende/mit Abonnements/mit Anzeigen unterstützen. Wie geht das am besten? (Zutreffendes bitte unterstreichen.)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Die Notwendigkeit eines Wehrdienstes, der junge Menschen an die Bundeswehr heranführt, wird seit der »Zeitenwende« allenthalben betont. Der Konsens reicht von der neuen Regierung und der AfD (Weidel: »Anstatt Waffen an die Ukraine zu liefern ... eine zweijährige Wehrpflicht«) über die »Freiheitsdienst«-Idee der Grünen bis zu Bodo Ramelow, der schon im März 2022 für eine allgemeine Wehrpflicht votierte, während sich der Generalinspekteur der Bundeswehr dagegen aussprach. Dabei sind allerdings unterschiedliche Modelle, mit Vorliebe nach Art des schwedischen Auswahlverfahrens, in der Diskussion. Im CDU/CSU-Wahlprogramm

Klar ist somit, dass die Wehrpflicht kommt – erneuert, erweitert, verbessert, wie auch immer. Der Koalitionsvertrag formuliert: »Wir werden noch in diesem Jahr die Voraussetzungen für eine Wehrrfassung und Wehrüberwachung schaffen.« Zur Zeit ist erst einmal der Versand eines Fragebogens an die junge Generation vorgesehen: Beantwortung für Männer obligatorisch, für Frauen freiwillig. Gefragt wird, wie es mit Einstellung und Fähigkeiten in puncto Wehrwillen aussieht. Auf dieser Basis will die Bundeswehr dann entscheiden, wen sie nimmt – natürlich nur die Besten der Besten und die Willigen.

Eine Militarisierung der Zivilgesellschaft ist das so oder so, wie immer die Rege-

recht – immer und überall« aufmachte, stellte als »das beste Buch zur Wehrpflicht« die Erinnerungen eines Totalverweigerers vor. Der blickt auf seine Jugendideale zurück, mit denen er sich damals gegen die »vom Staat geforderte Pflicht« wandte, »am Irrsinn der wechselseitigen Vernichtungsdrohung mitzuwirken«. Heute ist der Mann geläutert: Pazifismus sei passé, da die Welt »kriegerischer« geworden sei und man sich nicht dem Imperialismus Putins unterwerfen dürfe; deshalb sei die »militärische Verteidigungsfähigkeit der BRD« unverzichtbar samt Maßnahmen zu einem nationalen Schulterschluss. Nur eine Einschränkung macht der Mann: »Eine Wehrpflicht darf nicht zu diesen Maßnahmen zählen.«

Im Allgemeinen ist somit Konsens: Wenn das Vaterland ruft, muss man antworten. Und der Werbung für die Bundeswehr ist bei Jugendlichen Tür und Tor geöffnet, ob mit oder ohne Jugendoffizier. Der Dienst an der Waffe ist geboten und außerdem eine geile Sache. Denn bei uns – wir leben ja in einer freiheitlichen Marktwirtschaft – hat man die freie Auswahl, jedenfalls zur Zeit noch und in einem gewissen Rahmen. Da darf sogar ein Ole Nymoen mit seinem Buch *Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde* in TV-Talkshows auftreten, um den Schein einer Wahlmöglichkeit in Sachen Vaterlandsliebe zu illustrieren. Als junger Mensch soll man eben »sein Ding« finden und den Bund auch mal als einen attraktiven Arbeitgeber betrachten, bei dem man als Halbwüchsiger mit einem Sold von 2.700 Euro einsteigt. So liebevoll nachgezeichnet im »Bild«-Porträt eines »Vorzeigejungen«: »Ich bin 16 und will zum Bund. Meine Eltern sind entsetzt.« Das passt zum Koalitionsvertrag, in dem es heißt: »Für die neue Ausgestaltung dieses Dienstes sind die Kriterien Attraktivität, Sinnhaftigkeit und Beitrag zur Aufwuchsfähigkeit leitend. Wertschätzung durch anspruchsvollen Dienst, verbunden mit Qualifikationsmöglichkeiten, werden die Bereitschaft zum Wehrdienst dauerhaft steigern.«

Gleichgültig ist anscheinend, dass Jugendliche, wenn man sich ans Völkerrecht hielte, hier nichts verloren haben. Laut UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinder – zu denen alle Minderjährigen unter 18 zählen – eigentlich vorm Militärdienst geschützt werden. Bei dieser Konvention aus dem Jahr 1959, die die BRD schon 1992 nur mit Einschränkungen ratifizierte, was etwa die geringeren Rechte minderjähriger Flüchtlinge betraf, hat sie in puncto Wehrdienst jetzt wieder Ausnahmeregelungen in Anspruch genommen. Dafür rügte der zuständige UN-Ausschuss die Bundesregierung mehrfach. Denn Aufregung über Kindersoldaten findet ihren Anlass doch nicht bei uns! Sondern in Afrika oder sonstwo im Busch. Da wird dann schon mal ein kongolesischer Milizenchef vom Internationalen Strafgerichtshof

Vaterland verpflichtet

Die Wehrpflicht muss wiederkommen, wird wiederkommen. So der Konsens der deutschen Politik, die jedoch zunächst auf freien Willen statt auf Pflicht setzt.
Von Johannes Schillo

wurde eine »aufwachsende Wehrpflicht« gefordert, während das Verteidigungsministerium, auch wenn seinem Kanzler das Vertrauen fehlte, schon mal am Aufwuchs zu arbeiten begann. Pistorius jedenfalls wies noch Ende 2024 seine Behörde an, »die Parameter zur Einführung eines neuen Wehrdienstes weiter auszuplanen und gemeinsam mit der Umsetzung zu beginnen«.

Der Koalitionsvertrag hat jetzt – »zunächst«, wie die Kompromissformel lautet – Klarheit geschaffen, auch wenn aus der CDU und der CSU gleich Einspruch gegen die SPD-Auslegung des Vertragstextes kam. Dort heißt die einschlägige Passage: »Wir schaffen einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert.« Diese gilt demnach nur vorläufig. Geschuldet ist das der Tatsache, dass, wie die Militärs melden, die notwendigen bürokratischen Strukturen, die Kasernen und Ausbilder fehlen.

lungen im einzelnen aussehen. Ein umfassendes Bild der betreffenden Generation und ihrer Stellung zum neuen Leitbild Kriegstüchtigkeit wird verfügbar. Vielleicht braucht dann gar keine eigene Wehrrfassungsbürokratie mehr installiert zu werden; wie bei der Grundsteuerreform müssen die Betroffenen selber dafür sorgen, dass dem Staat alle Daten vorliegen. Entscheidend aber ist: So sind alle Jugendlichen – auch die von der Bundeswehrwerbung innerhalb und außerhalb der Schule noch nicht erreichen – auf Stand gebracht, wissen also, dass militärische Resilienz, auch wenn man noch nicht dienen muss, unabdingbar ist.

Und trostloser Weise reicht der Konsens, dass man fürs Vaterland einzustehen hat, bis in die Friedensbewegung. Deren Zeitschrift »Friedensforum«, die ihr Schwerpunktthema Nr. 2/25 mit dem kontrafaktischen Slogan »Kriegsdienstverweigerung ist Menschen-

hof wegen der »Rekrutierung von Kindersoldaten« verurteilt – »ein Meilenstein in der internationalen Rechtsprechung«, wie Amnesty International den Schuldspruch aus dem Jahr 2012 lobte.

Die Pflicht steht sowieso felsenfest und im Kriegsfall der Zwang, der nicht wartet, bis sich die Nationalhelden melden. Die ganze Zivilgesellschaft wird auf diesen Fall hin jetzt durchgemustert. Greift in ihr an allen denkbaren Stellen – vom (Daten-)Verkehr über Wirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Medien bis hin zur Seelsorge – die militärische Logik, ist also, wie es heißt, Resilienz gegeben? Dazu gibt es seit 2025 den neuen »Ope-

hinaus, wie das »Friedensforum« konstatiert: »Die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Frauen ist ebenfalls zu befürchten. Auch das KDV-Anerkennungsverfahren könnte dann wieder für alle Verweigerer gelten« – mit all den »Hürden und Beschränkungen«, die der Gesetzgeber im Adenauer-Staat vorausschauend eingebaut hat und die schon mal Ablehnungsquoten von 40 Prozent ermöglichten. Hinzu kommen heute weitere Klarstellungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg: Schon im Vorkriegsfall – wenn geschossen wird, erst recht – ist alles unter einen militärischen Vorbehalt gestellt. Was das für praktische

dienst an der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern«.

Im Not-, also Kriegsfall, wird alles zur Front, und wann dieser Fall eintritt, entscheidet die Obrigkeit. Die wird auch dafür sorgen, dass juristische Querelen, wie sie sich am BGH-Entscheid festmachen, die Kriegsführung nicht stören. Die von der Friedensbewegung geäußerte Hoffnung, mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht gäbe es auch wieder die Chance, »erneut für das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung ohne jegliche Einschränkung zu streiten«, täuscht sich also über die Möglichkeiten erlaubter Kriegsgegnerschaft. Erlaubt ist die nämlich



Welcome to our little shop of horrors: Das Kommando Spezialkräfte (KSK), Calw, 1996

rationsplan Deutschland« (OPLAN DEU). Dessen Ziel ist ein Gesamtverteidigungskonzept für die »Drehscheibe Deutschland«, bei dem es um den »Heimatschutz« als Bestandteil neuer Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung geht. Der Plan versteht sich als Instrument der Herbeiführung einer gesamtgesellschaftlichen Kultur, in der Krieg akzeptiert und als Teil des gesellschaftlichen Lebens aktiv (mit-)gestaltet wird. Es gehe darum zu begreifen, »dass militärische Gewalt überhaupt zum Wohle der Welt und zur Förderung legitimer nationaler Interessen Deutschlands eingesetzt werden sollte« (so die Erläuterung des Militärexperten Franz-Stefan Gady).

Insofern läuft alles nach einer Übergangsphase auf die Allgemeine Wehrpflicht

Konsequenzen hat, machen etwa die Asylantträge russischer Kriegsdienstverweigerer beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) deutlich, die reihenweise abgelehnt werden. Ähnliche Signale gab es Anfang 2025 im Kontext eines Beschlusses zur Abschiebung eines ukrainischen Kriegsdienstverweigerers. Der Bundesgerichtshof hielt dessen Abschiebung in ein Kriegsgebiet für rechtens – ein Beschluss mit »politischer Handschrift«, wie Kritiker monierten. Der BGH hält es »auch nach deutschem Verfassungsrecht nicht von vornherein (für) undenkbar, dass Wehrpflichtige in außerordentlicher Lage zusätzlichen Einschränkungen unterliegen und in letzter Konsequenz sogar gehindert sein könnten, den Kriegs-

gerade nicht, sondern nur die persönliche Ausnahme von einer anerkannten und anzuerkennenden Notwendigkeit. Zugelassen ist allein die gewissensmäßige Haltung zum staatlichen Zwang, wie sie in klassischer Form der genannte Totalverweigerer vorführt: Mitmachen beim Einsatz für Deutschland ist selbstverständlich, jetzt auch beim »Irrsinn« der Vernichtung, aber wo der Einzelne seinen Platz findet und ob er eine Waffe oder Verbandszeug in der Hand hält, da darf er mitreden!

Johannes Schillo schrieb in konkret 12/23 gemeinsam mit Renate Dillmann über Europa als imperialistisches Konkurrenzprojekt

Gegen Verstand und Recht

Für die zukünftige Regierung heißt »Verantwortung für Deutschland« zu übernehmen (Koalitionsvertrag) vor allem, Migrantinnen und Migranten zu schikanieren. Von Marita Fischer

Im dritten Kapitel des am 9. April vorgestellten Koalitionsvertrags breiten CSU, CDU und SPD ihre migrationspolitische Vision aus. Zu Beginn wird noch behauptet, Deutschland solle ein weltoffenes Land bleiben, das zu seiner humanitären Verantwortung stehe, und das Grundrecht auf Asyl wolle man nicht antasten. Anschließend ist von Weltoffenheit und Menschlichkeit kaum noch die Rede. Darauf, dass in dem Kapitel »Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration« vor allem Populistisches und Rassistisches zu lesen ist, deutet bereits dessen Überschrift hin, die Zuwanderung und Verbrechen zusammenbringt. Im Wahlkampf war es noch die AfD, die Migration mit einer angeblich

gestiegenen Kriminalität in Verbindung brachte. Für diese Verbindung gibt es keinerlei wissenschaftliche Belege. Die Statistiken des BKA zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht überproportional für Straftaten verantwortlich sind. Zwar ist die Kriminalitätsrate unter Migrantinnen und Migranten in einigen Bereichen höher. Das hängt aber mit sozialen und wirtschaftlichen Faktoren wie Arbeitslosigkeit, prekären Lebensverhältnissen und marginalisierten Lebensumständen zusammen – nicht mit Herkunft. Bevor die ersten konkreten migrationspolitischen Vorhaben dargelegt werden, formuliert der Koalitionsvertrag Ziele und leitende Prinzipien: Es solle ein »konsequenter Kurs in der Migrationspolitik« einge-

schlagen werden, was nichts anderes heißt, als dass es in Zukunft restriktiver und unmenschlicher zugehen soll. Auch weil »Anreize, in die Sozialsysteme einzuwandern, deutlich reduziert werden müssen«. Die zukünftige Regierung hält damit stur an der Legende der sogenannten Pull-Faktoren fest. Untersuchungen haben gezeigt, dass Menschen nicht auf Grund der Attraktivität des Ziellandes, sondern auf Grund der Situation im Heimatland flüchten und migrieren. Wollte man also Migration entgegen jeder Moral und jedem ökonomischen Verstand begrenzen, müsste man nicht angebliche Anreize im Sozialsystem abschaffen, sondern sich geopolitisch dafür einsetzen, dass Menschen in ihrer Heimat in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Man muss sich fragen, warum die Koalitionsparteien diesen ihnen sicherlich bekannten Umstand ignorieren.

Die neue Bundesregierung will die freiwilligen Aufnahmeprogramme, zum Beispiel für Ortskräfte aus Afghanistan, stoppen. Das Programm startete im Oktober 2022, rund ein Jahr nachdem die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen hatten. Mit ihm stellte die damalige Bundesregierung rund 450.000 Menschen, die – auch auf Grund ihrer Zusammenarbeit mit westlichen Ländern – nun besonders gefährdet waren, eine Aufnahme in Deutschland in Aussicht. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind bisher gerade mal 2.700 ehemalige Ortskräfte mit ihren Familien (insgesamt circa 12.500 Menschen) im Rahmen des Programms eingereist. Der Großteil derer, die nun um ihr Leben fürchten, weil sie in den vergangenen Jahren für den Westen gearbeitet haben, ist also noch in Afghanistan und wird dank der neuen Regierung auch dort bleiben. Das zentrale migrationspolitische Instrument sollen Zurückweisungen an den Außengrenzen sein, obwohl diese gegen das Non-Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen. Es bleibt abzuwarten, ob es der kommenden Regierung gelingt, dieses illegale Vorhaben durchzusetzen, oder ob es an den Gerichten scheitert. Außerdem soll



Vereint im Fremdenhass: Die Wahlplakate der AfD und der CDU vor einer Polizeiwache in Köln, Februar 2025

die Grenzschutzagentur Frontex, trotz ihrer Beteiligung an rechtswidrigen *push backs* und dem Dulden anderer krimineller Praktiken, finanziell gestärkt und die Zahl ihrer Einsatzorte erhöht werden.

Auf europäischer Ebene verfolgt die Koalition die Streichung des sogenannten Verbindungselements. Der Republikanische Anwaltsverein erklärt in einer Stellungnahme zum Koalitionsvertrag, dass diese Formulierung im Ergebnis eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten (bekannt als Ruanda-Modell) meint – eine Praxis, die Gerichte in England und Italien bereits für rechtswidrig erklärt haben.

Den Menschen, die es trotz der Aufrüstung an den Grenzen, trotz Migrationsabkommen und vermehrter Präsenz von Frontex nach Deutschland schaffen, soll das Leben dann so schwer wie möglich gemacht werden. Ausreisepflichtige sollen komplett von Leistungen ausgeschlossen werden. Da sie ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland auch nicht arbeiten dürfen, würden sie damit völlig mittellos gemacht. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2010 klargestellt, dass der Staat dazu verpflichtet ist, jedem in Deutschland lebenden Menschen eine seine Existenz sichernde Summe zu zahlen. Die geplanten Leistungskürzungen für Asylbewerber/innen sind also verfassungs- und europarechtswidrig.

Außerdem soll der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte gestoppt werden. Der subsidiäre Schutz steht laut Genfer Flüchtlingskonvention zu, wenn in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden wie Todesstrafe, Folter oder willkürliche Gewalt im Rahmen eines innerstaatlichen oder internationalen Konflikts droht. In den letzten Jahren wurde dieser Schutzstatus vor allem Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Eritrea zugesprochen. Oft schicken Familien ihre gesunden, männlichen Angehörigen nach Europa, weil ältere Familienmitglieder die Herausforderungen der Flucht kaum bewältigen würden. Die Abschaffung des Familiennachzugs bedeutet, dass diese Zurückgelassenen im Krieg bleiben müssen. Auch prozessual hat sich die Koalition einige rassistische Gemeinheiten ausgedacht. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass die »behördenunabhängige Asylverfahrensberatung ergebnisoffen evaluiert« werden soll. Solche Beratungen, die zum Beispiel von kirchlichen Trägern angeboten werden, sind bisher eine niedrigschwellige und kostenlose Möglichkeit für Schutzsuchende, sich über ihre Rechte im Asylverfahren zu informieren, und gerade Menschen, die sich im deutschen Rechtssystem nicht auskennen, haben daran einen großen Bedarf. Die neue Regierung will außerdem vermehrt Abschiebungen als Strafe für nichtdeutsche Menschen einführen. Während deutsche Staatsbürger/innen, sollten sie schwere Straftaten begehen, mit

einer Freiheitsstrafe rechnen müssen, droht Migranten und Migrantinnen die Ausweisung. Wie das mit dem in Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes verankerten Gleichheitssatz, der besagt, dass für gleiche Taten die gleiche Strafe verhängt werden muss, vereinbar sein soll, ist unklar.

Eine weitere Schikane ist die geplante Abschaffung des bisher im Asylverfahren geltenden Amtsermittlungsgrundsatzes. An seiner Stelle soll nun der Beibringungsgrundsatz gelten. Bisher sind die Behörden verpflichtet, einen Sachverhalt selbst aufzuklären, sich also selbst alle möglicherweise relevanten Informationen über die Situation im Herkunftsland einer Asylantragstellerin zu beschaffen. Gilt der Beibringungsgrundsatz, muss der Antragsteller diese Informationen selbst im Verfahren vortragen. Alles, was nicht vorgetragen wird, darf nicht in die Entscheidung einfließen. Für die Antragsteller und ihren Rechtsbeistand bedeutet dies eine erhebliche Mehrbelastung. Künftig muss dann nicht mehr »nur« die persönliche Geschichte berichtet, sondern auch umfangreich über die politische und gesellschaftliche Lage in der Heimatregion informiert werden. Inwiefern das möglich ist, hängt vom Bildungsgrad sowie der Zugänglichkeit von Informationen über die aktuelle Lage in der jeweiligen Region ab.

Mit der Wortwahl der »Rückführungsoffensive« machen Union und SPD deutlich, dass sie sich in einer fast kriegerischen Auseinandersetzung mit Migrantinnen und Migranten sehen. Das Ziel ist folgendes: »Die Bundesregierung wird umfassende gesetzliche Regelungen erarbeiten, um die Zahl der Rückführungen zu steigern.« Statt Migrantinnen und Migranten dafür dankbar zu sein, dass sie den demographischen Wandel und die damit einhergehenden Probleme abfedern, will man sie so schnell wie möglich loswerden. Dabei interessieren die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte kaum. Die im Koalitionsvertrag formulierten migrationspolitischen Maßnahmen unterscheiden sich kaum noch von den Massendeportationsplänen, die Rechtsextreme bei ihrem Treffen in Potsdam im Januar 2024 diskutiert haben. Union und SPD setzen hier die Forderungen der AfD und anderer rechtsextremer Gruppierungen um.

Diese Nähe zur AfD zeigt sich auch in der Rhetorik des Papiers. So heißt es, dass die Regierung das Ziel der »Begrenzung« der Zuwanderung zusätzlich zur »Steuerung« in das Aufenthaltsgesetz aufnehmen wolle. CDU und SPD sind spätestens mit der Unterzeichnung dieses Koalitionsvertrags selbst rechte Parteien, die rassistische Diskriminierung nicht nur zulassen, sondern aktiv betreiben. ●

Marita Fischer studiert Jura in Berlin und ist im »no border«-Kontext aktiv

04.06. Stralsund, 17 Uhr, Tagungsraum Intercity Hotel, Tribseer Damm 78: »China und der Umbau der Welt. Perspektiven für linke Politik«; Vortrag und Diskussion mit Wolfram Adolphi und Uwe Behrens

04.06. Leipzig, 18 Uhr, Conne Island, Koberger Straße 3: »Rechts, wo die Mitte ist. Die AfD und die Modernisierung des Rechtsextremismus«; Buchvorstellung mit Thorsten Mense, Judith Goetz und Steven Hummel

05.06. Hannover, 18 Uhr, Rotation in den ver.di Höfen, Gosseriede 10: »Donald Trump und die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA«; Vortrag von Ingar Solty

06.06. Dessau-Roßlau, 17.30 Uhr, KIEZ Kino, Bertolt-Brecht-Straße 29A: »Völkisch. Extrem rechte Ideologie zwischen Gartenbau und autoritärem Staat«; Vortrag von David Begrich

07.06. Dießen, 10 Uhr, Evangelisches Gemeindehaus Dießen, Fischermartelstraße 14: »Jede Zeit hat ihren eigenen Faschismus« (Primo Levi); Tagesseminar zu Faschismustheorien mit Peter Bierl

11.06. Aachen, 19 Uhr, RWTH, Hörsaal HKW 2, Templergraben 57: »Israel, »deutsche Staatsräson« und das iranische Regime«; Vortrag von Stephan Grigat

12.06. Berlin, 18.30 Uhr, Ausflugslokal »Mutter Lustig«, Müggelheimer Straße 1: »Der Eurasienkomplex«; Lesung mit Uwe Leuschner und Thomas Fasbender

12.06. Berlin, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mathilde-Jacob-Saal, Straße der Pariser Kommune 8A: »Städtebau – ein zentrales Instrument der Nazi-Herrschaft. Angriff, Triumph, Terror im europäischen Kontext 1933–1945«; Buchvorstellung mit Harald Bodenschatz, Victoria Grau, Christiane Post und Max Welch Guerra

14.06. Hamburg, 10 Uhr, Fabrique des Gängeviertel, Valentinskamp 34: »Marx für alle!«; Tagesseminar zur Einführung in Marx' Analyse und Kritik des Kapitalismus mit Christoph Ernst

16.06. Nürnberg, 19 Uhr, CPH, Königsstraße 64: »Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel: Interventionen zur Kritik des Antisemitismus«; Vortrag von Stephan Grigat

16.06. Friedberg, 19.30 Uhr, Roter Laden, Usagasse 26: »Islam – Schrecken des Abendlandes«; Vortrag von Werner Ruf

17.06. Marburg, 19 Uhr, Erwin-Piscator-Haus, Biegenstraße 15: »Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart«; Vortrag von Stephan Grigat

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

Analphabeten für Deutschland

**Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die »beliebteste Partei Deutschlands« als »gesichert rechtsextrem« eingestuft.
Von Bernhard Torsch**

Während die üblichen Propagandatruppen der deutschen Bourgeoisie von »FAZ« und »Welt« ausritten, um die AfD gegen den Verfassungsschutz in Schutz zu nehmen (»Welt«: »Die Mehrheit der AfD-Mitglieder ist nicht rechtsextrem«; »FAZ«: »Sollen wir nur glauben, aber nicht wissen, dass die AfD eine rechtsextremistische Bestrebung ist? Der Geheimdienst muss seine Gründe offenlegen.«), hätten diese sich gar keine so großen Sorgen um ihre Partei gewordene Schutzmauer gegen eventuell aufmüpfig werdende Proleten machen müssen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ruderte nämlich schon Anfang Mai wieder über den halben See zurück und gab bekannt, es werde die AfD nicht mehr als »gesichert rechtsextrem« bezeichnen und auch alle mit dieser Bezeichnung einhergehenden Überwachungsmaßnahmen einstellen, bis ein Gericht die Einschätzung des BfV bestätigen oder verwerfen werde.

Das heißt auch, die ohnehin nur theoretischen, weil den Wünschen einflussreicher Kapitalfraktionen zuwiderlaufenden Chancen auf ein Verbot der AfD sind für die nächsten Jahre vom Tisch, denn solche Gerichtsverfahren pflegen sich in die Länge zu ziehen, und ohne den Segen der Gerichte mag sich die deutsche Politik nur dann zu Parteiverboten aufraffen, wenn diese Parteien kommunistisch sind. Seit 2021 schon klagt sich die AfD durch die Instanzen, um die damalige Einschätzung des BfV, die Partei sei ein »rechtsextremer Verdachtsfall«, vom Tisch zu bekommen, und immer noch ist die Sache nicht rechtskräftig entschieden.

Das BfV hatte nicht weniger als 1.108 Seiten Material zusammengetragen. Das Parteiprogramm und andere Grundsatzpapiere dienten hierbei ebenso als Quellen wie Wahlkampfreden, Interviews und Social-Media-Posts einzelner AfD-Politiker/innen. Der Zeitraum dieser intensiven Beobachtung erstreckt sich über drei Jahre, wobei in den

Endbericht auch frühere Dokumente des Verfassungsschutzes einfließen. Im einzelnen wurden die Aussagen von 353 Politikern der AfD in den Bericht ebenso aufgenommen wie Papiere und Stellungnahmen von mehr als hundert AfD-Teilorganisationen. Es scheint so, als hätte das BfV sich bemüht, einen waserdichten Bericht zu verfassen. Ob das nur so aussieht oder doch juristische Angriffsflächen für die Parteianwälte der AfD und für eventuell mit der AfD sympathisierende Richter eingebaut sind, kann nur wissen, wer den ganzen Bericht gelesen und juristisch verstanden hat und darüber hinaus das eso-

Ohne den Segen der Gerichte mag sich die deutsche Politik nur dann zu Parteiverboten aufraffen, wenn diese Parteien kommunistisch sind

terische Wissen um die politischen Neigungen aller künftig damit befassten Juristen besitzt.

Die deutsche Öffentlichkeit macht derweil deutsche Sachen. Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann wollte am 6. Mai in einer Talkshow mit dem hinterfotzigen Hufeisentheorie-Titel »Wie umgehen mit AfD und Linke?« auf »Welt TV« von einem Verbotsverfahren gegen die AfD nichts wissen. Die vorliegenden Fakten seien für ein Verbot nicht ausreichend, relativierte Linnemann 1.108 Seiten dokumentierter rassistischer und antidemokratischer Hetze, und schob nach, solch ein Verbotsverfahren wäre »politisch hochgradig gefährlich«. Warum? Erstens könnten die Gerichte ein Verbot ja ablehnen, was der AfD dann auf eine von Linnemann nicht erklärte Weise nützen könn-

te. Zweitens, und hier müssen wir das Linnemannisch ins Deutsche zu übersetzen versuchen, hätten im Falle eines erfolgreichen Parteiverbots zehn Millionen AfD-Wähler keine »politische Heimat« mehr und müssten sich daher eine neue suchen. Was von all dem gegen ein Verbot der AfD spricht, außer Linnemanns Wunsch, diese Partei solle der Union als mögliche Koalitionspartnerin erhalten bleiben, weiß allein der liebe Gott.

Da wir gerade von einem höh'eren Wesen sprechen: Am 2. Mai beglückte der an jenem Tag Gerade-nach-Bundeskanzler Olaf Scholz den Evangelischen Kirchentag in Hannover und warnte in Bezug auf ein Verbot der AfD vor einem »Schnellschuss«. Wichtiger als rasches Handeln sei nun, dass die »vielen Seiten von vielen gelesen werden«, sprach Scholz, als hätte ihn der Geist der Deutschen Christen überkommen. Andere Teile der SPD, etwa die Frankfurter Stadtorganisation, sind hingegen sehr wohl für ein rasch eingeleitetes Verbotsverfahren gegen die AfD. Immerhin wollten die Parlamentsfraktionen von Union und SPD in Zukunft keine AfD-Abgeordneten mehr zu Ausschussvorsitzenden wählen. Friedrich Merz bezeichnete solche Bestellungen als »unvorstellbar«, der SPD-Bundesvorsitzende und Neo-Finanzminister Lars Klingbeil versprach, er würde »niemandem von uns, egal in welcher Funktion, empfehlen, für die AfD zu stimmen«.

Stellungnahmen zur Einstufung der AfD als »gesichert rechtsextrem« kamen natürlich auch aus dem Ausland. US-Außenminister Marco Rubio postete auf X, der Plattform des AfD-Fans und Hitler-Grüßers Elon Musk: »Das ist nicht Demokratie, das ist Tyrannie in Verkleidung.« US-Vizekanzler JD Vance schob nach: »Die AfD ist die beliebteste Partei Deutschlands. Nun wollen die Bürokraten sie zerstören.« Aus Russland eilte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow seinen in Schwierigkeiten geratenen deutschen Freunden verbal zu Hilfe und sagte, die Einschätzung des Verfassungsschutzes sei »eine restriktive Maßnahme gegen eine Partei, die nicht mit dem dominanten Mainstream übereinstimmt«.

Und was sagt die AfD selbst? Björn Höcke, gerichtlich bestätigter Faschist, postete auf X die Drohung, die Mitarbeiter/innen des Verfassungsschutzes sollten sich schon mal nach neuen Jobs umsehen, denn »am Ende wird es wie immer in der Geschichte heißen: Mitgehangen – mitgefangen.« Dass es noch nie in der Geschichte so hieß, sondern immer »mitgefangen, mitgehangen«, also wieder einmal einer der Ober-Deutschen kein Deutsch kann, ist eine hübsche Nebenpointe dieser Farce, überrascht bei den Analphabeten für Deutschland aber nicht mehr.

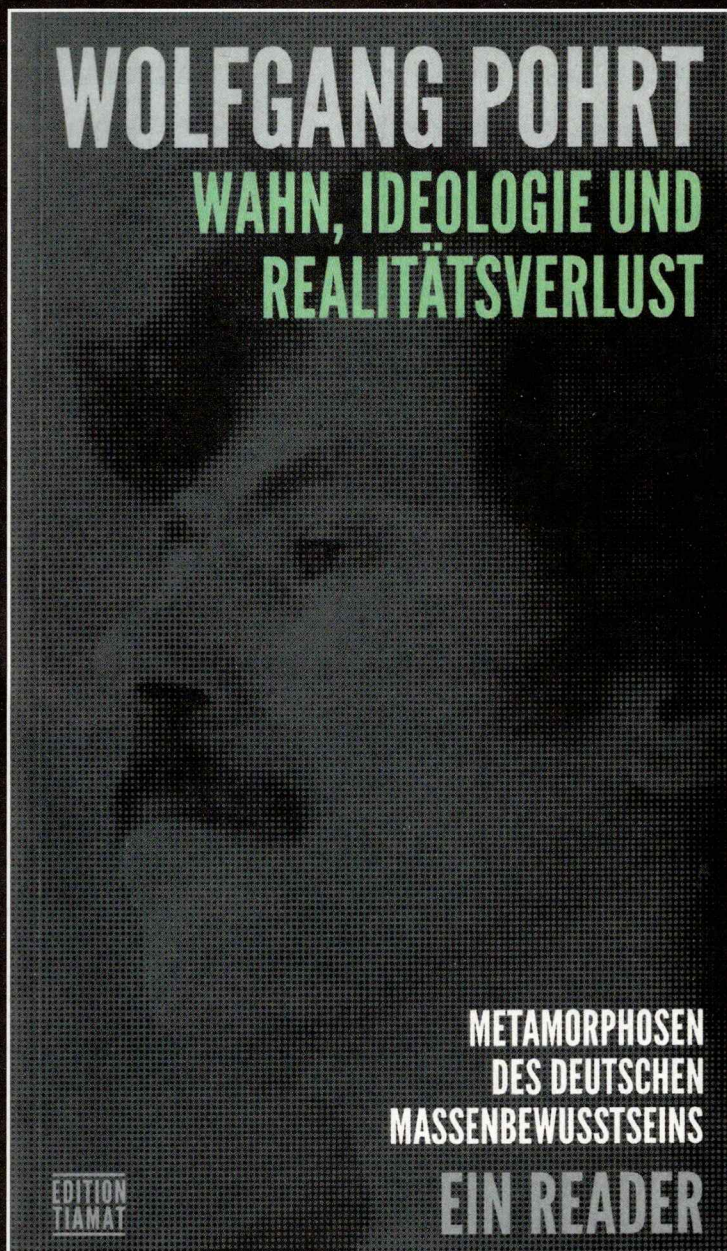
Bernhard Torsch schrieb in konkret 3/25 über Herbert Kickl

Heute wird das Asylrecht der Stimmungslage geopfert, morgen werden es vielleicht die Versammlungsfreiheit oder die Freizügigkeit sein. Zur Abschaffung von Grundrechten passt die Preisgabe aller politischen und moralischen Prinzipien, handele es sich dabei um den heiligen Schwur, niemals Bundeswehreinsätzen im Ausland zuzustimmen, oder um den simplen Grundsatz, dass man sich nicht dauernd beim Lügen und Betrügen erwischen lassen soll.

(Wolfgang Pohrt, Oktober 1992)

Der kürzlich in der Edition Tiamat erschiene-
ne Reader *Wahn, Ideologie und Realitätsverlust*
bietet die Möglichkeit, den Soziologen und lang-
jährigen **konkret**-Autor Wolfgang Pohrt ken-
nenzulernen. Die darin enthaltenen Polemiken
gegen solche Zerfallsprodukte der 68er-Bewe-
gung wie die Friedens-, die Müsli-, die Zurück-
zur-Natur- und die Anti-Atomkraft-Bewegung,
seine Untersuchungen des Massenbewusstseins
der Deutschen nach der Wiedervereinigung und
der Bandenkriminalität in der Politik zeigen,
warum Pohrt in dem Ruf stand, einer der un-
ausstehlichsten, aber auch originellsten Köpfe
seiner Zeit zu sein. Es wäre zu wünschen, dass
auf der Grundlage dieses Buches das eine oder
andere Pohrt-Seminar abgehalten wird.

Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt das
Buch geschenkt.



Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 68,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 56,- Euro), zahlbar jährlich
im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch *Wahn, Ideologie und Realitätsverlust*

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, min-
destens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die
Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Grün-
den formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem
Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhal-
ten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbeleh-
rung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1
Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt
bereits das rechtzeitige Absenden Ihres eindeutig er-
klärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen.
Sie können hierzu das Widerrufsformular aus Anlage 2
zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu
richten an: ZENIT Pressevertrieb GmbH, **konkret**-
Aboservice, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart.

ZENIT Pressevertrieb GmbH, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige
die ZENIT Pressevertrieb GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ZENIT Pressevertrieb GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschrif-
ten einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kann das weg?

Wäre das Leben einfach, wär's diese Sache auch: Eine Partei, die Massendeportationen fordert und Deutsche mit Migrationsgeschichte völkisch als »Passdeutsche« verunglimpft; eine Partei, die von einer unwoken Behörde wie dem Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft wird und Leute in den Bundestag entsendet, die sich als »freundliches Gesicht des NS« verkaufen; eine Partei, wie sie sächsischen Handwerksmeistern gefällt, die per Zeitungsannonce Lehrlinge suchen, aber »keine Hakennasen« oder »Bimbos« – eine solche Partei gehört verboten, und man darf dem Heribert Prantl gern recht geben, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes sich genau das gedacht haben, als sie die Möglichkeit des Parteiverbots vorsahen.

Nun ist das Leben auch deshalb so kompliziert, weil sich so gut der rechte Zeitpunkt verpassen lässt. Im zweiten NPD-Verfahren 2017 kam es nicht zu einem Verbot, weil die NPD eine Kleinpartei war und Karlsruhe »hinreichende Anhaltspunkte von Gewicht« fehlten, »die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen lassen«. Der Gegner war damals zu klein, jetzt er ist eigentlich zu groß: Im Osten ist die AfD flächendeckend stärkste Partei, stellt im Bundestag knapp hinter der CDU die zweitgrößte Fraktion und hat im braven Baden-Württemberg sogar die staatstragenden Grünen in Umfragen überholt. »Das Bundesverfassungsgericht«, weiß Wikipedia, »orientiert sich bei einem Parteiverbot zusätzlich an dem Kriterium des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, wonach ein »dringendes soziales Bedürfnis« Voraussetzung ist«, ein Bedürfnis, das über zehn Millionen Deutsche nachweislich *nicht* haben.

Die Angst ist berechtigt, dass ein AfD-Verbot wie eine politische Entscheidung zur Konkurrenzbeseitigung aussieht, und das Gros der AfD-Wähler, zumal im Osten, wird hernach nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zurückkehren, sondern endgültig für sie verloren sein. Dieser Ungeist ist aus der Flasche, und nicht einmal Zahnpasta geht ja in die Tube zurück. Den Versuch ist es trotzdem wert, und sei's, damit ich nicht unken muss, die Drohung mit dem »Anstreicher« (Brecht) Chrupalla diene dazu, mich »linksradikalen Satiriker« (»Die Zeit«) auf Kurs zu bringen.

Stefan Gärtner

The Big Sick

In den USA grassiert eine neue Variante des Vogelgrippevirus – bei Milchkühen. Von Anja Laabs

Vor einigen Jahren lief ich mit einem Schutzanzug, Atemschutzmaske und Schuhüberziehern durch einen Hähnchenmastbetrieb eines der größten Geflügelunternehmen Deutschlands, der PHW-Gruppe. Ich fand mich in einer riesigen Halle mit gedämpftem Licht und unvorstellbarem Lärm wieder. Ich konnte keinen Fuß vor den anderen setzen, ohne Gefahr zu laufen, auf eines der Tiere zu treten. Keines der weißen Masthühner war wirklich weiß. Vielen fehlten Federn, einige waren blutig gepickt. Manche Tiere blieben einfach sitzen, lagen im Sterben oder waren bereits tot. Diese Hochleistungstiere, männliche wie weibliche Hühner, erreichen in 30 Tagen ein Gewicht bis 2,5 kg. Bei der Schlachtung sind diese großen Tiere in Wahrheit noch Küken. Durch ihr schnelles Wachstum leiden sie unter chronischen Gelenkschmerzen und Herzkreislauf-Erkrankungen. Im Stallgebäude liefen die Lüftungen auf Hochtouren, trotzdem bekam ich kaum Luft. Der Ammoniakgeruch war stechend, es war stickig, warm

und staubig. Das setzt auch den Hühnern zu. Viele leiden unter Atemwegserkrankungen. In den Ställen gilt das Rein-Raus-Prinzip: Einstreu und Tiere kommen gemeinsam rein und gehen gemeinsam raus, in acht Durchgängen pro Jahr. Zwischendurch wird nicht gereinigt. Auf einem Quadratmeter vegetieren 26 Hühner.

Zur PHW-Gruppe, einem selbst inszenierten »Familienunternehmen«, gehören 45 Tochterfirmen. Die Produkte verkauft es unter der Marke Wiesenhof und Bruzzzler. Jährlich schlachtet es über 350 Millionen Hühner. In einem Interview erklärte der Unternehmer Peter Wesjohann 2023 dem »Handelsblatt«, dass sich die Leute Biohühner nicht leisten können. Wegen der Inflation seien sie von Hähnchenfilets auf die billigeren Schenkel umgestiegen. Und er könne ja keinen zwingen, Fleisch aus besserer Tierhaltung zu kaufen. Wesjohann gehört zu den reichsten Menschen der Welt. In den Mastanlagen, Brütereien und Schlachtbetrieben seines Unternehmens werden systematisch migrierte Menschen ausgebeutet. Verstoßen



Lecker Mittagessen: Plastiksäcke voller Hühner, die, nachdem das Influenza-A-Virus vom Subtyp H5 gefunden worden war, gekeult wurden, Munakata, Japan, 2020

wird gegen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze, bezahlt wird oft weit unter Mindestlohn. Die ökonomische Abhängigkeit dieser Menschen zum Unternehmen erfüllt, wie fast überall in der Fleischindustrie, die Kriterien der Sklaverei. Doch mit den Tierhaltungszahlen steigen die Umsätze, und mit ihnen steigt eine der größten hausgemachten Gefahren der Menschheit: Epidemien.

Die Voraussetzungen dafür sind optimal. Hohe Tierzahlen, krankheitsanfällige und geschwächte Tiere, leicht übertragbare und sehr ansteckende Krankheitserreger, Tiertransporte quer durch Länder und Kontinente und Wildtiere, die keine Grenzen kennen. Industrielle Tierhaltungsanlagen sind Virusreaktoren. Mit dem Auftreten der industriellen Tierhaltung im Europa des 19. Jahrhunderts begann auch die Karriere der klassischen Geflügelpest, einer Erkrankung, die weltweit Jahr für Jahr Geflügelbestände infiziert und zu millionenfachen Keulungen führt. Verursacht wird sie durch ein sehr wandelbares Virus. So kann aus der milden Variante der Vogelgrippe H5N1 in Nullkommanichts eine hochpathogene und schwer verlaufende Seuche werden. Doch es trifft nicht nur Hühner, Puten und Enten. Weltweit wurde es schon in Delfinen, Katzen, Mäusen, Füchsen, Tigern und Seelöwen gefunden. Auch viele Wildvögel tragen das Virus in sich, ohne zu erkranken. Und so ist der Schritt von einer Einzeltieransteckung zu einer Seuche und von einer Tierseuche zu einer gefährlichen Infektion für den Menschen klein. Bisher war die Todesrate bei Ansteckungen für den Menschen eher gering. Zwischen 2003 und 2024 starb von weltweit 954 mit der Vogelgrippe infizierten Menschen etwa die Hälfte. Besonders gefährdet sind diejenigen, die viel und engen Kontakt mit infizierten Tieren haben. Das sind Landwirtinnen und Landwirte oder Arbeiter/innen in den Ställen und Schlachthöfen.

Problematisch ist die Anpassungsfähigkeit dieses Virus. Wie das Coronavirus, muss das Vogelgrippevirus nur geringfügig mutieren, um das menschliche Immunsystem auszutricksen. Dann könnte es das Zeug für eine Epidemie, ja sogar für eine Pandemie haben. Seit letztem Jahr wurde es in den USA in mehr als 16 Bundesstaaten und bei mehr als 950 Milchkuhherden entdeckt. Ganz genau war es das Vogelgrippevirus H5N1 der Klade 2.3.4.4b mit dem Genotyp B3.13. Nicht einmal ein Jahr später wird bekannt, dass in Milchkühen ein weiteres Vogelgrippevirus, nun aber mit dem Genotyp D1.1, kursiert. Es kommt bei Zugvögeln vor, die auf den nordamerikanischen Flugrouten unterwegs sind. Über sie gelangt es von einem Tierbestand zum nächsten. Noch vor kurzem traf es nur Geflügel. Nun hat es seine Speziesgrenze wieder einmal überschritten. Die Vogelgrippe wird sehr leicht durch feine Tröpfchen übertragen, wie sie bei Hu-

sten und Schnupfen vorkommen, aber eben auch über andere Körpersekrete. Und dazu gehört bei Milchkühen nun einmal die Milch. Damit besteht die Gefahr, dass ein kontaminiertes Produkt in die Lebensmittelkette gelangt. Ob und wie sich Menschen dadurch anstecken können, ist noch nicht erforscht. Deshalb sind sich Behörden wie Forscher/innen auch nicht sicher, wie sie damit umgehen sollen. Auf Nachfrage teilte das Friedrich-Löffler-Institut (FLI) mit, dass »sämtliches Geflügel einer von Geflügelpest betroffenen Haltung ... bei uns gemäß EU-weit geltender Geflügelpestverordnung, getötet und unschädlich beseitigt« wird. Rinder galten für das Virus »bisher als nicht empfänglich«. Deshalb, so das FLI, gibt es auch noch keine Gesetze, die festlegen, was zu tun ist, wenn diese neue Virusvariante bei Rindern in Europa auftaucht. Das FLI sieht im neuen Tiergesundheitsgesetz eine Lösung. Außer Testungen und Isolationen ermöglicht es auch »andere ... Maßnahmen«. Welche hier gemeint sind, ist klar.

Tiere sind Produkte, eine bloße Handelsmasse. Erkranken sie und entsprechen sie nicht mehr den Anforderungen des Marktes, müssen sie genauso verschwinden wie eine ausgediente Glühbirne. Um den weltweiten Handel mit lebendem Geflügel und Geflügelprodukten nicht zu gefährden, sind die Gesetze hierzulande rigoros: Tritt das Vogelgrippevirus auf, wird sofort der Seuchenfall erklärt, der gesamte Bestand gekeult, und es werden Quarantänezonen geschaffen.

Während das Virus also neue Tatsachen schafft, ohne dass auch nur das Geringste an den Bedingungen der Tierhaltungsindustrie und den dort herrschenden Arbeitsregeln geändert wird, steigt der Fleischbedarf weiter. Das größte Plus verbucht die Geflügelindustrie. Allein die beiden US-amerikanischen Unternehmen Cargill und Tyson Foods schlachten pro Jahr etwa 2,5 Milliarden Masthähnchen. Einzelbestände sind inzwischen so groß, dass die Behörden vor unlöslichen Problemen stehen, wenn sie die »Keulung« anordnen. Als effizienteste Tötungsmethode gilt in den USA derzeit das *Ventilation Shut Down*: Indem die Belüftungsanlagen in den Stallgebäuden abgeschaltet werden, ersticken die Tiere innerhalb von 24 bis 48 Stunden. Damit werden in kürzester Zeit Bestände von fünf Millionen Tieren getötet. Und dann beginnt alles von vorn. Doch das Mantra der Eindämmung durch Keulung und Isolation infizierter Bestände, gaukelt eine Lösung und Sicherheit vor, die keine ist. Die industrielle Tierhaltung zerstört Leben und die Lebensgrundlagen dieser Erde. Sie ist der Nährboden für immer häufigere und gefährlichere Epidemien. ●

Anja Laabs ist freie Wissenschaftsjournalistin



Jörg Kronauer

»Eine Welt ohne Hegemon«

China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft

konkret texte 82

Jörg Kronauer »Eine Welt ohne Hegemon«

China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft

Die Staatenwelt ist in Bewegung geraten. Schien es nach dem Ende des Sozialismus in Ost- und Südosteuropa unumstößlich, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten die Ordnung der Welt bestimmten, so formiert sich seit einigen Jahren eine globale Gegenbewegung. Dass China und Russland sich der westlichen Dominanz nicht mehr beugen wollen, ist schon länger unübersehbar. Nun aber wehren sich auch die meisten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegen ihre einstigen Kolonialherren. Diese wiederum bemühen sich nach Kräften und mit allen Mitteln, ihre Machtpositionen zu erhalten. Fixiert auf ihren Konkurrenzkampf mit China und Russland, haben die westlichen Staaten erst spät realisiert, dass sie peu à peu auch die Hegemonie über den Globalen Süden verlieren. Der profitiert von den Chancen, die ihm der Aufstieg nicht nur Chinas, sondern auch weiterer Schwellenländer von Indien bis zur Türkei bietet. Neue internationale Bündnisse gewinnen an Einfluss, zum Beispiel die Brics (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die das Ziel eint, der Dominanz des Westens – und mit ihr den letzten Resten der westlichen Kolonialherrschaft – das lange ersehnte Ende zu setzen. Entsteht da eine neue Welt ohne Hegemon?

188 Seiten, 19,50 €

Bestellungen über konkret-magazin.de

Ohne Altlast – Marsch!

Der Historiker Peter Longerich macht mit seiner Studie über die Haltung der Deutschen zum NS-Regime den Weg frei für ihre neuerliche Kriegsertüchtigung.
Von Rolf Surmann

Zeitgeschichtliche Um- und Neu-deutungen haben seit einigen Jahren Konjunktur. Den Blick auf die jüngste Geschichte veränderte zum Beispiel das 2010 erschienene Werk *Bloodlands* des Yale-Historikers Timothy Snyder. Dieses in der Nachfolge Ernst Noltes stehende Buch rühmte die Osteuropa-Expertin Anne Applebaum, Ehefrau des gegenwärtigen polnischen Außenministers, wegen seiner »Darstellung der Art und Weise, wie Hitler und Stalin sich gegenseitig widerspiegeln«. Sie selbst deutete die Hungerkatastrophe in großen Teilen der Sowjetunion Anfang der dreißiger Jahre zu »Stalins Krieg gegen die Ukraine« um und trug so dazu bei, dass westliche Parlamente sie per Abstimmung als ukrainischen »Holodomor« in den Kontext des Holocaust stellten. Mit sinnentstellendem Rückgriff auf die Appeasementpolitik vor allem Frankreichs und Großbritanniens gegenüber Nazi-Deutschland warnt sie zudem vor einer Politik der Beschwichtigung gegenüber der Russischen Föderation und tritt als entschiedene Befürworterin einer kriegerischen Lösung der aktuellen Konflikte auf, was ihr im letzten Jahr in Deutschland gleich zwei Friedenspreise einbrachte: den Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg und den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Wie sich am Bundestagsbeschluss zum »Holodomor« zeigt, nehmen in den letzten Jahren politische Gremien immer stärker direkten Einfluss auf die Interpretation der Zeitgeschichte. Besondere Bedeutung hatten in dieser Hinsicht europäische Institutionen, etwa das Europaparlament. Von osteuropäischen Staaten wie Polen, Lettland, Estland und Litauen animiert, stellten sie die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg ins Zentrum ihrer diesbezüglichen Agenda, war doch

das Wendejahr 1989 nur der Auftakt zur Begleichung von offenen Rechnungen mit der Sowjetunion. So leitete das EU-Parlament 2019 aus dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts des Jahres 1939 ab – Polen hatte übrigens bereits 1934 den sogenannten Pilsudski-Hitler-Pakt unterzeichnet –, dass Deutschland und die Sowjetunion damit die »Weichen für den Zweiten Weltkrieg stellten«. Die Sowjetunion wurde folglich – mit entsprechenden Konsequenzen für das Verständnis der Nachkriegsgeschichte – für das Zustandekommen des in erster Linie gegen sie gerichteten Krieges mitverantwortlich gemacht.

Erinnerungspolitisch symbolische Daten wie die Befreiung von Auschwitz, die Landung der US-Truppen in der Normandie oder das Kriegsende am 8./9. Mai boten dann Anlass, im Zuge zunehmender internationaler Spannungen diese Sicht der Geschichte immer stärker zu popularisieren, indem die Russische Föderation peu à peu von den entsprechenden Festakten ausgeschlossen wurde. So war in diesem Jahr zwar Deutschland als Täternation bei den Auschwitz-»Feierlichkeiten« vertreten, nicht aber Russland als Repräsentant der Befreier.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Umwertung anlässlich des 8. Mai dieses Jahres. Das Außenministerium formulierte noch unter Leitung der Grünen Annelena Baerbock eine streng vertrauliche Handreichung, in der Bundesländer und Kommunen sowie Gedenkstätten und sonstige gesellschaftliche Einrichtungen aufgefordert wurden, keine Einladungen an Vertreter von Belarus und Russland auszusprechen. Sollten diese jedoch an Gedenkveranstaltungen teilnehmen wollen, könne die deutsche Seite »in eigenem Ermessen und mit Augenmaß von ihrem Hausrecht Gebrauch machen«.

Entsprechend reagierte zum Beispiel der Direktor der Gedenkstätte Sachsenhausen, Alexander Drecol, auf die Bemerkung des russischen Botschafters, er brauche keine Einladung, um an öffentlich zugänglichen Plätzen die sowjetischen Befreier zu ehren und der Opfer des Nazismus zu gedenken. Drecol kündigte an, wenn der Botschafter auftauche, werde er »unser Hausrecht durchsetzen – in enger Abstimmung mit den Sicherheitskräften«. Deutlicher kann die Umdeutung der Geschichte und speziell die Distanzierung von der Verantwortung als Tätergesellschaft kaum zum Ausdruck gebracht werden als in der Anmaßung, den Überfallenen und dann unter unsäglichen Opfern doch Siegreichen mit Gewalt zu drohen, sollten sie ihr Recht auf Gedenken an den Orten des Geschehens wahrnehmen wollen.

Historische Verantwortung

Um eine solche Haltung einnehmen zu können, reicht es nicht, die Sieger über NS-Deutschland herabzusetzen, man muss sich nach Kräften auch eigener Schuld und Verantwortung entledigen. Aber das ist in dieser Gesellschaft nun wahrlich nicht neu. Erinnerung sei nur daran, wie die Westdeutschen nach 1945 »nichts gewusst« hatten und Historiker, Politologen und sonstige Wissenschaftler »herausfanden«, allein Hitler und ein kleiner Kreis von Vertrauten, unterstützt von sogenannten »Exzesstären«, seien für die deutschen Verbrechen verantwortlich. Gleichzeitig machten die ehemaligen Nazis eine zweite Karriere, übten gesellschaftlichen Einfluss aus und traten oft als Richter, Staatsbeamte oder Gutachter ihren Opfern mit den bekannten Folgen erneut gegenüber. Die Auswirkungen dieser personellen, ideologischen und politischen Kontinuitäten waren derart belastend, dass die Zeit-

geschichtsforschung durchaus bereit war, in der Außerparlamentarischen Opposition zusammen mit der Regierungsneustrukturierung unter Willy Brandt einen politisch-gesellschaftlichen Bruch zu sehen, der diese kruden Kontinuitäten beendete.

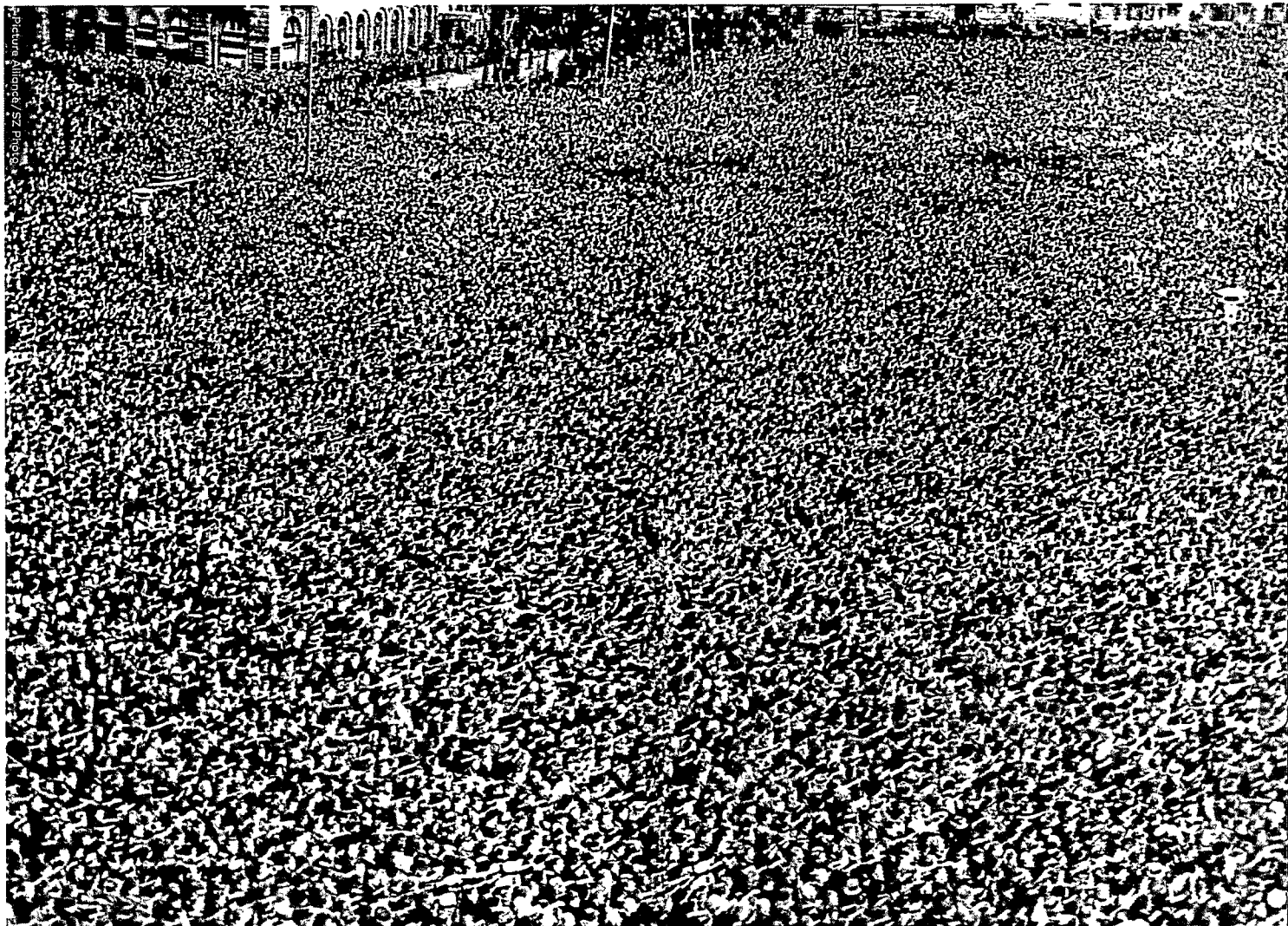
Damit scheint es jetzt vorbei zu sein. Anfang des Jahres erschien zum Beispiel im »Spiegel« unter dem Titel »Der Mythos vom Kampf der 68er gegen ihre Nazi-Eltern« ein Artikel, in dem Formulierungen wie »Mythos der schweigenden Kriegsgeneration« auftauchten. Den 68ern wurde hingegen vorgeworfen, entgegen der Überlieferung, in den

der Bundesrepublik nun verzichtet wird und was an ihre Stelle tritt.

Einen ersten Hinweis liefert die Behauptung eines »Mythos der schweigenden Kriegsgeneration«, die im Widerspruch zum bisher vorherrschenden Verständnis dieser Zeit steht. Man denke nur an die apologetische These des Philosophen Hermann Lübbe, der das »kommunikative Beschweigen« zur Voraussetzung für die Integration der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung in die neuen staatlichen Strukturen nach 1945 erklärte. Hier deutet sich an, dass es um eine neue Sicht auf die »Kriegsgeneration« geht.

den und die als Sopade-Berichte bekannt sind (Sopade = Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil). Das Quellenmaterial ist nicht neu, wurde aber bisher nicht umfassend ausgewertet.

Longerichs Grundthese lautet, während der Nazi-Zeit habe eine breite Unzufriedenheit in der Bevölkerung geherrscht, man könne daher keineswegs von einer gelungenen Volksgemeinschaft sprechen. Diese sei eine unerreichte Zielvorstellung geblieben. Tatsächlich sei die Segmentierung in unterschiedliche soziale Milieus und politische Lager nicht aufgelöst worden, die auch wei-



Ich kann beim besten Willen keine Nazis erkennen: Nach dem »Anschluss« Österreichs hält Adolf Hitler eine Rede, Berlin, 1938

sechziger und siebziger Jahren hätten heftige politisch motivierte innerfamiliäre Auseinandersetzungen stattgefunden, sei ihr Verhalten durch die »Übernahme gängiger Familienmythen« geprägt gewesen. Grundsätzlich hätten sie auf die »systematische Aufdeckung ehemaliger brauner Würdenträger verzichtet«. Unabhängig davon, ob diese Behauptungen richtig oder falsch sind, stellt sich die Frage, warum auf die bisher allgemein akzeptierte »Brandmauer« gegen nazistische Kontinuitäten in der Geschichte

Einen entsprechenden Deutungsversuch hat jetzt der Historiker Peter Longerich, bekannt durch seine Studien zur NS-Zeit und speziell zum Holocaust, mit seinem Buch *Unwillige Volksgenossen* unternommen. Er hat die Lage- und Stimmungsberichte ausgewertet, die von Nazi-Institutionen – Politische Polizei, Innere Verwaltung, Justiz, Sicherheitsdienst der SS – angefertigt wurden. Ergänzt hat er sie durch Nachrichten, die von Sozialisten innerhalb Deutschlands an entsprechende Zentren im Ausland übermittelt wur-

terhin ihre Eigeninteressen verfolgt hätten. Die nazistischen Erfolgsmeldungen seien in erster Linie Vollzugsmeldungen über das Funktionieren der Propagandainszenierungen gewesen. Tatsächlich seien Unzufriedenheit und eine innere Opposition typisch für die Einstellung der Deutschen gewesen, gleichzeitig habe es aber an der Bereitschaft zum Widerstand gefehlt. Diese ambivalente Einstellung will er mit dem titelgebenden Begriff »Unwillen« zum Ausdruck bringen.

Diese grundsätzliche Einschätzung konkretisiert Longerich an Einzelbeispielen. So habe es keine positive Einstellung zum Zweiten Weltkrieg gegeben, sondern man habe ihn eher für »unvermeidbar« gehalten. Die propagierte Gewinnung von Lebensraum im Osten sei auch nicht als eine die deutsche Zukunft sichernde Perspektive begrüßt worden, sondern habe im Verlauf des Krieges angesichts der Dimensionen Russlands eher »Beklemmungsgefühle« ausgelöst.

Ähnlich äußert sich Longerich hinsichtlich »der rassistischen Ideologie und Politik des Regimes«, wie er sich, den besonderen Charakter der nazistischen Verbrechen ignorierend, verharmlosend ausdrückt. Sie sind nach seiner Meinung von der »breiten Bevölkerung« nicht »proaktiv« mitgetragen worden. Das gelte sowohl für die »Euthanasie« als auch für die Verfolgung und Ermordung der Juden. Die Radikalisierung der antijüdischen Politik vom Boykott bis zur Deportation habe das Regime gegen ein erhebliches Maß an Unverständnis, Skepsis und Kritik auf Seiten der Bevölkerung durchgesetzt. Später lasse die Berichterstattung nicht erkennen, dass in der »Bevölkerung generell« ein »breites Bewusstsein« für eine »zur Entscheidung drängende ›Judenfrage‹ herrschte«. Offenbar meint Longerich mit der die Nazi-Diktion aufnehmenden Formulierung »zur Entscheidung drängende ›Judenfrage‹« wie auch mit den unscharfen Begriffen »Bevölkerung generell« und »breites Bewusstsein«, dass die Bevölkerung keine Kenntnis von dem besonderen Charakter der Judenverfolgung gehabt habe. Fasst man seine Aussagen zusammen, so leitet er aus seinen Quellen ab, die Deutschen hätten zur Judenverfolgung eine zwar unterschiedlich akzentuierte, generell aber ablehnende Haltung eingenommen und vom Judenmord weitestgehend nichts gewusst. Das ist der Sound der fünfziger Jahre und erinnert an das damals vorherrschende Täterbild. Dass man lediglich gestützt auf eine ganz bestimmte Quellengattung zu einem solchen Schluss kommen kann, ist erstaunlich.

Longerichs Untersuchung enthält eine der wohlwollendsten Charakterisierungen des Verhaltens der deutschen Bevölkerung in der Nazi-Zeit. Sie steht, wenig überraschend, im Gegensatz zur vorherrschenden Theorie über das Funktionieren der Nazi-Herrschaft, die diese als »Zustimmungsdiktatur« charakterisiert. Dieser Begriff soll den Widerspruch zum Ausdruck bringen, dass der Nazi-Staat als Diktatur zwar einerseits auf Zwang und Gewalt setzte, andererseits aber auch von großer Zustimmung der Bevölkerung getragen wurde. Longerich verschiebt dieses Spannungsverhältnis, indem er mit dem Begriff »Unwillen« eine weitreichende Distanzierung der Deutschen vom Nazismus behauptet. Unerklärt bleibt damit allerdings nicht nur die im Übermaß demonstrierte Ge-

folgschaftsbereitschaft der »ganz gewöhnlichen« Deutschen, wie sie sich zum Beispiel am systematischen Begehen abscheulichster Verbrechen zeigte, sondern auch ihr »Durchhaltewille« am Ende des Krieges, der verbunden war mit einer ganzen Serie neuerlicher Verbrechen an ihren Opfern.

Entlastet in die Zukunft

Diese Darstellung der Rolle der Deutschen verschiebt natürlich den Blick auf die jüngste Geschichte. Das ist Longerich bewusst. Ausdrücklich begreift er seine Arbeit nicht als Detailstudie, sondern seine Ergebnisse sollten, wie er es in der Einleitung formuliert, »zu einer Neubewertung der ›deutschen Katastrophe‹ führen«. Die eigentlich längst überwundene Begrifflichkeit ist offensichtlich Programm. Denn mit ihr knüpft er explizit an die national orientierte Einstellung von Kriegs- bzw. Nachkriegshistorikern wie Friedrich Meinecke (*Die deutsche Katastrophe*) an. Die deutschen Verbrechen gegen die Menschheit und die Verpflichtung, alles zu tun, um eine Wiederholung zu verhindern, treten demgegenüber zurück.

Ein solches Ziel verliert nach Longerichs Argumentation auch an Bedeutung. Dies

Es geht um eine neue Sicht auf die »Kriegsgeneration«

zeigt sich, wenn man seine Sichtweise zum Beispiel mit der Daniel Goldhagens in seinem Buch *Hitlers willige Vollstrecker* – keineswegs also unwillige Volksgenossen – vergleicht. Nach Goldhagen war der Antisemitismus Basis und Ursache des Judenmords. Er hatte sich in einer langen kulturellen Genese herausgebildet und war zu einem zentralen Bestandteil der Weltanschauung der Deutschen, nicht allein der Nazis geworden. Das war die Voraussetzung, unter der der Judenmord zu einem »nationalen Unternehmen« werden konnte. Nach Longerich jedoch verhielt sich die deutsche Bevölkerung distanziert zum Judenmord, blieb den verschiedenen sozialen Milieus und politischen Lagern verhaftet und bildete eben nicht die von Goldhagen beschriebene verbrecherisch handelnde Einheit. Banal ausgedrückt, blieb der Holocaust nach Longerich ein Projekt der Nazis, und mit ihrer Entmachtung scheint die Gefahr seiner Wiederholung oder die Gefahr ähnlicher Verbrechen weitgehend gebannt zu sein.

Zu diesem Ergebnis kann man jedoch nur um den Preis einer weiteren Verkürzung des analytischen Blickwinkels kommen. Bleiben in den üblichen Analysen von Faschismus und Nazismus die der Politik vorgelagerten gesellschaftlichen Macht- und

Herrschaftsstrukturen sowieso unberücksichtigt, so werden bei Longerich auch die kulturellen Faktoren, wie sie u. a. von Goldhagen herausgearbeitet wurden, in ihrer Bedeutung relativiert. Hiervon ausgehend, mag man auf der kulturellen oder der politischen Ebene im einzelnen aushandeln, ob die Nazi-Zeit eher als »Fliegenschiss« zu werten ist oder ihr doch eine größere Bedeutung für die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse zukommt – in jedem Fall verschafft Longerichs Darstellung der postnazistischen Gesellschaft eine prinzipielle Entlastung.

Sieht man von den legitimatorischen Erinnerungs- und Gedenkritualen ab, so bemüht sich die deutsche Politik schon seit langem, ihre weltpolitische Ausrichtung von den Verpflichtungen, die ihr die beiden Weltkriege und der Nazismus auferlegen, zu lösen. In einer Zeit, in der der designierte Bundeskanzler verkündet, Deutschland müsse wieder weltpolitische Verantwortung übernehmen, und in der die deutsche Gesellschaft umfassend auf neue Kriege vorbereitet wird, gilt dies umso mehr. Auch die Berufung des neuen Staatsministers für Kultur und Medien, Wolfram Weimer, ist ein Schritt in diese Richtung. Als Publizist hat er 2018 *Das konservative Manifest* veröffentlicht. Darin lobt er mit Blick auf die europäischen Kolonialreiche »die zivilisatorische Leistung, die in einer Weitereroberung steckt«, und bedauert gleichzeitig den »erdrutschartigen Machtverlust«, der mit dem Zusammenbruch der Kolonialimperien verbunden gewesen sei. Innenpolitisch befürchtet er, dass Europa durch die Zuwanderung seine »kulturelle Kernkraft« verliere und die »alten Nationalinstinkte« ausgelöscht werden könnten. In Zeiten, in denen die AfD vor allem wegen ihrer Haltung zur Migration von einer staatlichen Behörde als verfassungswidrig erklärt wird, erwartet man eigentlich nicht, dass ein Mann mit solchen Positionen zum Hüter der staatlichen Kulturpolitik ernannt wird. Aber die Herstellung von Kriegstüchtigkeit erfordert nun mal mehr als die Förderung der Bereitschaft, den Gürtel enger zu schnallen oder verstärkt Feindbilder zu propagieren. Sie bedarf einer neuen kulturellen Formierung. Diese setzt allerdings voraus, dass die noch vorhandene »Rückwärtsgewandtheit« überwunden wird. Hierzu kann ein Buch wie *Unwillige Volksgenossen* durchaus einen Beitrag leisten. ●

Peter Longerich: *Unwillige Volksgenossen. Wie die Deutschen zum NS-Regime standen. Eine Stimmungsgeschichte*. Siedler-Verlag, München 2025, 640 Seiten, 34 Euro

Rolf Surmann schrieb in konkret 5/25 über den gegenwärtigen Umgang mit den politischen Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs

Welchen Zionismus, welchen Anti-zionismus meint ihr?

Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie zur Nationalisierung der Bewohner einer umstrittenen Region. Von Richard Schuberth

»Einem Juden zu begegnen ist eine Wohltat, gesetzt, dass man unter Deutschen lebt. Die Gescheitheit der Juden hindert sie, auf unsere Weise närrisch zu werden, zum Beispiel »national.«

Friedrich Nietzsche

Es ist wahr. Antizionismus muss nicht zwingend Antisemitismus sein. Ist er aber meistens. Selbst wenn man der verkürzten Lesart zustimmen würde, es handle sich beim Zionismus um einen aggressiven kolonialen Ethnonationalismus, müssten die Antizionisten sich die Frage gefallen lassen, warum sie seine Kritik – zumal er ein Gebiet nicht größer als Hessen, Wales oder New Jersey betrifft – zu einem so riesigen Modul ihres persönlichen Identitätsbaukastens auserkoren haben, und die Irankritik, den Anti-Erdöganismus oder das Kapitalismus-Bashing bei der Meinungs-Messe wieder mal links liegen lassen.

Die unbewussten antisemitischen Bedürfnisse haben sich mit der Aufspaltung in gute Juden und böses Israel nicht nur eine raffinierte Camouflage geschaffen, sondern sogar – List der Unvernunft – bei der Linken Unterschlupf gefunden (und diese dabei irreparabel beschädigt).

Wie jeder Nationalismus hat der israelische seine Legitimationsmärchen, und hätte er sie nicht, wäre Israel kein Staat, sondern wirklich das Gelobte Land. Was es dann doch löblicher als andere Länder der Region macht: dass seine Intellektuellen die Märchen entzaubern dürfen, ohne Knast und Lynchung zu riskieren.

Eines dieser Märchen behauptet, die sogenannten Palästinenser seien zu einem künstlichen Volk verpfropfte Neuzuwanderer, während die demografische Minderheit der dort ansässigen Juden eine ungebrochene Kontinuität zum antiken Judäa aufweise und vor Ort quasi den Schlüssel

hüte für die rechtmäßigen Hausbesitzer in der Diaspora, so sie da wiederkehren ...

Palästina war immer eine Transitzone. Unzählige Gruppen blieben hier hängen. Anders als es der Mythos vom erzwungenen Asyl will, so ist sich die Forschung einig, waren Orient und mediterraner Raum bereits vor der Zerstörung des Jerusalemer Tempels durch römische Truppen (im Jahr 70 u. Z.) gespickt mit jüdischen Communitys, was, sofern Menschen nicht an die Scholle gebunden waren, der Mobilität vieler konfessioneller und kultureller Gruppen der Antike entsprach. Wie auch zionistische Experten einräumten, bildeten die lokalen Bauern das Substrat der alteingesessenen arabischen Bevölkerung, und in Anbetracht der Diskriminierung durch das byzantinische Christentum dürften etliche Juden nicht ungern zum Islam konvertiert sein, zumal Volksreligiosität nicht sonderlich stark an theologische Dogmen gebunden ist. Reste des daraus resultierenden Synkretismus erhielten sich lange noch bei Bräuchen diverser arabischer Clans in den Bergen um Hebron, die ihre Genealogien von jüdischen Stämmen Südaraubiens herleiten.

Der mächtigste Antizionist war stets die rabbinische Tradition selbst, der zufolge die Rückkehr ins Heilige Land vor dem Erscheinen des Erlösers einen Frevel bedeutete. Und im Vergleich zur christlichen Praxis bildeten jüdische Pilgerreisen individuelle Ausnahmen. Gelehrte wie Benjamin von Tudela und Petachja aus Regensburg besuchten Palästina auch weniger als Pilger denn als Reiseschriftsteller, und fanden die Zentren jüdischen Lebens in Damaskus und Aleppo vor. So nimmt es nicht wunder, dass es Anhänger häretischer Strömungen waren, welche durch Ansiedlung in Palästina gegen die rabbinischen Gebote aufbegehrten, wie die Karäer ab dem 8. Jahrhundert, oder ab dem 17. Jahrhundert die Schüler des Rabbis

Schabbtai Zwi oder später der Chabad-Bewegung und andere ostjüdische Gruppen, die sich wohl nicht als protozionistisch charakterisieren lassen, weil sie wirklich aus religiösen Gründen migrierten. Auch jemenitische Juden wurden seit dem 18. Jahrhundert immer wieder von messianischem Erweckungsglauben nach Palästina gelockt. Etwa zur Zeit der zweiten Alija, der zionistisch motivierten Immigration vorrangig osteuropäischer Juden ab 1900, verstärkte sich auch der Zuzug aus dem Jemen. Die Weltbilder dieser Flüchtlingsgruppen waren so unterschiedlich wie die Himmelsrichtungen, aus denen sie kamen, die Anlässe der Flucht indes ähnelten einander. Islamistische Rebellen hatten die relativ liberale osmanische Herrschaft im Nordjemen beendet, Massaker unter den Juden begangen und die Überlebenden zur Konversion genötigt.

Das demografische Hauptelement jüdischer Bevölkerung vor der ersten Alija aber bildeten die Sepharden, welche von den Osmanen nach ihrer Vertreibung aus Spanien und Portugal auch in Palästina angesiedelt wurden. Saloniki indes war ihr neues Jerusalem und in Palästina (aus osmanischer Perspektive Peripherie) wurde Safed und nicht Jerusalem zu ihrem religiösen Zentrum.

Es ist bezeichnend, dass die Opfer der Massaker von Hebron und Safed im Jahr 1929 nicht zionistische Einwanderer waren, sondern allesamt Vertreter der alten Jischuw, der alteingesessenen Gemeinde. Dabei handelte es sich größtenteils um orthodoxe aschkenasische Juden, welche die meisten Araber im Vergleich zu den »orientalischeren« Sephardim und Misrachim zwar als Fremde empfanden und diskriminierten, aber im Gegensatz zu den zionistischen »Invasoren« als harmlose und tiefgläubige Mitbewohner duldeten. Mit den Sephardim hatte man Jahrhunderte lang in Symbiose gelebt. Be-

sonders deren Oberschicht unterhielt mit den arabischen Eliten durchaus harmonische Beziehungen.

Hass schlug den Zionisten von arabischer Seite – die Pamphlete und Verlautbarungen ihrer Demagogen sprachen eine klare Sprache – zunächst weniger wegen der demografischen Bedrohung als der Angst vor modernistischer Zersetzung entgegen, wegen Atheismus, Kommunismus und Frauenemanzipation, welche sie ins Land brächten. Hierin bildeten die alten Jischuwim mit ihren arabischen Nachbarn durchaus antizionistische Allianzen.

der Schulterchluss zwischen orthodoxen, misrachischen, sephardischen und säkularen europäischen Juden.

Den zahlreichen Schilderungen der Diskriminierung palästinensischer Juden durch die muslimische Mehrheitsbevölkerung auf Grund des Dhimmi-Status stehen ebenso zahlreiche Zeugnisse einer respektvollen Symbiose der Konfessionsgruppen in der späten osmanischen und der frühen Mandatsperiode gegenüber – wie etwa bei Jitzchak Shami, Tom Segev oder in den aufschlussreichen Interviews, welche die israelische Autorin Hadara Lazar Anfang der acht-

mungen ihrer Zeit: völkische und multikulturelle, rechtsnationale und sozialistische, messianische und anarchistische, liberale und kollektivistische, mystische und fortschrittsideologische, chauvinistische und romantisch orientalistische. Manche wissen zumindest zwischen dem sozialistischen Modell David Ben Gurions und dem rechtsrevisionistischen Vladimir Ze'ev Jabotinskys zu unterscheiden. Ersteres legte das Fundament für die linke Partei Avoda (Arbeitspartei), letzteres für den Likud. Doch tut auch der Nationalist Jabotinsky nicht den Gefallen, als Ahnvater der Vertreibungspolitik herzuhalten. Vielmehr trat er für eine strikte Zweistaatenlösung ein sowie für Bürgerrechte für kooperationswillige Araber im Judenstaat. Entsetzt zeigte er sich, als die von ihm mitgeschaffene Terrororganisation Irgun bei Vergeltungsaktionen während des arabischen Aufstands (1936–39) auch Frauen und Kinder tötete. Bis dahin hatte der Hauptkern der zionistischen Bewegung und mit ihm auch die Selbstverteidigungsmiliz Hagana sich dem Prinzip der strikten Nichtvergeltung verpflichtet.

Es gab mit Jizchak Epstein, Nahum Sokolow und dem Wiener Moshe Ya'akov Ben Gavriel (Eugen Hoefflich) sogar orientalistische Tendenzen (Pansemitismus), die aus einem romantisch-antiwestlichen Impuls eine kulturelle Assimilation an das »semitische Brudervolk« forderten (unter Beibehaltung jüdischer Identität freilich). Die pazifistische Organisation Brit Shalom, gegründet von Martin Buber, Gershom Scholem, Hans Kohn und anderen, agitierte 100 Jahre vor Omri Boehm für eine integrative Einstaatenlösung. Nationalistischer Logik folgend, gab ihnen ein hochrangiges Mitglied des Arabischen Exekutivkomitees, Awni Abdul-Hadi, zu verstehen, dass er lieber mit ehrlicheren Gegnern wie Zabolinsky verhandle, zumal sie, die Araberfreunde, wie dieser doch ebenso auf der Balfour-Deklaration bestünden.

Bevölkerungstransfer-Fantasien waren in diesem breiten zionistischen Spektrum allerdings Minderheitenposition, auch dauerte es sehr lange, ehe man Eigenstaatlichkeit überhaupt in Erwägung zog, zumal man sich vom Osmanischen Reich bestenfalls einen jüdischen Verwaltungsbezirk erhoffen konnte.

Als mindestens so vielfältig wie der Zionismus zeigten sich die Positionen seiner Gegner, die pauschal des Antisemitismus zu verdächtigen, genauso ahistorisch wäre wie das in der Palästinensersolidarität vorherrschende Zerrbild des Zionismus. Im Gegenteil unterstützten mächtige Gojim die Rückführung der Juden ins Gelobte Land aus antisemitischen Motiven. Im Gegensatz zu Lord Balfour bekannte sich Zar Nikolaus II. offen dazu, mit dem zionistischen Projekt endlich die Juden loswerden zu können. Bereits 1781 hat der Theologe Johann David Michäelis die



Ahnvater der Vertreibungspolitik? Netanjahu spricht bei der staatlichen Gedenkfeier für Ze'ev Jabotinsky, Jerusalem, Juli 2023

Die Judenpogrome von 1921 fanden ihren Anlass wohlgemerkt in der gewerkschaftlichen Agitation jüdischer Kommunisten unter arabischen Arbeitern in Jaffa. Die Exzesse von Hebron und Safed acht Jahre später, deren Gewalttaten an die Bestialität vom 7. Oktober 2023 erinnern, trieben letztlich einen Keil zwischen den alten Jischuw und die Araber. Sukzessive begann jener sich dem Schutz des zionistischen Projekts zu unterwerfen. Nur durch arabisch-nationalistische (und islamistische) Bedrohung gelang also

ziger Jahre mit Zeitzeugen aller Bevölkerungsgruppen führte. Es stimmen beide Seiten, und beide Seiten werden von den je pro- und antizionistischen Laptop-Apologeten des Abendlands selektiv hervorgehoben, doch die Wahrheit erschließt sich nur denen, welche die Faktoren Zeit, Ort und gesellschaftliche Schicht mitdenken.

Im Zionismus, in Theorie wie in Praxis, bündelten sich unter der gemeinsamen Klammer einer nationalen Heimstatt für die Juden alle geistigen und politischen Strö-

Juden in seiner Polemik gegen deren Emanzipation auf ihre angebliche orientalische Herkunft verwiesen. Der berühmte Berliner Aufklärer Moses Mendelssohn widersprach ihm entschieden: »Die gehoffte Rückkehr nach Palästina, die Herrn M. so besorgt macht, hat auf unser bürgerliches Verhalten nicht den geringsten Einfluß. Dieses hat die Erfahrung von jeher gelehrt, an allen Orten, wo Juden bisher Duldung genossen, und ist eines Theils der Natur des Menschen gemäß, der, wenn er nicht Enthusiast ist, den Boden liebt, auf welchem ihm wohl ist, und wenn seine religiöse Regungen dawider sind, diese für die Kirche und die Gebetsformeln versparet und weiter nicht daran denkt; andern Theils aber der Vorsorge unsrer Weisen zuzuschreiben, die uns den Verbot im Talmud sehr oft eingeschränkt, an keine gewaltsame Rückkehr zu denken; ja ohne die in der Schrift verheißene große Wunder und außerordentliche Zeichen, nicht den geringsten Schritt zu thun, der eine gewaltsame Rückkehr und Wiederherstellung der Nation zur Absicht hätte.« Hier verschränkte Mendelssohn geschickt theologische Lehrmeinung mit dem modernen Anspruch auf individuelle Bürgerrechte. Das »Verbot im Talmud« bezog sich auf den ersten der drei talmudischen Eide, nämlich »dass Israel nicht in Scharen ins Land« ziehe. Jerusalem bleibt in der gesamten rabbinischen Tradition ein spiritueller Ort messianischer Befreiung. Der Zionismus stellt sozusagen die Verschmelzung des modernen Ethnonationalismus mit einer Säkularisierung des Erlösungsversprechens dar. Die Erlösung soll aus der eschatologischen Zukunft in die Gegenwart transferiert und territorial konkret werden.

Im Ostjudentum fand der Zionismus seine eifrigsten Anhänger wie Gegner.

Eine Gruppe osteuropäischer Rabbiner hat 1900 in einer Streitschrift klargestellt: »Wir sind das Volk des Buches, und haben weder im Buch der Bücher noch in der Mishna oder dem Talmud, weder in den Auslegungen noch den Legenden unserer geheiligten Vorväter seligen Andenkens den Begriff »Nationalismus« gefunden und gesehen, wie er im Hebräischen aus dem Nomen für »Volk« abzuleiten wäre, und auch weder als Bezeichnung noch als Andeutung in der Sprache unserer weisen Lehrer seligen Andenkens.« Der liberale Oberrabbiner Wiens Moritz Güdemann zeigte in seinem Disput mit Theodor Herzl bereits mehr Verständnis für Siedlungspläne, allerdings mit einer elementaren Einschränkung: »Wenn man denjenigen Juden, welchen in ihrer bisherigen Heimat der Kampf ums Dasein allzu sehr erschwert wird, Gelegenheit bietet, sich anderwärts anzusiedeln, so ist dies im hohen Grade löblich und verdienstlich. Man kann nur wünschen und hoffen, dass die jüdischen Colonien, wo immer solche bereits bestehen oder künftig

angelegt werden, sei es nun im Heiligen Lande, oder anderwärts, ihr gedeihliches Fortkommen finden, aber es ist durchaus verkehrt, und streitet wider den Geist des Judenthums und seiner Geschichte, wenn diese an sich der höchsten Anerkennung würdige Colonisationsthätigkeit mit nationalen Bestrebungen verquickt und als die Einlösung prophetischer Verheißung hingestellt wird.«

Auch die diversen Stränge des Antinationalismus sahen noch keine Notwendigkeit, bei der jüdischen Spielart eine Ausnahme zu machen. Überraschend unpolémisch begründete Karl Kraus, der Herzl bei jeder sich bietenden Gelegenheit lächerlich machte und sich nur mit äußerster Großzügigkeit vom Antisemitismus seiner Zeit ausnehmen lässt, dass ihm »eine Verminderung der Nationen, deren es ja schon genug gibt, sympathischer wäre als eine Vermehrung, und dass nicht so sehr die jüdische Ertüchtigung, als der Gedanke der Ableitung des jüdischen Elends als ein soziales Problem meine respektvolle Teilnahme findet«.

Auch die sozialistischen Appelle an die Juden, sich als Underdogs der Geschichte zu assimilieren und mit dem proletarischen

Im Ostjudentum fand der Zionismus seine eifrigsten Anhänger wie Gegner

Universalismus zu vereinen, anstatt sich in überkommenem völkischen Partikularismus einzugeln, besaßen aus der emanzipatorischen Perspektive ihrer Zeit durchaus ihre Folgerichtigkeit. Das vernünftige Idealkrankte jedoch an zwei Widersprüchen, welche einander – mit antisemitischer Vermittlung – bedingten. Verdächtig war, dass die sozialistischen Theoretiker gerade von den Juden, den Generalopfern jeder nationalen Verwurzelung, so vehement die Aufgabe nationaler Ambitionen einforderten und das in eine Zeit fiel, als das Konzept der Kultur-nation selbst in die Sozialdemokratie einzusickern begann. Der Linkszionist Nachman Syrkin erkannte diese Heuchelei und klärte die Welt 1898 schon über den zionistischen Sonderweg als die Antwort auf jüdische Ausweglosigkeit auf: »Nur bei den Juden ... nahmen die Sozialisten die Assimilation und die Entjudung der jüdischen Bourgeoisie als ihr geistiges Gut auf. Hierin muss man wahrlich eine Herabsetzung ihres sozialistischen und freiheitlichen Ernstes erblicken. ... Dass die nationale Existenz der Juden keinen Inhalt hat, ist keine Rechtfertigung für die Entjudung der jüdischen Sozialisten. Gewiss fördern die Juden nichts höheres Nationales und dies ist die Tragik ihres Lebenswider-

spruchs. Sie sind aber nichtsdestoweniger eine abgeschlossene Nation, vom Feinde beständig als solche fixiert und von dem Bewusstsein der Abgesondertheit innig durchdrungen. ... Ist der Kampf gegen die Juden ein ungerechter und hervorgegangen aus der Macht des Stärkeren, so ist das Bestehen der Juden ein Protest gegen die Gewalt, ein Kampf fürs Recht, eine Behauptungstendenz des Menschen.« Spätestens seit dem Holocaust war es schäbig, ausgerechnet die Überlebenden zu einem Objekt der Nationalismuskritik zu machen. Die Schäbigen kompensierten das dadurch, dass sie jene von nun an zum *einzigsten* Objekt ihrer Nationalismuskritik machten. Und weil das so anstandslos funktionierte, hängte man Israel gleich auch noch den ideellen Oberkolonialisten, den weißen Oberrassisten, ja, den Oberrassisten und verruchtesten Genozidisten überhaupt um.

Als die zwischen und in den Nationalismen Aufgeriebenen und von den Nazis fast Ausgerotteten ihre eigene nationale Safe Zone errichteten, warfen die Nationen dieser vor, eine nationalistische Danger Zone zu sein. Empirisch hat sich nur eine Methode als glaubwürdiger Beweis der gelungenen Überwindung des je eigenen Nationalismus, Rassismus, Imperialismus erwiesen: all das Israel in die Schuhe zu schieben. Just als das Schaf ein Wolfskostüm anlegte, zogen sich die Wölfe Schafspelze über.

Die sozialistische Verpflichtung der Juden auf den Internationalismus findet seine postmoderne Fortsetzung. Der moderne Antisemitismus projizierte in die Juden verurteilte Wurzellosigkeit und zu vernichtende Ambivalenz. Der postmoderne Antisemitismus projiziert in die Juden vorbildliche Wurzellosigkeit und coole Ambivalenz. Folglich seien die Israelis mit ihren unjüdischen Wüstenwurzeln und ihrer angeblichen nationalen Homogenität die eigentlichen Antisemiten. Unter zionistischen Händen seien die einst so fluiden Identitäten zu Salz erstarrt. Das so hoffnungsvolle Fließen der Signifikanten ein einziges Totes Meer. Da die »Luftmenschen« Butler, Žižek, Agamben und Badiou zu schwach sind, diesen krustigen Ver-rat am Judentum *from the river to the sea* in ebendiese zu kippen, um dann Identitäten und Signifikanten wieder frei fließen zu lassen, bedürfen sie der Hilfstruppen; und wer ist für die Auflösung der essentialistischen Thrombose besser geeignet als die Jungs vom muslimischen Klerikalfaschismus?

Rekapitulieren wir: Früher mochte man sie nicht, weil sie zu wenig national waren, jetzt nicht, weil sie zu national sind. Ich werde den Verdacht nicht los, man mag sie einfach gar nicht. ●

Richard Schuberth schrieb in konkret 5/25 über die Ursprünge der palästinensischen Identität

Früher war alles besser (3)



... zum Beispiel Reiz und Rhythmus der Doppelnamen

Das KI-Kabinett

Im vergangenen März jubilierten die weltweiten Wischer und Klicker an ihren Endgeräten angesichts von privaten Fotos sowie Personen aktueller und historischer Nachrichtenmeldungen im Stil der Filme des japanischen Animationsstudios Ghibli. Dessen wundervolle Filme, etwa »Prinzessin Mononoke« und »Mein Nachbar Totoro«, entzücken Kinder und Erwachsene gleichermaßen, nicht zuletzt wegen des markanten Zeichenstils (siehe konkret 11/23). Die Verwandlung etwa des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko in eine Ghibli-Figur gelang dank des Bildgenerators des ChatGPT-Herstellers OpenAI. Der stilbildende Ghibli-Regisseur Hayao Miyazaki was not amused; in einem Video aus dem Jahr 2016, in dem ihm junge Mitarbeiter die Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz (KI) demonstrieren, sagt er über computer-generierte Kunst: »Ich glaube fest, dass dies eine Beleidigung des Lebens selbst ist.«

Dem Protest des 84-jährigen Künstlers zum Trotz geriet der Einsatz von KI-Programmen im Privaten und Geschäftlichen in den letzten Jahren zur Selbstverständlichkeit. Das teuer eingekaufte Foto, den aufwendig recherchierten Text werden Medienunternehmen über kurz oder lang ersetzen durch KI-Bilder und KI-Texte, die kurzfristig wenig und langfristig nichts kosten und sich beliebig modifizieren lassen. Entsprechend wenig überraschend wirkte die Berufung der CSU-Politikerin Dorothee Bär, die überaus affirmativ zur Digitaltechnik eingestellt ist, zur Chefin des Ministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt im Kabinett des CDU-Kanzlers Merz.

Die Fränkin hatte im letzten Merkel-Kabinett fast vier Jahre lang als Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung vom Segen der Digitaltechnik schwadroniert und sich »Flugtaxi« gewünscht, was andererseits die instrumentell vernünftigen Damen und Herren Journalisten damit beantworteten, dass sie lieber »mit mehr als 15 Megabit pro Sekunde ins Internet« (Marietta Slomka) gelangen wollen. Das war anno 2018. Aktuell möchte die ungleich machtfülligere Bär lieber die Troposphäre durchbrechen und zur Exosphäre aufbrechen: »Ich bin auf jeden Fall dafür, dass wir es nicht nur den Amerikanern überlassen, den Russen überlassen, anderen Nationen überlassen«, zum Mond zu fliegen. Eine »deutsche Astronautin« soll zum Erdtrabanten reisen, um zu zeigen, dass sie an die gute alte deutsche Tradition anzuknüpfen imstande ist, eine Lunarkolonie zu unterhalten, wie es der finnische Spielfilm »Iron Sky« von 2012 zeigt, wo die Nachkommen der 1945 zum Monde geflohenen Nazis eine Ufoflotte bauen, um die Erde zu erobern. Abgesehen von der Schnapsideenhaftigkeit solcher »Visionen« (D. Bär) führt deren mediale Bequakung dazu, dass die Wischer und Klicker jene Technikbegeisterung für gut befinden, mindestens für notwendig und unausweichlich.

Verglichen mit der videospilaffinen Bär, die bislang als leicht spinnerte und moderat lobbyhörige Spitzenbeamtin aufgefallen ist, gibt's beim neuen Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung kein Vertun: Karsten Wildberger ist gelernter Kapitalistenberater, war in »internationalen Führungspositionen« (Wikipedia) bei »Unternehmen im Energiesektor und Telekommunikationsbe-

reich« (Aachener Ingenieurpreis) und zuletzt Geschäftsführer des Media-Saturn-Konzerns, der Klumpatsch fürs Digitalgeschäft verkauft. Wildberger wird eifrig von Industrieverbänden, Wirtschaftsbossen und sonstigen Geldleuten für seine vermeintlich »neue Perspektive« gelobt: »Ich habe zwei Gedanken im Kopf gehabt: Super, dass so ein Macher so ein Amt übernimmt. Die zweite Überlegung: Kann er sich damit durchsetzen?« zitiert die Tagesschau den »Börsenkenner« Robert Halver von der Baader-Bank, der resümiert, man müsse den Wildberger »von der Kette lassen«. Das »Handelsblatt« verweist auf »Insider«, die »darüber witzelten, dass nach MediaMarkt-Saturn der nächste »Sanierungsfall« auf Wildberger warte«.

Wer das Ministerium als Koordinationszentrum von Kapitalströmen betrachtet, der schert sich nicht um das, was Digitaltechnik mit entfremdeten Menschlein anstellt: Die »KI kann einem System zur Totalität und zur gleichen Zeit dem Subjekt zum gesteigerten Empfinden seiner subjektiven »Identität« verhelfen« (Georg Seeßlen). Die Digitalisierung allgemein »wird zur dualen Stabilisie-

rung des Kapitalismus maßgeblich beitragen. Denn die digitalisierungsbedingte Reduzierung der technologischen Barrieren für die Kooperation zwischen Unternehmen bringt einen neuen und besseren Kapitalismus«, wie der Bundesverband deutscher Unternehmensberatungen in scheußlicher Sprache schwärmt.

Im Wirtschaftsministerium hat Kanzler Merz mit Katherina Reiche eine Frau plziert, deren nahtloser Wechsel von der Position der Staatssekretärin in »die Wirtschaft« vor zehn Jahren die Einführung von Karenzzeiten für ehemalige Regierungsmitglieder, die auf die Lobbybank wechseln, nötig machte. Sie trommelt jetzt für einen »Industriestrompreis« und »neue Gaskraftwerke«, was den Deutschen Mittelstandsbund über den »Zukunfts-Optimismus« der CDU-Ministerin frohlocken lässt. In diesem Zusammenhang wirkt der Metzgermeister Alois Rainer als Landwirtschaftsminister

geradezu niedlich, wenn sein familieninternes Fleischerei-Restaurant von der geplanten Gastro-Umsatzsteuersenkung profitiert. Der unermüdliche Christoph Butterwege geißelt die »Wettbewerbsfähigkeit als Signalwort des Koalitionsvertrages«, denn die herrschenden Monetaristen, die mit ihren neoliberalen Theoremen die Meinung des medial dauerbefeuernden Gesamtkollektivs bestimmen und das »psychische Immunsystem in viel extremerer Weise ausschalten« als bei analoger Propaganda (Rainer Mausfeld), haben mit Wildberger, Reiche und Konsorten die richtigen Leute gewählt, die ohne Sentimentalität und Demokratiegedöns die markttotalitären Maßnahmen durchsetzen.

»Wir steuern heute auf das Zeitalter digitaler Psychopolitik zu. Sie schreitet von passiver Überwachung zu aktiver Steuerung fort«, wie der Philosoph Byung-Chul Han die KI-Durchdringung der Welt in ausnahmsweise nüchternen Worten formuliert. Denn was am Menschen stört, ist sein verdammter Körper und dessen lästige Gefühle. Mit KI lässt sich das Wirkliche prima rationalisieren: die Entfremdung, Weltzerstörung, Pauperisierung und die Transformation von alles und jedem »ins konventionalisierte, nach der Warenform gemodelte Leben« (Adorno).



»Ivana Sajko seziert in *Every Time We Say Goodbye* (V&Q Books) die Brüche Europas.« Pathologisches Bulletin aus dem Verlag Voland & Quist

Et kütt, wie et kütt

Und nichts lässt sich aufhalten. November 2022:

Die Mitglieder der britischen Tories wählen Liz Truss zur neuen Partei- und Regierungschefin – mit dem schlechtesten Ergebnis jemals.

April 2025:

Madonna, 66, und Elton John, 78, Musik-Altstars, schließen Frieden. »Wir haben endlich das Kriegsbeil begraben«, sagte sie in

der Sendung »Saturday Night Live«, nachdem sie Elton John zuvor bei einem Auftritt gesehen hatte. Seit mehr als zwei Jahrzehnten äußerten sich die beiden immer wieder abfällig übereinander. Als Ausgangspunkt gilt Elton Johns Aussage von 2002, wonach er dem »Guardian« zufolge über den von Madonna gesungenen Titelsong zum neuen James-Bond-Film sagte, dies sei »der schlechteste Bond-Titelsong jemals«.

Nice; oder, mit dem Nachwuchs zu jammern, der nicht fein damit ist, Englisch üben zu sollen: »Warum können nicht alle Menschen eine Sprache sprechen?« Der Journalismus, seit je nicht in seinem richtigen Verstand, arbeitet daran, und dass ich nicht mehr Nüsse darüber gehen muss, wäre der frömmste Wunsch jemals.

Et blieb nix, wie et wor

Das wird natürlich alles aufhören, wenn die AfD erst übernommen hat, und verstehe ich meinen Freund Jürgen Roth im Maiheft richtig, wird das keinen Unterschied machen, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk kaum faschistischer werden kann, als er schon ist.

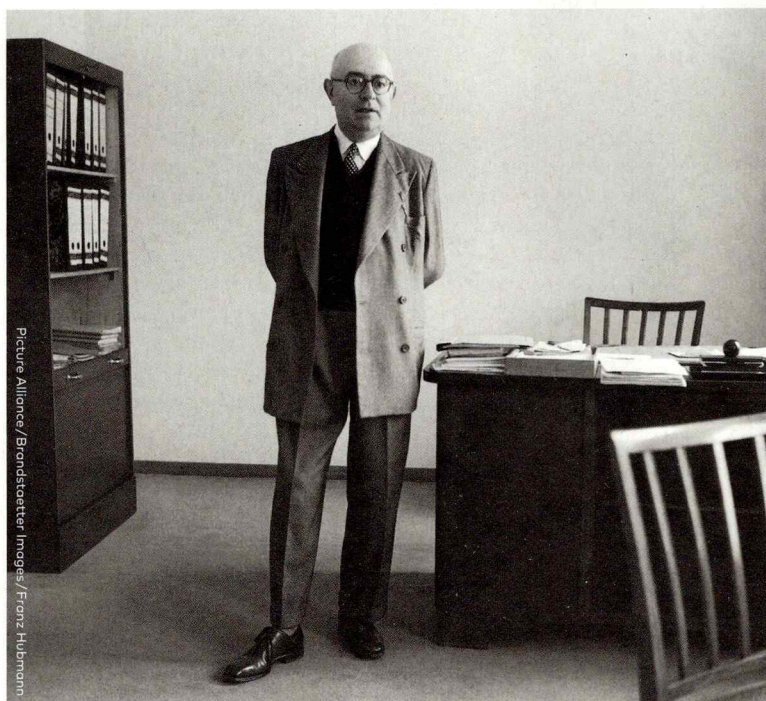
Der bürgerliche Leitartikel dient dazu, Volksmeinung und Herrschaftsinteresse kongruent zu machen (»SZ«, 24. April: »In Wahrheit aber ist Wladimir Putin ein Gangster«), und ob die Maidan-Revolution nicht vielleicht doch ein Putsch war, interessiert Zamperoni nicht. Trotzdem gehören ARD und ZDF zu dem, was die Nazis von der AfD als »Systemmedien« führen; kann, auch wenn Joschka Fischer bei Caren Miosga über Kriegstüchtigkeit reden darf, der ehemalige

Uno-Korrespondent der »Taz« im WDR-Hörfunk ausführlich für Pazifismus und Deeskalation werben; und berichtet ein »Monitor«-Film zur Hauptsendezeit übers Bangemachen als Politik – über Faschismus also: »Die Dokumentation zeigt, dass das öffentliche Bild von Kriminalität nur wenig mit der Realität zu tun hat. Die Verbrechen, vor denen wir uns am meisten fürchten, treffen uns statistisch viel seltener, als wir glauben. Die Orte, an denen wir am meisten Angst spüren, sind in Wahrheit sicherer als unser eigenes Zuhause. Die, die sich am meisten sorgen, Opfer von Straftaten zu werden, werden es am seltensten. ... Am Ende steht die Frage: Warum ist das politische Geschäft mit unseren Ängsten immer wieder so erfolgreich – und wem ist damit wirklich gedient?«

In der Türkei muss der schwedische Journalist Joakim Medin derweil mit zwölf Jahren Haft rechnen, unter anderem wegen »Präsidentenbeleidigung«, und da mag man es mir nachsehen, wenn mir sogar Maybritt Illner lieber ist als Tucker Carlson. Das ist »Quatsch« (Jürgen)? Wir werden sehen. Auch wenn ich von Herzen hoffe, dass nicht.

Et es, wie et es

Wobei meine dialektische Ader sofort zugeben bereit ist, dass der weiche Faschismus vom harten so profitiert wie das kleinere Übel vom großen: »50 Prozent unserer Befragten fühlen sich systematisch belogen von den Medien«, sagt der Soziologe und Politologe Andreas Kranebitter, wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, im Interview mit der »Süddeutschen Zeitung«, als er nach der



»Zwischen gleitenden Synths und treibenden Beats thematisiert RADIKAL_VIRAL die brennenden Fragen unserer Zeit: Digitale Massenüberwachung, Klimawandel, Rechtsruck, Fast Fashion, Drogenkultur – schonungslos, vielschichtig und direkt. Musikalisch verschmilzt Das-RADIAL dabei Dark Wave, Neue Deutsche Welle, Techno und Pop zu einem Sound, der sowohl retro als auch radikal modern klingt. Die Texte – mal messerscharf, mal poetisch – verpacken so Ohnmacht in Ohrwurmcharakter.« Jetzt könnte man sagen, dass Meister Adorno das selbst ganz gut gelungen ist (»Die fast unlösliche Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen«), und darum – aber auch nur darum – wollen wir's dabei bewenden lassen; und statt immer und immer wieder die Schallplattenwerbung bloßzustellen, lieber an des Meisters Outfit mäkeln: Eine zweireihige Anzugjacke ist stets zu schließen, und ein Pullunder gehört auch nicht darunter. Denn ist man »bis zum Kern mit der Konvention eins ..., zergeht die Spannung des Konventionellen und der Natur, und damit die Gewalt, welche das Unrecht der Konvention ausmacht«. Wenn das nicht sowohl retro als auch radikal modern klingt!

FPÖ als Volkspartei gefragt wird. Und das Heikle ist natürlich, dass sie es wirklich werden, wenn die Nachrichten suggerieren, dass das Wohl der Börse mit dem Wohl aller korreliere. Nur wird die FPÖ die Börse nicht abschaffen, sondern die Wut auf muslimische Schmarotzer und schmarotzende Juden lenken; weshalb ich es nicht für müßig halte, die Lügenpresse von jener zu sondern, die bloß ihr Klasseninteresse hat.

Wat wellste maache?

»Focus« meldet:

Putin testet die Nato und greift zu diesem Zweck eine kleine Stadt in Estland an. Mit dem »Narwa-Szenario« beschäftigen sich unter anderem deutsche Militär-Experten. Sie warnen davor, dass aus diesen Gedankenspielen bald Realität werden könnte.

Die, die sich am meisten sorgen, Opfer zu werden, werden es am seltensten, und natürlich dient die Angst immer denen, die sie schüren; und trotzdem wäre es schön, wenn die Nazis von heute nicht so ausgesprochene Freunde Putins und seines »großrussischen Nationalismus« (»Antifa-Infoblatt«) wären. Dann könnte die nach Lage der Dinge hysterische, aus Geltungsdrang und Parteinahme stimulierte Furcht, dass derselbe Russe, der schon die »Fulda-Gap« nie gestürmt hat, jetzt über Narwa kommt, ganz einfach Nazi-Kalkül sein. Oder wenigstens Karl Kraus bestätigen: »Aber ehe Journalisten und die von ihnen benützten Diplomaten abrüsten, müssen Menschen es büßen.« Doch wo die AfD ante portas steht, ist Russland sozusagen schon da, und dass man den Faschismus nur machen lassen solle, weil er sich schon »entzaubern« werde, ist zwar erwiesenermaßen Unsinn, hätte aber im deutschen Fall den Charme, dass über Waffenlieferungen an die Ostfront nicht mehr gestritten werden müsste.

Das sind so die Komplexitäten; wie Politik halt gern dilemmatisch ist. Thomas Mann in einer seiner furiosen antinazistischen Radioansprachen, von S. Fischer im Jubiläumsjahr neu aufgelegt (*Deutsche Hörer!*), 1944: »Das«, töten, »soll man nicht tun, lehrt die Schrift. Aber die Schrift lehrt uns nicht, wie man der Schuld und Schande entgeht, wenn man das Böse ohne Widerstand walten lässt.« Schon klar, Putin ist nicht Hitler und Roderich Kiesewetter nicht Churchill; drum also Astrid Lindgren in ihren *Brüdern Löwenherz*: »So endete der Tag des Kampfes im Heckenrosental. Viele hatten für die Freiheit ihr Leben gelassen. Ja, es war jetzt frei, ihr Tal. Doch die Toten lagen da und wussten es nicht.«

Drinks de ejne met?

Im Dilemma stecken auch die Diversitätsmühen, die Faschismus unterbinden will: Wä-

Larslied

Klingbeilchen, klingelingeling,
Klingbeilchen, kling!

Mädchen, hört, und Bübchen,
Lasst ihn nicht ins Stübchen!

Seine Expertise
Passt auf eine Fliese.

Marco Tschirpke

ren in einer neuen Lindgren-Verfilmung *Kinder of colour* dabei, sähe es beflissen aus; wären sie nicht dabei, sähe es weiß aus. In der kommenden HBO-Fassung der *Harry Potter*-Saga soll der Brite Paapa Essiedu den sinisteren Severus Snape spielen, den Fans, die jetzt Wokeismus fürchten und nach Boykott rufen, für so weiß gehalten haben, wie Essiedu nicht ist. In ihrem Newsletter »Kulturkampf to go« sieht Marie-Luise Goldmann, die auch dümmern kann (siehe »Kunst & Gewerbe« in **konkret 6/24**), für einen solchen keinen Anlass: »Doch selbst wenn der Roman ein anderes Aussehen nahelegt, können bewusst gesetzte Abweichungen vom Original – wie sie in Theater und Oper deutlich häufiger anzutreffen sind – etwa einen bestimmten Wessenzug der Figur unterstreichen oder ein wichtiges Thema betonen. Ein schwarzer Schauspieler könnte etwa die Außenseiter-Position einer Figur unterstreichen«, wobei Snape zu den bösen »Todessern« gehört, was Rassisten wiederum freuen dürfte. »Es kann nichts Gutes dabei herauskommen, wenn ein schwarzer Schauspieler einen berüchtigten Tyrannen wie Snape spielt, nicht in diesem digitalen Fandom-Klima«, befürchtet ein X-Nutzer. Außerdem gelingt es den wenigsten Fans, Snapes Zugehörigkeit zu den Todessern, womit er »weiße Vorherrschaft, Faschismus und Raubtierkapitalismus« repräsentiere, mit einer schwarzen Identität zusammenzudenken.«

Das wäre dann aber das Problem der Fans, wie sich auch hier die Limitiertheit eines Weltbilds beweist, dem schwarze Identität nur mit Martin Luther King und Barack Obama zusammenzudenken gelingt und nicht mit Idi Amin oder Promi-Puff Didy. Wenn aber selbst Springers »Welt«, für

die Goldmann ihren Newsletter in Umlauf bringt, nicht keift, darf sich vielleicht die Wahrheit herumsprechen, dass Medaillen zwei Seiten haben.

De Hauksaach es, et Hätz es joot

So verfügt die Autorin, Kolumnistin und Kuratorin Mely Kiyak, die zum Mannschen Radioredenband ein Vor- und ein Nachwort beigesteuert hat, zwar über das, was man Reichweite nennt, aber sonst über praktisch nichts:

Man begreift, dass der Schriftsteller die Nase von den Nazis schon von Anfang an voll hatte.

Sie haben ihm direkt gestunken.

Das alles geschah nur wenige Wochen nach der Machtübernahme der NSDAP, das muss im Februar 1933 gewesen sein.

Da noch mal nachschlagen!

»Wo ich bin, ist Deutschland.« Mit dieser eher lapidaren Bemerkung machte er das ganze dumpfe, stumpfsinnige Deutschland der freiwillig Daheimgebliebenen ... um mehrere Köpfe kürzer.

Das dumpfe, stumpfsinnige Deutschland als Hydra? Tatsächlich ein Gedanke, wenn auch ein garantiert unfreiwilliger.

Würde TM heute leben, würde er mit Sicherheit weder Elternzeit nehmen noch die Eingewöhnung in der Kita übernehmen

– wir erbitten Forschungsgelder. In der Zwischenzeit ist Deutschland das Land, in dem Mely Kiyak als multipel Beeinträchtigte ein schönes Auskommen hat, und auch dies ist, ich bitte, ein schöner nichtfaschistischer Zug.

Stefan Gärtner

Es scheint ein Ding der Unmöglichkeit zu sein, in einem sachlich-nüchternen, ernsthaften Stil über Harry Rowohlt zu schreiben. Vielmehr fühlen sich seine Interpreten im allgemeinen dazu aufgefordert, es ihrem Gegenstand annähernd gleichzutun: Ein launig-humoriger Ton herrscht zumindest häufig in Porträts und Rezensionen, und nun auch in einer Biografie, die Rowohlt passend zu seinem 80. Geburtstag (und 10. Todestag) zuteil wird. Dafür steht allein schon der Umstand, dass Alexander Solloch den von ihm Porträtierten unentwegt als »Harry« bezeichnet, in einer kumpelhaften Anmutung, die schon darauf hindeutet, dass wir es hier eher nicht mit einer kritischen, gar philologischen Lebens- und Werkwürdigung, einer »seriösen Biografie« (wie Solloch die von ihm verfasste leicht kokett nennt) zu tun haben, sondern mit einer Lebensbeschreibung, die mehr in Richtung Hagiografie tendiert.

Solloch, ein NDR-Redakteur mit dem Ruf, Experte und Förderer auf dem Feld komischer Literatur zu sein, ist natürlich viel zu versiert, um nicht zu wissen, was er da tut, weshalb er immer wieder, quasi auf einer Meta-Ebene, Reflexionen über das Schreiben von Biografien in seinen Text einflacht und im übrigen seinen Standpunkt als »zutiefst distanziert-journalistischen« definiert. Mit-

ginn des Nachfolgenden« anbringt und sich anverwandelt – »Schluss also des Vorhergehenden, Schluss der Abschweifung (ein Buch über Harry ist nicht der geeignete Ort, Abschweifungskarenz zu üben)« –, ist das ebenso unnötig selbstironisch den Schlußschluss mit »Harry« suchend wie andere rhetorische Figuren, die eine Nähe zu Rowohlts Literatur suggerieren, die man aber generell nicht herstellen kann. Denn die Crux dieser Aneignung besteht ja darin, dass Harry Rowohlt es nun mal besser konnte und mehr war als ein schnurrenhafter Anekdotenerzähler, Übersetzer und Selbstdarsteller: nämlich ein durchaus ernstzunehmender komischer Schriftsteller – auch wenn »Harry« selbst das in koketter Bescheidenheit stets dementiert und sein Licht unter einen Scheffel gestellt hat, der reine Fiktion war. »Harrys« Selbstbewusstsein dürfen wir uns gestrost als groß vorstellen.

Was seine Komik ausmacht, »die Würde des hochheiligen Quatsches«, wie Solloch es nennt, gäbe das Thema einer eigenen Untersuchung ab, er belässt es – was angesichts der Komplexität der Materie verständlich ist – bei einigen Bemerkungen zu den Techniken, vor allem dem »Erinnerungsvermögen für schöne, lustige, originelle, groteske Formulierungen. Das machte aus ihm zwar keinen Schriftsteller – er fand, er habe inhaltlich nicht viel mitzuteilen –, aber in der

sung soeben bei Edition Tiamat neu aufgelegt) dem »Taz«-Autor Ralf Sotscheck »sein Leben von der Wiege bis zur Biege« erzählte, tat er das auf eine Dichtung und Wahrheit vermengende Weise, deren Endzweck stets die gelungene Pointe war – und selbstverständlich auch die Selbstdarstellung als wilder, linker Tunichtgut, als gesellschaftlicher Outcast, der sich weitestmöglich von der großbürgerlichen Herkunft emanzipiert hat: vor allem vom Vater, dem Verleger Ernst Rowohlt, aber auch von der Mutter Maria, einer erfolgreichen Schauspielerin, die offensichtlich größten Widerwillen dagegen hegte, dass der einzige Sohn einen anderen Lebensweg einschlug, als von ihr vorgesehen war.

Noch auf Harry Rowohlts Hochzeit versuchte sie, gegen die Braut ihres Sohnes zu intrigieren. Man muss emotional schon sehr stabil sein, um so etwas seelisch halbwegs schadlos zu überstehen. Mit seinen Eltern ist Harry Rowohlt öffentlich unerbittlich ins Gericht gegangen. Warum es dafür Gründe gab, erzählt Solloch fundiert, wobei ein wesentliches Fundament seiner Geschichte ausführliche Gespräche mit Rowohlts Witwe Ulla waren, Informationen aus erster Hand zwar, doch einer Hand, die man streng genommen als befangen bezeichnen muss.

Lange Jahre kämpfte Rowohlt gegen den Anspruch, eines Tages den Verlag übernehmen zu müssen, bis er sich schließlich davon

Die Marke Harry

Alexander Solloch hat die erste Biografie des Übersetzers, Autors und Vortragskünstlers Harry Rowohlt verfasst. Etwas mehr kritische Distanz hätte dem Buch nicht geschadet. Von Thomas Schaefer

unter geht er dieser journalistischen Distanz verlustig, etwa wenn er stilblühende Sentenzen hinschreibt wie: »Einmal mehr hatte die Romantik einen Kanter Sieg eingefahren«, oder feststellt beziehungsweise behauptet: »Niemand kann von Harry erzählen, ohne zu lachen.« Nun ja.

Es scheint das Bedürfnis zu dominieren, das Publikum geschmeidig zu unterhalten (»Hören wir noch einmal dem Geschichtenerzähler zu, es macht ja doch Spaß«), wogegen grundsätzlich nichts einzuwenden ist. Wenn Solloch aber immer wieder Rowohlts Formel »Schluss des Vorhergehenden. Be-

kleinen Form, der Kurzrezension und vor allem der Glosse, konnte er allein durch Sprache glänzen.«

»Harrys« Lebensgeschichte bietet ja genug, was sich zu betrachten und zu hinterfragen lohnt. Allein die Geschichte seiner Herkunft! Rowohlt selbst hat sie sehr erschöpfend ausgebreitet, wie überhaupt sein eigenes Leben den wesentlichen Anekdotenfundus für seine Kolumnen und Auftritte ausmachte. Zu Recht warnt Solloch davor, diesen Selbstauskünften auf den Leim zu gehen. Wenn Rowohlt im Gesprächsband *In Schlucken-zwei-Spechte* (in erweiterter Fas-

lossage und jenes angeblich freie Leben führte, von dem im Untertitel die Rede ist. Freiberuflich stimmt auf alle Fälle: Rowohlt wurde der fleißige, ja manische Übersetzer, schließlich Kolumnenautor (»Pooh's Corner« in der »Zeit«) und Lesereisende, der sich ein großes Publikum von Bewunderern eroberte. Solloch kommt auch hier nicht umhin, zum breiten Pinsel zu greifen: »Der 21. Oktober sollte fortan als Pu-der-Bär-Tag gefeiert werden: Schulfrei, Ansprache des Bundespräsidenten, was nicht alles.« Denn am 21. Oktober 1985 »schlug die Geburtsstunde einer der größten Übersetzungslei-

stungen der jüngeren Literaturgeschichte.« Weil da nämlich Rowohlt gefragt wurde, ob er er nicht Lust habe, A. A. Milnes Kinderbuchklassiker *Winnie-the-Pooh* zu übersetzen ...

Andererseits spricht es für Solloch, dass er auch kritische Stimmen zu Wort kommen lässt, so zum Beispiel den einstigen Haffmans-Lektor Thomas Bodmer, der offensichtlich nicht zu den »Harry«-Fans zählt, sondern, was ja fast schon einen Tabubruch darstellt, recht ungnädig mit dem Übersetzer Rowohlt verfährt, ihm einen Hang zu Flüchtigkeitsfehlern unterstellt und vor allem dazu, aus so ziemlich jeder Vorlage einen Rowohlt-Text gemacht zu haben, mit den typischen Schnoddrigkeiten, wie sie auch den Kolumnen und allen anderen Selbstaussagen eigen sind: »Der Kollege Blumenbach hat mal gesagt: »Egal, was Harry übersetzt, es kommt immer Rowohlt dabei heraus.« Leider stimmt das. Es klingt immer nach Harry«, zitiert Solloch Bodmer, der sogar feststellt: »Er wurde ja auch in der Presse gefeiert als »der Gott des Übersetzens«, das stieg ihm halt wirklich in den Kopf.«

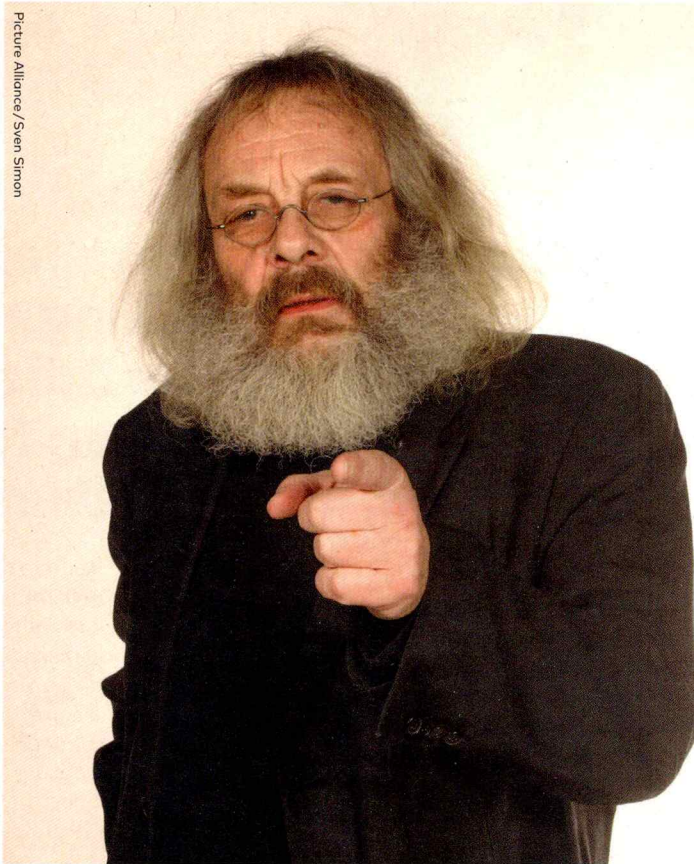
Gerd Haffmans, der seinem Lektor Bodmer erklärte: »Einen Harry Rowohlt redigiert man nicht!«, hat mit seinem Verlag eine Zeit lang die ideale Bühne geboten; unter dem Dach dieses Hauses fand Rowohlt wie so viele andere Vertreter einer komischen, der Aufklärung und Kritik verpflichteten Literatur das passende Umfeld.

Zum Haffmans-Verlag kann man in einer mit einem lustigen Ladenpreis von 84,99 Euro versehenen Aufsatzsammlung allerlei Interessantes nachlesen, darunter Ole Petras' Beitrag »A bottle of pop. Zur Autorinszenierung und Poetik von Harry Rowohlt«, der in unserem Kontext eine wünschenswerte Ergänzung darstellt, mehr noch: eine Leerstelle in Sollochs Biografie offenlegt, die durchaus schwerwiegend ist.

Denn dass sich Harry Rowohlt als lukrative Marke im Betrieb positionierte, ist Solloch entweder entgangen oder es war ihm nicht wichtig. Dabei war es offensichtlich. Rowohlt lief meistens im obligatorischen Jeansanzug herum, sein Rauschebart, der öffentlich zelebrierte Whiskykonsum, überhaupt der auf leicht spätpubertäre Weise wieder und wieder präsentierte Stolz auf allerlei erfolgreiche Saufeskapaden – es genügt doch ein wenig Küchenpsychologie, um zu

sehen, wie sehr da jemand Wert darauf legte, dass auch ja alle kapierten: Hier begegnet uns kein Bürger, sondern ein Bürgerschreck, ein Nonkonformist, ein unabhängiger Geist, der auf der Seite der Armen und Unterdrück-

Picture Alliance/Sven Simon



Sein Selbstbewusstsein dürfen wir uns getrost als groß vorstellen: Harry Rowohlt am Set der ARD-Seifenoper »Lindenstraße«, in der er den Penner Harry spielte, Januar 2005

ten steht. Petras unternimmt in seinem Aufsatz den Versuch, das genauer zu analysieren.

Sympathisch ist ihm das Rowohltsche »Self-fashioning« jedenfalls nicht, interpretiert er doch das »ausgestellte Hippietum« als »Bescheidenheitstopos, der den sprachlich sehr scharfen, inhaltlich oft eher vagen Äußerungen eine überraschende Plausibilität« verleihen soll. Zu Recht verortet er Rowohlt durchaus mittenmang in einer bildungs- und finanzbürgerlichen »intellektuellen Hautevolee« und »publizistischen Funktionselite«, speziell der Hamburger Variante. Es wäre interessant, den psychischen, politischen und ökonomischen Hintergründen der Rowohltschen Mythenbildung genauer auf die Spur zu gehen. Dabei würde man auch auf sein ausgesprochen kurzes Engagement als **konkret**-Kulturredakteur stoßen (»verantwortlich für die Leserbriefe und fürs TV-Programm«), das Solloch vielleicht zu Recht eher anekdotisch streift, etwa indem er erzählt, dass Harry Rowohlt zu seiner Hochzeit vom seinerzeitigen **konkret**-Verleger Klaus Rainer Röhl ein Schnellfeuergewehr geschenkt bekam.

Das freie Leben Harry Rowohlts, ein »Leben am Schreibtisch mit Alkohol und zweimal wöchentlich Ausgang zum Isemarkt«, wie es Solloch beschreibt, ist aber weniger ein politisches als ein privates, manchmal sehr privates: »(Wenn) seriöses Autofahren gefragt war, musste Ulla das übernehmen.« Gut zu wissen. Allenfalls definiert Solloch Rowohlt als »zwar traditionsbewusste(n), aber undogmatische(n) Linke(n), dem die Vergleichlichkeit des Linksseins sehr bewusst ist«. Nur wenig erfährt man über die zeitgeschichtlichen Hintergründe, die hier bloß Begleitumstände sind.

Dabei waren es doch die wilden 68er, in denen Harry Rowohlt einerseits zum Verlagsleitungsnachfolger ausgebildet wurde, andererseits aber Anlässe gehabt hätte, sich politisch in einer Weise zu artikulieren, die über provokantes Outfit hinausging. Rowohlt war zu sehr mit sich beschäftigt, mit der leidigen Situation im Verlag, und als Folge dieser Not litt er unter Depressionen und wurde 1973 stationär behandelt. »Er war ein schillernder, hochnarzisstischer Mann, der den Kontakt zu anderen Menschen brauchte – aber nur in Form einer Bühne«, erinnert sich laut Solloch, der leider keine genaue Quelle angibt, »einer der Ärzte, die ihn damals behandelten, fünfzig Jahre später«.

Auch wenn mithin so manche Frage offenbleibt und diese Biografie weitere, kritische nach sich ziehen sollte: Sie weist materialreich auf Brüche, Widersprüche, Abgründe hin und leistet vor allem das, was Solloch im Sinn gestanden haben dürfte: einzuladen, sich wieder, erstmals oder weiterhin mit Rowohlts Texten zu beschäftigen. Ähnlich wie bei anderen zeitlosen Feuilletonisten (Polgar, Tucholsky) funktionieren viele von denen nämlich immer noch. Harry Rowohlt war eben doch ein richtiger, ein richtig guter komischer Autor. Self-fashioning hin oder her. ●

David Röhe und Sina Röpke (Hg.): *Der Zürcher Haffmans Verlag als verlegerisches Großprojekt*. J. B. Metzler, Berlin 2024, 246 Seiten, 84,99 Euro

Alexander Solloch: *Harry Rowohlt. Ein freies Leben*. Kein & Aber, Zürich 2025, 320 Seiten, 26 Euro

Thomas Schaefer schrieb in konkret 5/25 über die falschen Wahrheiten des Nikolaus Blome

»Herzpumpe des Vaterlandes«

Kulturbetrieb und Publikum feiern in diesem Jahr den 125. Geburtstag der Schriftstellerin Anna Seghers. Für eine geschmeidige Eingemeindung in den deutschen Kulturschatz hat die jüdische Kommunistin etwas zu bieten: ihren fast ungebrochenen Patriotismus. Von Carsten Jakobi

Schwer haben es die Nationen. Schwerer haben es die Kommunen: Sie können es sich nicht aussuchen, wer in ihrem Weichbild geboren wurde, andererseits müssen sie nehmen, wen sie haben, um in der Distinktionskonkurrenz wenn nicht Staat, so doch wenigstens Stadt machen zu können: Oft ist die Wahlmöglichkeit quantitativ begrenzt, und nicht jeder Autochthone ist so über alle (bekannten) Zweifel erhaben wie Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, der berühmteste Mainzer aller Zeiten.

Schwieriger hingegen der Fall von Anna Seghers. Vor 125 Jahren wurde die Tochter bürgerlich-jüdischer Eltern zwar in Mainz geboren und unter dem Namen Netty Reiling amtlich registriert, aber die später weltbekannte Schriftstellerin, die mit ihrem weltbekannten Roman *Das siebte Kreuz* den Mainzer Dom weltbekannt machte, in dem sich die Hauptfigur eine Nacht verstecken muss, bereitet ihrer sonst so gedenkbereiten Vaterstadt Kummer. Denn dass Seghers nicht nur Schriftstellerin war, sondern auch Kommunistin, sogar mit einschlägigem Parteibuch, gab Anlass zum Gedenkmoratorium. Die Geschichte der lokalen wie auch der bundesrepublikanischen Seghers-Rezeption war lange eine Geschichte der Skandale.

1977 – die in Jubiläumsdaten recht flexible Johannes-Gutenberg-Universität Mainz ließ sich für ihr 500jähriges Bestehen feiern, von dem man aber die universitätslose Zeit zwischen 1823 und 1946 abziehen müsste – wurde fleißig geehrt, und so gelang es dem damaligen, schweizgebürtigen, liberalen und durchsetzungsstarken Universitätspräsidenten Peter Schneider, Seghers die Ehrenbürgerschaft der Universität zu verleihen.

Das blieb nicht folgenlos. Jener Teil der lokalen Öffentlichkeit, der sich für maßgebend hält, gab zu verstehen, dass eine solche Ehrung an eine dezidierte Systemfeindin der Stadt eben keine Ehre, sondern eine Schande zufüge. Allen voran die lokale und regionale CDU, darunter der Herz-Jesu-Marxist und Landtagsabgeordnete Heiner Geißler, führte sich geradezu wutbürgerlich auf, und das damalige und heutige Monopolblatt, die »Allgemeine Zeitung«, befeuerte die Kampagne nach Kräften. Bundesweites Interesse an diesem Fall meldeten Walter Jens in **konkret 8/78** sowie der »Bayernkurier« an, letzterer kritisierte am 2. Juli 1977 die »marxistischen Kader unter den Professoren der Mainzer Universität« – in einer so herbeigeschriebenen Welt möchte man leben.

1981 folgte auch die Ehrenbürgerschaft der Stadt Mainz für Anna Seghers, wiederum gegen die Stimmen der CDU-Stadtratsfraktion. Berlin, Hauptstadt der DDR, Wohn- und Arbeitsort von Seghers seit ihrer Rückkehr aus dem Exil, war Mainz allerdings um sechs Jahre zuvorgekommen. Solche Parallelaktionen sind insgesamt charakteristisch für die Rezeption, mit der sich herumschlagen muss, wer mit Seghers beschäftigt ist.

Hans Mayer hat Seghers als die bedeutendste deutschsprachige Erzählerin des 20. Jahrhunderts bezeichnet, und diesem Prädikat folgen, bis in die Formulierung, (fast) alle, die sich aus wissenschaftlichem, politischem oder ästhetischem Interesse je mit Anna Seghers' Romanen und Erzählungen befasst haben. Mayers zutreffendes Urteil stiftet ein Bedürfnis nach Umgang mit dieser Autorin, vaterstädtisches und vater-

ländisches, und warum dann nicht auch im 125. Jahr ihrer Geburt, nachdem sich das Vorjahr ganz in der Dauerfeier des großen Denkmals bürgerlich-idealistischer Literatur, Thomas Manns *Zauberberg*, ergangen hat.

Seghers macht es den geübten Technikern der Anerkennung auch in Zeiten, da ein Leben im Exil und gegen die Nazis keinen anerkannten Einwand gegen ein dichterisches Lebenswerk mehr leistet, etwas schwerer. An ihrer Brauchbarkeit als Material geistiger Berufung stört, dass sie sich, indem sie 1928 der KPD beitrug und bis zu ihrem Tod 1983 Parteimitglied (ab 1946 der SED) blieb, politisch sehr festgelegt hatte – gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat und auch deutlich sichtbar für eine seinerzeit im Raum stehende Alternative, den Sozialismus sowjetischer Prägung. Diese Parteinahme hatte auch eine räumliche Entsprechung, insofern sich Seghers nach ihrer Rückkehr aus dem mexikanischen Exil 1947 in Ostberlin beziehungsweise Berlin, Hauptstadt der DDR, niederließ – und nicht in Mainz im jahrzehntelang zuverlässig christdemokratischen Rheinland-Pfalz. Sie dürfte dafür ihre Gründe gehabt haben; einer davon, nicht der unwichtigste, liegt darin, dass ihre 1933 in Mainz verbliebene Familie dem NS-Antisemitismus zum Opfer gefallen war.

Was bedarf der Klärung? Seghers war eine jüdische kommunistische Frau – daraus ließen sich, in wechselnder Kombination, genügend Zweifel an ihrem Schawert als Berufungsinstanz begründen. Die am wenigsten strittige dieser drei Normabweichungen ist heute ihr Gender: Frau. Noch zu Beginn ihrer schriftstellerischen Existenz, da Netty Reiling das Licht der literarischen Öffentlichkeit erblickte – sie debütierte in der

»Frankfurter Zeitung« 1924 mit der kurzen Erzählung »Die Toten auf der Insel Djak«-, experimentierte sie mit der endgültigen Ausformung ihres dafür gewählten Pseudonyms »Seghers«: Die promovierte Kunsthistorikerin bediente sich bei dem Namen des Rembrandt-Zeitgenossen Hercules Seghers; die Vornamenform variierte noch zwischen »Antje«, einem A-Initial oder gar dem Wegfall eines Vornamens, wie bei der Veröffentlichung der ersten bekannten Erzählung »Grubetsch« (1927) – was bei der Kritikerzunft die offenbar naheliegende Vermutung weckte, »Seghers« sei ein Mann.

Erst 1928 verfestigte sich für die erste, mit dem Kleist-Preis ausgezeichnete Buchveröffentlichung, die umfangreiche Erzählung *Aufstand der Fischer von St. Barbara*, der Vorname Anna, an dem Reiling-Radvanyi-Seghers (1925 hatte sie den ungarischen Kommunisten und Wirtschaftswissenschaftler László Radványi geheiratet) in ihrer schriftstellerischen und zum Teil auch privaten Existenz festhielt. Der Gender-Trouble der frühen Rezeption ist indes nicht allein ein historisches Zeugnis männlicher Borniertheit, sondern findet zugleich eine Bedeutungszuweisung hinsichtlich der Schreibweise des »Herrn« (A.) Seghers, die als männlich-herb bezeichnet wurde.

Auch die feministische Literaturwissenschaft hat später für das, was diese als *écriture féminine* hypostasierte, in Seghers' Werk nichts Brauchbares aufzufinden vermocht. Gerühmt wird ihre Aufmerksamkeit für das Schicksal weiblicher Figuren (ihre Maries und Katharinas finden meistens ihre Schranken in patriarchaler Repression), wofür jedoch auch männliche Autoren wie Böll und Brecht gerühmt wurden. Die Qual der Schwangerschaft hingegen, die Seghers in den Romanen *Der Kopflohn* (1933) und *Die Entscheidung* (1959) schilderte, eröffnet die Perspektive des männlich Unsagbaren für die Literatur. Die Queer-Studies könnten interessantes Material in Seghers' Erzählung »Der sogenannte Rendel« (1940) finden, in der eine Frau nach dem Tod ihres Mannes dessen Identität und Arbeit übernimmt.

Seghers' Herkunft aus einer jüdischen Familie (sie trat als Kommunistin aus der israelitischen Religionsgemeinschaft aus) dürfte ihr kunsthistorisches Interesse bei der Wahl ihres Dissertationsthemas »Jude und Judentum im Werk Rembrandts« (1924) beeinflussen haben, ebenso auch ihre literarisch fruchtbar gemachten Kenntnisse mythischer Traditionen, seien sie jüdischer, christlicher oder antik-heidnischer Provenienz. Nach 1945 sollte sich aus ihrem Judentum kein expliziter Vorwurf mehr machen lassen. Nichtsdestoweniger konnte es zu einer inversen Kritik instrumentalisiert werden: dass Seghers sich in ihrer Literatur nämlich trotz ihrer jüdischen Herkunft zu wenig mit die-

sem Thema befasst habe: so Marie Haller-Neumann in ihrer Monographie *Jude und Judentum im Werk Anna Seghers'* (1997). Hier findet sich die deterministische Erwartung, dass eine Jüdin qua Identität stets über das oder ihr Judentum zu schreiben habe, und wenn dies, wie bei Seghers, nicht der Fall sei, es sich nur um pathologische Verdrängung handeln könne.

Bleibt abzuwarten, ob Seghers noch durch ein postkoloniales Raster fallen wird: In ihren zahlreichen Erzählungen über die karibische und mexikanische Welt und den darin artikulierten Sympathien mit den anticolonialen Bewegungen der napoleonischen Zeit gäbe es für eine entsprechend uninteressierte Lektüre genügend Fallen, sie zur rassistischen Kolonialautorin zu erklären, womöglich schlimmer, weil versteckter als Hans Grimm. Eine antizionistische Linke findet bekanntlich immer ihr einleuchtende Begründungen (wenn auch nicht Gründe) zur Denunziation einer Jüdin.

Dass Kommunismus schädlich für die Dichtkunst sei, ist ein alter Hut und nicht

langjährige Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR – zwar indiskutabel, aber nicht wegzudiskutieren war, bedurfte es eines gewissen argumentativen Aufwandes.

Vergleichsweise einfach konnte es sich das intellektuell wenig ambitionierte Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen machen, das in der 9. Auflage seines *Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands* (1965) die Zeitgenossin Seghers amtlich als Verfasserin »umfangreiche(r), aber schwache(r) Romane im Stil des sozialistischen Realismus« abfertigte. Das entscheidende Argument fiel indes dem seinerzeit bekannten Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki ein, der immerhin aus seiner polnischen Zeit genaue Kenntnisse von Seghers' Werk und Person in die Waagschale werfen konnte (seine Monographie *Epika Anny Seghers* erschien 1957 in Warschau, kurz vor seiner Flucht in den Westen). Im bundesdeutschen Feuilleton kam ihm in Sachen kommunistischer Literatur eine exponierte Stellung zu. Als Lukácsianer lehnte er Seghers' Frühwerk bis in die drei-



»This machine kills fascists«: Auf dem Schreibtisch in Anna Seghers' Berliner Wohnung, die heute Gedenkstätte ist, steht die alte Reise-Remington, mit der sie unter anderem den Roman *Transit* schrieb

erst für Seghers erfunden worden. Noch schädlicher war er für die Einvernähme der Schriftstellerin durch eine (west-)deutsche Kulturnation. Sie zu ignorieren, wollte sich diese Kulturnation andererseits nicht leisten, und weil Seghers' auch institutionelles Bekennnis zur Systemalternative – etwa als

ßiger Jahre wegen seiner erzählerischen, an der Avantgarde geschulten Darstellungstechnik ab: Noch den Roman *Der Weg durch den Februar* (1935), eine Montage zahlreicher Figuren, Schauplätze und Handlungsstränge, die auf formaler Ebene das Scheitern des österreichischen Arbeiteraufstandes gegen

den Austrofascismus als Resultat räumlicher und ideologischer Zerrissenheit spiegelt, bezeichnete er als »vollkommen chaotischen Roman«. Wirr und chaotisch erschienen Reich-Ranicki auch Seghers' Nachkriegsromane *Die Entscheidung* (1959) und *Das Vertrauen* (1968); hier tritt aber zu der Form- vor allem die politische Kritik: Wer sich positiv zur DDR und ihrer Ökonomie stellt, hat sich disqualifiziert. Wenn also Früh- und Spätwerk Seghers' für Reich-Ranicki ausfallen und sich auch keine Notwendigkeit ergibt, sie in den Schatz deutscher Literatur einzugemeinden, bleibt Klärungsbedarf, was insbesondere die Romane *Das siebte Kreuz* (1942) und *Transit* (1944) sowie die Erzählung »Der Ausflug der toten Mädchen« (1946) betrifft, deren Geltung unangefochten, weil unanfechtbar bleibt.

Reich-Ranicki findet zur Erklärung dafür, wie sich der konstruierte Widerspruch von ästhetischer und politischer Ambition auflösen lasse, die Charakterisierung des *Siebten Kreuzes* als »Roman gegen Diktatur schlechthin« – eine bis heute immer und immer wieder zitierte Formel, die auf keinem Schutzumschlag, in keiner Verlagswerbung fehlen darf. Lukács lässt grüßen: Die politische Qualität von Literatur liege nicht im subjektiven Urteil, dass sich darin artikuliere, sondern objektiv in der gelungenen Form des realistischen Kunstwerks, sei dessen Urheber auch ein Reaktionär wie Balzac. Das vergiftete Lob auf Seghers unterscheidet zwischen ihrer politischen Narretei und einem sich hinter ihrem eigenen Rücken vollziehenden Wahrheitsgehalt der Kunst, und es konzidiert der Verfasserin keineswegs ihre antifaschistische Gesinnung, sondern eine Brauchbarkeit gegen den politischen Feind im Osten, wo fündig werde, wer nach 1945 nach Beispielen für eine schlechthinige Diktatur suche.

Nach dem Ende des staatlich organisierten Sozialismus lässt sich solches Lob in die Technik berechnender Anerkennung integrieren. Anders als ältere und jüngere Genossen konnte Seghers nach 1990 den Gesinnungstest als Berufungsinstanz einigermaßen gut überstehen; auch wo zugestanden werden muss, dass ihr Kommunismus nicht restlos in einem Konsens-Antifascismus aufgeht, wonach Hitler indiskutabel sei und die industrielle Judenermordung sowie die Entfesselung eines Welt- und Vernichtungskrieges dem deutschen Ansehen und seinen weltpolitischen Ambitionen sehr geschadet hätten.

In der Seghers-Rezeption erweist sich heute die interessante theoretische Produktivkraft der Präposition »trotz«: Trotz ihrer weltanschaulichen Verirrungen wird der atheistischen Jüdin Seghers ein Platz im Kanon eingeräumt wie sonst nur Brecht, dessen

Rezeption bekanntlich auch seltsame Blüten der Verrenkung gezeitigt hat. Auf Brechts Habenseite kann immerhin seine internationale Bekanntheit (»selbst« in den USA) verbucht werden. Was macht Seghers' Kreditwürdigkeit aus? Wie kommt's, dass sie nicht in der Tiefsee kultureller Gleichgültigkeit versunken ist, obwohl doch die DDR angeblich ihre Kunst versaut hat?

Seghers selbst hat für einen Beitrag zu ihrer Eingemeindung gesorgt: nämlich mit ihrem ungebrochenen Patriotismus. Beziehungsweise Nationalismus. Bis zum Beginn des Exils ist davon allerdings noch nichts zu merken. Seghers betreibt Weltliteratur in einem mehrfachen Sinne des Wortes: unter anderem darin, dass der Schauplatz ihres ersten Romans *Die Gefährten* (1932) die Welt ist. Werden die imaginierten Räume enger und heimatlicher, sind sie Ort sozialer und familiärer Repression: so in ihrem ersten Exilroman *Der Kopflohn*. Dass Heimat als ein subjektgemäßer Ort erzählt werden könnte – dafür hat Seghers bis dahin kein literarisches Interesse.

Dann aber vollzieht sich eine Zeitenwende. Genauer gesagt: Ein großer Teil der deutschsprachigen Exilliteratur verschreibt sich nach 1933 dem Projekt eines »anderen« oder »wahren Deutschland«. Gegenüber dem staatlich etablierten Nationalismus sei eine vaterländische Alternative nicht nur denkbar, sondern praktisch existent und wirkmächtig: Sich affirmativ auf Deutschland zu beziehen und ausgerechnet am Nationalsozialismus das »Undeutsche« zu erkennen und zu kritisieren, soll potente Gegenmacht anzeigen.

Die Internationalistin Seghers macht diesen Schritt nicht nur mit, sie liefert ihm die entscheidenden Stichworte. Als besonders folgenreich und bis heute von der Seghers-Rezeption (sei sie wissenschaftlich oder kulinarisch) vielzitiert sollte sich die Rede auf dem Ersten Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur in Paris 1935 erweisen; dieser stellte nach dem Kalkül der KPD, die schon geraume Zeit auf jegliche Nationalismuskritik verzichtet hatte, den Auftakt zur kurz darauf vollzogenen Wende der Komintern zur Volksfrontideologie dar. Ganz in diesem Geiste widmet sich Seghers einem Gegenstand, der auch den Titel ihres Vortrags darstellt: »Vaterlandsliebe«.

Der nunmehr beschworene antifaschistische Patriotismus bedient sich aller Argumente, die der traditionelle Nationalismus für die Evidenz einer Volkseinheit seit dem 18. Jahrhundert aufzubieten hat – gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsame Geschichte; als sei dies nicht Resultat durchgesetzter bürgerlicher Staatsgewalt, sondern deren Voraussetzung. »Jeder Zuruf in der Muttersprache, jeder Erdkrümel zwischen den Fingern, jeder Handgriff an der

Maschine, jeder Waldgeruch bestätigte ihnen (den heutigen Menschen, C. J.) von neuem die Realität ihrer Gemeinschaft«: So formuliert Seghers die Nation als objektiven und notwendigen Zusammenhalt der darunter (theoretisch wie praktisch) Subsumierten. Dieser Patriotismus wischt nicht einfach Gegensätze weg, er funktionalisiert diese vielmehr.

So heißt es bei Seghers weiter: »Wenn einer unserer Schriftsteller quer durch Deutschland fuhr, etwa von Nordosten nach Südwesten, und er erblickte die grandiose, höllische, schwefelgelbe Leuna-Fabriklandschaft, die Herzpumpe seines Vaterlandes, in der Zehntausende von Arbeitern dem kargen Land eigentümliche Erfindungen verwirklichen, ... ist er stolz auf die Arbeitskraft von fünfzigtausend Arbeitern, stolz auf die Erringung dieser vom mitteldeutschen Aufstand durchbluteten Landschaft, stolz auf die Zukunft des Landes ... Doch wer in unseren Fabriken gearbeitet, auf unseren Straßen demonstriert, in unserer Sprache gekämpft hat, der wäre kein Mensch, wenn er sein Land nicht liebte.«

Die Verfasserin dieser Zeilen schildert ein abstoßendes Leuna, das durch seine chemische Industrie nicht nur ökologisch ruiniert, sondern auch Schauplatz härtester Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft ist – eine durchaus konfliktrträgliche Diagnose. Dass dieser Konflikt in Form von Klassenkampf ausgetragen wurde – Seghers spielt auf die kommunistischen Märzkämpfe 1921 an, die in einer herben Niederlage endeten –, wird nun nicht als Bekräftigung eines Gegensatzes dargestellt, sondern als schon antizipierende realisierte Teilhabe: als Dienst an der deutschen Heimat.

Darauf lässt sich einigen. Selbst die deprimierten Briefe, die Seghers nach ihrer Rückkehr aus dem Exil schrieb, in denen sie die Borniertheit und politische Abgestumptheit der Deutschen beklagt und die erst vor wenigen Jahren veröffentlicht wurden, haben nichts ändern können – weder an Seghers' öffentlichen Äußerungen noch an ihrer Rezeption, die auf eine auch für Linke enorme Attraktivität von gegen jeden Grund festgehaltener Heimmattreue verweist: Durch sie gelingt es, eine jüdisch-atheistische Kommunistin zu rehabilitieren, indem sie sich über ihren Patriotismus eingemeinden lässt, also einen Standpunkt, der in der bürgerlichen (wie auch einst in der realsozialistischen) Öffentlichkeit als allgemein geteilt und unbedingt zustimmungsfähig unterstellt wird. ●

Carsten Jakobi lehrt und forscht als Literaturwissenschaftler an der Universität Mainz und ist Mitherausgeber der kritischen und kommentierten Edition der Anna-Seghers-Werkausgabe im Aufbau-Verlag

Leerstelle

Das Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) bemühte sich in seinen ersten Jahren weniger um Erforschung als Verschleierung der NS-Vergangenheit. Von Gerhard Henschel

Die Erforschung der jüngsten deutschen Vergangenheit durch das IfZ stand in den ersten Jahrzehnten unter keinem guten Stern. Was rückblickend auffalle, schreiben die Herausgeber Frank Bajohr und Magnus Brechtken im Vorwort zu dem profunden Sammelband *Zeitzeugen, Zeitgenossen, Zeitgeschichte*, sei »die faktische Leerstelle einer Darstellung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung«. Es passt dazu, was Johannes Hürter in seinem Beitrag über die Tätigkeit des Generalleutnants a. D. Hans Speidel im IfZ mitteilt: »Seit seiner Teilnahme an der ersten (und für eineinhalb Jahre einzigen) Sitzung des Wissenschaftlichen Rats am 28. Februar 1949 bemühte sich der Ex-General, am Institut eine apologetische Geschichtsschreibung zu etablieren.« Speidel regte dort unter anderem die Untersuchung solch interessanter Themen an wie »Die deutsche Führung als Schöpferin neuzeitlicher Panzeroperationen« und »Von der Leistung des deutschen Soldaten«.

Als wissenschaftlichen Mitarbeiter engagierte das IfZ den einstigen Wehrmachtsgeneral Hermann Foertsch, der in seinem 1951 veröffentlichten Buch *Schuld und Verhängnis* alle noch lebenden ehemaligen Generäle von jeglicher Schuld freisprach und ihnen eine »Verstrickung in Umstände« bescheinigte, auf die sie keinen Einfluss gehabt hätten. »Über die weitere aktive Integration in die NS-Politik, etwa über die willfähige Beteiligung der Militärelite am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und am Holocaust, verliert der Verfasser kein Wort« (Johannes Hürter).

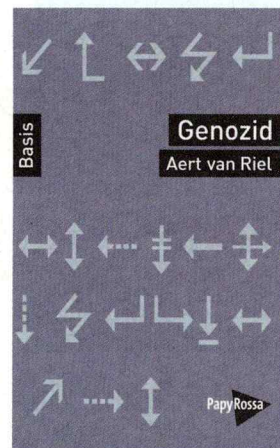
Gleichfalls 1951 gab Gerhard Ritter im Auftrag des Instituts Adolf Hitlers *Tischgespräche im Führerhauptquartier* heraus und scherte sich dabei herzlich wenig um die Quellenkritik. Einwände empfand er als anmaßend, obwohl er sich als Historiker doch eigentlich hätte denken können, dass auch er selbst einmal zum Gegenstand der Geschichtsforschung werden und dann so schlecht wegkommen dürfte wie in dieser von Brechtken gezogenen Bilanz: »Machtbewusst

und überzeugt von seiner Überlegenheit, meinte er, Kritik leichthändig abtun und Fragen nach seinem Geschichtsbild ignorieren zu können.« Der Institutsleiter Helmut Krausnick wiederum hielt 1965 einen Vortrag mit dem Titel »Unser Weg in die Katastrophe von 1945«, wobei ihm, wie Bajohr und Brechtken schreiben, »offensichtlich gar nicht auffiel, dass die Mehrheit der NS-Verfolgten das Jahr 1945 keineswegs als Katastrophe, sondern vielmehr als Ende der Katastrophe empfunden hatte«.

Aus anderen Beiträgen erfährt man unter anderem, dass Krausnick sich 1959 gegen den Abdruck eines Einsatzgruppenberichts sträubte, in dem der Heeresgruppe des Generals Erich Hoepner die Anerkennung für die Zusammenarbeit bei den Judenverfolgungen ausgesprochen worden war, denn man müsse doch berücksichtigen, dass Hoepner im Gefolge des 20. Juli hingerichtet worden sei; dass der IfZ-Mitarbeiter Hans Mommsen den Historiker Hans Schneider 1962 an der Veröffentlichung einer dem Institut nicht genehmen Studie über den Reichstagsbrand zu hindern versuchte, weil – wie Mommsen sich ausdrückte – »aus allgemeinpolitischen Gründen eine derartige Publikation unerwünscht zu sein scheint« (es wäre, so Mommsen, »indessen vielleicht angezeigt, durch Druck auf Schneider vermittels des Stuttgarter Ministeriums ihn zur Nachgiebigkeit zu bewegen«); oder auch, dass der Institutsleiter Martin Broszat 1973 in einem Gutachten zu dem IfZ-Projekt »Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945« feststellte, die Judenverfolgung in Bayern sei bereits »relativ gut dokumentiert« und müsse deshalb nicht vordringlich weiter erforscht werden. Man kann sich nur immer wieder die Augen reiben.

Frank Bajohr und Magnus Brechtken (Hg.): *Zeitzeugen, Zeitgenossen, Zeitgeschichte. Die frühe NS-Forschung am Institut für Zeitgeschichte*. Göttingen, Wallstein 2024, 390 Seiten, 34 Euro

Gerhard Henschel schrieb in konkret 4/25 über die zweiten Karrieren vormaliger Nazi-Größen in der BRD



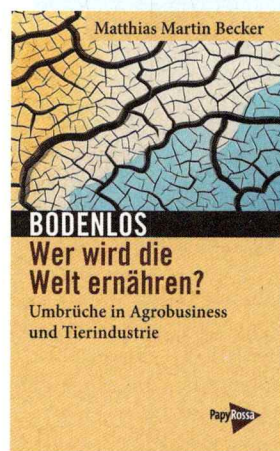
Aert van Riel

Genozid
Basiswissen
Politik / Geschichte
Ökonomie

142 Seiten | € 12,00
978-3-89438-846-1

Was unterscheidet
Kriegsverbrechen
von Völkermord? Wie
sind die Gerichtsver-
fahren zu bewerten?
Was ist gesichert,

was dient der Wahrheit, was der Propaganda? Wo
wird instrumentalisiert? Ausgehend von kolonialen
und rassistischen Zusammenhängen geht Aert van
Riel konkreten, auch aktuellen Beispielen nach.



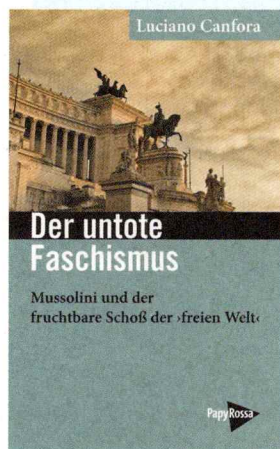
Matthias Martin
Becker

Bodenlos
Wer wird die
Welt ernähren?
Umbrüche
in Agrobusiness
und Tierindustrie

295 Seiten | € 19,90
978-3-89438-823-2

Überflutungen, Dür-
ren, Bodenerosion:
Das Agrarsystem

steht weltweit unter Druck. Doch untergräbt die
profitgetriebene Landwirtschaft mit ihren Anbau-
methoden nicht ihre eigenen Grundlagen? Und
gibt es, jenseits der kleinbäuerlichen Nische,
Auswege, um die Welt zu ernähren, ohne sie zu
zerstören?



Luciano Canfora

**Der untote
Faschismus**
Mussolini und der
fruchtbare Schoß
der ›freien Welt‹

101 Seiten | € 12,00
978-3-89438-834-8

Als Luciano Canfora
2024 das Strafge-
richt zu Bari betritt,
gleicht er laut FAZ
einem »blutigen

Rebellen«: Er bewiese seinen Vorwurf, Giorgia
Meloni sei ein »Neonazi im Herzen«. »Der untote
Faschismus« liest sich als Verteidigungsschrift,
die die Geschichte des Faschismus aufblättert
und auch nach verbündeten Militärdiktaturen der
›freien Welt‹ fragt.

Ein Mann fürs Feine

Die Essays des britischen Architekten Tom Emerson sind von derselben Klarheit und Unmittelbarkeit wie seine Bauwerke. Von Leo Herrmann

Um ein Haus zu bauen, klagte Anfang der neunziger Jahre Vittorio Magnago Lampugnani, damals Direktor des Deutschen Architektur museums in Frankfurt am Main, brauche man heute Tragwerksplanerinnen und Gebäudetechniker, Juristinnen und Projektsteuerer – Architektinnen und Architekten brauche man nicht. Das ist zwar bis heute sachlich falsch, drückt aber gut die anhaltende Sinnkrise der Disziplin aus. Während an den Hochschulen weiter das Modell des in allen Aspekten des Bauens beschlagenen Generalisten vermittelt wird, hat sich der Architekturberuf längst ausdifferenziert: Es gibt Spezialisten für Wohnungsbau, Krankenhausbau oder Industriebau, es gibt Expertinnen für Bauen im Bestand, ressourcenschonendes oder klimaangepasstes Bauen, es gibt aktivistische »Kollektive«, freie Architekturbüros und kapitalmäßige Planungsgesellschaften. Selbstverständlich gibt es auch eine Nische, in der Architektur als Bedeutungsträger im Mittelpunkt steht, als Artefakt, dessen Formen und Materialien Zeitschichten, Kontexte und gestalterische Intentionen verdichten. In dieser Nische hat sich 6a architects eingerichtet.

Das Londoner Büro ist Anfang der 2010er Jahre mit Projekten wie Raven Row und South London Gallery bekannt geworden: Kunstgalerien in Bestandsbauten, die 6a architects, von außen kaum sichtbar, mit großer Sorgfalt und einem ungewöhnlich hohen Detailgrad umgebaut und erweitert hat. Die Projekte des Büros sind oft auf eine unaufdringliche Weise poetisch. Sie haben 6a architects zu Recht viel Anerkennung und dem Mitbegründer Tom Emerson eine Professur am Departement Architektur der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich eingebracht, der wichtigsten Architekturakademie Europas.

Als Autor ist Emerson bisher kaum in Erscheinung getreten. Mit *Dirty Old River* ist

nun eine Sammlung kürzerer Texte erschienen, die er größtenteils für Ausstellungskataloge und Zeitschriften geschrieben hat. Emerson erklärt im Vorwort zwar, er nähere sich dem Bauen gern über andere Medien und Disziplinen an. Tatsächlich behandeln seine Texte aber im wesentlichen klassische Themen von Architektur und Stadt. So finden sich Auseinandersetzungen mit dem Frühwerk des portugiesischen Architekten und Pritzker-Preisträgers Álvaro Siza Vieira, Spaziergänge durch London oder Reflexionen über das Verschwinden traditioneller Zeichenwerkzeuge seit dem Aufkommen digitaler Tools.

Die Texte haben mitunter ähnliche Qualitäten wie die Bauten von 6a architects: Emerson schreibt mit einer Klarheit und Unmittelbarkeit, die sich leicht als Schlichtheit missverstehen lässt. Dabei sind seine Texte keineswegs ohne Komplexität, Widersprüche und Witz. Genaues Hinsehen, intensive Auseinandersetzung mit Orten, Kenntnisse von Architektur- und Kulturgeschichte sind Voraussetzung für die Arbeitsweise von 6a architects. Sie prägen auch Emersons Schreiben. Beispielsweise wenn er in »Working at Home like Everyone Else« (die Texte wurden vom Schweizer Verlag Park Books nicht übersetzt) über einen Instagram-Post Norman Fosters, des mittlerweile hochbetagten Übersetters globaler High-Tech-Architektur, reflektiert und daraus eine Miniatur über Generationenbrüche, uneingelöste Versprechen der Moderne und die Covid-Pandemie entwickelt, die keineswegs alle in gleichem Ausmaß traf. Oder wenn Emerson in »Framing Frank« die frühen Bauten des später geradezu idealtypischen Stararchitekten Frank Gehry aus dem streng gerasterten Stadtgrundriss von Los Angeles und der traditionellen amerikanischen Konstruktionsweise des »Balloon Frame« herleitet.

Stellenweise hauchen Emersons Texte ihren Gegenständen tatsächlich auf ähnli-

che Weise Leben ein wie die Umbauprojekte von 6a architects ihren Bestandsbauten. Gerade deshalb hätte man sich für *Dirty Old River* mehr Abseitiges, Originelles, Neuentdecktes gewünscht. Emerson schreibt mit Vorliebe über Orte, Architekten und Künstlerinnen, die das wirklich nicht nötig haben: Das Londoner Themseufer oder die Modelfotografien von Jürgen Teller sind ohnehin bekannt genug. Nur selten, wenn ihn die Bauwerke von 6a architects dazu zwingen, scheint der Feingeist Emerson die Galerien und Kunstbuchhandlungen Londons zu verlassen. So entstand beispielsweise der lesenswerte Aufsatz »Gardens, Grids and Ghosts« über die verspätete Planstadt Milton Keynes, eine bizarre, warenästhetisch eingefärbte Siebziger-Jahre-Version der britischen Wiederaufbauplanung. 6a architects hat dort die 2019 eröffnete Kunstgalerie MK Gallery geplant. Gegenstände abseits der Höhenkammkultur kommen in *Dirty Old River* sonst kaum vor, es sei denn, dass sie – wie die titelgebende Songzeile der Londoner Band The Kinks – längst in den Kanon britischer Selbsterzählung aufgerückt sind.

Emerson daraus einen Vorwurf zu machen, geht einerseits fehl: Die Texte sind erkennbar Nebenprodukte seiner architektonischen Praxis, und 6a architects ist nun einmal Teil einer ausdifferenzierten Disziplin. Bei den Wohnungen, die das Büro für die Hamburger Hafencity entworfen hat, zeigt sich beispielsweise, dass die Qualität von Projekten wie Raven Row und South London Gallery schwer auf andere Bauaufgaben und Maßstäbe zu übertragen ist. Andererseits ist es erstaunlich, wie unbeleckt sich Emerson in seinen Texten von den Krisenereignissen der vergangenen fünfzehn Jahre gibt, die ja vielfach eine ausgeprägte architektonische und stadträumliche Dimension besitzen. Man denke nur an die in London besonders gnadenlose Privatisierungswelle nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09, an die heftigen Unruhen, die Großbritannien 2011 durchrüttelten, oder den furchtbaren Brand des Grenfell Tower 2017. Emerson scheint mit geradezu traumwandlerischer Sicherheit zu wissen, was für seine Architekturauffassung von Bedeutung ist – und was nicht. *Dirty Old River* macht noch einmal deutlich: Politik und gesellschaftliche Konflikte haben darin nichts zu suchen. Das mag man falsch finden, aber ganz unbegründet ist die Annahme wohl nicht: Nur deshalb können die Projekte von 6a architects so gut sein. ●

Tom Emerson: *Dirty Old River*. Herausgegeben von Sarah Handelman. 28 farbige und 33 Schwarzweißabbildungen. Park Books, Zürich 2025, 168 Seiten, 25 Euro

Leo Herrmann schrieb in konkret 5/25 über die 19. Architekturbiennale in Venedig

konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

Die linke und die rechte Hand des Herrn

Die ewige Frage aller Fragen, nämlich ob ein Gott sei, schien A. D. 2021 endlich beantwortet. Und flugs verkündete Mechthild Löhrl die frohe Botschaft im Magazin »The European«, einem Erzeugnis der »Weimer Media Group«. Diese bietet *Politik und Wirtschaft für die Meinungselite*, also für jeden, der besonders viele oder die besten Meinungen hat. Jene studierte in Bonn und Freiburg Politik, Philosophie und Staatsrecht. Ehrenamtlich ist sie Bundesvorsitzende der wertkonservativen, parteiennahen Organisation »Christdemokraten für das Leben« (CDL), beruflich ist sie Mithaberin einer Personal- und Unternehmensberatung. Und nun meldete sie, Wolfram Weimer, der prominente Medienmacher, der unter anderem Herausgeber von »Cicero« und Chefredakteur der »Die Welt« sowie des »Focus« war, habe Gottes Fingerabdrücke entdeckt und deshalb sein sechzehntes Buch geschrieben. (Dass er auch der einzige Haber des Pressorgans ist, in dem ihre Rezension erschien, war ihr entgangen, oder sie verschwieg diesen Umstand aus Gründen christlicher Pietät.) Ob in der Politik sowie auch in der Mediengesellschaft werden »Glauben« und gleichzeitig Glaubwürdigkeit immer bedeutsamer. Und nun das: unseres Herrn Daktylogramm! Da er uns schuf nach seinem Bilde, wird auch er acht Griffel haben und zwei Daumen! Welch ein spannendes und überraschendes, brillantes Plädoyer für den christlichen Glauben seitens eines höchst erfolgreichen innovativen Medien-Unternehmers!

Doch wenn Weimer in seinem Opus *Sehnsucht nach Gott. Warum die Rückkehr der Religion gut für unsere Gesellschaft ist* von den Akren unsers Herrn und ihren Spuren sprach, ging es ihm womöglich nur um Poesie: *Fingerabdrücke Gottes sind überall und immer, in der Natur, im Tod, in der Liebe und im Leben, überall, wo Menschen sind. Wir haben ihm Tempel gebaut, Pyramiden, Kathedralen. Wir haben ihm die größten Kunstwerke gewidmet, ihn verehrt, angebetet und gefleht, politisiert, missbraucht, verfl...* Spätestens an dieser Stelle hätte die Rezensentin etwas merken dürfen.

Oder nicht? Angesichts der überwältigenden Nachhaltigkeit dieser Spuren zu allen Zeiten in allen Kulturen, angesichts also der erdrückenden Beweislast massenhafter Indizien über Jahrtausende hinweg, wirkt die Vorstellung, Gott könne womöglich gar nicht existieren, ziemlich falsch. Ist nicht der Glaube an das Nichts ein viel gewagter Glaube als der an Gott? Ist nicht der Mensch, der Gott konkret gefunden hat, ein glaubwürdiger Zeuge als der, der abstrakt behauptet, es gebe ihn nicht? Denn Ersterer bezeugt etwas Manifestes, Letzterer behauptet etwas über jemanden, dessen Existenz er abstreitet. Das Sehen der Zeugen wiegt doch eigentlich schwerer als das Nicht-Sehen der Gegen-Zeugen.

Gewiss. Noch triftiger leuchtet wohl nur der ontologische Gottesbeweis ex negativo ein: SEINE Existenz ist unzweifelhaft; denn gäbe es IHN nicht, so wäre ER nicht Gott und hätte uns Menschen und die Weimer Media Group nicht erschaffen.

Als er nun unser höchster Kulturlenker werden sollte, übertrug der angehende Staatsdiener Weimer, damit er nicht in Gewissens- oder Interessenkonflikt gerate mit dem gleichnamigen freien Unternehmer, beider Gattin die Führung der Privatgeschäfte. Der »Spiegel« zeigte sich angetan von dieser politischen Personalie und machte aus dem Tod eine Tugend: »Schließlich suchen alle derzeit nach einer neuen Mystik, auch im linksliberalen Milieu entdeckt man Werte wie Zusammenstehen, Freiheit, Sterben für das Vaterland.« Und wenn man die Politik der AfD verhindern will, dann muss man sie selber betreiben: Weimer verschaffe Merz »einen Zugang zu einem Milieu, das die Union nicht an populistische Konkurrenz verlieren darf: vom Digitalunternehmer in Bayern, für den Nationalstolz kein Schimpfwort ist, zum Hotelbetreiber im Erzgebirge, dem der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu einseitig ist, über die Lehrerin, die Angst vor ihren muslimischen Schülern hat, bis zur jungen Mutter, die lieber das Mittagessen für ihr Kind selbst kocht«.

Der »Welt«-weit überaus geschätzte Kunstpädagoge Ulf Poschardt versprach sich und uns von Weimers Berufung eine lang ersehnte Wende. Zwar hatte er auf den einschlägigen Berliner Sena-



Die Fingerabdrücke Gottes sind überall und immer, man muss sie nur zu finden wissen

tor Joe Chialo gehofft, »als Mann der Popkultur, der als Boxer keine Angst vor Konflikten hat«, und dem Befund der »FAZ«, Weimer gebe zwar auf Tausenden Seiten den tiefgründigen Denker, sei aber bloß ein halbwegs versierter Schwätzer, mochte er nicht widersprechen. Dennoch bleibt ihm die Hoffnung, Weimer werde Schluss machen mit den »saturierten, moralisch verfluderten Kultureliten«, den »Shitbürgern«, mit der »epischen Kaputtheit der Schreihäffchen in den Schau- und Volksbühnen« und mit »jenem verkommenen, verwöhnten Kulturestablishment, das über Jahre und Jahrzehnte von Roten und Grünen verhätschelt und im Gegenzug dafür als Sondereinsatzkraft im Wahlkampf und Kulturkampf eingesetzt wurde«.

Und wenn er's denn macht, was wird es bedeuten? Das »ZDF Magazin Royale« demnächst mit Didi Hallervorden?

Joachim Rohloff

Der Rabe und die Ruine

Was treibt die Kriegstreiber? Wem nützt die Schlächtereier? Und was kommt nach dem Blutvergießen? Alte afrikanische, japanische, chinesische und arabische Sprichwörter erteilen Antworten, die nicht jeder hören mag. Von Ulrich Holbein

Ein altes Sprichwort lautet (Quiz: ein chinesisches, arabisches oder japanisches?): »Ein einziger Irrer kann sogar Besonnene mit sich reißen.« Wer kann da gemeint sein? Ein anderes Sprichwort sagt's noch deutlicher: »Ein Verrückter wirft einen Stein in den Brunnen, und zehn Weise können ihn nicht herausholen.« Millionen können ihn nicht stoppen. Milliarden müssen tatenlos zusehen.

Alt-Japan über Kriegsgelüst: »Mit verstopften Ohren versuchst du, eine Handglocke zu stehlen!« Über Kriegsrhetorik: »Der da quasselt, wäscht Bohnen im Dunklen.« Über heutige Staatschefs: »Dem Reiter auf dem Tiger kannst du den Weg nicht verlegen.« Oder auch: »Wenn ein mieser Kerl in Blüte steht, stört ihn keine Strafe der Götter.«

Über Beschuldigungssymmetrie pro Krieg sagt ein arabisches Sprichwort: »Er beschimpfte, bespie, schlug, trat mich und kam mir mit der Einreichung der Klage zuvor.« Eine arabische Weisheit zur angeleiterten Aufrüstung Europas: »Wer sich als bissig ausgibt, muss auch beißen.« (Hindukusch!)

Ein chinesisches Sprichwort sagt: »Nadeln, die keiner benutzt, rosten.« Über das Recht des Stärkeren: »Beißt dich der Hund, und du beißt nicht zurück, so sagt er, du seiest zahlos.« Arabien plädiert eher für Diplomatie: »Die Hand, die du nicht beißen kannst, küsse! Und wünsche dir, daß sie zerbrochen werde.«

Alt-Japan über die Mimik der Kriegsherren: »Der Ärgerliche bekommt Zacken im Gesicht.« Über Sicherheitsgarantien und deren Übertretung: »Sicherheit und Gefahr halten sich über einem Mückenbein die Waage.«

Alt-Arabien zum angezweiferten IQ von Machthabern: »Wenn der dort Verstand hat, hat der Arsch meines Vaters Zähne.«

Japanisches Sprichwort über die Asymmetrie der Kräfte von Goliath versus David

beziehungsweise über das feige Kanonenschießen auf Spatzen: »Wer wird denn ein Kätzchen mit dem Holzhammer verhauen wollen?« Über den Wahn, Zwergstaaten (übergroße Bissen) erobern zu können: »Der gierige Falke reißt sich selbst die Klauen ab, da er sie zu tief in die Beute schlägt.« Alt-Japan über Geländegewinne (Bulimieexzesse): »Iss nicht so, dass du die Kinnbacken mitver-



»Wenn Zehntausende verwesen, befestigt sich der Ruhm eines Generals!« Die Paradeuniform des sowjetischen Flottenadmirals Sergei Georgijewitsch Gorschkow (1910–1988)

schlingst!« Über die unverhoffte Wehrhaftigkeit der Unterlegenen: »Die Kraft der Geräuschlosen erkennt man erst, wenn sie anfangen zu widerstehen.«

In vernetzter *One world* trifft jeder Militärschlag eigene und falsche Leute; ein arabisches Sprichwort sagt: »Der Affe trinkt die Milch, der Bär bekommt die Schläge.« Über Widerstand und Häuserkampf: »Versuche, deine Knochen zu gebrauchen, solange du

noch in deiner Haut steckst!« Über Söldnerheere aller Art: »Der geliehene Arm wird teuer, da dein eigener inzwischen schwach ward.«

Japanisches Sprichwort über Waffenkonzerne und Eskalationsstufen: »Der Advokat lebt davon, dass er den Rand des Streits ausweitet.« Über Kriegsmüdigkeit bei noch nicht geleerten Waffenarsenalen: »Den Wind bekümmert nicht die Müdigkeit des Baumes.« Über die Verheerung schmutziger Kriege: »Der Millionär und die Aschenschale werden umso schmutziger, je mehr ihnen zufällt.« Seid verschlungen, Milliardenäre!

Das afrikanische Sprichwort »Ein Pfeil darf nicht länger sein als ein Brot« schwebt ethisch wolkenkratzerhoch über aktuellen Zivilisationen.

Alt-Japan über Defensive, Hinterhalt und Luftschutzkeller: »Der Furz des Versteckten stinkt lange.« Über Abrüstung, Pazifismus und Wohlstand: »Wenn die Regierung was taugt, wächst Moos auf der Trommel der Klagen.« Über Kriege als Keim zu Folgekriegen: »Der erfahrene Krieger schnallt nach dem Sieg den Helmriemen fester.« Geht das immer so weiter? »Der wahre Zerstörer gibt sich erst zufrieden über der Knochenasche seiner Widersacher.« Über alle, die beim Bombardieren sich für die Guten halten: »Der Stinkende preist seine Geruchslosigkeit.«

Nur einer gab zu, kein Guter zu sein: al-Haddschädsch ibn Yüsuf, Statthalter des Irak unter dem Umajjadenkalifen Abd al-Malik, grausamer und intelligenter als aktuelle Kriegsverbrecher. Er konterte Kritik so: »Seht, was ihr für schlechte Menschen seid, dass Gott ein Scheusal wie mich auf euch losgelassen hat!«

Japanisches Sprichwort über Waffenstillstand, der tatsächlich eingehalten wird: »Nachdem du überstanden hast, atme auf bis in die Augenbrauen hinein.« Ein arabisches Sprichwort über rezente Diktatorenschwemme und was Staatenlenker anrichten: »Der Unterdrücker stirbt nicht, ehe Hunderte von ihm Unterdrückte vorher umkommen.«

Japanisches Sprichwort über das Kriegsende: »Der erlegte Tiger hinterlässt sein Fell, der gefallene Krieger seinen Namen.« »Wenn Zehntausende verwesen, befestigt sich der Ruhm eines Generals.«

Seit 1001 Jahren blicken arabische Sprichwörter auf jede anrollende Weltlage zurück: »Wenn der Wegweiser ein Rabe ist, so führt er die Leute zur Ruine.« Was folgt dem ersehnten Regimewechsel? Ein arabisches Sprichwort weiß die Zukunft: »Der Hund starb, und wir waren sein Bellen los. Doch es kam ein anderer, der bellte noch lauter.«

Ulrich Holbein zog in konkret 5/25 einen disharmonischen Vergleich von Stradivari und Kalaschnikow

Schlechtes Versteck



Am neunundzwanzigsten des Mai
Zweitausendfünfundzwanzig
Befand sich die Frau von der Ley ...
Äh ... also, sie befand sich
Im Rathaus Aachen, Krönungssaal,
Den Karlspreis abzugreifen.
Wir woll'n die Klugheit dieser Wahl
Hier nur am Rande streifen,

Denn früh geriet sie aus dem Takt,
Sie, die ganz komisch guckte!
Auch sprach sie furchtbar abgehackt,
Sie würgte und sie spuckte
Dem hohen Hause kaum gemäß.
Bang dachte man: Ja war's das?!
Als ob der Tod im Halse säß!
Und in der Tat: Da saß was.

Mal schien es länglicher Gestalt,
Dann sah man's munter wandern,

Es drehte sich und reichte bald
Von einem Ohr zum andern.
Und wollte gar zum Maul hinaus!
Doch von der Leyen drückte
Es flugs zurück mit ihrer Faust,
Was ihr nur halbwegs glückte:

Nun lag die Luftversorgung flach!
Und endlich sei's verraten:
Sie hatte es gefressen, ach,
Das Handy mit den Daten
Zu ihrem »Gorch Fock«-Umbaupfusch
Und fucking Deal mit Pfizer.
Bald wurde die (Triggerwarnung:) Musch
Meerblau und immer leiser,

Bis die Geehrte – Tragik pur –
An Himmelfahrt zur Hölle fuhr.

Thomas Gsella

Kosmos aus Kraut

Zwischen analogem Futurismus und sozialistischem Alltag: Was bleibt von der »Sattelzeit« des deutschen Pop zwischen 1968 und 1982? Von Barbara Eder

Wenn Germanistenseminare sich dem Populären zuwenden, bleiben die Annäherungsversuche oft ungelungen. Die Ambition, musikalisches Nachkriegsgeschehen auf deutschen Bühnen zu erkunden, endet nicht selten in Songtextexegesen, die sich selbst zu genügen scheinen. Eine hermeneutische Herangehensweise allein offenbart noch kein Protestpotential. Vielleicht haben die Herausgeber der mit 18 Aufsätzen bestückten Anthologie *Protestpop und Krautrock* deshalb so großzügig Anleihen bei den britischen Cultural Studies genommen – aus dem veränderten Fokus heraus gelingt es ihnen, immer wieder bescheidene Anflüge von Subversion zu orten.

Mit modifiziertem Begriffsbesteck und ethnografischer Distanz haben sich Markus Joch, Christoph Jürgensen und Gerhard Kaiser auf vermintes Gebiet begeben. Ihr Gegenstand: die kurze und vergebliche Hoffnung, dass Populärmusik, made in Germany, mehr sein könnte als eine Fußnote zum angelsächsischen Original. Das Ergebnis ist eine Vermessung jenes Unvermögens, welches am Rio-Reiser-Platz in Berlin-Kreuzberg beginnt. »Es stimmt, Rio Reiser war keine Frau«, zitieren die Herausgeber die frühere Kulturstaatsministerin (und noch frühere Managerin von Ton Steine Scherben), Claudia Roth, im Vorwort. Sie bereicherte damit die Diskussion um die Neubenennung des Heinrichplatzes im August 2022. Mit dem Gegenteil hätte Rio Reiser vermutlich kein Problem gehabt. »Meine Väter sind schwarz und meine Mütter sind gelb, meine Brüder sind rot und meine Schwestern sind hell«, heißt es in seinem Song »Mein Name ist Mensch« von 1971. Die Herausgeber verbuchen dies als Bekenntnis zu einer Diversitätskultur, die ihre Ursprünge anderswo hat.

Folgt man Diederich Diederichsen, dann stehen Ton Steine Scherben am Zenit der von ihm konstatierten »Sattelzeit«. Als historische Übergangsphase kennt die von 1968 bis

1982 dauernde Periode keinen Höhepunkt und steht doch für eine Zäsur: Krautrock, Protestpop und Neue Deutsche Welle (NDW) markieren diesen Moment – ausgehend von einem imaginären »Nicht-Drüben«. Wer sich auch im anderen, sozialistischen Deutschland nicht zu Hause wähnte, fand hier einen Zufluchtsort – oder brach im Kopf zum »Kosmos« auf. Neben diesen beiden Territorialitäten nennt Diederichsen noch das »Ausland« – berechtigterweise: Wer etwa erinnert nicht Paul Wellers ungeschönten Arbeiterklasseakzent, der in Songs wie »Saturday's Kids« oder »That's Entertainment« lyrische Sozialreportagen aus südostenglischen Arbeiterstädten untermalt? Oder die politische Poetik von The Style Council, die mit »Walls

Ästhetik ohne Ethik, subversive Affirmation

Come Tumbling Down« den Protest während des Bergarbeiterstreiks tanzbar machte? Pop, made in Britain, gelang es, die Thatcher-Regierung offen zu attackieren und doch *soulful* zu sein – der Widerspruch zwischen Feiern und Streiken schien aufgehoben.

Vorbilder wie diese erschweren es, sich abzustoßen. Die deutsche Antwort darauf war rabiater: Nachdem Ton Steine Scherben das freie Menschsein besungen hatte, mussten ihre Nachfolger feststellen, dass mitten im Industriegebiet kein Platz für romantische Schreikrämpfe mehr war. Keine Empörung, keine Emotion, kein Hüftschwung – der Sound der Düsseldorfer Synthetikformation Kraftwerk folgte nicht ironiefrei dem Takt der Fließbänder, auf denen die BRD ihre Kühlschränke, Karrieren und Kanonen fertigen ließ. Während Rio Reiser von Liebe und Revolution träumte, tickte bei Ralf Hütter schon der Zeitzünder des Atomsprengkopfes. Von der deutschen Autobahn ist es nicht weit zum Pop-Nationalismus – diese Gewiss-

heit erschüttert Florian Völkers Text über die Düsseldorfer Kältepriester keineswegs. Der Autor will Kraftwerk nicht als »deutschen Beitrag zum Pop« eingemeindet wissen – und spricht doch von einer »Betonung des Widerstands gegen den vermeintlichen angloamerikanischen »Kulturimperialismus« bei gleichzeitiger Präsentation einer vermeintlich spezifisch »deutschen« Musik«.

Im Gegensatz zum frei mäandernden Krautrock der frühen Siebziger steckten die deutschen Politbands der achtziger Jahre in einem trostlosen Repertoire aus agitatorischer Holzschnittlyrik und musikalischer Magerkost fest. Deklamierte Utopien stießen auf Krautrock-Relikte, durchdrungen von einer typisch deutschen Mischung aus Selbstmitleid und Größenwahn. Der »kosmische Jam« als Fluchtpunkt derer, die den Marsch durch die Institutionen mit dem ersten Takt abbrechen, erweist sich als Splitter einer nie realisierten Möglichkeit.

»Drüben« sang es sich zur selben Zeit nicht viel besser. Michael Rauhut zufolge tobte der politische Kampf in der DDR auf anderen Ebenen. Das östliche Deutschland – mit seiner staatlich gelenkten Kulturindustrie – erwies sich als Sonderzone für subtile Sprachverschiebungen. Auf ihrem Album »Mont Klamott« von 1983 etwa brachte die Rockformation Silly so viel Polysemie in ihre Lyrics, dass die Aufpasser im Kulturministerium zuerst applaudierten – und dann den Bandmitgliedern bis zu siebzehnmals unterschiedlich zensierte Versionen vorlegten.

Was also hatte die »Sattelzeit« der deutschen Musikproduktion zu bieten? Krautrock: Eskapismus durch Auflösung der Songstruktur, Tonbandschleifen und schroffe Lyrics von der Stange. Agitpropformationen wie Floh de Cologne: die Hoffnung, dass politische Parolen doch noch über ängstlich gewienerte Akkorde hinweghelfen können. NDW: die vollständige Kapitulation – Ästhetik ohne Ethik, Pop als subversive Affirmation. Dass das Buch stellenweise versucht, dieses Trauerspiel in einen »internationalen Kontext« einzufügen, erscheint wie ein Akt der Verzweiflung. »Hurra die Welt geht unter« von K.I.Z. als »deutscher Beitrag zur globalen Popgeschichte«? Diederichsens Einsicht, dass es Songs wie diese nicht wegen, sondern trotz Deutschland gibt, hätte allen Beiträgen im Band vorausgehen müssen. Am Ende bleibt der schale Eindruck von einer Musik, die in ihren besten Momenten Anlauf nahm, um weit zu springen – und doch »daheim« landete. ●

Markus Joch, Christoph Jürgensen, Gerhard Kaiser (Hg.): *Protestpop und Krautrock*. Band 18 der Reihe *Kontemporär. Schriften zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur*. J. B. Metzler (Springer Nature), Heidelberg 2024, 322 Seiten, 59,99 Euro

Barbara Eder schrieb in konkret 4/25 über die TV-Serie »Euphoria«

Marc Ribot

Map of a Blue City

New West Records

Paul McCartney pflegte die Saiten seiner Bassgitarre stets mit der linken Hand zu zupfen, die Rechte bediente das Griffbrett. Marc Ribot, gleichfalls Linkshänder, wählte die andere Option und entschied sich für eine Rechtshändergitarre, was ihm mehr manuelle Souveränität am Griffbrett verschaffte. Seit rund 50 Jahren zupft und schlägt der einundsiebzigjährige US-Amerikaner sein Instrument mit Meisterschaft und Originalität, was der geneigte Jazz-, Soul- und Rock-Freund auf weit über 100 Platten erlauschen kann.

Die allermeisten dieser Alben firmieren nicht unter Ribots Namen, da er sich seit den siebziger Jahren sein Renommee vornehmlich als Begleitmusiker erspielte, für Künstler wie den Jazz-Avantgardisten John Zorn, den raspelstimmigen Blues-Sänger Tom Waits, die jüngst verschiedene Pop-Künstlerin Marianne Faithfull und den britischen Popmusiker Elvis Costello, den Samba-Meister Caetano Veloso und die Songwriterin Sam Phillips (die als Gespielin des Bösewichts im dritten »Die Hard«-Film bekannt wurde). Vermutlich wäre weniger Platz nötig, führte man diejenigen Künstler auf, die noch nicht das Vergnügen hatten, mit Marc Ribot zu musizieren. Doch weitere Ausführungen zu seinen Gastspielen erspare ich dem Leser, denn hier geht's um den Solokünstler und sein neuestes, nach meiner Zählung dreißigstes Album.

Zu den Highlights in Ribots Œuvre zählen das wunderbare »Silent Movies« von 2010 und das experimentelle »Saints« von 2001, auf dem sich die vermutlich eigenwilligste Interpretation des Beatles-Songs »Happiness Is a Warm Gun« befindet. »Map of a Blue City«, Ribots neues Soloalbum, sticht indes hervor, weil es das erste ist, auf dem der Instrumentalist selbst gelegentlich singt. Seine Stimme erreicht zwar nicht ansatzweise die Qualität der geschulten Stimmen von Beatles-Paul und Elvis Costello, doch zu den meist ruhigen Kompositionen passt der sonore und unaufgeregte Gesang recht gut.

Im ersten Stück, »Elizabeth«, besingt Ribot den Tod des Vaters auf eine unprätentiöse Weise, die eher an John Cale denken lässt als an die Schmachtlappen Nick Cave oder Rufus Wainwright. Im folgenden Song »For Celia« hört man hübsches und kräftiges Hochtonsaitengeklingel wie im Score von Carol Reeds »Der Dritte Mann« (1949). Mit »Say My Name« folgt ein eher konventioneller Popsong mit Schlagzeug, Bass, Orgel und E-Gitarre, die am Ende ins Jazzige abdriftet. Auf »Daddy's Trip to Brazil« gesellt sich ein Saxophon zum leichten Gitarrengezupfe; verglichen mit den als »Avantgarde« gekennzeichneten früheren Werken Ribots wirkt dieses Stück beinahe nudelradiotauglich.

Er hat die Titelnummer, wie einige andere Stücke des Albums, bereits vor Jahrzehnten konzipiert. »Map of a Blue City« bezieht sich auf ein Gespräch mit seiner Tochter, das vor 20 Jahren stattfand und davon handelte, wie Kunst die Wirklichkeit beeinflusst und bestimmt. Als Lead-Instrument kommt eine mehr als 30 Jahre alte 20-Dollar-

Gitarre zum Einsatz, deren wabbeliger Klang gut zu den improvisiert wirkenden Textzeilen passt. Das folgende, wunderschöne »Death of a Narcissist« kommt mit noch bescheidenerer Instrumentierung aus: akustische Gitarre und hin und wieder eine elektrische sowie ein bisschen Background-Gesang. Als Bewohner der verlärmten Waren- und Maschinenwelt mag man sich fragen, wie man statt mit den dezenten Stückchen gut gereifter Musiker seine Zeit mit Pop-Geschepfer und Orchester-Wumms verplempern kann.

Ribot meidet die von John-Zorn-Alben bekannte Kakophonie, statt dessen dominiert der Wohlklang. Auf dem Klassiker »When the World's on Fire« erinnert das Gitarrenspiel an den späten Johnny Cash, doch macht sich gerade hier bemerkbar, wie kraftlos Ribots Stimme klingt. Der Titel war ursprünglich, in den dreißiger Jahren, als Gospel Song konzipiert. Ribot hievt ihn mit einigen Änderungen in die Gegenwart: »Ich habe ein paar Textzeilen hinzugefügt, um es für Agnostiker brauchbar zu machen«, wie er im Presseheft zitiert wird. Wobei er den Dornbusch weiterhin brennen und die Stimme aus den Himmeln tönen lässt, denn die alten christlichen Mythen taugen besser, alltägliche Zerstörung zu verbildlichen, als libertäres Mediengephrasen mit »Klima«-Quark. Im achten Track, »Sometime Jailhouse Blues«, vertont Ribot ein frühes Gedicht des Beat-Dichters Allen Ginsberg, der während seiner Lesungen gern Mundharmonika und Gitarre auspackte, um seine Worte musikalisch zu begleiten. »Sometime I'll lay down my wrath, as I lay my body down«, heißt es in dem Stück, von Ribot mit einer schlichten Melodie untermalt.

Das letzte Stück klingt musikalisch sperriger: Zu dezentem Hintergrundgetrommel schwappen Klangwellen ins Ohr, was laut Presseheft an das »Überleben in schwierigen Zeiten« gemahnen soll. Der



Angenehme Befremdlichkeit: Der Komponist, Gitarrist und Sänger Marc Ribot (hier mit Ukulele)

Titel, »Optimism of the Spirit«, soll an Antonio Gramscis berühmte Formel erinnern: »Pessimismus der Intelligenz, Optimismus des Willens«.

Gramsci bezog sich aufs revolutionäre Subjekt, das zu erwähnen in Anbetracht des Ribotschen Kunsthandwerks vermessen klingen mag. Doch wer vertraut ist mit der Geschichte der Popmusik, der kennt deren Gewese um die am Ende stets warenförmige »Revolution«, und dem mag die exaltierte Wiederholung der popkulturellen Moden irgendwann gehörig auf die Nerven gehen. Marc Ribots Miniaturen sind kein Ausweg aus dem auralen Konsumterror, doch sie wirken angenehm befremdlich durch die Popwelt.

Peter Kusenberger

Biss auf die Knochen

Vor 50 Jahren tauchte »Der weiße Hai« in den Kinos auf und wurde zu einem popkulturellen Phänomen wie kein Spielfilm zuvor. Steven Spielbergs Meisterwerk lud seinerzeit viele Kritiker zu grotesken Fehltritten ein – auch in konkret. Zum Jubiläum ist eine Korrektur überfällig. Von Wieland Schwanebeck

Wer von Berufs wegen und über einen längeren Zeitraum kulturelle Erzeugnisse bewertet, muss sich irgendwann seine Fehltritte um die Ohren hauen lassen beziehungsweise überlegt es sich später auch mal anders. Die französische Tageszeitung »Le Figaro« sprach Gustave Flaubert anlässlich der Veröffentlichung von *Madame Bovary* (1856) die Befähigung zum Schriftstellerberuf ab; Marcel Reich-Ranicki verriss erst Grass' *Blechtrommel* (1959), nur um sie später in seinen Kanon der größten Nachkriegswerke aufzunehmen. Zu solchen Meinungskorrekturen kommt es besonders häufig, wenn der allgemeine Konsens das Urteil »Klassiker!« gefällt hat, der Rezensent (oder das Medium) aber nicht als »unerleuchtet« außen vor bleiben will.

Der umgekehrte Fall, das eigene Lob im Nachhinein zu widerrufen, ist seltener. Vermutlich, weil es zwar eine intellektuell schmeichelhafte Position ist, als einsamer Renegat für das vermeintlich zu Unrecht Übersehene einzutreten, aber nicht, sich vorwerfen zu lassen, man habe Genialität verkannt. Wo es um Filme geht, werden mit noch mehr Verve – und unter sehr viel mehr Pu-

blikumsbeteiligung – als in der Literatur Denkmäler errichtet und wieder eingerissen; manchmal genügt schon der am Startwochenende absehbare Flop, damit sich irgendwer zur Ehrenrettung aufschwingt.

Berühmte »Fehleinschätzungen« von Filmen, die mit etwas Abstand als Meisterwerk kanonisiert worden sind, lassen sich leicht hervorkramen, denn das Internet vergisst nichts. So hält es für jeden, der es wissen mag, die Information bereit, dass der Kritikerpapst Roger Ebert Schwierigkeiten hatte, dem Plot von Sergio Leones »Spiel mir das Lied vom Tod« (1969) zu folgen; dass dem britischen »Guardian« Stanley Kubricks »2001: Odyssee im Weltraum« (1968) unausgereift vorkam; oder dass Bosley Crowther (»New York Times«) Alfred Hitchcocks »Das Fenster zum Hof« (1954) als oberflächliche Lappalie abtat.

Ich lese solche Trouvaillen gern, denn auch wenn sie sich als nicht besonders hell-sichtig erweisen, spricht aus ihnen ehrliche Genervtheit. Wo der Kritiker eher als Zeitzeuge denn als Kenner auftritt, verrät er uns einiges über sich und eine Vergangenheit, in der es noch möglich war, die *Buddenbrooks* (1902) aus ehrlicher Überzeugung blöd zu finden, ohne damit gleich einen Klassiker vom

Sockel stoßen zu wollen. Wir können den Kanon jederzeit in Zweifel ziehen, aber 70 Jahre später ist eine gut begründete Ablehnung von »Das siebente Siegel« (1957) etwas anderes als die zeitgenössische Kritik von Dylis Powell (»Sunday Times«), der zufolge Ingmar Bergman bloß ein öder Provokateur sei, der zu viele eisige Winter in Skandinavien miterlebt habe. Wer sich den Film dagegen heute vorknöpft, greift nicht das aktuelle Werk eines gerade angesagten schwedischen Jungfilmers an, sondern das stilprägende Opus eines längst Verstorbenen. Mit anderen Worten: ein Museumsstück, dem alle Einwände wurscht sein können.

Solche Collagen aus längst überholten Zitäten lassen sich auch anlässlich des namhaftesten Filmjubiläums dieses Sommers zusammenstellen. Denn am 20. Juni ist es genau 50 Jahre her, dass Steven Spielbergs »Der weiße Hai« (im Original: »Jaws«) in die US-Kinos kam. Der brillante Reißer über ein gefräßiges Raubtier, das die fiktive Touristeninsel Amity heimsucht, vom traumatisierten Jäger Quint gejagt und vom wasserscheuen Polizeichef Brody schließlich zur Strecke gebracht wird, ist weder der erste Spielberg-Film noch der erste »richtige« Blockbuster und schon gar nicht der erste Film, der die Menschheit das Fürchten lehrte. Aber er hat für eine derart große Zäsur in der Popkultur gesorgt, dass ihm derlei Innovationsleistungen zugeschrieben werden – als hätte es eine einzige, irgendwie in der Nachfolge der Odyssee, des Leviathans und der Jagd auf Moby-Dick zu verortende Geisterbahnfahrt im Alleingang geschafft, das Kino des »New Hollywood« zu überwinden, die Filmstudios zu konsolidieren und die Menschheit zum kollektiven Griff in die Popcorn-Tüte zu animieren.

Dabei wurde der auf einem kurzweiligen, aber mit äußerst unsympathischen Figuren bevölkerten Roman von Peter Benchley basierende Film keineswegs über Nacht zum Klassiker. Davon kann man sich mit einem Blick ins Rezensionportal »Rotten Tomatoes« überzeugen, wo auch skeptische Reaktionen namhafter Kritiker verzeichnet sind. In Großbritannien urteilte der »Spectator« beispielsweise, der Film sei immerhin besser als die Buchvorlage (was aber nicht viel besage); Charles Champlin fühlte sich im Auftrag der »Los Angeles Times« von der »ungeschickten Inszenierung« angeödet.

Noch heftiger mit dem Film fremdelte Hartmut Schulze, der den »Weißen Hai« seinerzeit für konkret besprach. Im Dezember 1975 – zwischen der Sommerpremiere in den USA und dem Kinostart in der BRD lagen sechs Monate – nahm sich Schulze den Film auf fünf äußerst schlecht gelaunten Seiten vor. Um so viel Platz für einen Gegenstand zu rechtfertigen, der in seinen Augen nichts weiter als Kolportage aus der untersten

Schublade und ein Symptom für kulturellen Totalitarismus war, rezensierte er neben dem maritimen Schocker gleich noch ein paar andere Dinge, besonders den allgemeinen Werteverfall sowie den US-Kulturimperialismus. Eine erhellende Lektüre bietet der unter der Überschrift »Hai-Society« veröffentlichte Text trotzdem, denn er versammelt nicht nur viel Zeitkolorit, sondern nimmt gleich noch einige der Vorwürfe vorweg, mit denen Spielbergs Film bis heute sogar von Leuten überzogen wird, die ihn für gelungen halten.

Man muss Schulze zugestehen, dass er den Film unter ungünstigen Bedingungen zu Gesicht bekam. Er selbst sieht das in seinem Artikel jedoch anders, es sei nämlich der Sichtung »in einem südkalifornischen Drive-in-Kino«, auf dem schlechtesten Stellplatz

Exegeten, die schon kurz nach dem Kinostart fleißig zusammentrugen, wofür der Hai eine Chiffre abgab – unter anderem kastrierende Weiblichkeit, schwindende Virilität, das Trauma des Zweiten Weltkriegs, den unberechenbaren Insulaner Fidel Castro. Oder sein glattes Gegenteil: Den menschenverschlingenden Raubtierkapitalismus verkörpert im Film der wölfisch grinsende Bürgermeister von Amity, der die Strände auch nach den ersten tödlichen Angriffen geöffnet lässt, um »die Sommer-Dollars« nicht zu gefährden – dieselbe harte Währung, die »Der weiße Hai« nach seinem Sommerstart in den USA einspielte, was sich dann ironischerweise negativ auf den Badetourismus ausgewirkt haben soll.

Schulze war mit Sicherheit nicht der einzige, der damals die Augen verdrehte über so

Bei so viel Polemik ohne störende Relativierung sollte es eigentlich keine Unstimmigkeiten geben, nur verwickelt sich Schulze, der mit geradezu Ahabscher Verbissenheit seinem persönlichen Riesenfisch nachjagt, gerade durch die doppelte Stoßrichtung seiner Kritik in Widersprüche. Denn gefährliche Propaganda kann der Film nur sein, wenn er hervorragend inszeniert ist; fällt die Umsetzung dagegen so derb auf die Schnauze, wie Schulze unterstellt, dann müsste sich der Rezensent auch nicht um das »gefügt gemachte Publikum« sorgen, das »zweimal den durchschnittlichen Stundenlohn eines Amerikaners« für eine Kinokarte ausgibt, um sich freiwillig einer Gehirnwäsche zu unterziehen. Weniger wäre also auch beim Verreißen manchmal mehr, sonst fühlt man sich an den alten Witz erinnert,



»Wir werden ein größeres Boot brauchen«: Eine der berühmtesten Szenen der Filmgeschichte, nachgestellt im Lego-Modellbausatz »Jaws«

und mit quäkendem Lautsprecherton zu verdanken gewesen, dass er sich »dem Pawlowischen Verfahren entziehen« und seinen gesunden Menschenverstand bewahren konnte. Rezensent will sagen: Wer das »Pech« hatte, den »Weißen Hai« im perfekt abgedunkelten Kinosaal mit ordentlichem Sound zu erleben, musste leider ausblenden, was Schulze gleich im ersten Absatz zur Kontextualisierung unterbringt: das My-Lai-Massaker, das blutige Gesamtwerk der CIA und die Ermordung von Salvador Allende (der freilich, ich habe eigens noch mal nachgeschlagen, nicht durch Bisswunden auf offener See ums Leben gekommen ist).

In seinem Eifer, Spielbergs Film für jeden Dorn in seinem Auge verantwortlich zu machen, wirft der Rezensent ihm lustigerweise ähnlich viele Deutungen über wie die

viel massenmedialen Haip, pardon: Hype, und er sollte auch nicht der einzige bleiben, der »Jaws« vor allem als propagandistische Materialschlacht und sommerliche Zerstreuung las, dank der sich »die Erschütterung abfangen (ließ)«, die »Vietnam und Watergate« sowie »die tiefste ökonomische Krise seit dem Banken-Krach 1929« hinterlassen hatten. Weit einsamer stand Schulze freilich mit seiner Behauptung da, der Film sei von »erbärmlicher filmischer Qualität« und bediene sich in den Dialogen »einer Sprache voller unfreiwilliger Komik«. Auch die von ihm genüsslich ausgebreitete Einschätzung, der ehemalige Fernsehregisseur Steven Spielberg habe »keine Ahnung von den visuellen Möglichkeiten des Mediums Film«, zählt nicht unbedingt zu den am besten gealterten Meinungen der Filmgeschichte.

mit dem der empörte Spießbürger einst in der Pornografiedebatte karikiert wurde: Diese Filme sind als zutiefst unmoralisch abzulehnen, und außerdem war das Ganze so mies gefilmt, dass ich gar nix richtig erkennen konnte!

Stimmt schon, es geht hier (auch) um ideologische Schwerstarbeit, um eine brave Kommune, die dem Eindringling so wehrlos ausgeliefert ist wie im Westen die Siedler den Komantschen. Doch zum »Hai Noon« tritt hier ein sehr viel interessanteres Heldentrio an als bloß John Wayne mit seinen Deputies. Von der tumben Sheriff-Rhetorik, die dann im sehr viel konservativeren Blockbuster der achtziger Jahre zurückkehrt (getreu dem Motto des Reagan-Pistoleros John McClane in »Stirb langsam«: »Wer

nicht Teil der Lösung ist, ist Teil des Problems», ist »Der weiße Hai« viele Seemeilen entfernt. Nicht ganz von der Hand zu weisen ist dagegen, dass sich die globale Filmkultur in seinem Fahrwasser nicht unbedingt zum Besseren gewandelt hat. Denn Spielbergs Film – flankiert vom »Paten« vor ihm und »Krieg der Sterne« nach ihm – steht für die Geburtsstunde des modernen Blockbuster-Kinos, für eine neue Distributionskultur hin zum unfassbar teuren »Eventfilm«, der sich sein US-Publikum nicht über Monate, ausgehend von den kulturellen Zentren an der Ost- und Westküste, erspielt, sondern das ganze Land zum flächendeckenden Starttermin lädt, mit gleichzeitiger Vermarktung von Soundtracks, T-Shirts und Limonaden. Wenige Jahre nach dem »Weißen Hai« konnten die Studios schon am Ende des ersten Wochenendes einschätzen, ob sie einen Hit oder einen Flop gelandet hatten; mittlerweile wissen es die Marktanalysten vor der ersten Preview, so dass es schon mal vorkommt, dass ein Studio wie Warner Brothers einen fertig produzierten Film lieber mit steuerlichen Vorteilen beerdigt, statt ihn überhaupt aufs Publikum loszulassen.

Der gefräßige Sieben-Meter-Fisch wird im Film als »perfekter Organismus« beschrieben, der nur auf Bewegungen und Verschlingen programmiert ist, und wer damals in seinen Schlund blickte, bekam eine Ahnung davon, wohin die Filmindustrie steuern sollte. Sie verschrieb sich seit den siebziger Jahren dem ungehemmten Wachstum und verschliss fortan fleißig Executives an der Spitze der Studios, wenn die Bilanzen nicht stimmten. Was sollte dabei schon anderes herauskommen als risikoarmes Zerstreungskino, also immer mehr Adaptationen erprobter *Intellectual properties* und natürlich immer mehr Fortsetzungen? Zu letzteren zählen leider auch die unfassbar bekloppten »Jaws«-Fortsetzungen, in denen der Hai immer größer und immer gefräßiger wird. Er unterhält in Teil 3 und 4 sogar eine Privatfehde mit dem Brody-Clan, der zwar mehrere Familienmitglieder an den Hai verliert, aber trotzdem weiterhin mit geradezu lemminghaftem Enthusiasmus Wohnsitz und Arbeitsplatz in Küstennähe unterhält. Ein Reboot ist uns zum Glück (bislang) ebenso erspart geblieben wie eines jener Legacy-Sequels, in denen die Wiederkehr des Immergleichen nur noch nostalgische Abziehbilder und selbstreferentiellen Blödsinn produziert.

Schon deshalb möchte man auf die Knie fallen vor Dankbarkeit darüber, was für ein unwahrscheinlicher Geniestreich Spielbergs Original im Jahr 1975 war. Eigentlich hätte nichts an diesem Film glücken dürfen, doch jedes Wagnis ging auf: Das Engagement eines gerade einmal 27jährigen Regisseurs, der sich über Fernsehjobs hochgearbeitet hatte; der Verzicht auf einen gemächlichen Studio-

dreh zugunsten aufwendiger und witterungsanfälliger Drehlogistik auf offenem Meer; das von einem belesenen Reaktionär mit Waffenfimmel aufgemotzte Drehbuch; der Soundtrack mit seinem aus der Tiefe zuschnappenden Klavierbass. Die Geschichten über die diversen Drehkatastrophen füllen mehrere Dokumentationen und Making-of-Bücher, doch bei aller Komplexität in der Herstellung und Deutung überzeugt »Der weiße Hai« bis heute als entwaffnend einfacher Film, den jeder von der ersten Szene an begreift.

Dazu bedarf es keinerlei einführender Texttafeln mit epischen Prologen, die uns darüber informieren, warum es zum Krieg der Menschheit gegen die Maschinen kommen konnte oder weshalb »in a galaxy far, far away« ein böses Imperium alle anderen unterjocht. Statt dessen nicht mehr als dies: Eine Frau geht nachts ins Wasser, wird in die Tiefe gezogen und kehrt nicht zurück. Das Monster, das ihr aufgelauret hat, wird weitere Opfer fordern, bis es im Kampf besiegt worden ist. Was könnte einfacher sein? Und welche andere Fabel aus dem Jahr 1975 hätte

Ein Blockbuster, von dem sich niemand unterfordert fühlt

te auch hundert Jahre *zuvor* schon so gut funktioniert und würde sich auch hundert Jahre *später* noch so gut erzählen lassen?

Deshalb können sich immer noch fast alle auf diesen Film einigen, sowohl die diversen politischen Gruppierungen als auch die einzelnen Lager im ewigen E- vs. U-Streit – filmgeschichtlich Interessierte, Cineasten, Unterhaltungssuchende. Der Film gilt nicht nur als Blockbuster, von dem sich niemand unterfordert fühlt und der keinem zu infantil sein dürfte, sondern auch als Klassiker, der keinen Staub angesetzt hat. Das halbe Jahrhundert, das er jetzt auf dem Buckel hat, mag ihn von unserer Lebenswelt entfernt haben, in anderer Hinsicht ist er näher gerückt – ein wenig wie in dem paradoxen Dolly-Zoom-Effekt, mit dem Spielberg in einer Szene Hitchcock zitiert (der Spielberg übrigens nach Sichtung des Films Respekt dafür zollte, den filmischen Raum so radikal durchdacht zu haben wie kein anderer seiner Zeitgenossen, mutmaßlich in Unkenntnis von Hartmut Schulzes Artikel).

Auf dem Poster des Films prangte einst die berühmte Tagline »You'll never go in the water again« (»Sie werden sich nie mehr ins Wasser trauen«), und diesen Satz kann man als älter werdender, nostalgieanfälliger Film-

freund schon mal mit dem allen Rezensenten geläufigen Heraklit-Spruch verwechseln, wonach niemand zweimal in denselben Fluss steigt. »Der weiße Hai« ist immer noch der Film, der mich schon vor Jahrzehnten so sehr begeistert hat wie kein anderes Werk der Filmgeschichte, mir den Anstoß zu einem Sammelband über seine Entstehungsgeschichte, Themenvielfalt und historische Bedeutung geliefert hat. Und doch sehe ich heute einen *anderen* Film, wenn ich ihn wieder schaue. So hat die von der findigen Marketingabteilung erdachte Warnung, dass wir uns bald nicht mehr ins Wasser trauen werden, zuletzt etwas von ihrem Schrecken eingeblüht. Schließlich stecken uns allen ein paar Jahre in den Knochen, in denen die Angst, überhaupt noch *irgendwo* hinzugehen, sehr viel greifbarer war als die vor dem nächsten Badeurlaub. Während der Covid-19-Pandemie haben sich leider einige den Kinobesuch abgewöhnt, was wiederum Auswirkungen darauf hat, wie viele Kinos es noch gibt, was in diesen Kinos gezeigt und was überhaupt produziert wird.

Für andere Aktualisierungen hat die Zeitgeschichte gesorgt. Ein Kinopublikum des Jahres 1975 musste im Bürgermeister von Amity, der die Strände trotz akuter Gefahr für die Bevölkerung offenhält, um nicht auf wertvolle Einnahmen zu verzichten, eine Karikatur von »Tricky Dicky« erkennen, dem mit allen Wassern gewaschenen, rücksichtslosen Manipulator Richard Nixon. Seit der ersten Präsidentschaft Trumps erlebt Bürgermeister Vaughn einen dritten Frühling, als allgegenwärtiges Meme im Netz. Die Szene, in der er einem Fernsehteam lächelnd Rede und Antwort steht, während hinter ihm fröhlich die Touristen in die Kamera winken, wird dann mit tagesaktuellen politischen Einlassungen verschnitten, deren Wahrheitsgehalt, gelinde gesagt, strittig ist.

Tatsächlich nimmt die Bildkomposition die zahllosen Kampagnenauftritte von Donald Trump vorweg. Wir kennen diese Bilder: im Hintergrund die MAGA-Anhänger, die unverdrossen jubeln, egal welcher Blödsinn im Vordergrund gerade übers Mikrofon verbreitet wird. Die Wahl war manipuliert, gegen Corona kann man sich Desinfektionsmittel spritzen, illegale Einwanderer wollen eure Haustiere verspeisen, und für die Badegäste besteht kein Grund zur Panik, »denn ein Haifisch ist kein Haifisch, / wenn man's nicht beweisen kann«.

Anscheinend ist die kleine Insel Amity in den letzten 50 Jahren sehr viel größer geworden. Da hatte Schulze schon recht. ●

Wieland Schwanebeck ist Herausgeber des Buchs »Der weiße Hai« revisited: Steven Spielbergs »Jaws« und die Geburt eines amerikanischen Albtraums, das in aktualisierter Neuauflage bei Bertz und Fischer erschienen ist (Berlin 2025, 280 Seiten, 28 Euro)

Adolescence

Regie: Philip Barantini; mit Owen Cooper, Stephen Graham, Erin Doherty; Großbritannien 2025, Serie in vier Episoden, bei Netflix

Wenn man den April dieses Jahres in Großbritannien verbracht hat, erlebte man eine merkwürdige Rückkehr zum kollektiven TV-Erlebnis im atomisierten Streaming-Zeitalter: Für ein paar Wochen bestimmte die vierteilige Netflix-Serie »Adolescence« politische und kulturelle Debatten wie kaum ein anderes mediales Event in letzter Zeit. Mit stilistischer Kühnheit erzählt die Serie eine tragische Geschichte über männliche Radikalisierung und Gewalt im Jugendalter und wurde somit unweigerlich in den anhaltenden Kulturkampf um kontemporäre Männlichkeit hineingezogen.

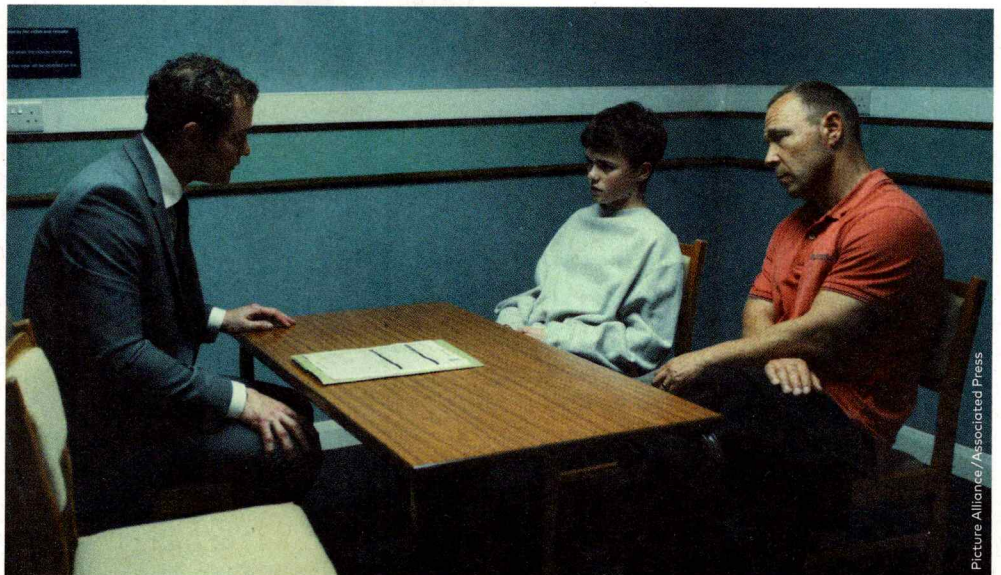
Es begann mit einer Einlassung des Premiers in den sozialen Medien. Starmer, den selbst das stramm rechte Blatt »The Spectator« kürzlich respektvoll als »heimlichen Tory« bezeichnete, erklärte, er habe die Serie mit seinen Kindern gesehen und sei als Vater »hart getroffen« gewesen. Nicht nur das, er empfahl sie sogar ausdrücklich als Anschauungsmaterial für den Schulunterricht, woraufhin Netflix die Serie als Lehrmittel frei zur Verfügung stellte. Nur wenige Tage nach dieser Empfehlung des britischen Premiers brach der hitlergrüßende Elon Musk gemeinsam mit anderen rechten Meinungsmachern auf seiner Plattform X eine Verschwörungstheorie über die Serie vom Zaun. Laut Musk stelle die Serie »antiweiße Propaganda« dar: Man habe sich an den grausamen Vorkommnissen von Southport im Jahr 2024 orientiert, bei denen ein britischer Teenager mit Migrationshintergrund mehrere Mädchen im Vorschulalter tötete. Perfiderweise, so Musk, habe die Show den Täter nun als weißen Jungen dargestellt. Alles natürlich purer Unsinn, die Story der Show hat mit Southport nur oberflächlich zu tun, und selbstverständlich gibt es reichlich weiße Gewalttäter.

Was also ist an »Adolescence«, dass ein Mitte-Rechts-Politiker wie Starmer sich zum Zurschaustellen seiner vermeintlich liberalen Werte und ein Faschist wie Musk sich zum Wiederkauen seiner echten rassistischen Ressentiments provoziert fühlt? Das Thema der Serie, die Online-Radikalisierung von Jungen im Schulalter durch Influencer der *Manosphere*, also Frauenhasser (und nicht selten Gewaltverbrecher) wie Andrew Tate, ist für Rechte die unangenehm sichtbare Speerspitze ihrer vielfältigen Angriffe auf Frauenrechte weltweit. In dieses größere Projekt sind Musk und Starmer beide verwickelt, wenn sie sich auch öffentlich als Widersacher inszenieren. Musk faselt im Internet unaufhörlich von Geburtenraten und setzt sich gemeinsam mit anderen Pronatalisten für den Abbau von repro-

duktiven Rechten ein, deren ultimatives Ziel Zwangsschwangerschaften sein dürften. In Eintracht mit Nigel Farage und anderen Gestalten feierte Starmer zuletzt das Urteil des britischen Supreme Court zur Maßgeblichkeit des biologischen Geschlechts für das Gleichstellungsgesetz, unter dessen Folgen vor allem, aber eben nicht nur Transfrauen zu leiden haben werden. So versucht Musk, vom Thema durch brachialen Rassismus abzulenken, und Starmer beruhigt seine schwindende Labour-Basis damit, dass er sich immerhin symbolisch gegen Femizide einsetzt.

Die Serie an sich rechtfertigt eine solch hysterische Auseinandersetzung nicht. Nur in der letzten Folge wird kurz deutlich, dass der Anspruch der Macher tatsächlich eine gesellschaftliche Intervention ist, die aber nicht an die betroffenen Schulkinder gerichtet ist, sondern an ihre Eltern. Die werden in einer der finalen Szenen wenig subtil dazu angehalten, doch einmal genau nachzuprüfen was ihre Söhne so auf Instagram und Co. liken und teilen – was ja auch durchaus berechtigt ist. Als Unterrichtsmaterial für Jugendliche taugt die Serie daher kaum.

Davon abgesehen, ist »Adolescence« vor allem eine exzellent gespielte und grandios inszenierte Serie in der Tradition des britischen Sozialrealismus. Schauspielerisch begeistern der junge Owen Cooper, der den dreizehnjährigen Gewalttäter Jamie mit unglaublicher Subtilität darstellt, und Stephen Graham, der die ambivalente Figur des Vaters spielt und auch am Drehbuch mitgeschrieben hat. Tatsächlich aber überzeugt das Ensemble bis in die kleinsten Nebenrollen. Der inszenatorische Clou der Serie ist, dass die vier Folgen jeweils ohne Schnitt als »One Take« gedreht wurden. Besonders die dritte



Klaustrophobe Atmosphäre: Der Verteidiger (Mark Stanley, l.), der Vater (Stephen Graham, r.) und der minderjährige Mörder (Owen Cooper)

Folge, die aus einem langen Gespräch zwischen Jamie und einer Psychologin (Erin Doherty) besteht, profitiert von dieser Technik: Man wird in die klaustrophobe Atmosphäre unmittelbar hineingezogen, gleichzeitig widersetzt sich die Kameraarbeit dem Theaterhaften.

Man kann »Adolescence« wie so vielen medialen Auseinandersetzungen mit männlicher Gewalt gegen Frauen vorwerfen, dass das Opfer reine Chiffre bleibt. An das junge Mädchen, das Jamie brutal ermordet hat, verschwendet die Serie kaum einen Gedanken – da hilft es auch nicht, dass eine Polizistin in einer Szene auf genau dieses Vergessen der Opfer anspielt, eher im Gegenteil. So sehr sich »Adolescence« also um eine multiperspektivische Darstellung bemüht, die Täter und Eltern sowie Institutionen wie Schule und Polizei einbezieht, fehlt es doch an greifbarer Empathie für Opfer.

Tim Lindemann

Das sehende Bild

Der Comicautor Luz erzählt die Geschichte eines Gemäldes, das für die Nazis ein Paradebeispiel »entarteter« Kunst war. Von Peter Kusenber

Zwei Menschen sprechen miteinander. Der Leser sieht zunächst nur die Sprechblasen, dann erkennt er beige-braune Fetzen, die sich von Seite zu Seite zu erkennbaren Figuren zusammensetzen – zu einem hageren Mittvierziger und einer Frau in einem Waldstück am Stadtrand von Berlin im Jahr 1919. Der Maler Otto Mueller nebst seiner Gattin und Muse Maschka Mayerhofer unterhalten sich über das entstehende Gemälde, dessen Motiv bis zur vorletzten Seite des Buchs nur in Konturen sichtbar ist. »Zwei weibliche Halbakte« heißt das Werk, gemalt »in Tempera mit einer Mischung aus Pigmenten und Holzleim« auf Rupfen, einem groben Leinengewebe, und nicht etwa auf »Kartoffelsäcken«, wie ein ungebetener Beobachter im Wald zur Empörung Muellers mutmaßt.

Trotz seiner Beteuerung, sein tuberkulöser Husten sei »halb so wild«, und trotz seines Mantras »Wir Zigeuner sind zäh« stirbt Mueller 1930, und so ergeht es vier Jahre später dem jüdischen Kunstsammler Ismar Littmann, der Muellers Bild erworben hat und sich in Nazi-Deutschland eine tödliche Dosis verabreicht. Der Leser folgt dem Gemälde. Littmanns umfangreiche Kunstsammlung landet teils auf dem Scheiterhaufen, teils in der Ausstellung »Entartete Kunst«, die ab 1937 in deutschen Städten regen Besucherzuspruch erfährt, wohl nur zum Teil von bornierten Liebhabern des vulgären Nazi-Kitsches und Verächtern der Moderne à la Wilhelm Sauter und Arno Breker.

Muellers Bild wird als »pornographischer, rassistisch minderwertiger Schund« für ausstellungsgerecht befunden. Auf einer Versteigerung im schweizerischen Luzern finden die »Weiblichen Halbakte« zwar keinen Käufer, doch der Kunsthistoriker Hildebrand Gurlitt tauscht ein 08/15-Gemälde des von Hitler geschätzten romantischen Landschaftsmalers Johann Joachim Faber gegen knapp zwei Dutzend »Entartete«, darunter jener Mueller. Die Geschichte des Werks führt den Leser in dunkle Lageräume, ein von Bomben erschüttertes Wohnzimmer sowie, im 21. Jahrhundert, ins Kölner Museum Ludwig, wo sie einen hübschen und klugen Abschluss findet.

Der französische Comic-Autor und -Zeichner Rénauld Luzier, Künstlernamen Luz, stellt das Gemälde in den Mittelpunkt und wählt dessen Perspektive auf das Gemischte davor und dahinter: den Maler, die Muse, die Kunstkenner, die Kunstverächter, die Geldverdiener, die Liebenden sowie die Kindlich-Unschuldigen, die sich am Dargestellten delectieren. Der Leser sieht Holzplatten, wenn das Bild verpackt in der Kammer steht; die

Gemäldes schaffen sie die nötige Ruhe im turbulent-grauenhaften historischen Kontext. Die Sprechblasen wurden sichtlich erst nach der Aquarellmalerei den Panels hinzugefügt, was den Kontrast zwischen dem Gemäldeblick und dem Menschen-Gerede verdeutlicht.

Der Autor fügte dem Werk vier biographische Seiten hinzu, in denen er die auftretenden Figuren kurz skizziert, darunter neben den erwähnten Künstlern und Sammlern den scheußlichen »Meister des Schamhaars«, Adolf Ziegler, sowie den herrischen Willrich, der wenige Jahre nach Kriegsende an Krebs kreperte. Luz arbeitete bis zum Terroranschlag auf »Charlie Hebdo« im Jahre 2015 rund 23 Jahre lang für das Satiremagazin. Weil er das berühmte Mohammed-Titelbild gezeichnet hatte, stand er jahrelang unter Polizeischutz und arbeitete inkognito. *Zwei weibliche Halbakte* gewann den ersten Preis auf dem diesjährigen Comicfestival in Angoulême. Zur Vorstellung der deutschen Ausgabe reiste Luz nach Köln, wo das Museum Ludwig das Kunstwerk beherbergt, so dass Comicbilder und Rupfen-Gemälde aufeinander trafen. Bei allem kulturbetrieblichem Gewese um die Präsentation muss man Luz dafür loben, dass er sein Werk als humorvolle, mitunter traurige, doch nie plakative Kunstchronik inszeniert hat und die gern verherrlichte Vorgeschichte der Künstlergruppe »Brücke« ausspart, zu der Mueller zwischen 1910 und 1913 gehörte.

Deren Mitbegründer Ernst Ludwig Kirchner und Erich Heckel finden Erwähnung, als ihre Gemälde in der Nazi-Hetzschau vis-à-vis den »Weiblichen Halbakten« aufgehängt werden, über der Wandaufschrift: »Der Neger wird in Deutschland zum Rassenideal einer entarteten Kunst.« Die Parole bleibt in Luz' Comic bis zum Ende der Münchner Ausstellung im Blick des Bildes, das hinschaut und dokumentiert.

Luz: *Zwei weibliche Halbakte*. Aus dem Französischen von Lilian Pithan. Reprodukt, Berlin 2025, 192 Seiten, 29 Euro

Peter Kusenber schrieb in konkret 4/25 über Comics, die wahre und fiktive Biografien erzählen



Das Bild betrachtet den Betrachter – in diesem Fall einen Museumswächter der NS-Propagandaschau »Entartete Kunst«; Panel aus *Zwei weibliche Halbakte*

Panels sind schief, wenn das Bild in der Schau »Entartete Kunst« an den Pranger gestellt wird. Denn der Maler und »Kunstschriftsteller« Wolfgang Willrich und Konsorten sorgten dafür, dass die »letzten Elemente unserer Kulturzersetzung« (Joseph Goebbels beim Führerbesuch in nämlicher Ausstellung) schief aufgehängt wurden, gemäß der Propagandalüge von der »jüdischen Unordnung« und dem »bolschewistischen Chaos«. Luz' dezent aquarellfarbene Panels wiederholen das Geschehen mit geringfügigen Änderungen in Zeiten des Stillstands. Durch die konsequente Perspektivwahl des

Craig Thompson

Ginseng-wurzeln

Aus dem Amerikanischen von Matthias Wieland und Heike Drescher. Handlettering von Michael Hau. 456 Seiten, Reprodukt, Berlin 2024, 39 Euro

Während die meisten, die sich »Kunstschaffende« nennen, im Leben keine Kunst zuwege bringen, gibt es Künstler, die so reich mit Talent, Phantasie und Formwillen gesegnet sind, dass es für drei reicht. Diese raren Exemplare nennt man zu Recht Genies, und der Comicautor Craig Thompson ist zweifellos eines. Als er 2003 *Blankets* veröffentlichte, schien es kaum fassbar, ja unglaublich, dass ein gerade mal 28-jähriger ein derart originelles, rührendes, weises und vor grafischen Einfällen schier platzendes Werk fertiggestellt hatte. Die Preise, mit denen man ihn dafür überschüttete, waren nicht bloß verdient, sondern das mindeste, was die Welt tun konnte, um sich für dieses Wunder von Comic beim Schöpfer zu bedanken.

Ich habe selten bei einer sequentiellen Bilderzählung solche Begeisterung empfunden, ich habe angesichts einiger Panels mit den Füßen gestrampelt vor Seligkeit, und das einzige, was mir die Freude an *Blankets* vergällte, waren mein Neid auf Thompsons überreiche Begabung als Zeichner und als Erzähler sowie mein Ärger darüber, das Mirakel nicht früher entdeckt und mit meinen bescheidenen Mitteln seinen Ruhm gemehrt zu haben. Seit mehr als zwanzig Jahren also trage ich eine Bringschuld gegen Thompson mit mir herum, und nun, endlich, kann ich sie abtragen. Denn *Ginsengwurzeln*, sein neues Opus, steht dem Solitär von 2003 an Ideenreichtum, Herzenswärme und Beobachtungsschärfe nur wenig nach. Die Story allerdings kann mit dem frühen Meisterstück nicht mithalten. Es gibt nun mal keine schönere Geschichte als die der ersten großen Liebe und kein verständlicheres Drama als das des Erwachsenwerdens, zumal wenn einer wie Craig Thompson sie schildert. Und nicht einmal er kann wiederholen, was ihm mit *Blankets* gelang.

Die erste Szene von *Ginsengwurzeln* knüpft ohne Umstände an das frühe Meisterstück an. Sie evoziert in wenigen Bildern den Alptraum, der Thompsons Kindheit war, die prinzipielle Freudlosigkeit einer evangelikalen Familie, die bedrückende Armut eines Arbeiterhaushalts und über allem die Angst vor einem Allmächtigen, der seine Kreaturen fortwährend beobachtet: Das allererste Panel, das den kleinen Craig und seinen jüngeren Bruder Phil beim Aufstehen im Morgengrauen zeigt, ist aus einer Perspektive von schräg oben, also aus dem Herrgottswinkel, gezeichnet. Die Illustrationen der Exposition mit ihren starken Kontrasten und wuchtigen Schraffuren wirken wie Holzschnitte, und der Autor begnügt sich mit Stichworten, um die sehr anschauliche Tristesse zu erläutern: »Sommerferien«, bevor die Sonne aufgeht. In Jeans steigen, die vor Dreck nur so starren. Die Schuhe noch feucht.«

Die Jungs müssen auf einer Ginsengplantage schuften, für einen Dollar pro Stunde und Nase, und allein die Aussicht, von diesem Hungerlohn Comic-Hefte kaufen zu können, lässt sie den Dreck, die Schmerzen und die Monotonie ertragen. Die ewig gleiche erbärmliche Maloche in den Ginsengbeeten beschwört der Künstler in einer Art Kalenderblatt, dessen Komposition ähnlich streng ist wie das Regiment auf dem Bauernhof oder im Elternhaus. Das Layout nimmt zugleich eines der Leitmotive der Erzählung auf, die Parzellierung. In Parzellen wird kultiviertes Land eingeteilt, ebenso der Arbeitstag und der Produktionsprozess, doch in gewisser Weise organisiert auch ein Erzähler seine Erinnerungen in abgegrenzten Territorien, nämlich Kapiteln, ein Erzähler von Bilder Geschichten so wieso, die Parzellen heißen dann Panels.

Der Bezirk des US-Bundesstaats Wisconsin, in dem Thompson aufwuchs, ist eines der größten Anbaubereiche für Ginseng außerhalb Südasiens. Und so erwachsen gleichsam organisch aus den Kindheitserinnerungen Exkurse über die Ginsengpflanze an sich, ihre mythologische, medizinische und ökonomische Bedeutung, ihre Pionierrolle bei der Globalisierung gleichwie der Industrialisierung der Landwirtschaft. Um das Thema so gründlich wie möglich zu recherchieren, unternahm Thompson Reisen nach China und Südkorea (wovon er sehr unterhaltsam berichtet) und sprach mit zahlreichen Ginsengfarmern in seinem Heimatkauf (die der Autor mit hoher Empathie darstellt).

Erst auf den letzten Seiten enthüllt Thompson, was ihn über mehrere Jahre so eng an das Thema fesselte,

und es wird Kenner seines Schaffens nicht überraschen, dass die Erklärung metaphysisch – nicht religiös! – ist. Bis zu diesem stillen, wehmütigen Finale dürfen die Leser mehr als 400 Seiten makellos gestalteter, unvergleichlich inspirierter, umwerfend detaillierter Bilder studieren (eine Lupe ist zu empfehlen). Und sich einfach darüber freuen, dass es unter all der Fabrikware auf dieser Welt ein Unikat wie Craig Thompson gibt.

Kay Sokolowsky



»Die vier wesentlichen Pflichten, die uns als Kindern zuteil wurden«: Parzellen-Panel aus *Ginsengwurzeln*

Craig Thompson/Reprodukt

Schafsschädel an Tastensalat

Die Installationskünstlerin Shu Lea Cheang entsorgt den Müll der digitalen Konsumgesellschaft – mit ebensoviel Humor wie Horror. Von Katrin Hildebrand

Kaputte Autos sind endlich in. Zwar nicht gesamtgesellschaftlich, aber sie haben es immerhin in die Kultur- und Kunstszene geschafft. Sogar in München, wo BMW viele Menschen mit angenehmen Löhnen versorgt. So haben sich eine deutsche und eine taiwanische Künstlerin kürzlich unabhängig voneinander dazu entschieden, in Bayerns Hauptstadt Autos vergammeln zu lassen. Schon 2024 platzierte Folke Köbberling an drei halbwegs sichtbaren Orten rund um das Zentrum SUV. Diese waren jedoch nicht aus Stahl und Aluminium gefertigt, sondern aus Weizen, Wolle und Holz. Seit Ende September modern sie nun witterungsbedingt vor sich hin. Im Herbst sollen ihre verrotteten Überreste dann in feierlicher Prozession zu Grabe getragen werden. Hallelujah!

Und jetzt gibt es noch ein Auto. Es gamelt zwar nicht, ist aber verbrannt und rostet zwischen Baumstämmen und Zweigen. Drum herum gibt es sogar eine Art Garage. Sie steht im ersten Stock des Münchner Hauses der Kunst und schützt die Schrottkarre vor Wind, Wetter und Vandalismus. Das Gefährt ist Teil einer Installation der taiwanesischen Künstlerin Shu Lea Cheang. Ihr widmet das Museum eine erste institutionelle Überblicksausstellung unter dem poppigen Titel »Ki\$\$ Ki\$\$ Kill Kill«.

Dass zwei Frauen gleichzeitig Autos in ihrer Kunst thematisieren, mag ein Zufall sein. Vielleicht aber auch nicht. Herkömmliche Autos in Städten sind nun mal out, SUV ganz besonders. Sie beanspruchen Platz. Sie killen das Klima. Und sie repräsentieren in ihrer überbordenden Fetischisierung das ins Irrationale abgeglittene zweckmäßig Rationale.

Shu Lea Cheang, die zur Zeit in Paris lebt, gilt als Internetpionierin. Von 1998 bis 1999 lief ihr »Brandon«-Projekt auf den Online-Seiten des New Yorker Guggenheim-

Museums. Dabei ging es um Vergewaltigung und Mord an dem Transmann Brandon Teena, von dem 1999 auch der Film »Boys Don't Cry« erzählte.

Allerdings zog Chang den Komplex nicht als lineare Geschichte auf, sondern als Sammelurium von Bildern, Erzählungen und Oberflächen mit Namen wie »Road Map« oder »Bigdoll«, als Untersuchung menschlicher Sexualität im Sinne des Cyberfeminismus. Davon gibt es online noch ein paar Restbestände, die allerdings mehr verwirren als aufklären (brandon.guggenheim.org).

Gender und Feminismus, aber auch Migration, Rassismus, digitale Welten sowie Müll im abstrakten und konkreten Sinn prägen die Ausstellung. Und obwohl das nach himmelschreienden Schrecklichkeiten klingt, nach unüberwindbaren Problemen angesichts der gesellschaftlichen Blödsinnigkeit und des faschistischen Vormarschs, lauert in allen Sälen auch ein humoristisches Moment. Analog dazu, wie Köbberlings Monster-SUV eines Tages mit einem Grinsen beleidigt werden, tun sich bei Cheang immer wieder Fluchtwege auf. Mal durch Ironie, mal durch Hoffnung.

Die drei großen Räume der Schau im Obergeschoss wirken wie ein Erlebnispark. Da gibt es den Food-Parcours, die Endzeitvision und die Cyberspace-Satire. Wer beim Rundgang einfach nur schauen und (vielleicht ein bisschen bitter) lachen möchte, kann das tun. Wer sich in hochphilosophischen Zusammenhängen verlieren will – *go for it*. Selbst Kinder könnten an dem einen oder anderen Element Spaß haben. Ein bloßer Spaß ist das Ganze freilich nicht. Das Grauen – oder die Kritik daran – steckt überall, doch ist das Scheußliche humoristisch inszeniert.

Zunächst geht es ums Essen. Wer auf dem Dorf lebt und dort selten herauskommt, wird das Schauspiel von »Home Delivery« im ersten großen Saal vielleicht nicht auf An-

hieb verstehen. Hier spielt sich nämlich urbaner Alltag ab: Essen wird geliefert. Aber nicht in großen Thermorucksäcken, wie sie seit Jahren vor allem abends und nachts durch die Städte geradelt werden, sondern in kleinen Pappboxen. Die Bestellenden bleiben anonym, doch tauchen sie fast automatisch vor dem inneren Auge auf, in ihrem Wohnzimmer mit dem Monsterscreen. »Hey, lass uns doch Burger von Schnickischnacki ordern«, sagt der Start-up-Hipster zu seiner Berater-Freundin. »Wir wollten uns doch die ganze Nacht irgendwelche Streaming-Dienst-Serien reinpfeifen, um unser armseeliges Leben kurz mal zu vergessen und nicht dauernd über Ausbeutung nachdenken zu müssen.« Sie bestellen sich Tapas-Jodel-Burger mit Blue Cheese, Chili-Fries, Senf-Bier-Alabaster-Topping auf Preiselbeer-Saté-Sauce. Geliefert wird das Ganze dann pronto von meist jungen Männern aus aller Welt, die sich zwischendurch zu zweit oder dritt vor dem Computerladen am Eck treffen, um ein paar Pommes reinzustopfen, aufs Smartphone zu schauen, zu rauchen und sich zu unterhalten.

Nach diesem Vorbild wird nun auch im Haus der Kunst geliefert. Allerdings nur »Fish«, »Veg« und »Meat«, kein Alabaster. Und wenn wir ehrlich sind, kein echtes Mahl, sondern nur Gerüche. Empfänger gibt es nicht. Aber die Lieferanten. Sie haben Räder und rollen auf festen Strecken durch den Raum. Sehr bodennah, so wie es sich für solche Jobs gehört. Die Fracht erhalten sie automatisch aufgeladen. Dann geht die Tour los. Kleine Roboter rollen auf festen Strecken durch den Raum – und sobald sie am Ziel sind, irgendwo im Nirgendwo, katapultieren sie die Box fröhlich in die Luft. Da kommt auf Dauer einiges zusammen. An den Wänden liegen die Kartons neben- und aufeinander. Boxen mit imaginären Burgern, Nudelsuppen, Falafel-Dürüms. Doch niemand ist da, und niemand isst etwas. Nicht mal an

dem großen Tisch in der Mitte. Dabei riecht es doch so lecker. Jeden Tag nach einem anderen Gericht, das sich Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund für die Ausstellung wünschen durften.

Eine große runde Tafel in der Mitte erinnert noch zaghaft an das gemeinsame Mahl in alten Zeiten. Ein installiertes Video zeigt ein rituelles Essen. Passend dazu liegen Schafsschädel auf dem Tisch. Die unmittelbare Verbindung zu den Speisen, die selbst geschlachtet wurden, versus das beiläufige Reinschauen von Leckereien, wie es der kapitalistische Alltag verlangt. Kantinen werden abgeschafft, weil zu teuer, oder alles schmeckt nach frittierten Putzlappen. Und auch im Homeoffice kann man nicht stundenlang die vegetarische Bolognese vor sich hin köcheln lassen. Da dauert schon das Schnippeln von Zwiebeln, Sellerie und Ka-

augenzermernden Flackern der digitalen Welt. Die größte Aufmerksamkeit allerdings zieht die Projektionsfläche auf sich – mit einer Figur, die sich stetig verändert. Anfangs zeigt »Spoken Words«, so der Name der Installation, ein Selbstporträt der Künstlerin. Mit nacktem Oberkörper und kurz rasierten Haaren. Doch so bleibt es nicht. Kopf und Körper mutieren. Von der Frau zum Mann, mal mit dieser, mal mit jener Hautfarbe. Erst hat die Person einen Schnuller, später steckt ein Knebel in ihrem Mund. Die Übergänge sind fließend. Auch die Wandlung vom »pacifier«, dem Friedensstifter, der Babys ruhigstellen soll, zum Knebel.

Aus wohlwollender Perspektive erinnert der einfach an sexuelle Spiele. Sex allerdings ist nicht das Thema, sondern Sprache. Nicht alles darf gesagt werden. Schon gar nicht, wenn eine entsprechend program-

halten die omnipräsenten Computerkeyboards endlich ihren Sinn. Wer auf der Tastatur auf eine Leerstelle stößt, kann diese nicht wirklich drücken wie die besetzten Steckplätze, doch immerhin berühren. Sobald das geschieht, erklingt ein böses Wort aus Kindermund.

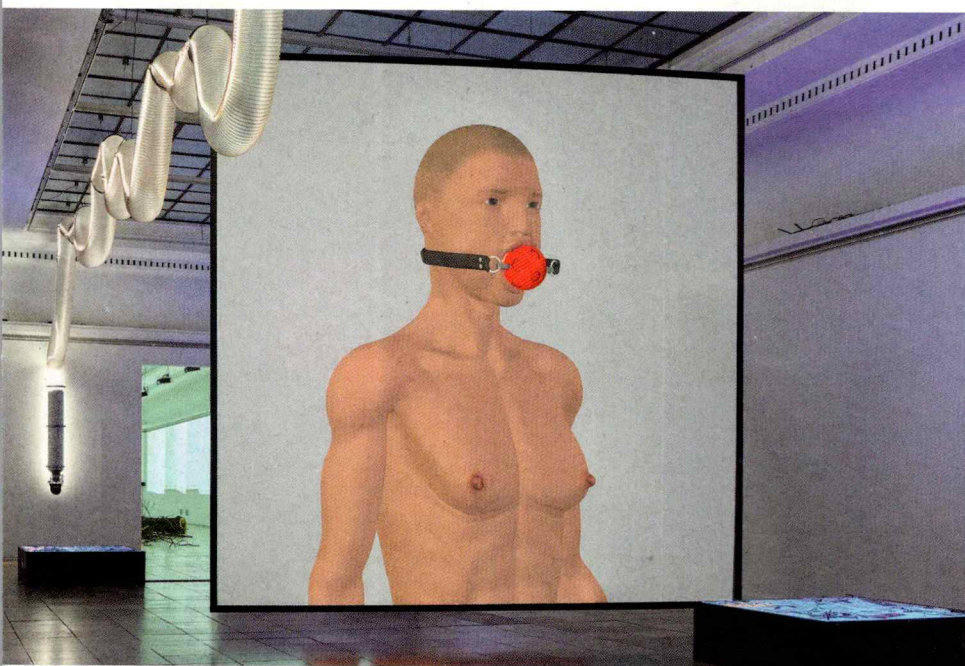
Während die Kids noch unverblümt sprechen dürfen, kann sich die stets im Wandel befindliche Erwachsenenfigur offenbar nur noch wortlos wehren. Immer wieder spuckt sie animierte Tasten aus. Dieser Datenmüll wird schließlich real. Er fällt aus dem gewundenen Rohr auf den Boden. Diese Analogisierung von materieller und digitaler Welt erscheint auf den ersten Blick banal. Und ist es letztlich auch. Offenbart sie doch nichts weiter als das Dilemma realer Gesellschaften. Nicht nur die Welt der traditionellen Produktionsmittel schreitet voran, auch die rein digitale Welt verändert die Kanäle, Mittel und Methoden. Doch lösen beide die Strukturen nicht auf. Während das Wie sich ändert, bleibt das Was starr. Ungleichheit, Patriarchat, Macht und Ohnmacht – und allem voran das Eigentum. Selbst wenn Elon Musk morgen auf den Mars fliegen könnte: Die Masse bliebe in der Scheiße sitzen.

Da hilft nur mehr eins: zurück zur Natur! Ein bisschen organischer nämlich als der Rest kommt der dritte große Raum daher. Bäume statt Tasten, Zweige statt Screens. Nach all dem zuvor gezeigten Digital- und Technikram wirkt sogar der Blechhaufen in der Mitte organisch. Dort nämlich liegt das herrlich zerfetzte, teils verbrannte und fast schon unverschämt rostige Autowrack. Es ist kein SUV, sondern eine ganz normale Karre, kaum noch identifizierbar. Als das Auto produziert wurde, gab's noch keinen Touchscreen. Wie um sein archaisches Wesen zu betonen, leuchtet es aus dem Inneren geheimnisvoll kupferfarben. Der heilige Gral der Straße, die Erlösung von all dem Bonzenterror? Ästhetisch ja, praktisch nein.

Einen Ausweg aus all dem Mist weist Shu Lea Chang uns tatsächlich nicht. Sie denkt etwas an, ohne eine Lösung zu präsentieren. Vermutlich, weil sie selbst nicht weiß, wohin der Weg noch führen könnte. In der kleinen Arbeit »Composting the Net« entsorgt sie alte Mailinglisten wie andere ihren Biomüll. In einer anderen widmet sie sich Pilzen als Form von organischen Computern und lässt ihre Stimmen erklingen. Vielleicht können sie ja eines Tages wie Menschen sprechen – und uns den Weg weisen.

»Shu Lea Cheang. Ki\$\$ Ki\$\$ Kill Kill«. Ausstellung im Haus der Kunst, München. Täglich außer dienstags geöffnet, bis 3. August. Der Katalog zur Ausstellung, herausgegeben von Sarah Johanna Theurer, ist bei Mousse Publishing erschienen und nur im Museumshop erhältlich (120 Seiten, 24 Euro)

Katrin Hildebrand schrieb in konkret 2/25 über Kunst, die sich selber frisst



Das animierte Selbstporträt der Künstlerin wandelt sich zu einem Statement gegen die Zensur durch KI-Algorithmen: die Installation »Spoken Words« von Shu Lea Chang

rotten viel zu lange, um pronto für die Konkurrenz am Rechner zu sein.

Am Anfang das Leichte. Am Ende das Komplex. Ein bisschen nach diesem Prinzip haben die Kuratorinnen Sarah Johanna Theurer und Laila Wu die Schau angelegt. Denn wer die ausgebeuteten Robotlieferanten verlässt, tritt ein in ein deutlich abstrakteres Setting. Aufbau und Geschehen lassen sich diesmal nicht auf Antrieb verstehen. In der Mitte des Raums hängt eine digitale Leinwand. Überall liegen Tastaturen. Ein gewundenes Rohr baumelt an einer Seite von der Decke. Haben die Handwerker etwas vergessen? Hat der Putztrupp versagt? Denn am Boden hat sich ein Stapel von einzelnen Computertasten gebildet.

Auch das Licht hat sich geändert. Von warmen Farben zu Eisblau, Weiß und dem

mierte Künstliche Intelligenz die Zügel in der Hand hält. Diese kann Eingaben am Computer oder Suchen im World Wide Web manipulieren, so dass vermeintlich böse Wörter, unerwünschte Themen, sexuell konnotierte oder andere gesellschaftlich tabuisierte Begriffe ausgespart werden. Das gibt es tatsächlich – wen wundert's. So berichtet das »Handelsblatt«, dass die angeblich »maximal wahrheitssuchende KI« Grok-3 aus Elon Musks Firma XAI zwar vulgäre Sprache zulässt, kritische Fakten über den Chef sowie Präsident Donald Trump aber umgeht. Das KI-Modell »DeepSeek« wiederum soll rund 40.000 Begriffe aussparen. Und das sind nur zwei von unzähligen Wortvernichtungsmaschinen.

Natürlich schafft die Künstlerin hier Abhilfe. Aufgeklärt werden die Besucher ausgerechnet von Kinderstimmen. Und so er-

DER LETZTE DRECK

Ulrich Schnabel, Redakteur der »Zeit«, füllte in der vorösterlichen Ausgabe 15/25 zwei Seiten mit Rezepten zur Überwindung bürgerlichen Angsthasentums. »Alles schlimm? So halten Sie das aus« ist der pastorale Riemen überschrieben, dessen Highlights konkret mit Anmerkungen dokumentiert.

Gewitter

Die Welt ist gerade wirklich schwer auszuhalten. Doch als Familienvater muss man die Moral hochhalten. Und so stehe ich in der Küche und rühre mit sorgenvollen Gedanken im Porridge meiner Kinder. Was erwartet sie? Was wird aus unserer Geldanlage? ... Eigentlich müsste ich diese Frage beantworten können. Schließlich habe ich vor einigen Jahren ein ganzes Buch über Zuversicht in schweren Zeiten geschrieben.**

* Die Titelstory derselben Ausgabe der »Zeit« ist überschrieben: »Macht Trump uns arm?«

** Ulrich Schnabel: Zuversicht. Die Kraft der inneren Freiheit und warum sie heute wichtiger ist denn je, München 2018.

Erwachen heiterer Empfindungen

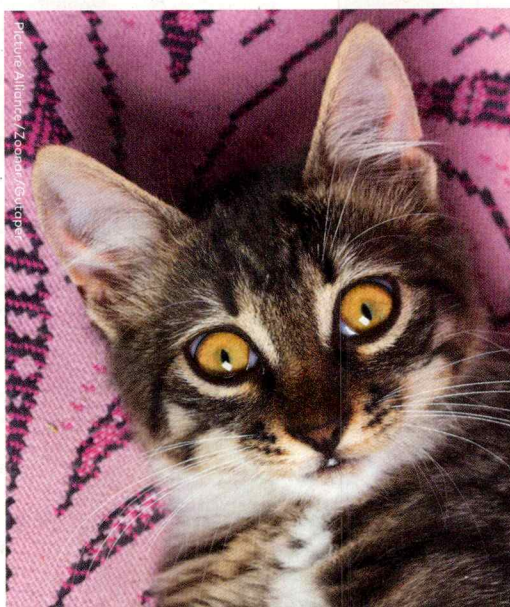
Judith Mangelsdorf hat an der Berliner Hochschule für Gesundheit und Sport den ersten Lehrstuhl für »Positive Psychologie« in Deutschland inne. Manchmal wird sie auch als »Glücksforscherin« bezeichnet, und auf den ersten Blick wirkt die Bezeichnung durchaus passend. Mit strahlendem Lächeln winkt sie mir vom Tisch im Ratskeller in Köpenick zu, wo wir uns zum Mittagessen treffen ... »Negative Informationen sind für das Gehirn wie Panzertape, positive wie Teflon«, sagt Mangelsdorf ... »Wenn es unserem Gehirn gelingt, das äußere Chaos in eine innere Logik zu verwandeln, erzeugt das ein positives Gefühl.« Heißt praktisch: »Lieber Wochenzeitungen als Newsticker lesen.«* ... Das hört man als »Zeit«-Redakteur natürlich gern.

* In derselben Ausgabe der »Zeit«: »104 Frauen wurden in Deutschland 2024 von Partnern und Ex-Partnern getötet. Hier dokumentieren wir 50 dieser Verbrechen.«

Lustiges Zusammensein

Frank Bösch ist nicht nur Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam, sondern kennt auch die Rolle der Medien wie kaum ein anderer Historiker ... Bösch spricht schnell und präzise und wirkt in Anzug und Businesshemd eher wie ein Manager als wie ein Erforscher des Vergangenen. So jemand sollte wissen, wie man schlechte Nachrichten verarbeitet ...* »Das Gefühl, dass die Welt an allen Enden brennt, ist nicht neu. Denken Sie nur an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als es Attentate gab, Kriegsstimmung aufkam und man vom »Zeitalter der Nervosität« sprach** ... Gleichzeitig sehe ich die Zukunft weiterhin als offen an.«

* In derselben Ausgabe der »Zeit« schreibt Christian Schweppe über das »Sicherheitsrisiko Putzkolonne« und fragt:



Putin, Trump, Weltuntergang ... Wenn Ihnen alles zuviel wird, streicheln Sie dieses Kätzchen

»Muss der ehrenwerte Reichstag zur Ritterburg ertüchtigt werden?«

** Die Nervosität war berechtigt: Am 1. August 1914 entfesselten Deutschland und Österreich einen Krieg, der vier Jahre lang tobte und mehr als zehn Millionen Opfer forderte.

Sauhirtengesang

Florence Gaub* sitzt als Forschungsdirektorin der Nato-Militärakademie in Rom gewissermaßen im Auge des Sturms – denn die Zukunft der Nato ist ja unklarer denn je. Zugleich ist die deutsch-französische Politik-

wissenschaftlerin dafür bekannt, trotz allem positiv in die Zukunft zu blicken. ... »Wir müssen gut auswählen«, sagt die Politologin. Viele Menschen verhielten sich im Umgang mit Informationen, als wären sie fünfjährige Kinder mit einer Kreditkarte im Süßigkeitenladen. »Die schaufeln alles in sich hinein, wahllos und ohne nachzudenken, und dann kriegen sie Bauchweh.« ... Doch was, wenn der Schock unabweisbar ist – so wie der Ukrainekrieg? ... Sie habe zwar damit gerechnet; als das Töten dann aber begann, habe sie dennoch einen emotionalen Ausnahmezustand erlebt. Vom »Amygdala-Hijack« ist im Nato-Slang** die Rede: Das Angstzentrum des Gehirns, die Amygdala, ist überaktiviert und schaltet andere Hirnfunktionen regelrecht ab ...

Dann sei ihr eingefallen, dass man als Erstes versuchen muss, die mentale Aktivität herunterzufahren. »Das können ganz banale Dinge sein: in den Wald fahren, eine Katze streicheln, ein Spiel mit einem Kind spielen, einen geliebten Menschen umarmen – hilfreich ist alles, was das Nervensystem herunterfährt.« ... Wird gemacht!

* Die Reserveoffizierin der französischen Armee Florence Gaub wurde schlagartig berühmt, als sie im April 2022 bei »Markus Lanz« Völkerkundliches über den Erzfeind im Osten ausbreitete: »Wir dürfen nicht vergessen, dass auch wenn Russen europäisch aussehen, dass es keine Europäer sind, jetzt im kulturellen Sinne, (dass sie) einen anderen Bezug zur Gewalt haben, einen anderen Bezug zum Tod haben. Das gibt da nicht diesen liberalen, postmodernen Zugang zum Leben. Da geht man einfach anders damit um, dass da Menschen sterben.«

** Der Begriff »Amygdala hijack« wurde 1996 durch den Psychologen und Wissenschaftsjournalisten Daniel Goleman geprägt. Goleman hat nie für die Nato gearbeitet.

Dankbare Gefühle nach dem Hirnsturm

An diesem Abend radele ich seit Langem einmal wieder beschwingt nach Hause. Und während ich den beginnenden Frühling genieße, denke ich, dass ich heute mit meinen Kindern Pizza backen könnte.* Zuversichtlich zusammen.

* Im beigelegten »Zeit-Magazin« gibt es hingegen »eine herrliche Tarte mit Spargel«.

konkret erscheint das nächste Mal am Samstag, 28. Juni

Titanic-Wochenrückblick

DER ENDGÜLTIGE NEWSLETTER



Der Newsletter für alle, die es wissen müssen.

Ab jetzt fassen wir **jeden Freitagmorgen** die wichtigsten und relevantesten Nachrichten der letzten 168 Stunden in einer kompakten Mail für Sie zusammen, damit Sie stets informierter und interessierter als Ihr Umfeld sind.

Außerdem enthalten: **mindestens drei Bilder!**

Melden Sie sich jetzt an auf www.titanic-magazin.de/newsletter/ ►►►

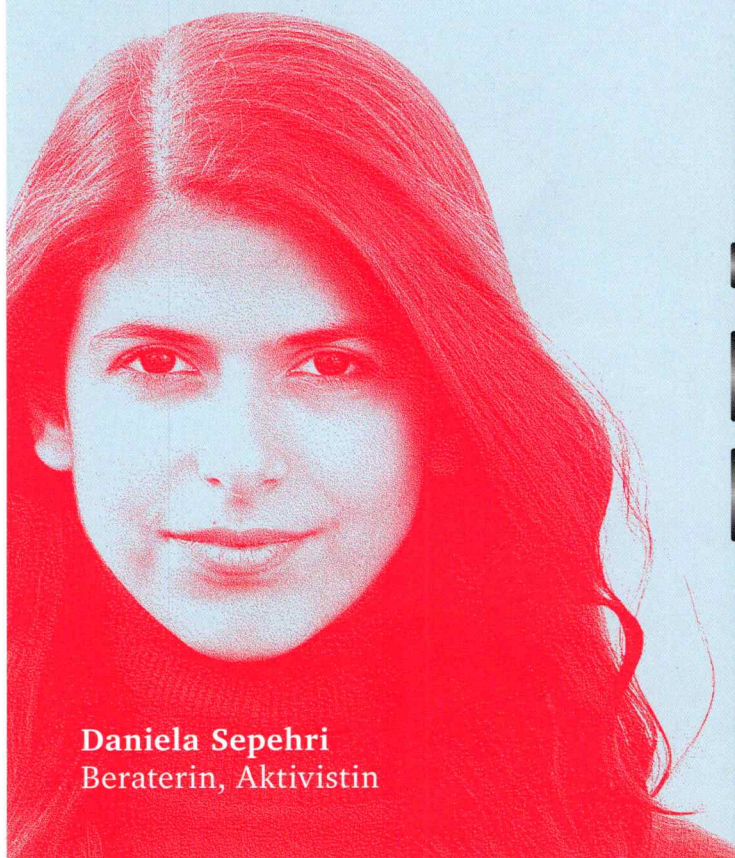




nd

vielfältig
kritisch

unverzichtbar



Daniela Sepehri
Beraterin, Aktivistin

3000
DIGITAL
ABOS

Jetzt
Digital-Abo
abschließen
und das
nd retten!

dasnd.de/digitalabo